

Zwischen Sühne und Frieden

Eine NGO im Konflikt in Israel

Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae (Dr. phil.)

vorgelegt der Philosophischen Fakultät der
Technischen Universität Chemnitz

von Herrn Marcus Nolden, geboren am 04.12.1976 in Köln

Chemnitz, den 04.04.2016

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung in die Thematik	4
2. Methodisches Vorgehen	35
2.1. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente.....	43
2.1.1. Teilnehmende Beobachtung/ Feldforschung	44
2.1.2. Dokumentenanalyse.....	47
2.1.3. Teilnarrative Interviews.....	49
2.2. Sampling.....	51
2.2.1. Gesprächspartner_innen.....	53
3. Historischer Kontext	58
3.1. <i>Eine besondere Beziehung?</i>	58
3.1.1. Normalität.....	62
3.1.2. Normalität zwischen Staaten	67
3.2. <i>Deutsch-Israelische Beziehungen ab 1948</i>	70
3.2.1. Die Anfangsjahre der Beziehungen (1945 – 1953).....	71
3.2.2. Der Weg zu diplomatischen Beziehungen (1953-1965).....	76
3.2.3. Die komplizierten Jahre (1965 – 1974).....	80
3.2.4. Das Scheitern der Normalisierung? (1974-1986).....	82
3.2.5. Der Historikerstreit und die Normalisierung (1986 – 1991)	85
3.2.6. Eine normale Beziehung?	88
3.3. <i>Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bis 1968</i>	90
3.3.1. Die Anfänge von Aktion Sühnezeichen (1954 – 1958).....	91
3.3.2. Versöhnungszeichen oder Sühnezeichen?.....	93
3.3.3. Die ersten Jahre der Aktion Sühnezeichen (1958 – 1961).....	95
3.3.4. Erste Projekte in Israel (1960 - 1968).....	97
4. Strukturen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste	104
4.1. <i>Leitlinien der Arbeit</i>	104
4.2. <i>Finanzierung</i>	107
4.3. <i>Länder</i>	108
5. Die Aktion zwischen Sühnezeichen & Friedensdienste	111
5.1. <i>Friedensdienste vs. Sühnezeichen</i>	111
5.1.1. Anderer Name, andere Ziele?	113
5.1.2. Ringen um die moralisch-historische Verantwortung.....	114

5.1.3. Langlebigkeit der Auseinandersetzung.....	116
5.2. <i>Die Organisation verändert ihr Gesicht</i>	118
5.2.1. Die palästinensisch-israelische Minderheit.....	121
5.2.2. Der Anschlag von Nablus 1978.....	128
5.2.3. Golfkrieg 1991.....	142
5.3. „Die“ oder „wir“?.....	166
6. Fazit: Universalismus oder Partikularismus?.....	191
7. Literaturverzeichnis.....	201
8. Abbildungsverzeichnis.....	230
9. Anhang (Transkripte).....	231
10. Lebenslauf.....	232
11. Selbstständigkeitserklärung.....	234

1. Einführung in die Thematik

„Seit Auschwitz - welch traurige List - kann tatsächlich von einer „deutsch-jüdischen Symbiose“ gesprochen werden - freilich einer negativen: für beide, für Deutsche wie für Juden, ist das Ergebnis der Massenvernichtung zum Ausgangspunkt ihres Selbstverständnisses geworden; eine Art gegensätzliche Gemeinsamkeit – ob sie es wollen oder nicht.“ (Diner 1986:9)

Ein warmer Abend in einem kleinen Lokal in Jerusalem: Deutsche Freiwillige verschiedener deutscher NGOs¹, die in ganz unterschiedlichen Bereichen² der israelischen Gesellschaft arbeiten und aktiv sind, sitzen zusammen. Sie sprechen über ihre Tätigkeiten und Erfahrungen in Israel und thematisieren dabei auch ihr Unbehagen über Situationen, in denen sie in Stellvertreterkonflikte verwickelt werden, weil, wie sie erzählen, in Israel jede Handlung immer im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen jüdischen und palästinensischen Interessen und der eigenen Positionierung in diesem Konfliktfeld gedeutet würde. Im weiteren Verlauf des Abends erzählen die Freiwilligen von einem Vorgang, der hitzig diskutiert wurde und beispielhaft eine solche unbehagliche Situation darstellte. Die Jerusalemer Stadtverwaltung suchte für ihren Chor einen Aufführungsort in der Altstadt. Deshalb wendete sich die Verwaltung mit einer Anfrage an die deutsch-protestantische Erlöserkirche, die sich in der Altstadt von Jerusalem befindet. Bis hierhin ein unspektakulärer Vorgang, dessen Dramatik sich auf den ersten Blick nicht erschließt. Aber was genau ist das Dramatische an dieser eigentlich unverfänglichen Raumanfrage? Zum einen muss das bekanntermaßen durch die Shoah³ belastete und besondere deutsch-jüdische Verhält-

¹ Eine Nichtregierungsorganisation (englisch: NGO) ist eine nicht gewinnorientierte Organisation, welche lokal, national oder international tätig sein kann. Auf ein bestimmtes Ziel hin ausgerichtet, versuchen NGOs beispielsweise eine Vielzahl von Leistungen und humanitären Aufgaben wahrzunehmen, Bürgeranliegen bei Regierungen vorzubringen und die politische Landschaft zu beobachten und mitzugestalten.

² Die Betätigungsfelder erstreckten sich von der Mitarbeit in pädagogischen Einrichtungen, Frauenhäusern über die Arbeit in Gedenkstätten bis hin zur Arbeit mit Holocaustüberlebenden.

³ Im Rahmen dieser Arbeit wird der Begriff der „Shoah“ gewählt als die hebräische Bezeichnung des Völkermordes an den europäischen Juden. Dabei ist dem Autor bewusst, dass die Bezeichnung für den Völkermord an den Juden bis zum heutigen Tag Inhalt vielfacher kontroverser Diskussionen ist. Insbesondere der Begriff „Holocaust“ wird gegenwärtig nicht nur für den

nis, zum anderen müssen das historisch ebenfalls belastete christlich-jüdische, christlich-muslimische, deutsch-palästinensische sowie deutsch-israelische und das oftmals nah am Abgrund operierende palästinensisch-israelische innergesellschaftliche Verhältnis in die Betrachtung einbezogen und bedacht werden.

Die Freiwilligen berichten an diesem Abend, dass die deutsche protestantische Gemeinde und ihre Vertreter_innen⁴ dem Wunsch der Stadt Jerusalem prinzipiell nachkommen und auf diesem Wege auch ihre Freundschaft zum jüdischen Israel bekräftigen wollten, doch zugleich könnte mit einer solchen, von einigen als freizügig empfundenen Aktion die Verbindungen zu den palästinensischen Partner_innen in Israel empfindlich gestört werden. Um also in dieser Situation möglichst beiden Seiten gerecht zu werden und keinen der Partner_innen zu verlieren, setzte sich eine diplomatische Maschinerie in Gang, die darum bemüht war, zwischen beiden Positionen zu verhandeln und keine Seite „vor den Kopf“ zu stoßen. Je nach dem, welcher Position der/ die jeweilige Erzähler_in zugeneigt war, also ob nun mehr einer pro-israelischen oder mehr pro-palästinensischen, veränderte sich die Darstellung der Erzählung um einen bedeutenden Faktor. Entweder wurde thematisiert, dass die palästinensisch-christlich-israelischen Partner_innen bemüht gewesen seien, massiven Druck durch die Herstellung gemeinsamer christlicher Bezüge gegen die Veranstaltungszusage auszuüben oder aber dass die jüdisch-israelischen Partner_innen ihrerseits Druck über die historisch belastete Vergangenheit und die daraus ab-

Völkermord an den europäischen Juden verwendet, sondern ist einer allmählichen Bedeutungsweiterung unterzogen worden, so dass auch die Verbrechen der Nationalsozialisten an anderen Opfergruppen, wie Sinti und Roma, Homosexuelle, politisch Verfolgte etc. unter diesen Begriff subsumiert werden. Da es im Rahmen dieser Arbeit aber nur um die Verbrechen an den europäischen Juden geht, ist der Begriff der Shoah angebrachter. Die Verwendung des Begriffes Holocaust ist auch deshalb nicht unproblematisch, da es mannigfaltige Begriffsschöpfungen gibt, die den Begriff Holocaust vom Nationalsozialismus lösen und mit anderen Ereignissen verknüpfen. Da Metaphern nicht nur auf Ereignisse verweisen, sondern immer auch Bedeutungen in sich tragen, die auf ein bestimmtes Verständnis dieser Ereignisse verweisen, ist die Anwendung von Metaphern nicht beliebig (vgl. Young 1997:146). Daher hat sich der Autor für die Verwendung des hebräischen Begriffs entschieden und ist sich bewusst dass „der Name für dieses Verbrechen [...] umstritten [bleibt] und [...] strittig bleiben [muss]. Es gibt keine ‚angemessene‘ Bezeichnung dafür, nur eine Verständigung über die Unzulänglichkeit der Namen und den kollektiven Gebrauch“ (Messerschmidt 2003:44).

⁴ Bei der Angabe von männlichen und weiblichen Formen wird hierbei der Unterstrich („Gender Gap“) gewählt, um allen Personengruppen gerecht zu werden und einen Beitrag dazu zu leisten, die binäre Geschlechterordnung nicht weiter zu untermauern. Für weitergehende Informationen und wissenschaftliche Begründung siehe: Herrmann 2003:195-204

geleitete Verpflichtung zur Solidarität auf die deutsche protestantische Gemeinde ausgeübt hätten.

Letztlich entscheidend ist weder, ob die eine oder die andere Seite ihre Interessen durchsetzen konnte, es ist auch nahezu unbedeutend, wie viel an dieser von den Freiwilligen erzählten Geschichte der überprüfbaren Wahrheit entspricht oder nicht. Denn die Tatsache, dass diese Geschichte erzählt wurde und somit in Gesprächen als Beleg für die eigene Wahrnehmung der Realitäten in Israel herangezogen wird, ist entscheidend und bestimmend. Die Freiwilligen thematisieren mit Hilfe dieser Erzählung als schwierig, unangenehm empfundene Ereignisse und drücken so ihre Empörung über vermutetes oder vorhandenes ungerechtes Handeln der verschiedenen Akteur_innen aus. Hier zeigt sich die mitunter komplexe und unklare Situation deutscher Organisationen und Freiwilliger in Israel und es wird deutlich, dass die Erzählenden versuchen, die Handlungen ihres Gegenübers unter zu Hilfenahme historischer Bezüge nachvollziehbar zu machen.

Der Gesamttenor dieser ersten informellen Gespräche war, dass der Freiwilligendienst als ungemein bereichernd und spannend empfunden wird, es gleichzeitig aber Kritik an den jeweiligen Entsendeorganisationen und ihrer Praxis in Israel gibt. Kritisch angesprochen wurden besonders Themenbereiche, die das Verhältnis zwischen den deutschen NGOs und der israelischen Gesellschaft bzw. Politik betreffen. In den Gesprächen wurde oft eher diffus und sehr unsicher thematisiert, dass sich deutsche Organisationen – bedingt durch die Geschichte der Shoah – mit ihren Positionen oftmals nicht durchsetzen könnten und es selbst oder extern definierte Tabus in den Beziehungen gebe, welche bis in die Gegenwart ihre Wirkung beibehalten hätten. Diese Aussagen entsprechen in Teilen der oft von linker wie von rechter Seite geführten innerdeutschen Debatten über den Einfluss der Geschichte auf die Handlungsspielräume deutscher Außenpolitik sowie auf die angeblich nicht vorhandene Möglichkeit, aus deutscher Perspektive Kritik an Israel zu üben. Es steht an dieser Stelle zu vermuten, dass sich hier das Streben nach einer Normalität der Beziehungen reproduziert, welche davon ausgeht, dass sich die historisch bedingt als beson-

ders empfundenen Verhältnisse zwischen beiden Staaten zu Ungunsten der eigenen, im konkreten Fall deutschen, Positionen auswirken würden.

Zugleich ergaben informelle Gespräche mit israelischen Palästinensern, dass diese oftmals den Eindruck gewinnen, es gebe eine Ungleichheit in der Behandlung ihrer Interessen. Diese empfundene Ungleichheit manifestiert sich in Momenten, in denen deutsche NGOs und ihre Freiwilligen, die in beiden gesellschaftlichen Bereichen Israels aktiv sind, sich gezwungen sehen, zwischen den israelisch jüdischen und den israelisch palästinensischen Positionen zu entscheiden. Die Thematik der Shoah nahm in diesen Gesprächen nur eine untergeordnete Rolle ein, war aber dennoch in dem Sinne ständig präsent, als dass sie argumentativ angeführt wurde, um als Erklärung für die artikulierten Erfahrungen zu dienen bzw. diese zu belegen.

Die Gespräche machten deutlich: Geschichte wird in der Gegenwart und ihren Konflikten funktional eingesetzt, dient der Legitimation des eigenen Handelns und zugleich als Erklärung für das Handeln anderer Menschen und Gruppen. Aus diesen Erfahrungen des Autors in Israel resultierte die primäre Frage: Wie wird die deutsch-jüdische Geschichte unter den oben dargestellten alltäglichen Unsicherheiten von einer NGO und ihren Freiwilligen, die sich der Erhaltung der Shoah Erinnerung und der symbolischen Sühne der Shoah ebenso wie dem Friedensdienst verschrieben haben, verarbeitet? Wie wird mit sich ergebenden Konflikten zwischen beiden Zielrichtungen, die auch als Normen begriffen werden können, umgegangen? Die Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und ihre Freiwilligen stehen mit ihrer langen Geschichte und aufgrund ihrer Arbeit in Israel im Fokus dieser Studie. Wirken die von einigen Freiwilligen und palästinensischen Israelis vermuteten historisch begründeten Tabus in der Arbeit dieser Organisation vor Ort? Eine diese Arbeit prägende Grundannahme ist, dass sich Menschen unter anderem auf der Suche nach Identität, Orientierung, Legitimation, Bildung, Ressourcen, aber auch Unterhaltung der Geschichte zuwenden und sich ihrer in vielfältiger und teilweise sicher auch eigenwilliger Weise in ihrem Alltag bedienen. Erfahrungen aus der Vergangenheit und Wissen über das Vergangene beeinflussen das gegenwärtige Denken und Handeln, zugleich ist es weder

„[...] dem Einzelnen noch den Kollektiven [...] möglich, historisch Geschehenes nicht durch die ‚Brille‘ des Gegenwärtigen wahrzunehmen und zu erinnern [...]“ (Zuckermann 2014:53).

Diesem Verständnis nach sind Gegenwart und Vergangenheit gekoppelt und der Mensch kommt „[...] sozusagen nicht aus seiner eigenen Haut heraus“ (Zuckermann 2014:53).⁵ Die Gegenwart bestimmt auf diese Weise immer die Wahrnehmung der Vergangenheit mit und bietet ebenso Raum die Geschehnisse der Vergangenheit für die Gegenwart funktional einzubringen oder gar umzudeuten. Erinnerungen und ihre Einbettung in soziale und kulturelle Prozesse, Konflikte und Machtbeziehungen sind demnach immer hoch aktuell und relevant. Nicht nur daraus erklärt sich das große Interesse an Fragen der kulturellen Erinnerung. Dieses Interesse wird oft mit einer für unsere Gegenwart proklamierten Übergangsphase begründet, da die lebenden Zeitzeug_innen und deren Erinnerung an die Ereignisse des 20. Jahrhunderts zunehmend weniger werden (vgl. Frei 2009:22f) und daher vermehrt durch Geschichtsschreibung und institutionalisierte Erinnerungsformen ersetzt werden. Die Frage des Shoah-Gedenkens und des Umgangs mit diesem Ereignis und den daraus resultierenden Folgen stehen daher im Zentrum der gegenwärtig geführten deutschen und internationalen Debatten um Erinnerungskulturen und kollektiven Gedächtnissen.

Einen der theoretischen Ausgangspunkte setzte der französische Soziologe Maurice Halbwachs, der im März 1945 von den Nationalsozialist_innen im Konzentrationslager Buchenwald ermordet wurde.⁶ Maurice Halbwachs legte mit seinen 1925 und 1950, letzteres posthum, veröffentlichten Werken *Les cadres sociaux de la mémoire (Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen)* und *La mémoire collective (Das kollektive Gedächtnis)* einen der Grundsteine für die

⁵ Moshe Zuckermann ist in Israel wegen seiner anhaltenden Kritik an der zionistischen Politik israelischer Regierungen und seiner offenen Kritik an der Benachteiligung palästinensischer Israelis nicht unumstritten und nimmt eine dezidiert kritische Haltung zur politischen Instrumentalisierung von Geschichte in Israel und Deutschland ein. Insbesondere seine Aussagen zur Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs in politischen Debatten in Deutschland und Israel hat ihm in jüngster Zeit vielfache Kritik eingebracht. Jedoch scheint im Kontext dieser Arbeit und ihrer Zielrichtung, die Wirkweise der Geschichte der Shoah in der Arbeit einer NGO in Israel zu untersuchen, seine Position der kritischen Betrachtung der Kopplung von Geschichte und Handlung in der Gegenwart besonders nützlich, weil es insbesondere diese kritische Perspektive ist, die es erlaubt Prozesse der Instrumentalisierung deutlich freizulegen und herauszuarbeiten.

⁶ vgl. ausführlich Bourdieu 2003:229-234.

neuere theoretische Diskussion über Erinnerungskultur und kann daher als ein „Patron der sozialen Gedächtnisforschung“ (Assmann 2007:25) gelten:

„Ist es nicht symbolisch, dass Halbwachs, den dieses Paradigma als einen Gründungsvater reklamiert, ein Opfer des Holocausts wurde, dessen unabschließbare Erinnerungsarbeit die gegenwärtige Gedächtnisforschung entscheidend motiviert?“ (Assmann 2002:9f)

Der hier verwendete Begriff der „Erinnerungskultur“ hat allerdings erst in den 1990er Jahren Einzug in die Wissenschaftssprache gehalten. In der Zwischenzeit ist er im Zuge des gesteigerten Interesses an der Thematik zu einem Leitbegriff innerhalb der modernen transdisziplinären Forschung geworden (Cornelissen 2003:548ff). Der Historiker Hans Günther Hockerts, einem relativ engen Begriffsverständnis verpflichtet, definiert „Erinnerungskultur“ als ein Sammelbegriff

„für die Gesamtheit des nicht spezifisch wissenschaftlichen Gebrauchs der Geschichte in der Öffentlichkeit – mit den verschiedensten Mitteln und für die verschiedensten Zwecke“ (Hockerts 2002:41).

Es erscheint allerdings aufgrund der Forschungsentwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte sinnvoller, „Erinnerungskultur“ als einen formalen Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse zu verstehen, seien diese nun ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur. Der Begriff umschließt dabei neben den Formen des ahistorischen oder sogar antihistorischen kollektiven Gedächtnisses alle anderen Repräsentationsmodi von Geschichte, darunter den geschichtswissenschaftlichen Diskurs sowie die „nur“ privaten Erinnerungen, jedenfalls wenn diese in der Öffentlichkeit Spuren hinterlassen haben. Der Begriff der „Erinnerungskultur“ signalisiert weiterhin, dass alle Formen der Aneignung erinnerter Vergangenheit als gleichberechtigt behandelt werden (vgl. Hardtwig 1990:7ff; vgl. Rüsen 1994:3ff; vgl. Mütter et al. 2000). Daher werden alle Textsorten, Bilder und Fotos, Denkmäler, Bauten, Feste und ebenso symbolische oder mythische Ausdrucksformen aber auch gedankliche Konstrukte als Gegenstand der Erinnerungskultur begriffen, wenn sie einen Beitrag zur Formung kulturell begründeter Selbstbilder leisten.

Als handelnde Aktive dieser Prozesse treten Individuen, soziale Gruppen oder Nationen in Erscheinung. Teilweise befinden sich diese Aktiven in Übereinstimmung miteinander, teilweise aber auch in einem konfliktreichen Gegeneinander im Streit um die Deutung des richtigen Gebrauchs von Geschichte verwoben und verstrickt. Denn

„Diskurse um Vergangenheit sind [...] partikular, sie entsprechen der Sichtweise von gesellschaftlichen Gruppen (und nicht eines naturgemäß imaginierten Kollektivs), die mit jeweils unterschiedlicher Deutungsmacht ausgestattet sind und die ihre Sichtweise – in Konkurrenz zu jener von anderen Gruppen – durchsetzen wollen.“ (Uhl 2006:32)

Versteht man den Begriff „Erinnerungskultur“ in diesem weiten Sinne, so ist er zwar in Teilen synonym mit dem Konzept der „Geschichtskultur“, zielt doch deutlich stärker auf das Moment des Gebrauchs und der Deutung der Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke ab. Diese Frage nach dem Gebrauch der Vergangenheit wird die vorliegende Arbeit als Subtext begleiten, kommt doch der Vergangenheit und ihrer Wahrnehmung in den deutsch-israelischen Beziehungen auf allen Ebenen eine Schlüsselrolle zu.

Geschichte und Erinnerung sind von wissenschaftlichem Interesse, da (politisches) Handeln immer auch einen Rückbezug zu Geschichte und ihrer Erinnerung aufweist. Der öffentliche Umgang mit Geschichte sowie Debatten über adäquate Formen des Erinnerns bringen Aspekte der politischen Kultur und des politischen Selbstverständnisses einer sozialen Gemeinschaft zum Ausdruck und vermitteln Zugehörigkeiten. Mit der Auswahl, was und wie erinnert wird und der Inszenierung des Erinnerns an vergangene politische Ereignisse wird die gegenwärtige politische Ordnung gedeutet und ebenso legitimiert (Assmann 2014:274ff). Die Variationsbreite ist dabei nahezu unendlich, und ob wir uns auf Hermann den Cherusker vor 2000 Jahren berufen, auf Martin Luther oder die Revolution von 1989 ist unerheblich. Historische Erinnerung und der Umgang mit derselben ist immer ein politischer Akt (Zuckermann 2014:53; vgl. Assmann 2014:274ff) und an individuelle sowie gruppenspezifische Prozesse der Gegenwart gebunden. Mit den Worten von Aleida Assmann lässt sich daher sagen, dass

„Erinnerung [...] nicht ein für allemal erfolgen [kann], sondern [...] in wiederholten, zeitlich aufeinander folgenden Akten [geschieht]. Sie

muß, wenn sie erhalten werden soll, stets wiederholt, reaktiviert, neu ausgelöst („getriggert“) werden. Erinnern ist ein interaktiver und damit zugleich auch ein plastischer Prozeß. [...] Menschen erinnern stets in der Gegenwart; das heißt, daß sie in einer anderen Gegenwart unter neuen Einflüssen und Eindrücken wieder anders erinnern.“ (Assmann 2003:31)

Das Ensemble dieser Prozesse führt zur Entwicklung und Stabilisierung spezifischer gesellschaftlicher Formen des Umgangs mit Erinnerung. Die im Namen Deutschlands begangenen Verbrechen im Verlauf des Zweiten Weltkrieges mit ihren sozialen wie kulturellen Auswirkungen führten in der Nachkriegszeit zur Etablierung von (nationalen) Erinnerungskulturen (Cornelißen et al. 2004:9ff; vgl. Zuckermann 2014:101). Insbesondere in Deutschland und Israel entwickelten sich dabei spezifische Umgangsformen mit der Vergangenheit (Levy 1999:53f), die die weiteren Beziehungen der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart als Subtext begleiten sollen (Zuckermann 2014:101). Der Aspekt der Haftung für die Taten und Folgen des Dritten Reiches, für Angriffskrieg und Völkermord, ist dabei für die Außenwahrnehmung sowie für das Selbstverständnis der deutschen Demokratie bis in die Gegenwart hinein von herausragender Bedeutung. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bildet seit Jahren – trotz der immer wieder gebetsmühlenhaft geäußerten Verdrängungsvorwürfe – eines der omnipräsenten Themen des deutschen politischen Diskurses. Über das rechte Maß von Erörterung und Erregung wird dabei nicht nur in der Politik, sondern gesamtgesellschaftlich immer wieder mit Leidenschaft gestritten. Die Spannweite der unterschiedlichen Positionen reicht dabei von einer nach Normalität der Beziehung strebenden Schlusstrichmentalität bis hin zu einer manchmal geradezu obsessiven Angst vor dem Vergessen der Schuld (Hockerts 2002:22).

Diese Positionen werden auch in der von der Bertelsmann Stiftung durchgeführten Studie „Deutschland und Israel heute – Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart?“ thematisiert, die feststellt, dass mehr als die Hälfte (55%) der befragten Deutschen ihre Zustimmung zur folgenden Aussage bekunden: „Heute, beinahe 70 Jahre nach Kriegsende, sollten wir nicht mehr so viel über die Judenverfolgung reden, sondern endlich einen Schlusstrich unter die Vergangenheit ziehen“ (Hagemann/ Nathanson 2015). In derselben Studie

stellen die Autoren fest, dass viele Deutsche ihren Unmut darüber äußern, immer noch für die Verbrechen an den Juden verantwortlich gemacht zu werden (66% Zustimmung zu der entsprechenden Frage) und der Anteil jener, die ihren Unmut äußern steigt mit sinkendem Alter der Befragten (Hagemann/ Nathanson 2015). Diese langlebigen Vorstellungen, einen Schlusstrich zu ziehen und die Verbrechen der Shoah nicht mehr in dieser Intensität in der Öffentlichkeit zu diskutieren, wird im Laufe dieser Arbeit eine wiederkehrende Position sein, der es kritisch nachzuspüren gilt.

Gerade die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind von einer historischen Verflechtung geprägt, die auf den Ereignissen der Shoah basiert und beide Seiten in Fragen des Umganges miteinander vor große Herausforderungen stellte und stellt (Hagemann/ Nathanson 2015; Zuckermann 2014:101f; Diner 2015:7f). Zunächst gilt es, den deutschen Staat und seine Bürger_innen zu betrachten, die im Laufe der Jahre nach 1945 eine, wie Aleida Assmann feststellte, Entwicklung von der Externalisierung hin zur Internalisierung von Schuld durchlaufen haben (Assmann 2013:51ff). In diesem Kontext veränderte sich nicht nur der Umgang mit der eigenen Vergangenheit, sondern in der Folge auch die Beziehungen zu Israel. Auf der anderen Seite der Betrachtung steht der israelische Staat mit seinen Bürger_innen, der zu Beginn seiner Entstehungsgeschichte von einer klaren Absage jeglicher Beziehungen zu Deutschland geprägt war und der sich im Laufe der Zeit aus verschiedensten Gründen doch gegenüber Deutschland öffnete (Diner 2015:7ff). Trotz dieser durchaus als positiv zu wertenden Entwicklungen zwischen beiden Staaten prägt der Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit, welche immer wieder die asymmetrisch verteilten Rollen von Täter und Opfer aktualisiert, das deutsch-israelische Verhältnis, denn

„viele Nationen stehen im Bann von Schlüsselereignissen ihrer Geschichte, durch die hindurch sie die jeweils gegenwärtigen Herausforderungen wahrnehmen und die ihnen die normativen Vorgaben ihres Handelns diktieren“ (Assmann 2014:276).

Insbesondere das Schlüsselereignis der Shoah hält gleich mindestens zwei Nationen in seinem Bann und ist seit nun mehr als sieben Jahrzehnten auch maßgeblich an der Konstruktion der nationalen Identitäten beider Staaten beteiligt.

Dieses Schlüsselereignis findet u.a. in zahllosen Buch- sowie Filmtiteln, die sich mit diesem Ereignis aus verschiedenen Perspektiven auseinandersetzen, seinen Ausdruck (Assmann 2014:278). Diese Tendenz findet in den Vereinsstatuten der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ihren Widerhall, denn gleich zu Beginn legen die Leitlinien fest, dass

„die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen [...] für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Motiv und Verpflichtung für konkretes Handeln in der Gegenwart [ist]“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>).

Dabei fokussiert die Organisation auf die Sensibilisierung für die nationalsozialistische Gewaltgeschichte und auf die aktive Arbeit gegen gegenwärtige Formen von Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten (vgl. <https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>). Somit werden in den Leitlinien beide Elemente des Namens der Organisation (Sühnezeichen und Friedensdienste) als komplementär begriffen, denn, so schreibt die Organisation fest:

„Er [Anmerkung des Autors: Der Begriff Sühnezeichen] bedeutet die konkrete, zeichenhafte Übernahme von Verantwortung für die Folgen des Nationalsozialismus, eröffnet die Möglichkeit, umzukehren, und begründet die Hoffnung auf eine gemeinsame, gerechtere und friedlichere Zukunft“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>)

und wird durch das Friedenskonzept des gerechten Friedens⁷ und darauf aufbauenden friedenspolitischem Handeln ergänzt. Dabei stellt die NGO nochmals deutlich in den Fokus, dass

⁷ Das Konzept des gerechten Friedens ist ein prägendes Leitbild für die Friedensethik und Friedenspolitik der christlichen Ökumene, der sich auch Aktion Sühnezeichen Friedensdienste verpflichtet fühlt. Der prägende Grundgedanke des Konzepts orientiert sich an der Annahme, dass Frieden mehr ist als die alleinige Abwesenheit von Gewalt. Eine grundsätzliche Kritik wird geäußert, da das Konzept des gerechten Friedens eine Umkehr des Gedankens vom gerechten Krieg sei und somit ein gerechter Frieden ohne den gerechten Krieg nicht denkbar wäre (vgl. Körtner 2003:14ff). Diesem Verständnis nach wird das Konzept des gerechten Krieges also nicht aufgelöst, sondern nur angepasst. Eine weitere Kritik ist, dass das Leitbild des gerechten Friedens noch nicht als kirchliche „Lehre“ ausgearbeitet wurde, wie dies die Kirchenväter Aurelius Augustinus und Thomas von Aquin in der Lehre vom gerechten Krieg getan haben. Somit sei das Konzept noch nicht vollständig ausgearbeitet und befinde sich noch in der Entwicklung. Für diese Arbeit ist insbesondere von Bedeutung, dass mit dem Konzept des gerechten Friedens folgende grundlegende Dimensionen verbunden werden: 1) Vermeidung von Gewaltanwendung, 2) Förderung von Freiheit zu einem Leben in Würde durch Recht und Gewährung von eigenen Entscheidungsmöglichkeiten, 3) Förderung von kultureller Vielfalt im Miteinander

„Nachhaltiger Frieden [...] durch Antisemitismus, Rassismus, Antislawismus, jede Art von Menschenrechtsverletzung und soziale Ungerechtigkeit verhindert [wird]“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>).

Die Organisation erklärt daher, dass sie in Projekten, die sich gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Geburt, Benachteiligung oder Behinderung, Alter, Geschlecht oder sexueller Identität, Hautfarbe oder Sprache richten, ihre Aufgabe verankert sieht (vgl. <https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>).

Diese Organisation mit ihrem klar auf Erinnern und Sühnen angelegten Programm wird als eine gelebte Praxis einer erst westdeutschen und ab 1989 als Teil einer gesamtdeutschen Erinnerungspolitik verstanden. Gerade diese Institutionalisierung des Gedenkens ist eine Bedingung für die mittlerweile etablierte Form des Holocaustgedächtnisses, welches als selbstverständlicher Teil unserer sozialen und kulturellen Umwelt erlebt wird (Assmann 2014:238). Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und das Ziel der Bewahrung zukünftigen Erinnerns an die Shoah ist eine solche Institution. In der Erinnerung wird die Vergangenheit jedoch nicht als solche festgehalten, sondern, wie bereits diskutiert, von der Gegenwart und ihren Bedürfnissen aus organisiert und rekonstruiert (vgl. Assmann 2000:31; vgl. Möller 2001:11f; vgl. Joggerst 2002:21; vgl. Assmann 2003:31). Es wird also nur das in der kollektiven Erinnerung einer Gruppe, einer Nation oder aber einer NGO aktualisiert, was für das Handeln in der Gegenwart und für die Zukunftsplanung von Relevanz ist und aus dem sich Handlungsimperative für die Gegenwart entwickeln lassen (vgl. Assmann 2000:32f). In der Folge lassen sich diese aus der Erinnerung abgeleiteten Handlungsimperative auch als Norm begreifen.

Die Fragen des Umgangs mit der Erinnerung an die Shoah sind eines der omnipräsenten Themen innerhalb des deutschen politischen Diskurses und spielen sich demnach in der wissenschaftlichen Bearbeitung der israelisch-

von Kulturen und Lebensart,⁴) Abbau von Not durch mehr Zugangs- und Verteilungsgerechtigkeit (vgl. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland 2007:53ff). Diese Dimensionen sind auch für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nach eigener Maßgabe grundlegend für die Arbeit. Die folgenden Arbeiten vertiefen die Diskussion um Friedenskonzepte und Begrifflichkeiten: Galtung 1998:457ff; Schwerdtfeger 2001:30ff; Henkel 2009; Galtung 2013.

deutschen Beziehungen wider. Eine große Zahl an Studien und Arbeiten sind zur Thematik der israelisch-deutschen Beziehung unter Einbezug des Umgangs mit der Erinnerung an die Shoah veröffentlicht worden. Sie sind für diese Arbeit relevant, da die vorliegende Studie immer auch den Blick auf die deutsch-israelischen Beziehungen und ihre spezifischen Besonderheiten richten und in eine kritische Diskussion mit einbeziehen muss, da viele Prozesse sonst im Unklaren bleiben würden.

Generell gibt es zwei große Strömungen in der Erforschung internationaler Beziehungen. Zum einen gibt es die Position der Realisten, welche traditionell den Staat als eine „Black Box“ betrachten und Staaten als rationale und homogene Akteure wahrnehmen und aus einem systemisch motivierten Blick heraus die Interaktionen in den internationalen Beziehungen betrachten (vgl. Börzel/Risse 2001:2ff).⁸ Diese Perspektive der „Black Box“ findet sich wieder, wenn NGOs als „Black Box“ betrachtet und die Akteur_innen der NGO daher nur als homogene Träger der Inhalte der NGO wahrgenommen werden.⁹ Zum anderen gibt es die Perspektive der Konstruktivist_innen, welche sich in den 1980ern und 1990ern als eine Antwort auf dominante theoretische Ansätze des Realismus in der Erforschung internationaler Beziehungen herausgebildet haben (vgl. Harnisch 2010:102ff).¹⁰ Dieser Zugang legt den Fokus auf „content and source of state interests and the social fabric of world politics“ (Checkel 1998:324).

Akteure weisen daher, dem Konzept des Symbolischen Interaktionismus folgend, Objekten Bedeutungen zu und handeln daher diesen Bedeutungen entsprechend (vgl. Wendt 1992; vgl. Abels 1998:43-58; vgl. Schubert 2009:345-367). Für Konstruktivist_innen ist demnach die Welt und auch die politische Umwelt, in der sowohl Staaten als auch nichtstaatliche Akteure wie NGOs interagieren, nicht nur materiell, sondern immer auch sozial konstruiert (vgl. Jetschke/Liese 1998:153f): Daraus folgt, dass die internationale politische Struktur immer eine soziale ist (vgl. Checkel 1998; vgl. Houghton 2007). Soziale Praktiken reproduzieren die intersubjektiven Bedeutungen, welche soziale Strukturen und Akteure gleichermaßen konstituieren (vgl. Hopf 1998:178). Wäh-

⁸ Siehe hierzu: Kubalkova 2001; Hudson 2005.

⁹ Siehe hierzu: Brühl/ Gereke 2015:677-694.

¹⁰ Siehe hierzu: Roscher 2004.

rend den Akteur_innen bei der Etablierung sozialer Strukturen, in denen sie interagieren, eine zentrale Rolle zukommt, lassen sich die Handelnden nicht zugleich als autonom von den Strukturen begreifen. Akteure und Strukturen bedingen einander in einem wechselseitigen Verhältnis.¹¹ Diese Dynamik lässt sich nicht nur in den internationalen Beziehungen nutzbar machen, sondern betrifft jede politische Handlung, denn

„the identity of the state and of social actors – for example, interest groups or political parties – could be understood only as mutually constitutive“ (Jepperson et al. 1996:51).

Folgt man diesem Ansatz, dann sind staatliche Identitäten ein Ergebnis von Interaktionen (vgl. Friedrich et al 2011:33f)¹² und sind durch kollektive Ideen, Erinnerungen und andere vergleichbare Einflussfaktoren, wie z.B. Normen, geformt (vgl. Kirste/Maull 1996:285f; vgl. Houghton 2007). In Folge dessen werden staatliche Interessen nicht als gegeben hingenommen, sondern als von diesen staatlichen Identitäten geprägt verstanden (vgl. Jetschke/Liese 1998:159ff).¹³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Normen daher nicht nur regulativ wirken, indem sie z.B. spezifisches Verhalten festlegen, sondern auch konstitutiv sind, indem sie z.B. Interessen und Identitäten mit prägen (vgl. Friedrich et al 2011:35).¹⁴ Bezogen auf den hier diskutierten Fall der NGO Aktion Sühnezeichen Friedensdienste prägen die als Normen zu verstehenden Elemente Sühnezeichen und Friedensdienste somit nicht nur das Verhalten der Organisation im aktiven Einsatz, sondern auch deren Identität sowie die Ausrichtung der NGO auf spezifische Interessen. Dieses konstruktivistische Verständnis von Normen steht in deutlichem Kontrast zum rational geprägten Verständnis der Realisten. Mit anderen Worten liegt die

„[...] Abgrenzung zu den rationalistischen Theorien von Realismus und Liberalismus [...] in der Berücksichtigung von Normen und Werten, also

¹¹ Siehe hierzu: Wendt 1987; Wendt 1992; Wendt 1996; Checkel 1998; Ruggie 1998; Fierke 2007; Houghton 2007.

¹² Siehe hierzu: Wendt 1992; Finnemore 1996; Hopf 1998.

¹³ Siehe hierzu: Wendt 1992; Hopf 1998; Houghton 2007.

¹⁴ Siehe hierzu: Finnemore 1996; Jepperson et al. 1996; Katzenstein 1996; Ruggie 1998.

solchen Phänomenen, die nicht unmittelbar greifbar oder beobachtbar sind.“ (Friedrich et al 2011:38)

Nach der rationalen Lesart wägen die Entscheider_innen nach einer Kosten-Nutzen Analyse ihre Handlungen rational ab. Im Gegensatz zur konstruktivistischen Sichtweise, der zufolge Staaten also einer Angemessenheitslogik folgen, beispielsweise auf eine Art und Weise handeln, die sie als richtig/ angemessen wahrnehmen, argumentiert die rationalistische Sichtweise, dass Staaten sich an einer Konsequentialitätslogik orientieren und daher primär Kosten und Nutzen ihrer jeweiligen politischen Entscheidungen abwägen. Mit ihrer Sichtweise von Normen unterscheiden sich Konstruktivist_innen deutlich von Realist_innen (Friedrich et al 2011:38), denn Realist_innen betrachten Staaten als rationale und einheitliche Akteure, die ihre nationalen Interessen durchzusetzen versuchen, was sich in Begriffen von Macht (vgl. Morgenthau 1967), Sicherheit oder Überleben (vgl. Waltz 1979; vgl. Grieco 1997) niederschlägt. Dies hat zur Folge, dass Staaten als zielorientierte Akteure verstanden werden, ganz so als hätten sie einheitliche Ziele und Strategien, um diese Ziele zu erreichen, als wären Staaten weitestgehend unabhängig von ihren nationalen Gesellschaften und den in ihr wirkenden inneren sozialen Kräften (vgl. Grieco 1997). Daher nimmt die realistische Sichtweise an, dass sich Staaten in einem von Unsicherheit geprägten, als anarchisch begriffenen internationalem System in erster Linie mit ihren Möglichkeiten zur Durchsetzung eigener Ziele und des eigenen Überlebens auseinandersetzen und diese mit den Möglichkeiten und Überlebenschancen anderer Staaten vergleichen (vgl. Waltz 1979). Daraus ergibt sich, dass ein Machtgewinn eines Staates dazu führt, dass der jeweilige Staat diese Macht zwangsläufig auch ausüben wird (vgl. Mearsheimer 1990; vgl. Waltz 1993). Geprägt ist diese Sichtweise von der Annahme, dass Macht auf internationaler Ebene immer ein Nullsummenspiel sei, in dem der Gewinn der Einen immer zugleich der Verlust der Anderen sei. Diese unterschiedlichen Sichtweisen und Positionen des Realismus und des Konstruktivismus lassen sich sowohl in der Literatur, die sich mit den deutsch-israelischen Beziehungen beschäftigt, als auch in den Argumentationsgängen jüdisch-israelischer Partnerorganisationen/ Partner_innen und der deutschen NGO Aktion Sühnezeichen

Friedensdienste wiederfinden. Diese werden im Verlauf der Arbeit freizulegen sein, um zu verdeutlichen, wie zentrale Entscheidungen ermöglicht wurden.

Die Auseinandersetzung mit den deutsch-israelischen Beziehungen hat eine Fülle qualitativ sehr unterschiedlicher Literatur hervorgebracht, die auf journalistischer wie auch wissenschaftlicher Arbeit beruhen oder aber aus der Feder von Zeitzeug_innen stammt. Insbesondere die Bücher des damaligen Vorsitzenden des jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann¹⁵ mit eindringlichen Schilderungen der deutsch-israelischen Beziehungen, unter dem Eindruck der Nachkriegszeit, blieben viele Jahre lang einflussreich. Der Einfluss der Darstellungen bezog seine Wirkkraft im Besonderen aus der Darstellung der persönlichen Erfahrungen Goldmanns und seiner Einbindung in die Prozesse der Annäherung als deutscher jüdischer Zionist mit Verantwortung im Jüdischen Weltkongress, sowie aufgrund seiner stabilen Beziehungen in beiden Gesellschaften.

Umfassendere wissenschaftliche Literatur findet sich dagegen zu einzelnen Politikbereichen und weiteren Teilaspekten des deutsch-israelischen Verhältnisses. Die konstruktivistisch orientierte Arbeit von Misselwitz/Siebeck mit dem Titel „Dissonant memories - fragmented present : exchanging young discourses between Israel and Germany“ konzentriert sich in ihrer Betrachtung von Jugendaustauschprogrammen insbesondere auf die Frage, wie junge Israelis und Deutsche über den Nationalsozialismus und die Shoah sprechen und nimmt dazu eine Vielzahl von Essays auf. Deutlich liegt hier der Fokus auf den klassischen Jugendaustauschprogrammen, die hier als eine der Säulen der deutsch-israelischen Beziehungen begriffen werden. Die Arbeit verdeutlicht die hochgradig subjektive Deutung von Geschichte anhand marginalisierter, die nationalen Erinnerungsdiskurse in Frage stellender Erinnerungen (vgl. Misselwitz/Siebeck 2009). Dagegen stellen Roters und Wolf in ihrer Studie „Städtekooperation und Städtediplomatie im Nahen Osten am Beispiel der Stadt Köln“ auf die Wirkkraft und Bedeutung der Städtepartnerschaften zwischen israelischen und deutschen Städten für die Beziehungen zwischen beiden Ländern ab. Am Beispiel der Städte Köln, Tel Aviv-Yafo sowie Bethlehem zeigen die Autoren beispielhaft, wie diese Form der Kooperation neue Handlungsspielräume

¹⁵ Goldmann 1970; 1983a; 1983b.

eröffnen kann, die der klassischen staatlichen Außenpolitik versperrt bleiben. Insbesondere die Möglichkeit, sich auf kommunale Felder und praktische alltägliche Herausforderungen konzentrieren zu können, ermöglicht es, vertrauensbildende Kontakte zu etablieren, welche ansonsten nur unter erschwerten Bedingungen möglich gewesen wären (vgl. Roters/Wolf 2013:331-343).¹⁶

Einen weiteren sehr großen Forschungsbereich stellen die Sicherheits- und Militärkooperationen zwischen beiden Staaten dar. Barnouw thematisiert in ihrer Arbeit zur Sicherheit Israels David Ben Gurions Konzept eines neuen furchtlosen jüdischen Staates, der durch den Eichmann-Prozess seine vorherige Machtlosigkeit und Verwundbarkeit in Macht und Sicherheit verwandelt hätte. Gleichzeitig zeigt Barnouw auf, dass israelische Politiker_innen wie Ehud Olmert das Konzept von Gurion aufgreifen und dabei auch auf die Verantwortung Deutschlands zum Schutz Israels verweisen. Diese Transformation ist für Barnouw Fluch und Segen zugleich, denn die Basis dieser neuen Furchtlosigkeit ist der absolute Vorrang von Israels Sicherheit. Demzufolge habe diese Argumentation eine Politik territorialer Apartheid verfestigt, welche zu einer weitgehenden Missachtung der Interessen von Israels Nachbarn im Nahen Osten geführt habe. Dabei sei die Shoah-Rezeption in Israel in vielerlei Hinsicht eine Legitimationsgrundlage für eine Politik, die alle Anderen ausschließt. Mit dem Ziel, die Identität des jüdischen Volkes für immer vor „Nazi Evil“ und „Arab Evil“ zu schützen. Dieser Schutz ist dieser Betrachtung folgend mit all seinen nachvollziehbaren Bestrebungen zugleich auch Ursache für neue Bedrohungsszenarien (vgl. Barnouw 2007).

Einen anderen Fokus richtet Serr auf die deutsch-israelischen Beziehungen, wenn er den historischen Ausgangspunkt dieser Beziehungen in seinem Artikel nicht beim Luxemburger Abkommen, sondern in den ersten geheimen Treffen Anfang der 1950er Jahre, als sich deutsche und israelische Vertreter trafen um Waffenlieferungen zu vereinbaren, verortet. Serr zufolge liegen die Wurzeln der Beziehungen zwischen beiden Staaten einerseits in der Notwendigkeit des israelischen Staates, sich zu verteidigen und andererseits in der deutschen Verantwortung, dem neu gegründeten Staat mit Waffen zu helfen. Diese Basis der

¹⁶ Siehe auch: Ziegler 1992.

Beziehung und deren Auswirkungen bis in die Gegenwart belegt Serr anhand zahlreicher deutscher Waffenlieferungen an den Staat Israel und erklärt diese zum Kern der deutsch-israelischen Beziehungen, da bis in die Gegenwart hinein Deutschlands Solidarität mit Israel an der Bereitschaft zur Waffenlieferung gemessen werde (vgl. Serr 2015: 213-225).¹⁷

Ein weiteres Feld, das wissenschaftlich thematisiert wird, ist die mediale Darstellung sowie die öffentliche Meinung. Broening thematisiert in seinem Artikel „Terrorfokus und ‚Normalisierung‘“ den medialen Umgang mit Deutschland und Israel in den jeweiligen nationalen Medien. Dabei nimmt Broening eine konstruktivistische Sichtweise ein und hinterfragt, wie der mediale Umgang mit Israel und Deutschland verschiedene Realitäten schaffen kann, welche wiederum auf die Beziehungen zwischen beiden Staaten (in)direkten Einfluss nehmen (vgl. Broening 2005). Dagegen fokussiert die Studie von Vopel aus dem Jahr 2007 auf die Fragen, wie Deutsche von jüdischen Israelis, aber auch von jüdischen Amerikaner_innen wahrgenommen werden und wie Deutsche wiederum Israel und seine jüdischen Bewohner_innen wahrnehmen. Die Ergebnisse der Studie weisen darauf hin, dass die Basis der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden stabiler geworden ist und die frühere Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland einem Vertrauen in die Stabilität der demokratischen Verhältnisse in Deutschland gewichen ist. Allerdings betont die Studie zugleich die Notwendigkeit, über die Erinnerung an die Shoah hinaus gemeinsame verbindende Interessen zu identifizieren, da es sonst es bei der verbindenden Vergangenheit bleiben werde, während die Gegenwart nicht als verbindend wahrgenommen werde. In einem weiteren Punkt weist Vopel auf die Bedeutung des Jugendaustausches hin, welcher für ihn die effektivste Möglichkeit biete, gegenseitiges Verständnis für die Lebenssituation in beiden Ländern zu wecken (vgl. Vopel 2007).¹⁸

Weitere wissenschaftlich bearbeitete Themenfelder sind die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit¹⁹ und die Historie der israelisch-deutschen Beziehungen. So thematisiert Amir Bar-On in seiner Monographie „Israel und

¹⁷ Siehe auch: Gröhe et al. 2002; Shpiro 2003.

¹⁸ Siehe auch: Initiative Antisemitismuskritik Hannover 2005; Oehmer 2010.

¹⁹ Einen Überblick über dieses Gebiet bietet Steeger-Strobel 2008.

Deutschland, Deutschland und Israel 1982-1998. Interessen, Einstellungen und Politik“ anhand verschiedener Ereignisse zwischen 1982 und 1998 wie beide Seiten einander wahrgenommen haben und welche Politik im Kontext dieser Wahrnehmungen betrieben wurde. Bar-On thematisiert dabei in Abgrenzung zu anderen historischen Studien bewusst nicht nur eine Seite der Beziehung, sondern bezieht die wechselseitigen Prozesse mit ein (vgl. Bar-On 2008). Dagegen konzentriert sich die von Jelinek herausgegebene Quellenedition auf die deutsch-israelischen Beziehungen zwischen den Jahren 1945 und 1965. Die Studie basiert auf sehr umfangreichen Recherchen in deutschen, israelischen, amerikanischen und auch britischen Archiven und bietet die Ergebnisse der Recherchen in deutscher Übersetzung. Die Besonderheit dieses Werkes ist die komparatistische Perspektive, die Jelinek einnimmt. So bietet sich die Möglichkeit, die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Israel in diesem Zeitraum in einen Vergleich zu stellen. Jelinek konzentriert sich dabei thematisch auf die folgenden Schwerpunkte: Die Frage der Wiedergutmachung, das Verhältnis zu den arabischen Staaten sowie der einflussreiche Eichmann-Prozess (vgl. Jelinek 2004). In seinem Sammelband „Deutschland und Israel - ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses“ versammelt der Herausgeber Lothar Mertens Autor_innen, die sich mit Hilfe ausgewählter Beispiele dem deutsch-israelischen Verhältnis annähern. Dabei werden die traditionellen, meist positiv-religiös geprägten Israel-Vorstellungen zeitgenössischer jiddischsprachiger Schriftsteller_innen und die kritischen Israel-Entwürfe einiger deutsch-jüdischer Emigrant_innen nach 1933 nachgezeichnet. Weiterhin wird der intellektuelle Beitrag vertriebener Wissenschaftler_innen zur Entwicklung in und von Israel gewürdigt und zugleich das langjährige diplomatische Nichtverhältnis zwischen der damaligen DDR und dem Staat Israel dargestellt. Kritisch wird das Verhältnis der bundesdeutschen Linken zu Israel hinterfragt, da diese in Teilen einen langlebigen, in der Zeit des Kalten Kriegs fußenden, Antizionismus pflegen, welcher oftmals antisemitische Züge annehmen kann und annimmt (vgl. Mertens 2006). Der Historiker und Politikwissenschaftler Wolffsohn betont dagegen in seinen Schriften und insbesondere in seinem 1991 erschienen Buch „Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdische Beziehungen“, dass Juden und nichtjüdische Deutsche nach dem zweiten Weltkrieg zwar jeweils nachvollziehbare Leh-

ren aus der Geschichte gezogen, diese Lehren aber andererseits wiederum im Lauf der Zeit zu neuen Problemen geführt haben. Nachvollziehbar interpretiert Wolffsohn etwa den hohen Stellenwert von Nationalismus, Religion und Krieg in Israel als eine unmittelbare Lehre aus der Erfahrung des Dritten Reichs. Zugleich arbeitet der Autor heraus, auf welche Vorbehalte eine solche Lehre in Deutschland stößt und zu welchen mentalen, aber insbesondere auch politischen Konsequenzen diese Vorbehalte führen. So war die Fixierung auf Auschwitz in ihrer identitätsstiftenden Funktion für Israel von besonderer Bedeutung, entfalte aber auch für die Bundesrepublik eine Kraft, mit der Politik gestaltet wird (vgl. Wolffsohn 1991).²⁰ Im Rahmen der wissenschaftlichen Bearbeitung nimmt die Frage des Einflusses der deutsch-israelischen Beziehungen in der deutschen Nahostpolitik eine gewichtige Rolle ein. Dabei wird von den Autor_innen gemeinhin angenommen, dass Deutschland durch die Shoah eine besondere Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit Israels inne habe, welche eher zu einer pro-israelischeren Position führen würde, als dies bei anderen europäischen Staaten der Fall sei.²¹ Dabei stellen die Autoren Covarrubias und White eine allgemeine Tendenz fest, nach der Deutschland diese pro-israelische Haltung ebenfalls in den Institutionen der europäischen Union und der vereinten Nationen verfolge (vgl. Covarrubias/White 2007). Belkin allerdings stellt weiterhin fest, dass Deutschlands Nahostpolitik, unter dem Eindruck der Shoah, ebenfalls die Tendenz aufweist, EU-Positionen, die Israel unter Druck setzen sollen, aufzuweichen (vgl. Belkin 2007). Insgesamt wird die Nahostpolitik als ein eher schwaches außenpolitisches Feld deutscher Politik wahrgenommen. Muriel Asseburg und Jan Busse machen in ihrem Artikel deutlich, dass es Deutschland erst durch die Bindung an die europäische Union und der damit einhergehenden teilweisen Auslagerung der Nahostpolitik in deren Institutionen gelungen ist, sich im Bereich der Nahostpolitik unabhängiger von historischen Einschränkungen zu positionieren, da es sich nun nicht mehr um alleinige Positionen Deutschlands, sondern der EU handele und somit Teilen der jüdisch-israelischen Gegenargumenten begegnet werden kann. Dies begreifen die Au-

²⁰ Siehe auch: Vogel 1988a; Vogel 1988b; Vogel 1988c; Bar-On 2005; Kloke 2005:1-24; Wolffsohn 2008:35-38; Frei et al. 2009.

²¹ Siehe auch: Overhaus et al 2007; Mueller 2007.

tor_innen als einen Versuch der Normalisierung der Beziehungen über den Weg einer EU Einbindung (vgl. Asseburg/ Busse 2011: 693-716).

Weitere Autor_innen thematisieren in ihren Arbeiten insbesondere die staatlichen Verflechtungen zwischen Israel und Deutschland unter dem Vorzeichen der Shoah, die Bedeutung der Shoah für die jeweiligen nationalen Kulturen sowie die Problematik der Instrumentalisierung der Shoah-Erinnerung im Rahmen politischer Praxis in Deutschland wie in Israel. So thematisiert Dan Diner in „Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz“ die Bedeutung der Shoah für die Beziehungen bis in die Gegenwart hinein. Um das Verhältnis zwischen beiden zu beschreiben greift Diner auf den von Hannah Arendt 1946 geprägten Begriff der „negativen Symbiose“ zurück, welcher die wechselseitige Verflechtung aufgrund eines negativen Ereignisses in den Vordergrund rückt, dass weder in der jüdischen noch in der nicht-jüdischen deutschen sowie auch in der israelischen Bevölkerung erfolgreich bearbeitet worden sei. Beide Gesellschaften leben, Dan Diner folgend, in jeweils gegensätzlicher Weise mit der Erinnerung an das Ereignis der Shoah, wobei eine Gemeinsamkeit in den Bemühungen, diesen Erinnerungen auszuweichen, besteht - obgleich das Ereignis der Shoah identitätsprägenden Charakter aufweist. In seinem Buch „Rituelle Distanz“ beschreibt Diner das Wiedergutmachungsabkommen zwischen Israel und Deutschland im Jahr 1952 und die politischen und gesellschaftlichen Spannungen, die sowohl in Jerusalem als auch Deutschland mit diesen Verhandlungen verbunden waren. Diner verdeutlicht dabei die enorme Zerreißprobe, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Deutschland für den jungen jüdischen Staat 1952 bedeutete. Diner zeigt in seinen Arbeiten mehrfach auf, wie tief die Verflechtungen zwischen beiden Ländern sind, trotz aller anfänglichen Versuche eine Distanz herzustellen und zu wahren.²² Im Gegensatz dazu geht Daniel Levy von der Beobachtung einer nachhaltigen und folgenreichen Veränderung der öffentlichen Erinnerungslandschaften in Deutschland und Israel aus und fokussiert in seinen Arbeiten auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Deutungen der Shoah. Dabei widmet er sich auch der Frage nach Aneignungsformen und Vermittlungen zwischen privater und öffent-

²² siehe hierzu: Diner 1983:41-51; Diner 1986:9-20; Diner/Templer 1995: 147-170; Diner 1997:31; Diner 1998; Diner 2003:36-44; Diner 2007; Diner 2008:89-102.

licher Erinnerung im Spannungsfeld von Kosmopolitisierung und Renationalisierung. Gerade die Ausdifferenzierung der Erinnerungslandschaften und die damit verbundene Pluralisierung der Erinnerungsnarrative und Legitimationsmuster sowie die gegenwärtige Europäisierung der Erinnerungspolitik werden von ihm in den Blick genommen und bearbeitet (vgl. Levy 1999:51-66).

Moshe Zimmerman, in Israel ob seiner links orientierten politischen Ausrichtung oft kritisiert, nähert sich in seinen kritischen konstruktivistisch orientierten Arbeiten ebenfalls der Verflechtung aufgrund der Ereignisse der Shoah an. Dabei stellt er in seinem Beitrag „Hebel statt Alibi. Israel und (die) neue deutsche Außenpolitik“ zur Diskussion, ob im Kontext einer neuen deutschen Außenpolitik mit Blick auf den Staat Israel die Gegenwart der Vergangenheit neu bedacht werden müsse. Damit betont Zimmermann, dass der historische Zusammenhang zwischen dem Staat Israel und der Shoah in einer neuen Form in die deutsche Haltung zum Nahen Osten und der daraus folgenden Politik eingeordnet werden müsse. Die bisherige Praxis der verstärkten Ausrichtung auf israelische Bedürfnisse aufgrund der Geschichte der Shoah sei in der praktizierten Form nicht mehr angemessen und zielführend. Die „besondere Verantwortung“ Deutschlands gegenüber Israel wird seinem Verständnis nach im Rahmen einer Europäisierung der Erinnerung zum Ausdruck kommen, somit wird Deutschland innerhalb der EU eine aktivere und konstruktive Nahostpolitik betreiben können. Die Erfahrung der Shoah als Maßstab deutscher Außenpolitik werde dabei erhalten bleiben, aber künftig darauf abzielen, Rassismus und Antisemitismus in Israel sowie in der gesamten Region zu bekämpfen, demokratische Entwicklungen zu fördern und den Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde zu garantieren. Somit werde sich eine - in seinen Augen - bisher partikuläre Perspektive auf die Ereignisse der Shoah mit der eindeutigen Ausrichtung an israelischen Interessen zu einem universalistischen Verständnis wandeln, welches sich langfristig aus der historisch begründeten einseitigen Orientierung lösen könne.²³

²³ siehe hierzu: Zimmermann 1989:423-440; Zimmermann 2014:45-56; Zimmermann 2015:461-471.

Moshe Zuckermann, ebenfalls ein besonders in seinem Heimatland umstrittener israelischer Historiker und linker Aktivist, legt in seinem Buch „Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands.“ die unterschiedlichen Rückschlüsse dar, die aus den Ereignissen der Shoah gezogen wurden und zeigt auf, dass in Israel eine partikuläre und in Deutschland eine universalistische Sichtweise die politische Kultur dominiere. Dabei formuliert er Kritik an der Instrumentalisierung der partikulären Lesart der Shoah in Israel und der universalistischen Lesart in Deutschland. Beide Länder instrumentalisieren seinem Verständnis nach in jeweils unterschiedlicher, aber einander ergänzender Weise die Erinnerung an die Shoah zur Rechtfertigung unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ziele. In Deutschland, so lässt sich zusammenfassen, um sich als normale, geläuterte Nation zu präsentieren, in Israel zur Neukonstituierung der israelischen Gesellschaft und zur Legitimation zionistischen Handelns. In seinem Buch „Antisemit! Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument“ schreibt er, ganz seiner Linie folgend, gegen eine Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs an, die Zuckermann in Israel besonders durch Benjamin Netanjahus Likud, aber ebenso in Deutschland am Zuge sieht, um Kritik an Israels Politik abzuwehren. Für ihn hat sich der Vorwurf des Antisemitismus zu einem Herrschaftsinstrument gewandelt, welches der Durchsetzung eigener Interessen dient. In der Anwendung dieses Herrschaftsinstruments entdeckt er ebenfalls Parallelen zwischen Deutschland und Israel.

24

Gemeinsam ist all diesen Arbeiten, dass sie die Shoah als ein prägendes und omnipräsentes Element deutsch-israelischer und deutsch-jüdischer Beziehungen benennen und diesem eine hohe Wirkkraft in der Ausgestaltung dieser Beziehungen bescheinigen.

Ein weiterer Bereich, der in wissenschaftlicher Literatur Berücksichtigung findet, ist die Situation der palästinensischen Minderheit in Israel. Dabei wird der Blick u.a. auf die innerstaatlichen gesellschaftlichen Prozesse des Ausschlusses der palästinensischen Minderheit in Israel freigelegt und thematisiert dabei die

²⁴ siehe hierzu: Zuckermann 1999; Zuckermann 2001:81-95; Zuckermann 2002; Zuckermann 2004; Zuckermann 2014.

Problematik mangelnder demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten dieser Minderheit. Insbesondere Oren Yiftachel kritisiert Israel als Ethnokratie, in der die ethnische Zugehörigkeit die Staatsbürgerschaft dominiere und somit nicht dem Modell einer Demokratie entspreche. Er greift im Zuge seiner Darstellungen immer wieder den Prozess der „Judaization“ auf, welcher seiner Auffassung zufolge nach wie vor im Gang sei und das Ziel verfolge, diejenigen Regionen Israels, in denen die palästinensische Minderheit die Mehrheit stellt, durch gezielte Ansiedlungen jüdischer Bürger_innen in ihrer Bevölkerungszusammensetzung zu verändern. Ziel sei es, die Hegemonie der jüdischen Mehrheitsbevölkerung Israels zu stärken und dauerhaft zu erhalten (Yiftachel 2000). Insgesamt stellen die hier betrachteten Arbeiten über die größte Minderheitengruppe in Israel deutlich heraus, dass diese in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Kultur per staatlichem Handeln benachteiligt werden.²⁵

Wie die Darstellung deutlich gemacht hat, sind die deutsch-israelischen Beziehungen sowie die innergesellschaftlichen Spannungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Israel in den letzten Jahrzehnten intensiv bearbeitet worden. Die hier betrachteten Arbeiten stellen somit die Basis für das weitere Vorgehen dar und rahmen diese Studie. Die Studien, die bisher zur im Rahmen dieser Arbeit insbesondere fokussierten Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste national wie international erschienen sind, geben ein anderes Bild ab. Studien, die sich mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel selbst beschäftigen, gibt es bislang nicht all zu viele. Besonders die Forschung über Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel und der Umgang mit den israelischen innergesellschaftlichen Besonderheiten stellt ein junges und bislang noch nicht beforschtes Feld dar.

Der Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste selbst kann auf das Jahr 2008 datiert werden. Anlässlich des fünfzigsten Geburtstages der Organisation erschien eine Studie der Historikerin Gabriele Kammerer, in der sie einen ersten, sehr breiten Überblick über die Aktivitäten und die Historie der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

²⁵ siehe hierzu: Landau 1969; Zuriek 1979; Lustnick 1980; Smooha/ Peretz 1982; Klein 1987; Smooha 1990; Landau 1993; Rouhana 1997; Tessler/Grant 1998; Smooha 2004; Jamal 2007.

aus Archivmaterial schafft. Bis zu diesem Zeitpunkt konzentrierte sich ein großer Teil der wissenschaftlichen und vor allem der nicht-wissenschaftlichen Literatur auf den charismatischen Gründer Lothar Kreyszig, der die Organisation gemeinsam mit Unterstützer_innen im Rahmen einer zunächst privaten Initiative gründete. In ihrer Arbeit zeichnet Kammerer dabei die Entwicklung der Organisation sowie der ersten Projekte in verschiedenen westlichen europäischen Ländern und in Israel nach. Dabei beschränkt sie sich auf einen Überblick und thematisiert spezifische Prozesse wie zum Beispiel die Auseinandersetzung um die Namensweiterung von Aktion Sühnezeichen zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nur am Rande.²⁶

Die bei weitem breiteste und detaillierteste bisherige Arbeit ist die Dissertation von Anton Legerer, welche unter dem Titel „Tatort Versöhnung: Aktion Sühnezeichen in der BRD und in der DDR und Gedenkdienst in Österreich“ 2011 erschienen ist. Legerer widmet sich dem theologischen Hintergrund und der institutionellen Geschichte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sowie der Frage, wie die praktische Umsetzung einzelner Projekte in verschiedenen Ländern gelang. Legerer rahmt seine Arbeit, indem er seine Erkenntnisse in Zusammenhang mit der Geschichte der Nachkriegsgesellschaften und der Struktur der protestantischen Kirche nach Ende des Krieges setzt. Allerdings behandelt Legerer einen Aspekt von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nicht: Er verzichtet fast gänzlich auf die Perspektive der Freiwilligen und konzentriert sich folglich nur auf die Meso- und Makroebene der Organisation.²⁷

Das erste Buch, das sich der Thematik Aktion Sühnezeichen Friedensdienste annahm und versuchte, die Entwicklung und die innere Motivation der Freiwilligen und eben nicht die institutionelle/ Organisationsgeschichte in den Vordergrund zu rücken, ist das 1975 von der ehemaligen Freiwilligen Rosemarie Schenk geschriebene Buch: „... und gruben Brunnen in der Wüste – Junge Deutsche ziehen Bilanz ihrer acht Aufbaujahre zwischen Jerusalem und Beer Sheva“. Inhaltlich orientiert sich dieses Buch am Genre der Erfahrungsberichte und nimmt keine wissenschaftliche Perspektive ein. Dies lässt sich für nahezu

²⁶ siehe hierzu: Kammerer 2008a; Kammerer 2008b.

²⁷ siehe hierzu: Legerer 2011.

alle vor 2008 erschienen Publikationen feststellen. Ausgenommen davon sind Beiträge in Bänden und Zeitschriften mit einer Erwähnung von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, in denen allerdings die Organisation selbst im Zusammenhang mit der Friedensbewegung und der Etablierung von zivilen Friedensdiensten thematisiert wird.²⁸ Bis dahin fand zwar eine gesellschaftliche, aber eben keine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Organisation in den Publikationen statt.

Eine der zwei nicht deutschsprachigen Arbeiten, die sich speziell mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Israel auseinandersetzen, ist der von Lilach Marom publizierte Artikel „On Guilt and Atonement – Aktion Sühnezeichen Friedensdienste and its Activity in Israel“. Marom stellt die Gründungsideale der Organisation und deren Operationalisierung in den Jahren 1958 bis 1990 in den Vordergrund. Dabei betrachtet sie das Zusammenspiel zwischen nationalsozialistischer Vergangenheit, Shoah-Erinnerung und der Entwicklung der Organisation. Ihr Interesse gilt dem Einfluss von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf die Formung der Erinnerungen der Shoah und der Kriegszeit in Westdeutschland.

Bisher hat sich lediglich die Historikerin Jenny Hestermann in ihrer Arbeit „Atonement or Self-Experience? On the Motivations of the First Generation of Volunteers of Action Reconciliation for Peace“ intensiv mit der Perspektive der Freiwilligen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste beschäftigt. Hier stehen die christlichen Motive und die persönlichen Hintergründe der jungen deutschen Freiwilligen der ersten Jahre (1961-1965) im Vordergrund. Methodisch nähert sich die Autorin der Thematik an, indem sie Tagebücher der Freiwilligen untersucht sowie mit Hilfe einer Analyse der Korrespondenz zwischen den Leitern der verschiedenen Gruppen. Ihre Forschungsfragen beziehen sich dabei insbesondere auf den Bereich der christlichen Motive der Freiwilligen und darauf, inwiefern ihr christlicher Glauben durch die Verbrechen der Shoah beeinflusst wurde. Außerdem thematisiert sie, wie die israelische Seite auf den christlichen Impetus der Freiwilligen in der Zusammenarbeit reagierte. Hier ist der Blickwin-

²⁸ siehe hierzu: Koppe 1985; Leif 1989:540-560; Schmitt 1990:79-184; Fischer 1999:139-159; Voß 2000:127-144; Fischer 2011:125-137.

kel ebenfalls sehr auf religiöse Aspekte ausgerichtet und thematisiert die besonderen jüdisch-christlichen Beziehungen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass ein signifikanter Teil der Arbeiten zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sich auf die Makro- sowie Mesoebene bezieht; nur eine Arbeit sucht sich dezidiert diesem Trend zu entziehen. Dieser Überblick zeigt die Relevanz des Vorhabens, die Mikroebene mit ihren Akteuren in die Untersuchung von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste einzubeziehen und in der Betrachtung zu stärken. Trotz der unterschiedlichen Thematiken und Fokussierungen zeigen die Arbeiten eine Gemeinsamkeit: Einen Mangel an kritischen Betrachtungen der Arbeit der Organisation selbst. Die wenigen vorliegenden Studien thematisieren zwar Momente der Organisationsgeschichte, aber über den konkreten Umgang mit Problemen der Freiwilligen in Israel, dem Umgang mit der israelischen Minderheitenpolitik und ihren Auswirkungen lässt sich wenig in der Literatur zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste finden. Diese Aspekte wurden in der Bearbeitung nicht besonders fokussiert und spielen daher bislang kaum eine Rolle. Die vorliegende Arbeit soll einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten, um diesen Bereich deutscher Aktivitäten in Israel, welche immer auch von kollektiven Erinnerungen der Shoah geprägt sind und ohne Betrachtung dieses Zusammenhangs unklar bleiben müssen, ausgiebiger zu beleuchten.

Die Vergangenheit wirkt bis in die Gegenwart auch auf innerdeutsche Diskurse ein und führt beispielsweise zu den in Deutschland bekannten linken wie rechten Vorwürfen, dass sich deutsche Politik nicht kritisch gegenüber Israel äußern könne, was zur Folge hätte, dass Deutschland sich in einer moralisch begründet schwächeren Verhandlungsposition wiederfände. Ein weiterer geäußelter Vorwurf ist jener, dass Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis immer auch die Gefahr aktualisierten, die deutsche Seite würde sich an ein unausgesprochenes Tabu gebunden fühlen und die Machtverhältnisse zwischen beiden Seiten so zu Gunsten der Israelis asymmetrisch verteilen. Diese Vermutungen sind für die politische Ebene und ihre Entscheidungsfindung von verschiedenen Forscher_innen widerlegt worden. Anders gestaltet sich die Frage allerdings, wenn man die Ebene der sogenannten „hohen“ Politik, also die der zwischen-

staatlichen Beziehungen verlässt und die Perspektive auf die Beziehungen zivilgesellschaftlicher Akteure richtet. Eben dies ist die Absicht, die mit dieser Arbeit verfolgt wird.

Die eingangs vorgestellte Erzählung hat nicht nur die Spannungsfelder verdeutlicht, die sich in der Arbeit der Freiwilligen vor Ort in Israel materialisieren, sondern auch die von den Freiwilligen subjektiv empfundene Komplexität der deutsch-israelischen Beziehungen in Israel. Aufbauend auf diesen ersten Erfahrungen und den Erzählungen der Freiwilligen vor Ort, der intensiven Beschäftigung mit den deutsch-israelischen Beziehungen und der Betrachtung bisheriger Forschungsarbeiten entwickelte sich die Fragestellung. Im Gegensatz zu bisherigen Arbeiten und deren Konzentration auf Aspekte der Umsetzung des Sühnezeichen-Programms wird diese Studie den zivilgesellschaftlichen Beziehungen unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte, insbesondere der Frage des Umgangs mit unterschiedlichen innergesellschaftlichen Gruppen in Israel, im Kontext der Betrachtung der deutschen Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel nachspüren. Denn durch die Perspektive auf die zivilgesellschaftlichen Aspekte der Beziehung zwischen Deutschen und Israelis lässt sich der langwierigen Wirkung der Shoah-Rezeption nachspüren, da nur so verdeutlicht werden kann, welche Auswirkungen diese - neben den staatlich geprägten Aspekten der Außenpolitik - in der Arbeit einer NGO realisiert. Insbesondere die ab dem Jahr 1968 nach der intern wie extern umstrittenen Namensänderung von Aktion Sühnezeichen zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste verstärkt aufkommenden Flügelstreitigkeiten der Organisation, welche zwischen den Vertreter_innen der „Sühnezeichen“- und „Friedensdienste“-Fraktionen und ihren unterschiedlichen Vorstellungen von Solidarität und Verantwortung verliefen, werden in ihrem zeitlichen Verlauf und mit ihren Auswirkungen in das Zentrum der vorliegenden Betrachtung gerückt. Zeigen diese Auseinandersetzungen doch inwiefern in ihrem Verlauf Erinnerungen funktional eingesetzt werden, denn diese im Konflikt stehenden Positionen der beiden Flügel werden unter anderem von unterschiedlichen Rückschlüssen aus der Betrachtung und Beschäftigung mit der Thematik der Shoah befeuert. Weil Erinnerungen stets auf die Deutung der Gegenwart Einfluss nehmen und durch die Brille der Gegenwart gedeutet werden und zugleich der Legitimation in Kon-

flikt stehender Positionierungen dienen, konzentriert sich die Untersuchung auf den funktionalen Gebrauch der Geschichte im Kontext der Arbeit einer deutschen NGO in Israel. Aus diesen Gründen werden die klassische Außenpolitik und ihre staatlichen Akteure bewusst vernachlässigt. Ziel der Studie ist es vielmehr, die „besonderen“ Beziehungen, die zwischen Deutschland und Israel regelmäßig politisch postuliert werden, im zivilgesellschaftlichen Kontext zu verorten und kritisch zu diskutieren, um zu verdeutlichen, dass diese sich auch in der praktischen Arbeit deutscher NGOs niederschlagen und zu Entscheidungen führen, die letztlich im Kontext der Arbeit in Israel bestehende innergesellschaftliche Ausschlussprozesse in der eigenen Organisation reproduzieren können. Diesen politischen Akt des Handelns unter Einbeziehung der Geschichte der Shoah und der aus diesem Handeln resultierenden Konsequenzen und Positionierungen, im Kontext der Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel und der bereits erwähnten internen Flügelstreitigkeiten, gilt es nun im Verlauf der Studie kritisch zu betrachten und zu hinterfragen.²⁹

Die Frage, wie sich das erinnerungskulturell ausgerichtete Programm der Organisation mit ihrem 1968 hinzugetretenen Friedensdienste-Aspekt vereinen lässt und welche Auswirkungen diese internen Aushandlungsprozesse auf die Arbeit in Israel mit ihren jeweiligen Partner_innen hatten, wird in bisherigen Arbeiten nur am Rande thematisiert. Diese Arbeit wird dazu beitragen diese Aspekte zu füllen und in der Folge neue Fragen aufzuwerfen. Im Zentrum der Forschung steht daher die Auseinandersetzung mit den Flügelstreitigkeiten innerhalb der Organisation und deren Auswirkungen auf die Arbeit in Israel. Diese beruht maßgeblich auf den folgenden Fragen:

Welche Akteur_innen nehmen Einfluss auf diesen internen Konflikt der Organisation? Wie wandelt sich der interne Konflikt über die Jahrzehnte seines Bestehens und welche Schlüsselereignisse lassen sich ausmachen? Wie wird versucht den Konflikt zwischen den beiden als Norm zu begreifenden Flügeln „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ für das Einsatzland Israel zu lösen? Und schließlich: Welche Konsequenzen hat der gewählte Lösungsansatz für die Ar-

²⁹ Obwohl diese Studie notwendigerweise die Shoah mit ihren Schrecken zum Ausgangspunkt der Betrachtungen macht, leistet sie keinen Beitrag zur Erforschung der Shoah selbst oder der Ereignisse rund um den Zweiten Weltkrieg.

beit in Israel? Ohne Antworten auf diese Fragen kann nicht geklärt werden, wie die kollektive Erinnerung an die Shoah und der Umgang mit derselben sich auf die Arbeit und die Arbeitsfelder deutscher NGOs in der israelischen Gesellschaft auswirkt und welche Konsequenzen die daraus abgeleiteten Handlungen nach sich ziehen. Ebenso lässt sich nur auf diesem Weg verstehen, wie die beiden ursprünglich nicht als gegensätzlich gedachten Namens Elemente Sühnezeichen und Friedensdienste in einen Konflikt geraten konnten.

Das Material dieser Studie beruht im Wesentlichen auf den formellen sowie informellen Gesprächen mit Verantwortlichen und Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, der Auseinandersetzung mit Berichten, Darstellungen und Interviews aus verschiedenen Medien, Selbstdarstellungen und Positionspapieren der NGO, von der NGO erstellten Beiträge in sozialen Netzwerken und Erfahrungsberichten ehemaliger Freiwilliger im Internet. Im Laufe der Auseinandersetzungen mit dem Material kam es zu einer Erweiterung der Fragestellung und einer Verschiebung des primären Fokus. Von der ursprünglichen Fragestellung nach den Motivationen, die junge Freiwillige dazu führen, sich in Israel im Sinne des Sühnezeichens und der Friedensdienste zu engagieren, hin zu der Frage wie sich die Organisation im Zusammenspiel der streitenden Flügel in Israel nach der Öffnung für palästinensisch-israelische Projekte zu Gunsten jüdisch-israelisch dominierter Projekte positioniert hat und wie diese internen Streitigkeiten auf die Arbeit in Israel generell gewirkt haben. Diese Verschiebung der Fragestellung ergab sich insbesondere aus den Gesprächen und dem intensiven Studium der Dokumente, wobei erkennbar wurde, dass der Friedensdienste Aspekt mit seiner breiteren Auslegung des Auftrags bei vielen Freiwilligen überwog, obwohl die Organisation selbst in Israel den Sühnezeichen-Charakter mit all seinen Konsequenzen und Einschränkungen in den Vordergrund der Arbeit hebt. Schnell wurde deutlich, dass der Ende der 1960er Jahre begonnene Konflikt um die Namensweiterung mehr bedeutete als nur eine reine Erweiterung bzw. Anpassung des Arbeitsfeldes: Mit der Namensweiterung folgte ein Umdenken sowohl innerhalb der Organisation als auch bei den jüdisch-israelischen Partner_innen, was wiederum zu langanhaltenden Streitigkeiten und kritisch zu betrachtenden Handlungsmustern der Organisation selbst führte. Die Vielfalt der zur Klärung der Fragen herangezogenen Mate-

rialien machte eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Methoden notwendig. Am Beginn stand die Feldforschung in Israel, in deren Verlauf erste Annäherungen an den Gegenstand und die Akteure stattfand. Es folgte eine klassische Dokumentenanalyse, welche sich intensiv mit der Bearbeitung und Analyse der gesammelten Dokumente befasste und zu guter Letzt die Methodik der teilnarrativen Interviews und das Auswertungsverfahren der dokumentarischen Methode (Kapitel 2). Ohne den historischen Kontext bleiben Interviews, Gespräche und Dokumente unverständlich, weshalb es notwendig war, diesen nicht nur vorzustellen, sondern auch kritisch zu diskutieren. Dazu werden sowohl der historische Kontext und die Eckdaten der deutsch-israelischen Beziehungen unter dem Aspekt einer von Deutschland angestrebten und von Israel weitestgehend abgelehnten Normalisierung diskutiert als auch die Geschichte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste von den Anfängen bis in das Jahr 1968, den Beginn der Veränderungen, vorgestellt (Kapitel 3). Aus der Notwendigkeit heraus, den Aufbau der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der Gegenwart zu verstehen, da die Struktur der Organisation Rückschlüsse auf interne Machtverhältnisse einzelner Referate aber auch auf finanzielle Unterstützer_innen ermöglicht, wird die aktuelle Struktur vorgestellt und für das Forschungsvorhaben fruchtbar gemacht (Kapitel 4). Auf dem historischen Kontext der deutsch-israelischen Beziehungen und deren historischen Verlauf aufbauend wird anschließend der historisch begründete Auftrag der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Zusammenhang mit der Problematik aufkommender Flügelstreitigkeiten zwischen den beiden im Konflikt als gegensätzlich empfundenen Aspekten von Sühnezeichen und Friedensdienste thematisiert. Davon ausgehend wird den Fragen nachgegangen, welche Akteure an den Flügelstreitigkeiten beteiligt waren, wie diese langandauernden Auseinandersetzungen prozessiert wurden und welche Auswirkungen sie hatten. Insbesondere thematisiert werden die bisher größtenteils vernachlässigten Aspekte der Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen, die mit den beiden Begriffen Sühnezeichen und Friedensdienste verbunden werden, auf die Arbeit mit den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Israel im Verlauf sowie Nachklang des Golfkrieges. Um verstehen zu können, wie diese Diskussionen um die Namensgebung sich auf die Arbeit vor Ort und die Einbindung in

bestehende israelische Gesellschaftsstrukturen auswirkte und auswirkt, wird die gesellschaftliche Situation der größten Minderheitengruppe in Israel, den palästinensischen Israelis, dargestellt. Die Veränderungen der Ausrichtung der Organisation werden am Beispiel zweier konkreter Schlüsselereignisse aufgezeigt, welche im Kern den Beginn der Öffnung und der Schließung der Organisation für spezifische Projekte und Interessen im gesellschaftlichen Umfeld der palästinensischen Israelis darstellen. Diese Prozesse der Veränderung werden mit Hilfe der geführten Interviews und den ausgewerteten Dokumenten kritisch diskutiert, da insbesondere hier die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Prozesse von Seiten der Organisation und der Freiwilligen deutlich werden. An dieser Stelle wird weiterhin thematisiert, welche Bilder und Vorstellungen ihrer israelischen Partner_innen vor Ort die Arbeit und Entscheidungen der Organisation prägen, denn wo auf Grundlage historischer Verbundenheit und Solidarität durch die Erinnerung an die Shoah jüdisch-israelische Interessen äußerst positiv bewertet und honoriert werden, da werden palästinensisch-israelische Interessen und Sichtweisen eher als gefährlich für die Organisation und die Freiwilligen empfunden und eingestuft. Diese Unterteilung in positive und negative Zuschreibungen passt sich in die hegemoniale inner-israelische Sichtweise auf die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen und ihre gesellschaftliche Stellung ein (Kapitel 5). Abschließend wird eine Bewertung der empirischen Ergebnisse vorgenommen und diskutiert, inwiefern der Umgang mit und der Erhalt der Erinnerung an die Shoah, das Kernelement der Sühnezeichen-Thematik mit dem Ansatz der Friedensdienste, in deren Mittelpunkt auch die Fragen nach einer diskriminationsfreien Gesellschaft und einem für alle Seiten befriedigendem Frieden stehen, vereinbar sind. Hier gilt es nochmals aufzuzeigen, wie die Prozesse der Schließung für palästinensisch-israelische Interessen im Zusammenhang mit spezifischen Interessen jüdisch-israelischer Partner_innen stehen, die aus der Sühnezeichen Thematik einen Exklusivitätsanspruch abzuleiten versuchen. In diesem letzten Abschnitt wird außerdem die aktuelle israelische Debatte um NGOs aufgegriffen, da Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ein Beispiel dafür ist, wie es zwar gelingt, Konflikte mit den jüdisch-israelischen Partner_innen zu vermeiden, aber doch um den Preis eben genau jenen Interessen zu Ungunsten anderer Gruppen in Israel nachzugeben (Kapitel 6).

2. Methodisches Vorgehen

Kapitel zwei wird das Design und das Vorgehen der Forschungsarbeit in den Vordergrund stellen und thematisieren, denn

„das Forschungsdesign macht die Art und Weise, wie eine Untersuchung angelegt ist, explizit. Es hilft, sich das Ineinandergreifen der verschiedenen Schritte des Forschungsablaufs klar zu machen und diesen auf seine Stimmigkeit hin zu überprüfen. Damit bietet es eine Leitlinie, auf die im Verlauf der Forschung immer wieder zurückgegriffen werden kann. Und schließlich macht es die Ressourcen, die für ein Forschungsvorhaben aufgewendet werden müssen, planbar und hilft diese – im Fall eines Forschungsantrags – zu legitimieren.“ (Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2014:118)

Ziel dieses Kapitels ist es, die kreative und wechselseitige Beziehung zwischen den Strukturierungs- und Interpretationsleistungen des Autors und den methodischen Verfahren aufzuzeigen. Die vorliegende Arbeit orientiert sich in ihrer Bearbeitung der Prozesse des Wandels der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste an der Zielsetzung qualitativer Forschung und ihrer Charakteristika. Dabei ist davon auszugehen, dass die qualitative Sozialforschung einen großen Anteil ihrer analytischen Stärke durch die konsequente Offenlegung des Forschungsprozesses und dem daraus resultierenden offenen Umgang mit der Rolle und den Entscheidungen des Forschers für die durchgeführte Untersuchung und die daraus resultierenden Ergebnisse, erlangt (Gläser/Laudel 2010:31f). Gabriele Rosenthal beantwortet die Frage, was qualitative Sozialforschung leisten könne wie folgt:

„Bei der Frage, was die qualitative Sozialforschung [...] leisten kann, herrscht zunächst Einverständnis darüber, dass sie vor allem bisher noch unbekannte Phänomene oder kaum erforschte Lebenswelten erforschen kann. Haben wir keine Kenntnis von der Sozialwelt, die wir untersuchen möchten oder liegen bisher keine theoretischen Konzepte zu bestimmten sozialen Phänomenen vor, dann lässt sich nur schwer ein quantitatives Design entwerfen“ (Rosenthal 2008:18).

Die mögliche Bandbreite qualitativer Herangehensweisen offeriert dabei eine Spanne von stark deskriptiven bis hin zu strikt analytischen Vorgehensweisen (vgl. Mruck/ Mey 2005:7). Die vorliegende Arbeit zieht dabei einen Mittelweg zwischen deskriptivem und analytischem Vorgehen vor. Ein weiteres Ideal qualitativer Forschung, das diese Studie anstrebt, ist, dass die Analyse, die durch

Verdichtung und Interpretation verstehen und deuten will, von den Leser_innen wiederum erfolgreich dekodiert werden kann. Ebenso gehört es zu den Zielsetzungen dieser Arbeit die emische Sichtweise³⁰ der Erforschten auf die Prozesse und Veränderungen, ausgelöst durch die internen organisationalen Streitigkeiten, zugänglich zu machen (vgl. Eriksen 2001). Repräsentativität ist dabei, wie Flick ausführt, kein Kriterium qualitativer Forschung denn „bei der Auswahl der untersuchten Subjekte ist deren Relevanz für das Thema statt Repräsentativität leitend“ (Flick 2007: 124). Im Verlauf der Forschung kommen die Untersuchten selbst zu Wort, denn der Forscher steht in einem direkten oder indirekten Austausch mit ihnen, der im Interesse des Forschungsverlaufs unterschiedlich intensiv sein kann. Ganz im Sinne des qualitativen Paradigmas richtet der Forscher sein Interesse darauf aus, zu rekonstruieren, was Menschen erfahren haben, was sie denken und fühlen, wie sie handeln und warum sie so handeln, wie sie es tun; anders ausgedrückt, wie Menschen sich ihre Welt erklären und aneignen. Es ist der Anspruch, im Verlauf der Forschung die bereits genannten emischen Sichtweisen frei legen zu können. Ebenso hat qualitative Sozialforschung die Ambition, Lebenswelten neu zu erschließen und zugänglich zu machen. Die Forscher_innen suchen dabei nach dem Fremden in den Alltagswelten. Um dieses offenzulegen hinterfragen die Forschenden in einem zirkulären Prozess ihre eigenen Überzeugungen und Gewissheiten (Lamnek 2010:319). Ganz offensichtlich ist die qualitative Sozialforschung kein homogenes Feld, auch hier gibt es zahlreiche, einander teilweise widersprechende theoretische Strömungen. Dennoch lassen sich gemeinsame erkenntnistheoretische Positionen ausmachen. Einer der Eckpfeiler der qualitativen Sozialforschung ist die Tradition des Symbolischen Interaktionismus. Blumer (1969), der als einer der Begründer gilt, fragt danach, wie Menschen es schaffen, ihr Handeln sinnvoll aufeinander abzustimmen. Nach Blumer signalisieren die Handelnden einander interaktiv durch Symbole, wie sie die Situation verstehen und wie andere sie verstehen sollen. Die beteiligten Menschen handeln aus, was die Symbole zu bedeuten haben und was der Sinn der Interaktion ist. Diesem Grundgedanken folgend existiert die soziale Welt nicht objektiv, sie wird (inter-)subjektiv konstru-

³⁰ Im emischen Ansatz wird die Kultur aus den Augen der jeweiligen Involvierten betrachtet und mit Kategorien, die der Kultur eigen sind, beschrieben. Im Vordergrund steht beim emischen Ansatz die Innenperspektive.

iert, ebenso wie die kollektive Erinnerung aus der Gegenwart heraus konstruiert und für verschiedene Prozesse der Gegenwart nutzbar gemacht wird. Situationen, Interaktionen und auch physische Gegenstände haben für Menschen demnach unterschiedliche Bedeutungen. Je nachdem, welche Bedeutung Menschen etwas zuschreiben, handeln sie unterschiedlich (vgl. Blumer 1969; vgl. Käsler/Vogt 2000:298f). Individuen handeln aufgrund ihrer (inter-)subjektiven Konstruktionen, aufgrund ihrer Situationswahrnehmung, ihrer Vorerfahrungen und ihrer Erwartungen, die sich jeweils herausgebildet haben. Diese Aspekte sind für den weiteren Verlauf der Studie von Bedeutung, bilden sie doch die Ausgangsbasis des theoretischen sowie methodischen Aufbaus. Aus den Handlungen aller Beteiligten setzt sich die soziale Welt zusammen. Soziale Wirklichkeit wird in kontinuierlichen kommunikativen Prozessen erzeugt. Qualitativ Forschende rekonstruieren diesen Herstellungsprozess sozialer Wirklichkeit mit Strategien der Datenerhebung, welche ebenfalls einen kommunikativen, dialogischen Charakter haben (vgl. Reinders 2005; vgl. Lamnek 2005). Spezifische Formen des Handelns erklären sich nach diesen Prämissen nicht aus sich selbst heraus, sondern lassen sich demnach nur als ein Ergebnis von Interaktionen aus ihrem jeweiligen Kontext heraus begreifen.

Da Repräsentativität im statistischen Sinne in der qualitativen Forschung nicht angestrebt wird, ist das maßgebliche Kriterium, welchen Ertrag die einzelne Fallanalyse im Hinblick auf das theoretische Problem zu erbringen vermag. Dieser Ertrag im qualitativen Paradigma wird daher anders als in der quantitativen Forschung nicht über Häufigkeiten und Verteilungen abgeleitet, sondern von der Entdeckung theoretisch relevanter Zusammenhänge am Fall (Rosenthal 2008:18). Diese Form des Arbeitens eignet sich besonders, um Neues zu entdecken, da zu Beginn des Forschungsprozesses keine fixe Hypothese oder Theorie steht, welche geprüft werden soll, sondern eine mehr oder weniger präzise Fragestellung den Ausgangspunkt der Arbeit markiert (Rosenthal 2008:18). Zum qualitativen Vorgehen an dieser Stelle Kelle und Kluge (1999:15):

„Um die Wissensbestände und Deutungsmuster der Akteure zu rekonstruieren, kann sich der Forscher oder die Forscherin, anders als die meisten quantitativen Methodenlehrbücher empfehlen, dem empirischen Feld nicht mit solchen präzise operationalisierten Hypothesen nähern, die durch eine Konfrontation mit Daten verifiziert oder falsifi-

ziert werden können. Vielmehr steht am Anfang des qualitativen Forschungsprozesses die Erhebung relativ unstrukturierter [...] Datenmaterials in Form von Feldprotokollen oder Interviewtranskripten. Aus diesem Material sollen dann Schritt für Schritt jene Sinnstrukturen rekonstruiert werden, die die untersuchte soziale Lebenswelt (mit)konstituieren.“

Da es nur sehr wenige Arbeiten zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel gibt und sich bisher niemand wissenschaftlich mit der Thematik der Flügelstreitigkeiten zwischen „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ innerhalb der Organisation und deren Auswirkungen auf die Arbeit in Israel auseinandergesetzt hat, bietet sich hier ein Vorgehen an, welches sich am dynamischen qualitativen Forschungsparadigma orientiert. Nachdem die Zielsetzungen qualitativer Forschung und dieser Studie herausgearbeitet worden sind, ergeben sich aus der genaueren Beschäftigung mit den Prämissen qualitativer Forschung einige ihrer zentralen Prinzipien, welche die qualitative Forschung trotz ihrer Unterschiedlichkeiten verbindet und wieder zusammenführt (Rosenthal 2008:39ff; vgl. Reinders 2005; vgl. Lamnek 2005). Konkret sind dies die Offenheit, die Kommunikation und der Prozesscharakter der Forschung. Im Folgenden wird in aller Kürze vorgestellt mit welchen Inhalten diese Konzepte von qualitativen Forscher_innen gefüllt werden und welche Auswirkungen die genannten zentralen Prinzipien auf die hier vorliegende Studie haben.

Da qualitative Forschung im Kern auf einer Grundhaltung der Offenheit beruht, versteht der Autor dieser Studie unter dem Prinzip der Offenheit sowohl eine Aufgeschlossenheit gegenüber den Deutungsmustern der involvierten Personen als auch – und das separiert sie nochmals von dem quantitativen Paradigma verpflichteten Studien – eine anpassungsfähige sich im Verlauf dynamisch gestaltete Forschungsdurchführung (Mruck/ Mey 2005:9; vgl. Rosenthal 2008:50ff; vgl. Gläser/ Laudel 2010:30). Die Forschenden versuchen demzufolge gestützt auf dem Prinzip der Offenheit,

„den Wahrnehmungstrichter empirischer Sozialforschung so weit wie möglich offen zu halten, um auch unerwartete und dadurch instruktive Informationen zu erhalten“ (Lamnek 2005:21).

Anders ausgedrückt: Der Forschende nutzt das von Ronald Hitzler eingeführte Konzept der „künstlichen Dummheit“³¹, um sich zwar auf der einen Seite umfassend zu informieren, aber gleichzeitig die Gültigkeit dieses Wissens zu Gunsten einer möglichst breiten Offenheit auszuklammern (Reichert 2014:94). Nach Gabriele Rosenthal erfordert

„das Prinzip der Offenheit [...] in erster Linie eine Haltung der SozialforscherInnen, die der Bereitschaft zur Entdeckung von Neuem, der Offenheit zum Sich-Einlassen auf das empirische Feld und der Veränderung ihres Vorwissens bedarf“ (Rosenthal 2008:50)

Für die vorliegende Studie bedeutet dies, sich im ganzen Prozess der Forschung die notwendige Offenheit gegenüber dem Forschungsthema zu erhalten und somit flexibel und dynamisch auf auftauchende Forschungsfragen oder Veränderungen reagieren zu können. Ebenso von Bedeutung ist die Verflechtung von Kommunikation und qualitativer Forschung, die einander bedingen, so dass qualitative Forschung ohne eine Form der Kommunikation nur schwerlich vorstellbar wäre. Nimmt in dieser Forschungstradition doch die Interaktion zwischen Forscher_innen und den an der Forschung involvierten Menschen einen nicht unerheblichen Anteil am Forschungsprozess ein. Lamnek führt dazu aus:

„Der Akt des Forschens ist gerade im qualitativen Interview prozesshaft, weil er die Kommunikation zwischen Forscher und Informanten voraussetzt. Interviewer und zu Befragender sind Elemente der Befragungssituation und wirken an der Konstruktion von Wirklichkeit und mithin an der Aushandlung von Situationsdefinitionen mit. Die Tatsache, dass der Forscher in die Erhebungssituation eingebunden ist, führt dazu, dass er zu einem konstitutiven Bestandteil des Forschungsprozesses und damit des Forschungsergebnisses wird.“ (Lamnek 2010:319)

Daher wird, ganz anders als in der quantitativen Forschung, die Interaktionsbeziehung nicht als ein Störfaktor verstanden, welcher möglichst ausgeschaltet werden sollte, sondern sie ist damit ein konstitutiver Bestandteil des qualitativen Forschungsprozesses (Girtler 2001:56; vgl. Mruck/ Mey 2005:10; vgl. Rosenthal 2008:44f). Bei genauer Betrachtung lässt sich demnach qualitative Forschung auch als Kommunikation verstehen, da die Datengewinnung als eine kommuni-

³¹ Eine ausführliche Diskussion des Konzeptes der „künstlichen Dummheit“ findet sich in den Arbeiten von Ronald Hitzler: vgl. Hitzler 1991; vgl. Hitzler 1997:5-18; vgl. Hitzler 1999:473-482.

kative Leistung gelten kann (Rosenthal 2008:44). Daraus folgt die Annahme, dass der Forscher und der/ die Befragte der Form und den Regeln der Forschungssituation und dem Inhalt der Interaktion zustimmen müssen. Der/ die Befragte bestimmt dabei im Prozess der Forschung das kommunikative Regelsystem, an das sich die Forschenden in ihrer sprachlichen Form anpassen müssen. Der/ die Forschende und Befragte verständigen sich über Inhalte und Bedeutungszuschreibungen und handeln dadurch gegenseitig ihre Wirklichkeitsdefinitionen aus (Mruck/ Mey 2005:10; vgl. Reinders 2005; vgl. Lamnek 2010:319). Dabei hat der Autor dieser Studie nicht aus dem Blick verloren, dass „die wissenschaftliche Textinterpretation [...] Leben aus zweiter Hand“ (Soeffner 2014:49) interpretiert und ein immenser Anteil der gewonnenen Forschungsdaten einer qualitativen Untersuchung textbasiert oder doch zumindest in nachträglich verschriftlichter Form vorliegen (Soeffner 2014:46ff). Der kommunikative Charakter qualitativer Forschung lässt sich allerdings nicht auf Interviews und die Interviewdurchführung reduzieren, sondern wirkt weit darüber hinaus auf den gesamten Forschungsprozess ein. Daher können in qualitativen Studien gewonnene Daten – auch aufgrund der spezifischen Erhebungskontexte – nicht unabhängig von ihrer Erhebungssituation ausgewertet werden (Rosenthal 2008:44f). Es besteht also gewissermaßen ein Zwang zur Kontextualisierung der gewonnenen Daten. Auch im Rahmen dieser Studie wird daher bei der Auswertung berücksichtigt, in welchem Kontext die jeweiligen Daten erzeugt wurden und welche Interaktionsprozesse sich bei der Bearbeitung vollzogen haben.

Beim dritten Prinzip, das für die methodische Ausrichtung der vorliegenden Studie von Bedeutung ist, handelt es sich um die Prozesshaftigkeit der Forschung. Da soziale Wirklichkeit in einem nie endenden Prozess von den Menschen hergestellt wird (vgl. Berger/ Luckmann 2005; vgl. Berger 2009), sind in der Folge Begriffe und Phänomene niemals im Sinne eines statischen Endproduktes zu verstehen, sondern unterliegen ebenfalls ständigen Veränderungs- und Anpassungsprozessen. Sozialwissenschaftliche Forschung untersucht somit einen dynamischen, prozesshaften, manchmal geradezu fluiden Gegenstand: Die soziale Wirklichkeit. Aus diesem Grund betrachtet diese Studie „die Verhaltensweisen und Aussagen der Untersuchten als prozesshafte Ausschnit-

te der Reproduktion und Konstruktion sozialer Realität“ (Lamnek 2005:23). Weiterhin ist auch die Forschung analog zur sozialen Wirklichkeit immer als prozesshaft zu verstehen, denn auch der Forscher ist direkt in den Prozess der Konstruktion und damit zeitgleich auch in die Veränderung von Wirklichkeit eingebunden (Lamnek 2010:319). Wenn also die soziale Wirklichkeit zirkulär und prozesshaft ist, dann muss auch Forschung, die jene soziale Wirklichkeit nachzeichnen will, zirkulär und prozesshaft sein.³² Dabei liegt der zirkuläre Prozesscharakter qualitativer Forschung in ihren kurzen, sich wiederholenden Arbeitsschritten (Reinders 2005:38f). Brüsemeister beschreibt den zirkulären und zugleich offenen Forschungsprozess wie folgt:

„In der qualitativen Forschung werden Teilergebnisse der Fallauswertung an den Daten des gleichen Falls schrittweise überprüft. In der Wahrnehmung der ForscherInnen stellt sich dies grundsätzlich wie folgt dar. Es existieren zu Beginn nur Vermutungen über Muster, die typisch für die Art des Falls sind, Dinge zu entscheiden. Endgültige Formulierungen ihrer Strukturhypothese müssen Forscher und Forscherin bis zur Auswertung der letzten Daten offen halten“ (Brüsemeister 2008:59f).

Qualitativ Forschende, wie auch der Autor dieser Studie, gehen bereits in einer frühen Studienphase ins Feld und sammeln erste Informationen. Während des Auswertungsprozesses beginnt sogleich die Präzisierung und Modifikation der Fragestellung, der Erhebungsinstrumente und der Auswertungsmethoden. Daher sind Datenauswertung und Datenerhebung im Rahmen der Praktiken qualitativer Forschung, wie sie hier in dieser Arbeit angewendet werden, nicht strikt voneinander zu trennen. Gerade durch die enge Verzahnung von Erhebung und Auswertung lassen sich qualitative Forschungen sehr gut in ihren jeweiligen Forschungskontext einpassen.

Da bei der Anwendung qualitativer Methoden die Herstellung des Sinns rekonstruiert wird, während beim standardisierten Vorgehen dieser oftmals bereits als gegebene Verständigungsgrundlage vorausgesetzt wird, werden die im Laufe des Forschungsprozesses erhobenen und generierten Sinndeutungen dem qualitativen Verständnis nach in menschlichen Interaktionen generiert und als Teil einer genuin interaktiv konstruierten sozialen Wirklichkeit verstanden (Helf-

³² siehe hierzu auch Strauss/Corbin 1996.

ferich 2005:19ff). Aus der Forschungsfrage und dem Forschungsgegenstand ergibt sich demzufolge die Wichtigkeit der Rekonstruktion subjektiver Sinn- und Bedeutungsmuster der Akteur_innen, welche im konkreten Fall die Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Interaktionen im (Arbeits-)Alltag entwickelt haben. Auf diesem Weg lassen sich die relationalen Strukturen und Prozesse innerhalb der NGO sichtbar machen. Die Freiwilligen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste haben durch ihre Teilnahme an der Arbeit in Israel und in der (Selbst-)Verwaltung der Organisation die feldinterne Handlungs- und Reflexionsexpertise erlangt und verinnerlicht (vgl. Froschauer/Lueger 2003:52f). Diese erworbene feldinterne Reflexionsexpertise weist auf die von den Mitgliedern eines sozialen Systems wahrgenommenen Handlungsregeln, die „für die befragten Personen handlungsrelevant sind“ (Froschauer/Lueger 2003:53), hin. Daher gilt es, die für die Israelarbeit der NGO Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gültigen Regeln und Prozesse mit Hilfe der hier diskutierten Methoden zu rekonstruieren, zu interpretieren und im Anschluss kritisch zu hinterfragen.

Am Beginn der analytischen Arbeit im Rahmen dieser Studie stehen keine Hypothesen oder Theorien aus bereits geleisteter Forschungsarbeit, die überprüft oder verworfen werden sollen und somit die Kategorienbildung maßgeblich prägen würden. Die Analyse des erhobenen empirischen Materials soll nicht durch bereits entwickelte Hypothesen vorstrukturiert sein und dadurch ausschließlich vorgeprägte Schwerpunkte bedienen, sondern das empirische Material in den Vordergrund rücken und somit dem bereits diskutierten Paradigma der Offenheit folgen (vgl. Mruck/ Mey 2005:10). Es wird ein Verfahren angewandt, das der Entwicklung von Kategorien aus dem empirischen Material heraus die zentrale Bedeutung zu misst, gleichzeitig aber ebenso theoretisch basiert ist:

„Die Entwicklung neuer Konzepte anhand empirischen Datenmaterials ist also eine Art ‚Zangengriff‘, bei dem der Forscher oder die Forscherin sowohl von dem vorhandenen theoretischen Vorwissen als auch von empirischem Datenmaterial ausgeht.“ (Kelle/ Kluge 2010: 23)

Dieses Vorgehen ermöglicht dem Autor der Studie einen offenen und breiten Zugang zum empirischen Material, der durch einen theoretischen Rahmen inspiriert, aber eben nicht vorbestimmt und eingengt wird. Um zu verdeutlichen

mit welchen Erhebungsinstrumenten im Rahmen dieser Studie operiert wird, werden die Erhebungsinstrumente der Forschungsarbeit, eine kurze aber intensive Feldforschungsphase (Kapitel 2.1.1), die Dokumentenanalyse (Kapitel 2.1.2) und das verwendete Interviewverfahren (Kapitel 2.1.3), vorgestellt und in ihrer Relevanz für die vorliegende Arbeit diskutiert. Im Anschluss werden Angaben über die Anzahl der geführten Interviews und die zusätzlich erhobenen Daten gemacht, sowie die Interviewpartner_innen kurz vorgestellt (Kapitel 2.2.).

2.1. Erhebungs- und Auswertungsinstrumente

Da die meisten Forschungsdaten im Verlauf des Forschungsprozesses in verschriftlichter Form aufgearbeitet werden oder bereits vorliegen, werden nun die einzelnen Erhebungsmethoden, mit deren Hilfe jene Daten generiert sowie unter Zuhilfenahme interpretativer qualitativer Verfahren ausgewertet wurden. Die angewendete Qualitative Inhaltsanalyse orientiert sich am Verfahren der dokumentarischen Methode der Interpretation³³, die von Ralf Bohnsack als rekonstruktiv verstanden wird (vgl. Nohl 2006:7ff). Rekonstruktiv deshalb, weil anhand der Analyse eine Rekonstruktion zuvor schon gesellschaftlich konstruierter Wirklichkeit durchgeführt wird. Den Zusammenhang von Orientierungen, Handlungen und Erfahrungen gilt es demnach anhand dieser Methode mit Hilfe der gewonnen Daten zu rekonstruieren (vgl. Nohl 2006:7ff).

„Sie dient der Rekonstruktion der praktischen Erfahrungen von Einzelpersonen und Gruppen, in Milieus und Organisationen, gibt Aufschluss über die Handlungsorientierungen, die sich in der jeweiligen Praxis dokumentieren, und eröffnet somit einen Zugang zur Handlungspraxis.“
(Nohl 2006:8)

In zwei einzelnen Schritten wurden die zuvor erhobenen und transkribierten Interviews sowie relevante Dokumente untersucht. Der erste Schritt der Analyse wird als formulierende Interpretation bezeichnet, der zweite als reflektierende Interpretation. Dazu wurde im ersten Schritt der thematische Gehalt der Interviewpassagen mit eigenen Worten paraphrasiert, ohne den Inhalt zu verändern. Demgegenüber wird im zweiten Arbeitsschritt

³³ Auf eine detaillierte Darstellung des Auswertungsverfahrens am forschungspraktischen Beispiel sei auf die Arbeiten von Ralf Bohnsack verwiesen (vgl. Bohnsack 2003).

„der reflektierenden Interpretation rekonstruiert, wie ein Thema oder eine Problemstellung verarbeitet, d. h. in welchem Orientierungsrahmen ein Thema oder eine Problemstellung abgehandelt wird.“ (Nohl 2006:9)

Die reflektierende Interpretation des Materials bildet den Kernbereich der dokumentarischen Methode, womit das Ziel verfolgt wird, das „Wie“ in den Fokus zu nehmen und zu begreifen. Im konkreten Fall wird mit Hilfe dieses Verfahrens analysiert, wie in der NGO Aktion Sühnezeichen Friedensdienste die Namensstreitigkeiten behandelt werden, um im Anschluss diskutieren zu können, welche Folgen aus dieser spezifischen Verhandlung der unterschiedlichen Positionen über die Ausrichtung der NGO resultieren. Durch die angewandte komparative Analyse, die Bestandteil der dokumentarischen Methode ist, wurden anschließend die Interviews und die relevanten Dokumente miteinander in Verbindung gebracht. Mit Hilfe dieses Verfahrens wird Bohnsack zufolge die dokumentarische Methode

„[...] umso mehr methodisch kontrollierbar, je mehr die Vergleichshorizonte des Interpretieren empirisch fundiert und somit intersubjektiv nachvollziehbar und überprüfbar sind.“ (Bohnsack 2003:137)

Dieses Verfahren eröffnet die Möglichkeit, die vorliegenden Dokumente und Interviews in einem kontinuierlichen Prozess in einen Zusammenhang zu bringen und immer tiefer in die Interpretation einzelner semantischer Einheiten einzusteigen. Es handelt sich bei dieser Methode also um ein verstehendes Verfahren, in dessen Vordergrund die Rekonstruktion und Interpretation von Sinngehalten stehen. Im nächsten Schritt werden die Methoden, die zur Datenerhebung genutzt wurden, vorgestellt. Den Anfang macht dabei die Methode der Feldforschung, welche in Israel explorativ durchgeführt wurde.

2.1.1. Teilnehmende Beobachtung/ Feldforschung

Die qualitative Methode der Teilnehmenden Beobachtung ist durch Interaktion des Forschers mit dem Untersuchungsfeld geprägt und wird in der vorliegenden Studie mit der Dokumentenanalyse und teilnarrativen Interviews verknüpft. Diese Methode wird von Flick wie folgt beschrieben:

„Teilnehmende Beobachtung ist eine Feldstrategie, die gleichzeitig Dokumentenanalyse, Interviews mit Interviewpartnern und Informanten,

direkte Teilnahme und Beobachtung sowie Introspektion kombiniert.“
(Flick 1995:157)

Teilnehmende Beobachtung ermöglicht es dem Forschenden, Interaktionen von Personen in bestimmten Alltagssituationen direkt zu beobachten, Beziehungen zu ihnen aufzubauen und aufrechtzuerhalten, gleichzeitig die Interaktionen aber auch aus der Perspektive des Teilnehmers zu erfassen.

Zunächst muss der Zugang zum Untersuchungsfeld und den Untersuchungspersonen hergestellt werden. Dies ist z.B. durch bestimmte Schlüsselpersonen möglich. Im Verlauf der vorliegenden Studie ist diese Methode im Rahmen der ersten Felderkundung in Jerusalem und im späteren Verlauf ebenso bei Treffen von Israelaktivisten in Deutschland eingesetzt worden, um Zugang zur Gruppe der (ehemaligen) Freiwilligen zu erhalten. Dabei half der Umstand, in der Jerusalemer Erlöserkirche bereits einen bestehenden Kontakt – eine Gatekeeperin³⁴ – gehabt zu haben, durch welche auch der Zugang zu diversen Feiern und informellen Treffen der Freiwilligen möglich wurde. Gerade die informellen, nicht von NGOs organisierten Treffen der Freiwilligen eröffneten dabei einen tieferen Einblick und offene Gespräche zwischen Freiwilligen und dem Autor dieser Studie. In diesem Kontext präziserte sich die Fragestellung und es ergaben sich immer wieder neue Fragen, denen nachgegangen werden musste.

Die Beobachtung erfolgt als offener und flexibler Prozess, indem das Untersuchungsfeld zunächst unspezifisch beobachtet wird. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wird die Beobachtung zunehmend fokussierter und selektiver auf bestimmte, als relevant eingeschätzte Bereiche ausgerichtet. Im vorliegenden Fall stellte sich erst nach einiger Zeit ein Schwerpunkt in den Gesprächen/ Begegnungen heraus, welcher nach und nach immer mehr auf die Frage des Umgangs mit deutscher Vergangenheit in der Arbeit deutscher Freiwilliger und NGOs fokussiert wurde. Nach Girtler eröffnet diese Methode die Möglichkeit, in „kommunikativen Kontakt zu den Menschen, deren Lebenswelt er studieren will“ (Girtler 1992:11), zu treten. Dieser Einschätzung schließt sich der Autor dieser Studie an. Für Girtler gilt dabei die Lebenswelt einer spezifischen Gruppe als

³⁴ Gatekeeper sind Personen, welche Zugänge im Feld vermitteln können und somit insbesondere in der beginnenden Phase der Felderkundung von immenssem Nutzen für die Forschung sein können.

„[...] eine öffentliche Welt, die [uns] allen gemeinsam ist, zu verstehen, nämlich als eine `intersubjektive Welt´. Das heißt, wir begegnen unseren Mitmenschen nicht nur innerhalb der uns vorgegebenen Lebenswelt, sondern es gilt uns auch als selbstverständlich, dass sie sich in derselben Welt befinden und mit denselben Wertgegenständen zu tun haben wie auch wir.“ (Girtler 1992:39)

Der Ansatz, den Girtler in seinen Veröffentlichungen als unstrukturierte Teilnehmende Beobachtung beschreibt, ist daher eine sinnvolle und produktive Möglichkeit, um sich dem Feld und der Lebenswelt in einem ersten Schritt erfolgreich zu nähern und sich die notwendige Offenheit im Forschungsprozess zu erhalten. Girtler schreibt dazu:

„Aufgrund meiner eigenen Felderfahrungen glaube ich feststellen zu können, daß erst eine Methode, die den direkten Zugang zum Menschen sucht [...], eher die dem Handeln der Menschen zugrunde liegenden Regeln erfassen kann, als z. B. die diversen unpersönlichen und standardisierten Fragebogenerhebungen, bei denen der Forscher von den Menschen, deren Leben er studieren will, so gut wie nichts erfährt, nämlich was sie wirklich betrifft und wie sie ihre Wirklichkeit selbst sehen.“ (Girtler 1992:11f)

Die Ambivalenz von Nähe und Distanz oder Übernahme der Innenperspektive und Außenperspektive lässt sich als besonderer Vorteil, aber auch als schwieriger Anspruch der Methode der Teilnehmenden Beobachtung ansehen. Die Perspektive eines Teilnehmers ermöglicht Einsichten, die aus einer distanzierteren Außenperspektive nicht möglich wären. Gleichzeitig ist aber auch der Außenblick auf das Geschehen notwendig, damit der Beobachter seine eigene Innenperspektive reflektieren kann. Die Teilnehmende Beobachtung mit ihren Möglichkeiten ist im vorliegenden Fall eine erfolgversprechende Methode, um Vorgänge, Veränderungen oder Beziehungen innerhalb eines sozialen Systems untersuchen zu können. Die während der Feldphase erhobenen Daten wurden im Rahmen der Interpretation in Kombination mit den weiteren Dokumenten und Interviewdaten weiter verarbeitet. Die bereits im Verlauf der Felderkundung in Israel begonnenen Prozesse der Dokumentenanalyse werden im nächsten Kapitel vorgestellt.

2.1.2. Dokumentenanalyse

Die sozialwissenschaftliche Dokumentenanalyse wurde aus der Quellenanalyse der klassischen Geschichtswissenschaft entwickelt und gehört, wie im Verlauf dieses Kapitels gezeigt wird, zu den interpretativen Verfahren und der daran anschließenden Methodenfamilie.³⁵ Obwohl die Methode in abgewandelter Form häufig zum Einsatz kommt, wird sie in Methodenlehrbüchern selten thematisiert. Mitunter kann es problematisch sein, die Dokumentenanalyse begrifflich von der qualitativen Inhaltsanalyse zu unterscheiden. Der Politikwissenschaftler Reh (1995) grenzt die seiner Meinung nach eher quantitativ arbeitende Inhaltsanalyse, die aus der Kommunikationswissenschaft stammt, von der aus der Geschichtswissenschaft stammenden Dokumentenanalyse ab. Obwohl diese Unterscheidung eine Abgrenzung suggeriert, sind beide Methoden nicht trennscharf zu betrachten, denn andere Autor_innen sprechen im Gegenzug von einer „qualitativen Inhaltsanalyse“ (vgl. Mayring 1988 und 1993) und würden der Sichtweise von Reh widersprechen. Mit Blick auf die beiden Methoden der Inhaltsanalyse und der dokumentarischen Methode gibt es keine einheitliche Terminologie, die Angaben zur methodischen Vorgehensweise sind sehr unterschiedlich und bleiben teils vage. Dieses Kapitel widmet sich dem Ablauf der für diese Studie durchgeführten Dokumentenanalyse und beleuchtet das methodische Vorgehen hierbei. Nach Atteslander geht es bei der Dokumentenanalyse um eine

„intensive, persönliche Auseinandersetzung mit dem Dokument, welches in seiner Einmaligkeit möglichst umfassend durchleuchtet und interpretiert wird“ (Atteslander 1971:67, zitiert nach Mayring 1993:33).

Zielsetzung der Dokumentenanalyse ist es demnach, Material zu erschließen, das nicht erst vom Forscher durch die Datenerhebung geschaffen werden muss. Dabei können „Dokumente“ vielfältige Materialien sein: Texte, Filme, Tonbänder, aber auch Gegenstände wie Bauten, Kunstobjekte, Werkzeuge – je nach Fragestellung der Studie. Sie werden als Objektivationen des menschlichen Geistes betrachtet und meist mit Hilfe qualitativer Verfahren und interpretativer Methoden untersucht. Für die vorliegende Studie wurden Beiträge in so-

³⁵ Vgl. Cicourel 1970; vgl. Festinger & Katz 1966.

zialen Netzwerken ebenso einbezogen, wie Veröffentlichungen der Organisation, im Internet veröffentlichte Erfahrungsberichte von ehemaligen Freiwilligen und Zeitungsbeiträge aus verschiedenen Jahrgängen und Medien.

Ist kein direkter Zugang durch Beobachten, Erleben oder Befragen möglich, stellt die Dokumentenanalyse mit ihren Werkzeugen einen erfolgsversprechenden Zugang dar. Sie bietet sich als ein besonders nützliches methodisches Werkzeug an, da sie problemlos in Ergänzung zu anderen Methoden genutzt werden kann. Über die in Interviews generierten Daten hinaus eröffnet die Dokumentenanalyse weitere wertvolle Informationen für den Forschungsprozess. Der generelle Ablauf einer Dokumentenanalyse erfolgt in vier aufeinander aufbauenden Schritten: (1) Zu Beginn steht die Formulierung der Fragestellung, in der jeweils festgelegt wird, was am konkreten Dokument untersucht werden soll. Für diese Studie standen folgende Fragen im Mittelpunkt der Dokumentenanalyse: Wie werden die Beziehungen zwischen deutschen und jüdisch-israelischen Partnern thematisiert? Wie und mit welchen Worten werden palästinensisch-israelische Partner_innen in den jeweiligen Dokumenten behandelt? Wurde die deutsch-israelische Sonderbeziehung in Begründungsmuster für spezifische Handlungen/ Entscheidungen der NGO einbezogen? (2) In einem weiteren Schritt muss definiert werden, was als Dokument gelten soll. Schritt zwei legt somit fest, welches Material für die Analyse herangezogen werden soll. Im vorliegenden Fall waren dies, wie oben beschrieben, verfügbare Dokumente der NGO, Zeitungsartikel, Erfahrungsberichte der Freiwilligen und Beiträge aus den sozialen Medien. (3) Die notwendige Quellenkritik im dritten Schritt dient der Kontrolle und Einschätzung der Aussagekraft der für die Studie herangezogenen Dokumente. (4) Darauf aufbauend erfolgt in Schritt vier die Interpretation der jeweiligen Dokumente und die Einbindung gewonnenen Ergebnisse in den Gesamtkontext der Studie. An dieser Stelle war es besonders wichtig, die Ergebnisse direkt in den zirkulären Forschungsverlauf einzubringen und auf diesem Weg weitergehende Interpretationen von bereits vorliegendem Material zu ermöglichen.

2.1.3. Teilnarrative Interviews

Die letzte Methode, die im Rahmen dieser Studie zur Anwendung gekommen ist, ist die Methode teilnarrativer Interviews, die durch den Verzicht auf einen vorher ausformulierten Leitfaden eine Gesprächssituation schaffen kann, die sich an der interviewten Person selbst orientiert und somit ein gewisses Maß an Offenheit generiert (Rosenthal 2008:128ff). Gabriele Rosenthal beschreibt die Vorteile dieser Methode mit den Worten:

„Ein als offen bezeichnetes Interview zeichnet sich dadurch aus, dass im Unterschied zu einem Fragebogen oder einem standardisierten Interview dem Interviewten eine aktive Rolle im Gesprächsverlauf ermöglicht wird“ (Rosenthal 2008:126)

Diese aktive Rolle im Gesprächsverlauf bietet den Interviewten eine wesentlich größere Möglichkeit, eine Selbstgestaltung ihrer Präsentation während des Interviewprozesses vorzunehmen. Befragte rekonstruieren bei einem qualitativen Interview Aspekte der Wirklichkeit, es geht also nicht um eine reine Wiedergabe oder Nacherzählung. Den Interviewten kommt daher auch immer die Aufgabe zu, ihre Erfahrungen, ihr Wissen und erlebte Ereignisse aktiv im Interviewprozess zu gestalten. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass die Interviewten die Gelegenheit bekommen, diese eigenen Relevanzen im Verlauf des Gesprächs zu entwickeln und auch zu formulieren. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass die befragte Person in einen Erzählfluss gerät und wesentlich detailreichere und tiefer gehende Informationen preisgibt, als es ein starrer Leitfaden provozieren könnte (Rosenthal 2008:137). Diese Einschätzung beruht auf in der qualitativen Sozialforschung verbreiteten Annahmen bezüglich eines sogenannten Erzählzwanges, denn, so die Annahme, in der Regel wird der Versuch unternommen, eine Geschichte möglichst zusammenhängend und plausibel zu gestalten. Drei Zwänge unterscheidet Lamnek (Lamnek 2003:182): Den „Gestalterschließungszwang“, der dazu führt, dass eine Erzählung als etwas Zusammenhängendes und Abgeschlossenes dargestellt wird, den „Kondensierungszwang“, der dazu zwingt, eigene Schwerpunkte zu setzen und den „Detaillierungszwang“, der zwingt zeitliche Abläufe, Deutungen etc. mit zu liefern, die vom Erzählenden als für das Verständnis der Geschichte notwendig erachtet werden (vgl. Küsters 2014:577). Ist bei einem standardisierten Interview ein

externes Relevanzsystem vorgegeben, geht es bei offenen und nicht-direktiven Verfahren darum, dieses Relevanzsystem erst im Prozess zu erheben: Ziel ist also „die lokale Reproduktion von Sinn und Bedeutung“ (Honer 2003:97).

Um den Gesprächspartner_innen ihre aktive Rolle im Prozess des Interviews zu erhalten, aber auch um ein möglichst offenes Gespräch ohne zu enge Begrenzung führen zu können, wird bewusst mit teilnarrativen - also nicht standardisierten - Elementen im Rahmen der Eröffnungssequenz und auch im weiteren Verlauf der Interviews gearbeitet. Die Einstiegsfrage orientiert sich daher stark am narrativen Interview:

„Die Einstiegsfrage für ein narratives Interview, auch ‚Eingangsstimulus‘ oder ‚Erzählstimulus‘ genannt, muss sorgfältig überlegt und entworfen werden, da man mit diesem Impuls die Erzählung des Informanten zugleich in Gang setzen, auf das Prozessgeschehen lenken und nicht zu sehr beeinflussen will. Die Befragten nehmen die Stimuli für gewöhnlich sehr ernst, reagieren stark auf Wortwahl und Formulierungen und versuchen, ihre Erzählung genau auf den Stimulus abzustimmen.“ (Küsters 2009:44)

Die Erzählaufforderung, die für diese Forschung verwendet wurde, lautet:

„Mein Projekt beschäftigt sich mit der Frage nach der Motivation von Menschen, die sich in der Friedensarbeit und/oder Versöhnungsarbeit in Israel engagieren und geht der Frage nach, welche Rolle dabei nationale wie auch persönliche Geschichte und Erfahrungen spielen und wie die sich ausgewirkt haben. Ich hoffe daher, dass du mir einen Einblick aus deiner Erfahrung in deine Arbeit in Israel geben kannst. Lass dir Zeit und ich werde dich nicht unterbrechen, sondern mir nur wie schon gesagt Notizen machen und dann im Anschluss nachfragen.“

Nach der Einstiegsfrage und der daran anschließenden, durch den Interviewer nicht unterbrochen, Erzählung der Gesprächspartner_innen, wurden, analog zum typischen Vorgehen bei narrativen Interviews, den Gesprächspartner_innen klärende Fragen gestellt, die sich auf zuvor berichtete Elemente ihrer Erzählung bezogen, sogenannte erzählinterne Nachfragen. Erst dann wurden gezielt erzählexterne Nachfragen, die über die Erzählung hinaus gingen, gestellt. Im Anschluss an die geführten Interviews wurden diese zur besseren Nachvollziehbarkeit, aber auch zur methodischen Aufbereitung sowie zur späteren Interpretation, transkribiert. Die Transkription wird insofern als notwendig erachtet, als dass ansonsten eine „methodisch nicht kontrollierte Reduk-

tion von Informationen“ (Gläser/Laudel 2010:193) vorgenommen würde. Die Transkription hat sich an den grundlegenden Regeln, welche Kuckartz et al. 2007 formuliert haben, orientiert, da diese den Fokus auf die Inhalte der Redebeiträge setzen (vgl. Kuckartz et al. 2007:27f). Es wird daher im Rahmen dieser Arbeit nicht näher auf die Prosodie eingegangen und somit auf Angaben zu Tonhöhenverläufen, Nebenakzenten, Lautstärken und Sprechgeschwindigkeiten in den Transkripten verzichtet. Die Transkripte der Interviews befinden sich im Anhang der Studie.

2.2. Sampling

Ganz wie in quantitativen gilt es auch in qualitativen Studien eine Entscheidung darüber zu fällen, „unter Einbeziehung welcher Erhebungseinheiten die Forschung durchgeführt werden soll“ (Przyborski/ Wohlrab-Sahr 2014:126). Diese Vorüberlegungen werden als „sampling“ bezeichnet, worunter verstanden wird, „dass wir Personen oder Fälle, die wir befragen oder erforschen, Situationen, die wir zur Auswertung heranziehen, für unsere Studie auswählen“ (Rosenthal 2008:85). Innerhalb der qualitativen Sozialforschung hat dabei der Ansatz des theoretischen Samplings (vgl. Glaser/ Strauss 1998) eine sehr weite Verbreitung gefunden und bezeichnet die Auswahl einer Datenquelle, eines Falles, einer Stichprobe bzw. eines Ereignisses vor dem Hintergrund theoretischer (Vor-)Überlegungen. Strauss führt dazu aus, dass

„das Theoretische Sampling [...] ein Verfahren [ist], bei dem sich der Forscher auf einer analytischen Basis entscheidet, welche Daten als nächstes zu erheben sind und wo er diese finden kann. Die grundlegende Frage beim Theoretical Sampling lautet: Welchen Gruppen oder Untergruppen von Populationen, Ereignissen, Handlungen (um voneinander abweichende Dimensionen, Strategien usw. zu finden) wendet man sich bei der Datenerhebung als nächstes zu. Und welche theoretische Absicht steckt dahinter? Demzufolge wird der Prozess der Datenerhebung durch die sich entwickelnde Theorie kontrolliert.“ (Strauss 1991:70)

Zu Beginn der Forschung stand die Entscheidung, sich mit der bekannten und vielfach öffentlich gelobten Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste kritisch zu befassen und der Frage nachzugehen, welchen Einfluss die ‚deutsch-israelischen Sonderbeziehungen‘ auf die inhaltliche sowie praktische

Arbeit der NGO vor Ort nehmen. An diese Überlegungen schließen sich weitere Überlegungen an, die sich u.a. mit der Frage der Auswahl der Erhebungseinheiten, also dem ‚sampling‘ auseinandersetzen. Mit freundlicher Unterstützung der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste konnte ein Aufruf an ehemalige Freiwillige lanciert werden. Durch diese Unterstützung wurde es möglich, wirklich alle Freiwilligen der letzten Jahrzehnte über die Verteilerlisten anzufragen. Ergebnis dieser Anfrage waren ca. 50 ehemalige Freiwillige aus den letzten Jahrzehnten, die sich zu einem formellen oder informellen Gespräch über ihre Zeit bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bereitgefunden hatten. Dieser Pool an möglichen Interviewpartner_innen stellte somit zu diesem Zeitpunkt des Prozesses den Ausgangspunkt des weiteren Forschungsverlaufs dar. Die zentrale Problemstellung war dabei, welche Fallauswahl für die Spezifizierung von Konzepten im Rahmen einer zu entwickelnden Theorie am gewinnbringendsten zu sein schien. Die Fallauswahl hängt also von den bereits entwickelten Konzepten und Theorien ab und dient deren Weiterentwicklung.

Zielsetzung des Samplings war es, aus diesem Pool an möglichen Interviewpartner_innen eine sinnvolle und pragmatische Auswahl für den Fortgang der folgenden Forschungsschritte zu treffen. Dabei ist nach Rosenthal davon auszugehen dass, wenn wir einer Entdeckungslogik folgen,

„[...] wir vorab die Auswahl unserer Fälle nicht definieren [können], da wir zunächst nicht wissen, welche Fälle sich im Laufe der Forschung als theoretisch relevant erweisen werden. [...] Bei einer theoretischen Stichprobe sind also im Unterschied zur statistischen Stichprobe weder der Umfang noch die Verteilungsmerkmale der Stichprobe vorab bestimmbar“ (Rosenthal 2008: 85f).

Ein entscheidender Faktor bei der Auswahl der Gesprächspartner_innen war der Anspruch, Freiwillige aus verschiedenen Jahrzehnten zu gewinnen. Der Fokus lag dabei auf den letzten vier Jahrzehnten. Die Entscheidung für die breite zeitliche Streuung wurde getroffen, da auf diese Weise nicht nur Veränderungen und Entwicklungen in den Wahrnehmungen und Darstellungen der Freiwilligen, sondern auch Veränderungen in der Entwicklung der NGO im Vergleich sichtbar gemacht werden können. Im weiteren Verlauf der Forschung wurden zehn intensive formelle Gespräche mit ehemaligen Freiwilligen und ein formelles Gespräch mit einem ehemaligen Freiwilligen, der bis in die Gegenwart

bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hauptamtlich aktiv ist, geführt und ausgewertet. Zusätzlich wurde in Israel und Deutschland mit unterschiedlichen Personen eine Vielzahl an informellen Gesprächen zur Thematik geführt. Leider dürfen von den elf formell geführten Gesprächen nur acht genutzt werden, da drei Teilnehmende ihre Erlaubnis zur Nutzung ihrer Interviews aus persönlichen/ beruflichen Gründen zurückgezogen haben. Der weiteren Bearbeitung des Themas wird eine kurze Vorstellung der Gesprächspartner_innen vorgestellt.

2.2.1. Gesprächspartner_innen

Gleich zu Beginn der Vorstellung der Gesprächspartner_innen muss betont werden, dass allen einige soziokulturelle Merkmale gemeinsam waren. So haben alle studiert oder aber studieren zum Zeitpunkt des Gesprächs noch. Alle Interviewpartner_innen entstammen somit einem akademischen Milieu und allen ist ein Wunsch nach Beteiligung an sozialen sowie ehrenamtlichen Diensten gemeinsam. Weiterhin haben alle hier vorgestellten Personen ihren Dienst in Israel als Bereicherung für ihr weiteres Leben empfunden und hatten bereits im Vorfeld ihres Aufenthalts in Israel Interesse an zivilgesellschaftlichen Fragen oder waren an anderen Formen zivilgesellschaftlich organisierter Aktionen wie z.B. „Schule gegen Rassismus“, der „Friedensbewegung“ oder aber „kirchlichen Aktivitäten“ beteiligt. (vgl. FM 52-71; vgl. AM 19-24; vgl. LS 53-55; vgl. KB 47-55; vgl. HM 14-19).

2.2.1.1. Hans Meier

Hans Meier war langjähriger Mitarbeiter der Organisation und an vielen Entscheidungen der NGO auf unterschiedliche Art und Weise beteiligt bzw. eingebunden. Es ist hier zu betonen, dass er nicht als Vertreter der NGO am Interview teilgenommen hat, sondern als ehemaliger Freiwilliger und Privatperson. Trotzdem lässt sich sein Einfluss auf die Entwicklungsgeschichte der Organisation und ihrer Arbeit in Israel nicht leugnen, so ist er eingebunden in die Flügelstreitigkeiten und hat eine klare Position gegen alleinige palästinensisch-israelische Projekte eingenommen. Somit sind seine Aussagen zu ASF immer

auch unter dem Gesichtspunkt seiner aktiven Beteiligung an der Organisation selbst zu betrachten.

2.2.1.2. Kira Berg

Kira Berg, zum Zeitpunkt des Interviews 27 Jahre alt, studierte Geschichte, Germanistik und Public History in Berlin und Schweden. Sie ist in Ostberlin geboren und entstammt einem kirchlich evangelischen Umfeld der damaligen DDR, obwohl ihre Familie nicht Mitglied der Kirche war und ist. Ihre Eltern interessierten sich beide sehr für Israel und waren in den Jahren nach der Wende gemeinsam mit ihrer Tochter in Israel auf Reisen. Im Zeitraum 2010/11 war Kira Berg als Freiwillige mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Tel Aviv und Ramat Gan. In ihrer Zeit in Israel hat sie bei zwei Einrichtungen gearbeitet: In einem Altenheim, das sich auf deutschsprachige jüdische Israelis spezialisiert hat und in einem Institut, das sich der Erforschung von Antisemitismus und Rassismus widmet.

2.2.1.3. Laura Schmitz

Laura Schmitz, 1983 geboren, hat ihren Freiwilligendienst 2002/2003 in zwei jüdischen Einrichtungen absolviert: Im Kindergarten eines Frauenhauses und in der offenen Altenarbeit, konkret mit zwei Überlebenden der Shoah. Auch sie gibt an, schon als Jugendliche viel gereist zu sein. Sie berichtet, immer mit der Thematik deutscher Schuld gehadert und sich daher im Ausland oft unwohl gefühlt zu haben. Ihre Affinität zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist durch den Aspekt der Sühne geprägt, den sie als Begründung für ihre Entscheidung, als Freiwillige zu arbeiten besonders herausstellt. Sie hat Islamwissenschaft, Linguistik und internationales Privatrecht studiert (LS 649-653), wobei sie heute im Bereich Marketing arbeitet und ihr im Studium erworbenes Wissen nicht aktiv im Berufsalltag einsetzt. Sie beschreibt sich selbst als religiös in dem Sinne, als dass sie an Gott glaubt und die evangelische Kirche mit ihren Institutionen akzeptiert, aber keine aktive Kirchgängerin sei. Trotz ihres religiösen Bezugsrahmens war für sie der kirchliche Kontext von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nicht entscheidend für ihre Wahl.

2.2.1.4. Felix Michels

Felix Michels, 1993 geboren, Jurastudent aus Berlin (FM 821), war im Zeitraum 2009/2010 als Freiwilliger in Israel. Bereits in seiner Schulzeit war Felix Michels gesellschaftspolitisch aktiv und hat an seiner Schule das europäische Programm „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ etabliert und aufgebaut. Er arbeitete in Israel jeweils die Hälfte seiner Wochenarbeitszeit in einem Altersheim mit dem Namen „Beit (Haus) Sigfried Moses“ und die andere Hälfte für das Leo Baeck Institut, das sich mit der deutsch-jüdischen Geschichte bis 1933 beschäftigt. Für Felix Michels liegen die Gründe für die Bewerbung bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste explizit in seinem großen Interesse für das Thema Nationalsozialismus. Sein Bestreben war es, die jüdische Perspektive, die er als „Opferseite“ bezeichnet, kennen zu lernen. Eine explizite Beschäftigung mit dem Nahostkonflikt oder innerisraelischen Konflikten lag nicht in seinem Interesse. Einen kirchlichen Kontext hat Felix Michels nicht benannt, sondern klar politisch und historisch motivierte Beweggründe, welche in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und der Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rassismus in der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft.

2.2.1.5. Anja Vechter

Anja Vechter, 1966 in Ostwestfalen geboren, hat Geschichte, Spanisch, Kunstpädagogik, Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft in Bielefeld, Jerusalem und Köln studiert und war 1985 bis 1987 als Freiwillige für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel. Dort hat sie in der Einzelpflege für Menschen mit Behinderung und in einem Frauenhaus gearbeitet. Ihr Engagement war geprägt vom Gedanken, die Welt zu sehen und in warme klimatische Verhältnisse zu gelangen, ihre kleine Welt in Bielefeld zu verlassen. Erst nach der Bewerbung und Zusage von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat sich Anja Vechter der Situation in Israel, dem Nahostkonflikt und der Geschichte der Shoah gewidmet. Dieses Interesse hat sie nach eigenen Worten von dort ab durch ihr ganzes Studium und ihr Berufsleben in wissenschaftlichen Institutionen begleitet.

2.2.1.6. *Ines Burg*

Ines Burg, 1950 in Berlin geboren, pensionierte Lehrerin, kam zum ersten Mal mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Kontakt, als ihre Tochter von 2001 bis 2003 einen Freiwilligendienst in Israel absolvierte und mit einem jüdisch-israelischen Lebenspartner nach Deutschland zurückkehrte. Aufgrund dessen informierte sie sich immer weiter über das Land und nahm 2007 an einer Israel-Rundreise mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste teil. Im Jahr 2012 bot sich die Möglichkeit, sich auch im Alter von über 30 Jahren³⁶ für einen mittelfristigen Dienst³⁷ von sechs Monaten Dauer zu bewerben. Ines Burg interessierte sich besonders für die Arbeit mit alten Menschen und wurde daher in einem Altenheim eingesetzt. Dort zählte es zu ihren Aufgaben, das hauptamtliche Pflegepersonal zu unterstützen und sich um die Bewohner_innen zu kümmern. Ihr Anliegen, persönliche Geschichten der Shoah-Überlebenden zu hören und ihnen zu arbeiten stand dabei im Vordergrund. Bei ihrer Entscheidung, sich zu engagieren, spielten die innerisraelische Politik und der Nahostkonflikt keine bedeutende Rolle. Vor Ort ist ihr allerdings die innerisraelische Politik oftmals in Form der Diskriminierung palästinensisch-israelischer Mitarbeiter_innen im Altenheim begegnet.

2.2.1.7. *Anton Mergel*

Anton Mergel, Sohn einer Pfarrersfamilie und 1973 geboren, hat Betriebswirtschaftslehre studiert und verortet sich beruflich im NGO-Bereich. Er war 1990/1991 - mit einer kurzen Unterbrechung während des Golfkriegs 1991 – in Israel tätig und hat unter anderem im Verständigungsprojekt Neve Shalom für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gearbeitet. Er war intensiv an der damaligen Debatte der beiden „Flügel“ der Organisation beteiligt, als es um die Frage ging, ob ASF Israel auch in rein palästinensischen Projekten arbeiten sollte oder

³⁶ Die Altersgrenzen der Organisation für den einjährigen Dienst liegen zwischen 18 und 30 Jahren, obwohl es keine offizielle Begrenzung gibt, orientiert sich doch die Auswahl der Teilnehmer_innen an dieser Altersgrenze (vgl. <https://www.asf-ev.de/de/friedensdienste/freiwilligendienst/voraussetzungen.html>).

³⁷ Der mittelfristige Dienst der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste richtete sich, bis zu seiner Einstellung aufgrund fehlender Finanzierungen, an Menschen, die bereits im Arbeitsleben stehen, die trotz ihrer beruflichen Verpflichtungen gerne an einem Freiwilligendienst teilnehmen wollen. Das Programm war auf sechs Monate begrenzt, da ein ganzes Jahr für die meisten Angehörigen der Zielgruppe ein deutlich zu langer Zeitraum wäre.

nicht. Dabei hat Anton Mergel eine deutliche Position für die Fortführung dieser Projekte eingenommen und sich klar auf Seiten der „Friedensdienste“-Befürworter_innen verortet.

2.2.1.8. Annette Hermanns

Annette Hermanns, 1972 in der damaligen DDR geboren, in evangelische Kirchenkreise hineingewachsen, entwickelte um die Wendezeit herum ein Interesse an den Themen Religion und Geschichte. Annette Hermanns war im Zeitraum 1992/1993 als Freiwillige mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Um El-Fahem aktiv und arbeitete als eine der letzten Freiwilligen erfolgreich in zwei rein palästinensisch-israelischen Projekten mit. Ihre in Israel gesammelten Erfahrungen waren auch von einer Abwesenheit der NGO selbst an ihrem Einsatzort geprägt. Ihre Darstellungen zeigen bereits im Vorhinein den Bruch mit den rein palästinensisch-israelischen Projekten in Israel, der von ASF ab 1994 endgültig öffentlich praktiziert wurde. Nach ihrem Aufenthalt in Israel hat Frau Hermanns Sozialpädagogik und Soziale Arbeit studiert und arbeitet heute in verschiedenen sozialen Projekten.

Nachdem nun der methodische Apparat und die methodischen Vorüberlegungen sowie die einzelnen Interviewpartner_innen vorgestellt wurden, liefert das nächste Kapitel einen für die weitere Arbeit sowie das Verständnis notwendigen historischen Überblick über die deutsch-israelischen Beziehungen unter Berücksichtigung der Frage nach der Normalität der Beziehungen zwischen den beiden Staaten Deutschland und Israel und zeichnet die Organisationsgeschichte der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nach.

3. Historischer Kontext

Das dritte Kapitel widmet sich der Beziehung zwischen Deutschland und Israel, deren Beschreibung als „besonders“ omnipräsent und doch nicht klar definiert ist und stellt den historischen Kontext dar. Es wird erläutert, was im wissenschaftlichen Kontext unter einer „normalen“ zwischenstaatlichen Beziehung zu verstehen ist und in Abgrenzung dazu, wie eine „besondere“ Beziehung definiert ist. Im Anschluss daran wird die Geschichte der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland in aller Kürze dargestellt, um die Entwicklung dieser nachvollziehen zu können. Anschließend wird die Geschichte der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bis ins Jahr 1968 nachgezeichnet, um den Ausgangspunkt der Flügelstreitigkeiten innerhalb der Organisation und deren historische Entwicklungen in Beziehung zu den vorhergenannten Aspekten setzen zu können. Das gesamte Kapitel dient somit der Rahmung des Kontextes, in dem sich die Studie bewegt, um die Fülle des im vorangegangenen Kapitel dargestellten Materials einordnen und zueinander in Beziehung setzen zu können.

3.1. Eine besondere Beziehung?

„Sie [die Israelis, Anmerkung des Verfassers] glauben nämlich, dass es im Grunde keine normalen zwischenstaatlichen Beziehungen geben könne, vor allem dann nicht, wenn Normalität das Ende der Einzigartigkeit dieser Beziehungen bedeutet.“ (Alroi-Arloser 2005: 10f)

Das folgende Kapitel wird sich der Frage widmen, was genau unter einer „besonderen“, einer „einzigartigen“, einer „nicht normalen“ zwischenstaatlichen Beziehung verstanden wird und dies an Hand der deutsch-israelischen Beziehungen diskutieren. Zum Einstieg in diesen Themenkomplex wird der Versuch unternommen, sich dem Konzept der „Normalität“ anzunähern, um darzustellen, wie das „Einzigartige“, das „Besondere“ einer Beziehung charakterisiert und auch definiert werden kann.

Besonders. Einzigartig. Freundschaftlich. So werden in der Gegenwart die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland von beiden Regierungen beschrie-

ben.³⁸ Zweifelsohne können derartige Beziehungen niemals ohne ihren historischen Kontext betrachtet werden: Ihre Basis sind auch in der Gegenwart noch die von den Nationalsozialist_innen begangenen menschenverachtenden Verbrechen der Shoah (Gat 2013; Zuckermann 2014:101ff; Breuer 2015). Deutsche Regierungen sehen sich seitdem in der historischen Verantwortung. Diese Verantwortung begründet nach Aussage deutscher Politiker_innen die besondere Beziehung und die verpflichtende Solidarität zur Existenz des israelischen Staates unwiderruflich.³⁹ Zwischen Deutschland und Israel könne es nicht das geben, was man Normalität nennt, erklärte 2005 der amtierende Bundespräsident Köhler vor der Knesset. Israels Identität sei von der Shoah geprägt, während die Verantwortung für die Shoah Teil der deutschen Identität sei (Köhler zit. nach Weingart 2005:31). Der damalige Bundespräsident erklärt hier, dass ein Status der Normalität zwischen beiden Staaten nicht denkbar sei. Allerdings wird darauf verzichtet zu erläutern was Normalität in diesem Fall sei. Auch Gardner Feldman weist explizit auf diese Besonderheiten der geschichtlichen Verbundenheit beider Staaten und ihrer Bürger_innen hin:

„A far greater emphasis on morality is present in the German–Israeli [!] case, and the Holocaust, while sometimes relegated and relativized by Germans, has stood as the overarching background to relations between the German and the Jewish states [!].“ (Gardner Feldman 1999: 340)

Doch was genau eine solche Beziehung charakterisiert, wird auch an dieser Stelle nicht aufgelöst oder näher erläutert. Bevor es um die berechtigte Frage, was eine Beziehung charakterisiert, die als nicht „normal“ bezeichnet wird, muss daher der Versuch unternommen werden zu verstehen, was unter einer „normalen“ Beziehung verstanden wird, denn

„[H]eute gilt [es] in Deutschlands politischen Kreisen als weitgehender Konsens im Sprachgebrauch, von ‚besonderen‘ Beziehungen zu reden, ohne dass geklärt wurde oder wird, was eigentlich unter ‚normal‘ und was unter ‚besonders‘ zu verstehen sei.“ (Weingart 2002:429f)

³⁸ Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, eine chronologische Gesamtübersicht über die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu geben.

³⁹ Siehe hierzu Gardner Feldman 1999: 340f; Merkel 2008; Krell 2011:2f; Zimmermann 2015: 463f.

Wenn wir uns dem widmen, was als Norm begriffen werden kann, sind wir in der Lage zu verstehen, was im späteren Verlauf als von der Norm abweichend verstanden wird. Durch die Grenzziehung zwischen einer „normalen“ und einer „anormalen“ Beziehung kann demnach versucht werden, die charakteristischen Merkmale dieser „speziellen“ Beziehung herauszuarbeiten.

Der Vorstellung von Normalität kommt, gerade in den hier thematisierten Beziehungen zwischen Deutschland und Israel, wie sich zeigen wird, eine enorme Relevanz zu, wird doch im aus deutscher Sicht anzustrebenden Normalitätszustand sicherlich auch der Wunsch nach Entlastung von Schuld deutlich. Wenning beschreibt die Prozesse politischer Normalisierungen als

„[...] zumeist Beschreibungen von Veränderungsprozessen, die auf die (rückwärts gewandte) Anpassung an allgemein anerkannte Zustände bzw. an solche, die diesen Anspruch erheben (können), abzielen (Wenning 2001:276).

Normalität ist in diesem Kontext als ein Versuch, die Vergangenheit zum Schweigen zu bringen und so einen Umgang mit der eigenen historischen Verstrickung zu finden zu verstehen. Das Leid der Anderen wird - zu Gunsten einer als normal bezeichneten zukünftigen Beziehung - tabuisiert. Eine repräsentative Befragung der Bertelsmann Stiftung, in deren Rahmen im Jahr 2014 Personen aus Deutschland befragt wurden, zeigt auf, dass 58% der Befragten es für richtig halten, dass beinahe 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein Schlussstrich unter die Vergangenheit gesetzt würde (Hagemann/ Nathanson 2015). Doch gerade die Aufarbeitung der Erinnerungen ist für die Opfer von immenser – nicht nur moralischer – Bedeutung (Assmann 2014:81ff). Somit muss schon diese Konstellation zu Missverhältnissen zwischen deutschen und israelischen Bürger_innen führen und eine zumindest von Deutschland angestrebte Normalisierung der Beziehungen äußerst schwierig gestalten. Mit den Worten des israelischen Historikers Dan Diner sind die deutsch-israelisch/jüdischen Beziehungen als „paradoxe Beziehungen“ zu bezeichnen (Hagemann/ Nathanson 2015).

Im Zuge der folgenden Darstellungen wird deutlich, inwiefern diese Versuche der Normalisierung ein durchgängiges Moment der deutsch-israelischen Beziehungen darstellen (vgl. Stein 2011:8). Historisch betrachtet wünschte sich

schon Konrad Adenauer durch das Luxemburger Abkommen 1952 „zu einem ganz neuen Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk wie auch zu einer Normalisierung der Beziehungen“ zu gelangen (Deutscher Bundestag 1953:12095; vgl. Stein 2011:7f). Außenminister Walter Scheel beschrieb 1969 die deutsch-israelischen Beziehungen als „normal“ und verzichtete dabei ebenfalls auf den Versuch der Konkretisierung dessen, was er unter dem Begriff „normal“ alles zu fassen gedachte (Weingart 2002:198). Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt prägte während seines Israelbesuches im April 1973 die Formulierung „normale Beziehungen mit einem besonderen Charakter“ (Weingart 2002:223). Helmut Kohls Regierungssprecher Peter Boenisch meinte, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich nicht auf Auschwitz beschränken sollten (Weingart 2002:306) und löste damit Irritationen auf israelischer Seite aus (Stein 2011:7). Am 18. März 2008 sprach dann Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset und stärkte das deutsche Bekenntnis zu und die Verantwortung für Israel (Zuckermann 2014:124f):

„Gerade an dieser Stelle sage ich ausdrücklich: Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar“ (<http://www.handelsblatt.com/politik/international/die-sicherheit-israels-ist-niemals-verhandelbar-dokumentation-merkels-knesset-rede-in-auszuegen/2935866.html>).

In der Folge der Erklärung dieser Grundprinzipien hat die gegenwärtige Bundesregierung, bestehend aus der CDU/ CSU und SPD, dieses Bekenntnis zur und für die Sicherheit Israels in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen (vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2010). All diesen Versuchen, die Beziehungen zu Israel aus deutscher Sicht zu beschreiben, ist eines gemeinsam: Unklarheit sowie Unsicherheit darüber, was unter dieser „besonderen“, nicht normalen Form der Beziehung konkret, über die Garantie der Existenz hinaus, verstanden wird und wie sich diese Beziehung mit ihren Besonderheiten auf die Praktiken des Miteinanders auswirkt.

Fokussieren bisherige wissenschaftliche Studien meist auf die Makroebene, rücken sie zugleich die Betrachtung der Mikroebene in den Hintergrund. Diese

grundsätzliche Tendenz nimmt sich die vorliegende Arbeit zum Anlass sich bewusst nicht ausschließlich der klassischen Außenpolitik und ihren Akteuren zu widmen, sondern das Phänomen der „besonderen“ Beziehung ebenfalls im zivilgesellschaftlichen Kontext einer NGO, der bereits eingeführten Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, zu verorten und zu diskutieren. Bei dieser Thematik ist es unvermeidlich, die Außenpolitik Deutschlands kontinuierlich zu thematisieren und zu kontextualisieren. Aus diesem Grunde wird im folgenden Kapitel dem Konzept der Normalität nachgegangen, wobei eine Nutzbarkeit für diese Studie hergestellt wird.

3.1.1. Normalität

Als besonders wird landläufig etwas verstanden, das gesondert, getrennt, außerordentlich, eigenartig, sonderbar, absonderlich ist (<http://www.duden.de/rechtschreibung/besonders>). Das Besondere stellt sich insofern als außerordentlich dar, als dass es sich in seiner Darstellung vom jeweiligen Allgemeinen unterscheidet (Hoffmann 2004:359). Das Besondere könnte demnach als das vom Allgemeinen getrennte oder auch als die Abweichung von der behaupteten bzw. festgelegten Normalität verstanden werden. Normalität bezieht sich diesem Verständnis nach auf die „üblichen Standards“ und auch auf das Besondere und Abweichende, von dem man sich entfernt/abgrenzt. Gerade der Normalitätsbegriff mit seinen Facetten und Konzepten ist ein gewinnbringender Ausgangspunkt für die weitere Diskussion, haben Normalitätsvorstellungen doch eine erhebliche Relevanz als Ordnungskategorien.

Normalität ist ein Begriff, der alltäglich in den verschiedensten gesellschaftlichen Kontexten (wie z. B. der Politik), aber auch in vielen Wissenschaften (z.B. Soziologie, Ethnologie, Philosophie) ein zentraler Begriff ist, wenngleich er oft nicht reflektiert oder konkretisiert wird. Das semantische Wortfeld, dem der Normalitätsbegriff zugehörig ist, hat, wie schon der Wortstamm offenlegt, etwas mit Norm und Normen, also mit Normativität zu tun. Wir kennen Normen im Alltag als Rechtsnormen, als Verhaltensnormen oder auch als ethische Normen. Gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen basieren dabei auf zwei unterscheidbaren Operationen und lassen sich auch unterschiedlichen Institutionen zurechnen.

Einmal wird Normalität im Sinne von Normativität bzw. Konformität gerahmt, dabei werden Normalität und Abweichung als sich gegenüberstehende moralische Gegensätze kodiert. Beispielsweise lässt sich eine solche Kodierung folgendermaßen darstellen: Norm erfüllt – Norm verletzt oder konkreter: Anständig - kriminell, Opfer - Täter, tugendhaft - lasterhaft usw. (Stehr 2013:193). Das zweite, u.a. auf den Überlegungen von Jürgen Link (vgl. Link 1997) basierende, Konzept von Normalität verschränkt dagegen Funktionalitäts- und moralische Kategorien miteinander. Es beruht sowohl auf explizit nicht-normativen Zuordnungen als auch auf explizit normativen Kriterien. Dies sind primär Normalitätsvorstellungen von Disziplinierungsinstitutionen, die nicht mehr mit dem binären Moral-Schema, sondern mit einem differenzierten Bewertungsschema operieren, das in der Regel auf einem Kontinuum angesiedelt ist. Diese Normalitätsskalen lassen die Option des „Steigens“ und „Fallens“ zu, doch bleibt auch hier in der Regel die „Abweichung“ eine exklusive, von der Normalität deutlich zu unterscheidende Kategorie. Menschen sowie ihre Handlungen werden nach dem Maß klassifiziert, wie sie in ihrem Charakter, ihren Eigenschaften, ihrer Kooperationsbereitschaft, ihrer Intelligenz usw. – also einer Normalitätsvorstellung – entsprechen (Stehr 2013:194). Normen werden in gesellschaftlichen Prozessen konstituiert. Es ist zu beachten, dass es nicht die eine Normalität gibt, sondern dass unterschiedliche Normalitätsvorstellungen durch Diskurse erst gesellschaftlich hergestellt werden. Aber woran orientieren sich die Vorstellungen von Normalität?

Die bekannteste Vorstellung von Normalität basiert auf der vom Mathematiker Carl Friedrich Gauß im Jahr 1795 entwickelten Kurve der statistischen Normalverteilung. Bis in die heutige Gegenwart hinein hat diese Entdeckung großen Einfluss auf gesellschaftliche und auch wissenschaftliche Normalitätsvorstellungen. Immanuel Kant entwickelte zur gleichen Zeit wie Friedrich Gauß in seiner „Kritik der Urteilskraft“ den Begriff einer „ästhetischen Normalidee“. Kant ging davon aus, dass sich durch das Vermessen von möglichst vielen Menschen ein Durchschnittsbild erfassen ließe, welches in der Folge ein Schönheitsideal bzw. die „ästhetische Normalidee“ darstellen würde (Link 1997:195f). Vorstellungen von Normalität orientieren sich also an einem Ideal, an einem erwünschten Zustand oder, wie oben am Beispiel der statistischen Normalverteilung verdeut-

licht, am ermittelten Durchschnitt. Dementsprechend lassen sich Normen also normativ als Verhaltensvorschriften (Krasner 1983:2) oder behavioristisch als Verhaltensregelmäßigkeiten konstruieren und verstehen (Axelrod 1986:1097; vgl. Thomson 1993:80). Orientiert sich die behavioristische Perspektive am statistischen Durchschnitt, welcher zur verbindlichen Verhaltensregel erklärt wird, orientiert sich die normative Perspektive an Vorschriften, welche sich an einem als erstrebenswert imaginierten Zustand ausrichten. In beiden Fällen ist davon auszugehen, dass soziale Normen sich auch auf Vorstellungen darüber berufen was von der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft für richtig und erstrebenswert gehalten wird.

Die Durchsetzungsfähigkeit sozialer Normen beruht auf dem Anspruch auf Gültigkeit für alle und ausnahmslos in jeder der zugewiesenen Situationen. Soziale Normen gehören zum Wesen menschlicher Gesellschaften und sind somit stets existent (vgl. Popitz 2001). Sie bilden die Richtschnur, die Regel und den Maßstab, die das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschaft regeln. Normen bieten beispielsweise Orientierung bei der Zuordnung der beiden Merkmale „richtig“ und „falsch“ an. Somit grenzen soziale Normen die nahezu unendliche Zahl möglicher Handlungen und Verhaltensweisen ein, wodurch zwischenmenschliches Handeln mehr oder weniger berechenbar wird (Popitz 2001:10f). Zur Aufrechterhaltung der Geltung von sozialen Normen dienen positive und negative Sanktionen bei Erfüllung und Nichterfüllung. Eine Norm, deren Missachtung nicht geahndet wird, verschwindet nach und nach aus dem Bewusstsein der Gesellschaftsmitglieder:

„Abweichungen werden — zunächst zögernd — hingenommen, lösen immer seltener Sanktionen aus, bis sie nach einem Übergangsstadium der Unsicherheit schließlich freigegeben werden“ (Popitz 2001:17).

Stehr formuliert, dass die

„Kategorien der Normalität und Abweichung [...] vor allem Regulierungs- und Verwaltungskategorien von Institutionen [sind] und [...] als solche Eingang in die jeweils vorherrschenden gesellschaftlichen Diskurse [finden], über die Identitätspolitik betrieben wird, Subjektivierungsweisen geformt und die Kriterien von Teilhabe und Ausschluss formuliert werden.“ (Stehr 2013:195)

Emile Durkheim folgend kann gesagt werden, dass mit den Reaktionen auf Abweichungen von der Norm die Grenzen des tolerierbaren Verhaltens ins Bewusstsein der Gesellschaft gerufen, die Normen geklärt und die sozialen Bande erneuert und stabilisiert werden (vgl. Durkheim 1961). Dabei kann der Geltungsgrad der jeweiligen sozial gültigen Normen unterschiedlich sein und ist mit dem Grad des Sanktionsdruckes verbunden. Mit Popitz lässt sich sagen:

„Von der Geltung einer Norm wollen wir erst dann sprechen, wenn ein Abweichen von solchen erwarteten Regelmäßigkeiten Sanktionen gegen den Abweichler auslost, etwa demonstrative Missbilligung, Repressalien, Diskriminierung, Strafen. In diesen Fällen folgen also auf die abweichende Handlung eines Einzelnen oder Mehrerer weitere Handlungen anderer Menschen, die auf jene Abweichung in bestimmter Weise Bezug haben.“ (Popitz 2001:15)

Zum einen gibt es die sogenannte Kann-Erwartung, welche eine sehr weiche Vorschrift ist und in den Bereich der sozialen Gewohnheiten fällt. Im Fall der Kann-Erwartung ist bei Nichteinhaltung nicht mit zu großem Sanktionsdruck zu rechnen. Die Soll-Erwartung dagegen bezieht sich auf stärkere Verhaltensansprüche, welche bei Nichteinhaltung mit deutlich ausgeprägteren Sanktionen bedacht werden können. Als stärkste Form der sozialen Norm lässt sich die Muss-Erwartung definieren, welche häufig juristisch kodifiziert ist und klare Sanktionsregeln auf Grundlage von Gesetzen für sich in Anspruch nimmt. Somit lässt sich festhalten, dass Normen unter anderem aufgrund von Sanktionsdruck ihren Geltungsgrad definieren und dass

„ein eingespieltes, als üblich erwartetes Verhalten [...] als verbindlich geforderte Norm erkennbar [wird], sobald eine Abweichung Sanktionen hervorruft“ (Popitz 2001:17).

Neben der Sanktionierung gibt es andere Gründe warum Menschen Normen befolgen. So bieten soziale Normen die schon erwähnte Verhaltenssicherheit, welche das Verhalten seiner Mitmenschen berechenbarer macht (Popitz 2001:10f). Ebenfalls von Bedeutung ist hier der Prozess der Sozialisation, in deren Verlauf soziale Normen verinnerlicht werden. Ein weiterer Aspekt, der bei der Befolgung von Normen eine Rolle spielt, ist der Glaube an eine legitime Geltung der zu befolgenden Norm. Darüber hinaus kann das Einhalten von Normen auch das Resultat von rationalen Interessensabwägungen sein. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass gerade in pluralistischen

Gesellschaften soziale Normen durch die Interpretationsvielfalt ihre klare Orientierungsfunktion teilweise einbüßen.

Doch was unterscheidet Regeln von Normen? Aus der funktionalen Perspektive betrachtet scheint eine substantielle Unterscheidung von Regeln und Normen nicht möglich zu sein. Beide zielen in ihrer Funktion auf die Regulierung des Verhaltens von Individuen und Gruppen ab. Es fehlen Regeln allerdings meist jene moralischen ordnenden Komponenten, die Normen, folgt man den üblichen Definitionen, prinzipiell zugewiesen bekommen (Duffield 2007:10). Der moralische Charakter muss sich nicht zwangsläufig im Inhalt der jeweiligen Norm niederschlagen, sondern steht im Zusammenhang mit dem Verpflichtungscharakter der Verhaltensorientierung. Während also Regeln den Akteuren die Entscheidung überlassen, ob sie sich an sie halten oder nicht, besitzen Normen, so postulieren zumindest große Teile der Normenforschung, ein verpflichtendes Element, das über den jeweiligen einzelnen Akteur auf die Gesamtheit der Gesellschaft hinausweist (vgl. Florini 1996). Normen geben demnach u. a. Auskunft darüber, wie etwas sein sollte. Daraus resultierend nennt man das, was der Norm nicht entspricht, anormal oder abnorm. Was noch heute bei „abnorm“ mitgedacht wird, geht auf das griechische Verständnis von normal zurück. Im antiken Griechenland setzte man normal mit „gesund“ bzw. mit „Natur“ gleich. Natur bezeichnete dabei die durchschnittliche, also natürliche Beschaffenheit des Körpers sowie seinen gesunden Zustand. Dieser war zugleich der Idealzustand und das erklärte Ziel aller ärztlichen Bemühungen. Daraus folgt, in der ursprünglichen griechischen Bedeutung des Normalen findet sich die Gleichsetzung von normal, gesund und natürlich (Kudlien 1984: 920). Die Vorstellung vom „Normalen“ hat also nicht nur eine deskriptive, sondern immer auch eine normative Seite, auf der zum Ausdruck kommt, was wünschenswert, unauffällig und erstrebenswert ist und gleichzeitig, was als das Nicht-Normale bzw. als Abweichung vom Normalen zu gelten hat, also was auffällig, unerwünscht und zu vermeiden ist. Festzuhalten bleibt, dass eine allgemeingültige Begriffsbestimmung von Normalität nicht existiert. Was unter Normalität und Anormalität (in diesem Zusammenhang: Die besondere Beziehung) verstanden wird, unterliegt also fortwährenden gesellschaftlichen und politischen Diskussionen und Aushandlungsprozessen.

Auf diese theoretischen Aspekte aufbauend wird das Konzept von Normalität im Rahmen zwischenstaatlicher Beziehungen diskutiert. Dieser Schritt ist notwendig, da diesem Verständnis von zwischenstaatlicher Normalität ein nicht unerheblicher Anteil bei der Konstituierung der spezifischen deutsch-israelischen politischen sowie zivilgesellschaftlichen Beziehungen zukommt.

3.1.2. Normalität zwischen Staaten

„Normal ist, dass jeder Staat seine Interessen vertritt und versucht, seine Ziele durchzusetzen, ohne sich von seiner Vergangenheit lähmen zu lassen“ (Bahr 2003: 137)

Was Egon Bahr im oben zitierten Statement formuliert, lässt sich im Kontext der deutschen Normalisierungsstrategien deuten und als Versuch werten, das als nicht normal empfundene Verhältnis zu Israel mit Hilfe dieser Normalitätsdefinition in Abgrenzung kenntlich zu machen und in der Folge der Diskussionen neu zu deuten. Im folgenden Kapitel wird daher der Frage nachgegangen wie sich Normalität zwischen Staaten gestalten kann. Für die folgenden Schritte sind nicht nur Hintergründe der Kategorie Normalität relevant, sondern auch die der internationalen Beziehungen. Konkret wird betrachtet, wie das Konzept Normalität im Rahmen internationaler Beziehungen verhandelt wird. Zielsetzung ist es hier u.a., herauszuarbeiten, ob ein solches Konzept wie Normalität im Rahmen internationaler Beziehungen überhaupt eine sinnvolle Funktion erfüllen kann. Betont doch der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland Shimon Stein, dass ihm kein anderer Fall aus der Geschichte der Nachkriegszeit bekannt sei,

„in dem man sich derart intensiv, ja regelrecht obsessiv bemüht hätte, bilaterale Beziehungen als normal zu charakterisieren, wie im deutsch-israelischen Fall“ (Stein 2011:8).

Im vorausgehenden Kapitel 3.1.1. ist bereits das Konzept der Normalität diskutiert worden. Aus Sicht der Soziologie lässt sich Normalität bei einer ersten Betrachtung also als das quasi unsichtbare Selbstverständliche in einer Gesellschaft verstehen, das nicht mehr erklärt und über das nicht mehr situativ entschieden werden muss. Dieses Selbstverständliche betrifft, diesem Verständnis folgend, soziale Normen und konkrete Verhaltensweisen von Menschen und Gruppen. Doch inwiefern lässt sich mit Hilfe der Kategorien normal – beson-

ders/ anormal eine Beziehung zwischen Staaten gewinnbringend charakterisieren? Ist ein solches Konzept bei der Klassifizierung von internationalen Beziehungen praktikabel? Ist nicht jede Beziehung zwischen Staaten und ihren Regierungen per se erst einmal ein Zustand, der nicht normal ist und besonderer Regulierungen bedarf? Begeben sich zwei Staaten in Kontakt, engagieren sich Heerscharen von Diplomaten und Politikerinnen, um genau diesen Kontakt anhand fester Rituale (u.a. um Irritationen zwischen den Beteiligten zu reduzieren) zu strukturieren und in ihrem Ablauf gegen Unerwartetes abzusichern. In Gedankenspielen kann man sich vorstellen, wann außenpolitische Normalität gegeben sein könnte – nämlich dann, wenn niemand sie vermisst, niemand sie herbeisehnt oder sie trotzig bei seinem Gegenüber einfordern muss. Interessant ist an dieser Stelle, dass vorhandene Normalität kein Gesprächsgegenstand und auch nur schwer einzuordnen ist. Somit wird nur als Abwesende über sie geredet und geschrieben. Ihre Abwesenheit schafft erst ein Bewusstsein darüber, was dann nicht mehr ist – Normalität.

Alle diese Überlegungen führen nicht zu konkreten Kriterien, die es ermöglichen würden, klar und eindeutig zu bestimmen, wann eine zwischenstaatliche Beziehung den Rahmen einer bestimmten Normalität verlässt und zu einer besonderen, anormalen Beziehung wird. Allerdings lässt sich schlussfolgern, dass auch im Rahmen internationaler Beziehungen erst die Abwesenheit des Phänomens zulässt es näher zu bestimmen. In der wissenschaftlichen Literatur zu diesem Themenkomplex lassen sich einige Beispiele finden, in deren Kontext so genannte „special relationships“ in der internationalen Politik thematisiert werden.⁴⁰ Betrachten wir diese Darstellungen der Beziehungen genauer, lässt sich auf diesem Weg rekonstruieren, was sie charakterisiert. Hier herrscht die Tendenz vor, ganz im Sinne der oben vorgestellten Besonderheiten im Umgang mit der Normalität das Besondere und nicht das Normale an den Beziehungen zu thematisieren. Somit bleibt das Normale weitestgehend im Dunkeln und das Besondere in seiner Wahrnehmung stark vom Einzelfall und der eingenommenen Perspektive geprägt.

⁴⁰ Vgl. hierzu Gatzke 1980; Gardner Feldman 1999:333-356; Rahr 2007:137-145.

Im nächsten Schritt werden die beiden geläufigsten Faktoren, die dazu dienen können, eine besondere Beziehung zu legitimieren, angeführt und diskutiert. Die historische Dimension – mit ihrer Beziehungsgeschichte und all ihren Verwobenheiten – dient dazu, eine besondere Beziehung zu legitimieren (Gat 2013; vgl. Dressler 2005). Allerdings werden auf politischer Ebene zu Ländern wie beispielsweise Griechenland oder der Ukraine keine besonderen Beziehungen gepflegt bzw. in der politischen Sprache als solche kommuniziert, obwohl mit beiden Ländern eine enge historische Verflechtung besteht.⁴¹ Dieses Beispiel macht deutlich: Der Faktor der historischen Dimension scheint seine Wirkkraft in den politischen zwischenstaatlichen Beziehungen sehr selektiv, eventuell sogar interessengetrieben, zu entfalten. Ein weiterer Faktor ist jener der Machtasymmetrien zwischen Staaten mit Hilfe der Kennzeichnung als besondere Beziehungen thematisiert. Doch auch diese Betrachtung im Bereich der internationalen Beziehungen führt im konkreten Vorhaben nicht zum Ziel, da bei Begegnungen zwischen Staaten immer von Machtasymmetrien auszugehen ist. An dieser Stelle soll betont werden, dass nicht das Vorhandensein von Machtasymmetrien negiert werden soll, sondern es soll hervorgehoben werden, dass dieses Kriterium augenscheinlich bei der Bestimmung einer besonderen Beziehung nicht weiterhilft. Nichtsdestoweniger werden Fragen nach der Machtverteilung und des Umgangs mit Machtasymmetrien im Arbeitsfeld von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel im Verlauf der Arbeit von großer Bedeutung sein. Insgesamt ist von einer Vielzahl von Faktoren auszugehen, die besondere zwischenstaatliche Beziehungen in Einzelfällen definieren, doch eine Verallgemeinerbarkeit zur Bestimmung einer normalen Beziehung in Angrenzung zu diesen Einzelfällen ist nicht gegeben.

Da sich augenscheinlich keine konkreten belastbaren Indikatoren finden lassen, die es im Allgemeinen ermöglichen, die Normalität einer internationalen Beziehung zu bestimmen, bleibt nur der Weg, den für diese Arbeit relevanten Einzelfall Deutschland – Israel zu betrachten und zu analysieren.

⁴¹ Beide Länder wurden während des zweiten Weltkrieges Opfer nationalsozialistischer Kriegsführung und Politik. In beiden Ländern wurden Verbrechen im Namen des nationalsozialistischen Deutschlands begangen und die zivile Bevölkerung von militärischen Einheiten angegriffen bzw. durch den Einsatz von Strafmissionen stark in Mitleidenschaft gezogen.

3.2. Deutsch-Israelische Beziehungen ab 1948

„Wenn je ein Land eine tief greifende Identitätskrise durchgemacht hat mit der Notwendigkeit, mit der alten nationalistischen und militärischen Vergangenheit umfassend zu brechen, dann war es die Bundesrepublik Deutschland“ (Risse 2007: 53).

Die Vergangenheit entscheidet nicht autonom darüber, ob sie vergehen will oder nicht. Erinnerung ist bekanntlich nicht nur ein selbstreflexiver Vorgang, sondern ein höchst individuelles wie auch kollektives Phänomen. Andere Menschen, denen wir begegnen rufen uns zuweilen etwas in Erinnerung, was wir selbst lieber daraus streichen würden.⁴² Allein wegen dieser Besonderheiten ist es ziemlich zwecklos, unter die Vergangenheit abschließende Striche ziehen zu wollen. Diese Schlussstriche würden durch die Erinnerungen der von den Nationalsozialist_innen misshandelten Gruppen und Individuen immer wieder durchbrochen werden und einer dauerhaften Normalisierung in den Beziehungen beider Staaten entgegenwirken. Trotzdem oder vielleicht auch gerade deswegen hat sich ein intensives staatliches aber ein noch deutlich ausgeprägteres – im späteren Verlauf der Arbeit in den Vordergrund rückendes – zivilgesellschaftliches Beziehungsgeflecht zwischen Deutschland und Israel entwickelt. Insbesondere in den deutsch-israelischen Beziehungen nehmen Fragen, die Ethik und Politik, die Idealismus und Realismus, Normalität und Besonderheit thematisieren, eine immense Rolle ein. Emotionen wird dabei auf beiden Seiten der Beziehung eine gewichtige Rolle zugewiesen (Neuberger 2005:14f).

Bei genauerer Betrachtung der bilateralen Beziehungen und außenpolitischen Positionen der BRD zu Israel kommt man nicht umhin, die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands an den Anfang der Betrachtungen zu setzen (Schwelling 2007:102). Denn die von den Regierungen hervorgehobene deutsche Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel ist nicht nur Ausdruck einer über Jahre gewachsenen Verbindung und Verflechtung, sondern vor allem aus den schweren und historisch einzigartigen Verbrechen Hitler-Deutschlands zu erklären (Krell 2011:2f). Zeitgleich hat die deutsche Außenpolitik beständig versucht, die Abgrenzung von allen Aspekten der Nazi-Zeit, ja die Negation der Grundorientierungen des Dritten Reiches zu erreichen.

⁴² Siehe zu dieser Thematik auch Assmann 2014:63-116.

Dabei definierte sich die deutsche außenpolitische Position durch die zwei englischsprachigen Schlagworte „never again“ und „never alone“. Während „never again“ für das Abwenden vom Totalitarismus und den damit verbundenen Verbrechen, aber auch von der außenpolitischen Leitlinie einer Großmacht stand, drückte „never alone“ den Willen aus, keine der berüchtigten „deutschen Sonderwege“ mehr zu beschreiten und von den grundsätzlichen Ideen unilateraler Politik abzurücken (Mauil 2004:19f). Es lässt sich feststellen, dass die deutsche Außenpolitik bis in die Gegenwart wesentlich durch die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit geprägt ist.⁴³ Daraus ergeben sich für die deutsche Politik zentrale Normen:

„die Anerkennung der Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs einschließlich der daraus entstehenden Wiedergutmachungsverpflichtungen, insbesondere im Verhältnis zu Israel [...]“ (Mauil 2006:423).

Die allgemeinen außenpolitischen Grundsätze wirken auf die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ein und verdeutlichen erneut die Bedeutung des Normalitätsaspekts in den Aushandlungsprozessen der deutsch-israelischen Beziehungen. Im folgenden Kapitel soll daher ein kurzer Überblick über die zwischenstaatliche Beziehungsgeschichte Deutschlands und Israel unter besonderer Berücksichtigung des Normalitätsaspekts gegeben werden.

3.2.1. Die Anfangsjahre der Beziehungen (1945 – 1953)

„Mehr als besondere Beziehungen. Lang war der Weg, dornig der Umgang, hoffnungsvoll für die Zukunft“ lautet der Titel eines Artikels von Hans Georg Meyer aus dem Jahr 2005. Er drückt in einem Satz die Besonderheiten und Schwierigkeiten der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland aus. Aus der Perspektive westdeutscher Politiker_innen und insbesondere der des ers-

⁴³ Man denke nur an die Kontroversen um Bundeswehreinsätze im Ausland und die dabei eingesetzten rhetorischen Mittel. Beispielsweise sagte der damalige Außenminister Joschka Fischer 1999 in seiner Rede auf dem Parteitag in Bielefeld: „Auschwitz ist unvergleichbar. Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus. Beides gehört bei mir zusammen“ (<http://staff-www.uni-marburg.de/~naeser/kos-fisc.htm>) und legitimierte damit seine Haltung zum Eingreifen im sogenannten Jugoslawien-Krieg und die Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz der Nato im Kosovo und in Serbien.

ten Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer hatte es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der aus der Befreiung möglich gewordenen Staatsgründung im Jahr 1949 höchste Priorität, das Vertrauen der nach den Geschehnissen des 2. Weltkrieges äußerst kritischen Weltgemeinschaft zurück zu erlangen und wieder Zugang zur Weltgemeinschaft zu erhalten. Dies war die Basis für einen Start der angestrebten Bindung an den Westen, der Verpflichtung auf westliche universell gültige Werte und für das etablieren einer funktionierenden Demokratie nach dem Vorbild der westlichen Wertegemeinschaft. Adenauer erklärte daher „die Art, wie die Deutschen sich den Juden gegenüber verhalten werden, [zur] Feuerprobe der deutschen Demokratie“ (zitiert nach Weingart 2002:74).

Die Jahre zwischen 1945 und 1951 waren trotz dieses Aufrufs auf deutscher wie auf jüdisch-israelischer Seite von Schweigen über die gemeinsame Vergangenheit und die Ereignisse der Shoah geprägt.

“Feelings, whether of horror and guilt on the German side, or of grief and hostility on the Israeli side [...], simply were not expressed on a large scale or in any public or official way” (Gardner Feldman 1984:32).

Die Konfrontation mit den Ausmaßen des Geschehenen führten bei einem sicher nicht unerheblichen Teil der deutschen Bevölkerung zu psychologischen Abwehrmechanismen, wie etwa die Projektion der Schuld auf Hitler und die Nazis im Allgemeinen oder zum Versuch der simplen Verleugnung des Geschehenen (Gardner Feldman 1984:34; Assmann 2014:82f; Breuer 2015:42). Die israelische Reaktion dagegen versuchte aktiv, all das aus ihrem Alltag zu verdrängen, was deutscher Herkunft war: Güter wurden ebenso boykottiert wie Diplomaten_innen beider neuen deutschen Staaten, die Einreise israelischer Staatsbürger_innen nach Deutschland wurde im Ausweis durch einen Vermerk der Ungültigkeit in Deutschland unterbunden und deutsche Kulturgüter wurden – soweit dies der jüdisch-israelischen Gesellschaft möglich war – aus dem neugegründeten Staatsgebiet Israels verwiesen (Weitz 2000:255ff; Jelinek 2004:40ff; Diner 2015:50).

Die eigentliche Grundlage für die Möglichkeit einer Annäherung legte die Bundesrepublik Deutschland mit der vollen Anerkennung ihrer eigenen Rolle als Nachfolgestaat des Dritten Reiches und aller damit verbundenen moralischen

so wie materiellen Verpflichtungen (Wolffsohn 1991:21; Kloke 2005:4; Colschen 2010:255).⁴⁴

Mit Blick auf Israel drückte sich diese formulierte moralische Verpflichtung auf Wiedergutmachung zunächst in materieller - also konkret monetärer - Form aus. Die Westmächte lehnten in den anstehenden Verhandlungsrunden eine Rolle als Vermittler/ Mediator zwischen den israelischen Ansprüchen auf Wiedergutmachung und Westdeutschland ab.⁴⁵ „Jerusalem musste sich direkt an Bonn wenden“ (Wolffsohn 1991:23) und direkte Gespräche ohne Mittler mit dem westdeutschen Staat beginnen (Gilbert 2008:279). Die israelische Regierung setzte dabei auf zwei unterschiedlichen politischen Ebenen an, um ihren moralischen Ansprüchen an Deutschland Geltung zu verschaffen: Zum einen leistete sie notwendige Überzeugungsarbeit bei den Alliierten und zum anderen, bemühte sie sich, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass eine Rückführung Deutschlands in die Völkergemeinschaft nur unter harten Vorbedingungen durchführbar sei.

Insbesondere in Bezug auf zu leistende materielle Wiedergutmachung gelang es den israelischen Vertreter_innen zunächst nur schwerlich, die zögerlichen Alliierten von ihrer Position zu überzeugen. In moralischer Hinsicht unterstützten sie die Forderungen Israels, aber wirtschaftliche und vor allem strategische Erwägungen – etwa die Gefährdung der deutschen Wirtschaftsentwicklung – standen dem Gedanken der materiellen Wiedergutmachung aus Sicht der USA eindeutig entgegen (Jelinek 2004:91ff). Die Schritte der Alliierten zu Gunsten einer größeren westdeutschen Autonomie und Einbindung sowie internationalen Rehabilitation – vor allem die Wiederbewaffnung Deutschlands auf Grundlage der NATO-Beschlüsse von 1950 (Jelinek 2004:84) – empörten israelische Politiker_innen und die Bevölkerung, so dass die Alliierten sich der Dringlichkeit

⁴⁴ Die Beziehungsgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und dem Staat Israel werden im Rahmen dieser Arbeit nicht als Schwerpunkt behandelt, da sich die Arbeit insbesondere mit der Israelarbeit einer NGO beschäftigt und diese bis zur Nachwendzeit keine nennenswerte Rolle in den Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten eingenommen hat, die diplomatischen Beziehungen haben einen Austausch verhindert (siehe zur Thematik der Beziehungen zwischen der DDR und Israel: Kulow 1994:183-196; Timm 1997; Völter/ Dasberg 1997:26-32; O'Doherty 2000:68-77; Osterer 2013).

⁴⁵ Zwischen der DDR und Israel gab es keinerlei solche Verhandlungen, da die DDR die moralischen sowie auch materiellen Verpflichtungen als Nachfolgestaat des Dritten Reiches zu keinem Zeitpunkt eingeräumt hat.

bewusst wurden, „die israelische (und jüdische) Öffentlichkeit [...] zufriedenzustellen“ (Jelinek 2004:86). Mit moralischen Argumenten gelang es der israelischen Regierung also im Verlauf der Zeit, die Alliierten für ihre Position zu gewinnen: „Schließlich setzte sich das politisch-propagandistische Kalkül und der moralische Faktor gegenüber den wirtschaftlichen Befürchtungen durch“ (Jelinek 2004:101). Letztlich gelang es Israel, dass auch die westlichen Alliierten in deutschen Wiedergutmachungsbemühungen die einzige Option sahen, Deutschland wieder in die Gemeinschaft der Nationen zurückzuführen. Der US-amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland, John McCloy, ließ keinen Zweifel daran, dass von Deutschland besondere Bemühungen gegenüber Israel erwartet wurden:

„The world will carefully watch the new West German state, and one of the tests by which it will be judged will be its attitude towards the Jews and how it treats them“ (zitiert nach Gardner/ Feldman 1984:51).

Nach dem offiziellen Bekenntnis der Schuld des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in seiner viel beachteten Rede vor dem Bundestag im September 1951 und ersten positiv verlaufenen geheimen Verhandlungen auf diplomatischer Ebene, wurden unter massivem Protest von Teilen der jüdisch-israelischen Bevölkerung bilaterale Entschädigungsverhandlungen zwischen Deutschland und Israel initiiert, welche im Jahr 1952 im Luxemburger Abkommen mündeten (Kloke 2005:4; vgl. Colschen 2010:256f).

Adenauer sprach bereits 1952 davon, zu „einer Normalisierung der Beziehungen“ gelangen zu wollen (Deutscher Bundestag 1953:12095). Hier lässt sich zu einem frühen Zeitpunkt der Themenkomplex der Normalisierung der Beziehungen in der westdeutschen Politik ausmachen, der vom damaligen Bundeskanzler an die israelische und auch die deutsche Gesellschaft herangetragen wurde. Diese Thematik wird in vielen Auseinandersetzungen und Verhandlungen um die deutsch-israelischen Beziehungen immer wieder in unterschiedlicher Stärke aufgenommen und verhandelt. Der Facette der Normalität der Beziehungen wird von deutscher Seite eine herausragende Stellung zugewiesen. Die Vorstellungen von Normalität haben sich über die Jahre zwar gewandelt und angepasst, sind aber doch in den zwischenstaatlichen politischen Beziehungen dominant geblieben. Am Beispiel der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wird

zu zeigen sein, dass diese Dominanz sich ebenso auf die zivilgesellschaftlichen Beziehungen auswirkt.

Trotz der mannigfaltigen Versuche unterschiedlicher arabischer Staaten, eine Ratifizierung des Luxemburger Abkommens durch politischen und ökonomischen Druck auf die Bundesrepublik zu unterbinden, trat dieses im März 1953 in Kraft und verpflichtete die Bundesrepublik zu Zahlungen von 3,45 Milliarden DM über zwölf Jahre an den israelischen Staat und die Conference on Jewish Material Claims against Germany⁴⁶ (Weingart 2002:81ff). Es ist hier nochmals hervorzuheben, dass diese erste Phase der deutsch-israelischen Annäherung eher als taktisches Kalkül, zumindest aber als Pragmatismus gewertet werden muss: Sowohl die deutsche als auch die israelische Politik standen unter „Sachzwängen[n], ohne die bilaterale Gespräche zu dieser Zeit undenkbar gewesen wären“ (Weingart 2002:98). So formulierte der damalige israelische Außenminister Moshe Sharett in seiner Rede zur Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens eine klare Absage an den Gedanken einer etwaigen Normalisierung. Er nutzte dazu die Formulierung, dass für die deutschen Verbrechen kaum eine Sühne denkbar sei. Damit beharrte er darauf, dass der Bann gegen Deutschland - trotz von Israel akzeptierter Wiedergutmachungsleistungen für entstandene materielle Schäden - aufrechterhalten bliebe (Diner 2015:70). Die deutschen Vertreter wollten diesen Abschnitt der Rede nicht akzeptieren, weshalb am Vorabend der Unterzeichnung des Abkommens beschlossen wurde, dass niemand eine Rede halten und der gesamte Prozess der Unterzeichnung des Abkommens in symbolischem Schweigen ablaufen solle (Diner 2015:71; vgl. Gilbert 2008:283).

Beide Regierungschefs mussten das Luxemburger Abkommen gegen innere gesellschaftliche sowie politische Widerstände durchsetzen. In beiden Gesellschaften gab es zum Teil völlig konträre Positionen zu den Fragen einer irgendwie gearteten Wiederaufnahme von Beziehungen zu einander. Insbeson-

⁴⁶ Die Conference on Jewish Material Claims Against Germany ist ein Zusammenschluss internationaler jüdischer Organisationen. Seit 1951 vertritt sie, als Organisation, die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus und Shoah-Überlebender die nicht israelische Staatsbürger_innen sind. Israelische Staatsbürger_innen werden in Verhandlungen um Zahlungen in der Regel von ihren staatlichen Vertretern vertreten. Die Organisation sitzt in New York City und unterhält in Frankfurt am Main, Wien und Tel Aviv jeweilige Repräsentanzen.

dere auf jüdisch-israelischer Seite gab es intensive Bemühungen, dieses Abkommen bzw. die Begegnung israelischer mit deutschen Politiker_innen zu verhindern (Gilbert 2008:279ff). Die Gegenargumente der israelischen Seite in der Knesset behandelten dabei das jüdische Begehren, alles Deutsche aufgrund der Verbrechen zu exorzieren und für immer aus dem jüdischen Leben zu verbannen (Gilbert 2008:279ff; vgl. Diner 2015:15ff). Der aus Riga stammende Rabbiner Mordechai Nurocks sprach Beispielsweise vor der Knesset von der Gefahr direkter Kontakte mit den Deutschen, die unweigerlich auf eine von den Deutschen erwartete Versöhnung hinausliefen und zu einer inakzeptablen Normalität führen würden, in der eine Amnestie der Täter möglich würde (Diner 2015:88f). Die geführten Debatten über Verhandlungen mit Deutschland konzentrierten sich dabei nicht nur auf die Knesset. So kurz nach den Ereignissen der Shoah gab es in Israel viele öffentliche Auseinandersetzungen über die zukünftigen Beziehungen zu Deutschland. Zu gleich waren Adenauers „Motive keineswegs so ehrenwert und moralisch begründet wie die ‚Verpackung‘ der Entschädigungslieferungen“ (Weingart 2002:99; vgl. Breuer 2015:42; vgl. Diner 2015:97) hätte suggerieren können. Die beginnenden, für das deutsch-israelische Verhältnis bis heute so grundlegenden Verhandlungen waren für beide beteiligten Parteien trotz aller Widerstände eine Win-Win-Situation:

„Die Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik [war] bis zu jenem Zeitpunkt mit beträchtlichem persönlichen Nutzen für sämtliche Beteiligten verbunden“ (Jelinek 2004:73).

Israel konnte sich finanzielle und militärische Hilfe sichern und Deutschland seinen Status in der Weltgemeinschaft verbessern bzw. wieder Zugang zu dieser erlangen.

3.2.2. Der Weg zu diplomatischen Beziehungen (1953-1965)

Der Vertrag von Luxemburg hatte einen Startpunkt für die Aufnahme zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen den beiden Staaten Deutschland und Israel gesetzt, obwohl insbesondere auf israelischer Seite mannigfaltige Bedenken

gegen genau diese Option vorlagen.⁴⁷ Allerdings sollte der Pfad bis zur tatsächlichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten ein überaus holpriger und kontroverser sein. Prinzipiell stand das traditionell als gut geltende Verhältnis des deutschen Staates zu den arabischen Nachbarstaaten Israels im Wege bundesdeutscher Politik. Denn „durch die Aufnahme diplomatischer oder demonstrativ besonderer Beziehungen zu Israel“ (Wolffsohn 1991:30) lief die Bundesrepublik Deutschland Gefahr, dass die bisher freundschaftlichen arabischen Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Westdeutschland in einem Boykott lahm legen und offizielle Beziehungen zur damaligen DDR aufnehmen würden (Gilbert 2008:335). So hatten einige der arabischen Staaten bereits angedroht, die Deutsche Demokratische Republik im Falle der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel im Gegenzug offiziell anzuerkennen. Ebenso minderten sich die Anreize für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die aus den USA gesetzt wurden, durch die damalige geostrategische Lage der USA im Nahen Osten. Das Verhältnis der USA zu den arabischen Staaten hatte sich im Verlauf der 1950er Jahre drastisch verschlechtert. Der US-amerikanische Einfluss in der gesamten Region des Nahen Ostens war eingebrochen und für die USA war Deutschland nun ein besonders wichtiger Partner, der dort potentiell ihre Interessen bei den arabischen Partnern in Vertretung wahren konnte (Weingart 2002:175).

Trotz dieser Hindernisse und Bedenken mussten in der damaligen Situation inoffiziell Zugeständnisse an Israel gemacht werden, unter anderem um die bisher erzielten Errungenschaften durch das Luxemburger Abkommen nicht zu gefährden und zu unterlaufen. Wie um den fragilen Gesprächsfaden nicht zu gefährden, wurden daher seit dem Jahr 1957 geheime militärische Beziehungen mit Israel gepflegt (Weingart 2002:175). Geschätzt wurde auf israelischer Seite zudem, dass Kanzler Adenauer sich in der Suezkrise⁴⁸ 1956/57 dem

⁴⁷ Eine umfassende Darstellung des Luxemburger Abkommens und die vorausgehenden teilweise dramatischen Debatten in Israel findet sich in der Monographie „Rituelle Distanz – Israels deutsche Frage“ von Dan Diner.

⁴⁸ Die Suezkrise im Herbst 1956 war ein internationaler Konflikt in dessen Folge eine Allianz aus Großbritannien, Frankreich und Israel in Ägypten einmarschierte. Das Ziel war es dabei die Pläne des ägyptischen Präsidenten Nassers zu durchkreuzen sein Land aus der britischen Einflussphäre zu befreien und die bis dahin französisch-britisch dominierte Suezkanal-Gesellschaft zu verstaatlichen. Dieser Schritt bedrohte die Erdölversorgung Großbritanniens, zu gleich unterstützte Nasser die algerische Befreiungsbewegung FLN die sich in einem Konflikt

amerikanischen Einfluss nicht beugte, welcher auf ein Pausieren der Wiedergutmachtungszahlungen an Israel abgezielt hatte, um somit Israel mit Hilfe des materiellen Drucks zum Einlenken in der Suezkrise zu zwingen (Wolffsohn 1991:30f).

Eine weitere Bewährungsprobe dieser Zeit stellte die Affäre um den juristischen Prozess gegen den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann⁴⁹ zu Beginn der 1960er Jahre dar, die nicht zuletzt durch das von Vertrauen geprägte Verhältnis zwischen den beiden Politikern Adenauer und Ben-Gurion zu einem positiven Ende fand (Wolffsohn 1991:33). Aus Perspektive des israelischen Staates diente der in Jerusalem stattfindende Eichmann-Prozess zwei Zielen. Zum einen ermöglichte der Prozess innerhalb der israelischen Gesellschaft einen innerisraelischen Diskurs über Erinnerung und jüdisches Heldentum zu führen (Yablonka nach Gat 2013:323). Zum anderen diente der Prozess in der nicht israelischen Öffentlichkeit dazu, den Staat Israel als jene Entität darzustellen, die sich die Aufgabe des Richters und Verfolgers jener Menschen zu eigen machte, die gegen das jüdische Volk im Rahmen der nationalsozialistischen Verbrechen gehandelt hatten (vgl. Gilbert 2008:336f; Gat 2013:323). Für die Bundesrepublik war der Eichmann-Prozess dagegen eine Möglichkeit, ihr neu gewonnenes Renommee innerhalb der Völkerfamilie zu bestätigen und zu festigen. Gleichzeitig gab es westdeutsche Ängste, dass die Shoah dauerhaft einen Schatten auf die Unternehmungen sich als ein „neues Deutschland“ zu präsentieren, werfen würde. Der Eichmann-Prozess versprach also für die deutsche Regierung sowohl Gelegenheit als auch Risiko zu sein. Ein Risiko

mit der französischen Kolonialmacht befand. Israel dagegen beteiligte sich an diesem, den Amerikanern bewusst vorenthaltenen Plan, weil man sich aus der arabischen Umklammerung befreien wollte. Nach einer Intervention der USA und der Sowjetunion vor der UNO mussten Frankreich, Israel und Großbritannien ihre Truppen gedemütigt wieder abziehen und der ägyptische Präsident Nasser blieb gestärkt im Amt. Ergebnis dieser Handlungen war allerdings eine engere Bindung Ägyptens an die Sowjetunion und einer folgende Ausweitung des Kalten Kriegs auf den Nahostkonflikt (vgl. Glasneck/Timm 1992:125-133; vgl. Turner 2012).

⁴⁹ Der 1906 geborene Otto Adolf Eichmann war ein deutscher SS-Obersturmbannführer und Leiter des für die Organisation der Vertreibung und Deportation der Juden zuständigen Eichmannreferats des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin. Eichmann war zentral mitverantwortlich für die Ermordung von schätzungsweise sechs Millionen Menschen im weitgehend vom Deutschen Reich besetzten Europa (vgl. Safrian 2000:134f; vgl. Cesarani 2007). Im Mai 1960 wurde er von israelischen Agenten in Argentinien entführt und anschließend nach Israel gebracht. In Jerusalem wurde ihm der Prozess gemacht. Er wurde zum Tode verurteilt und in der Nacht vom 31. Mai auf den 1. Juni 1962 hingerichtet (vgl. Arendt 2013).

deswegen, weil sich im Rahmen des Prozesses ebenso ein Diskurs entwickeln konnte der für deutsche Interessen schädlich wäre. Umgekehrt bot er eine Chance, da man hoffen konnte die Diskussion auf Eichmann selbst zu begrenzen und so führende Persönlichkeiten in der neuen Bundesrepublik mit ihren teils zweifelhaften Vergangenheiten wie z.B. Hans Josef Maria Globke⁵⁰ aus der Schusslinie der Debatten zu nehmen (Jelinek 2004:348ff).

Unter anderem aufgrund der guten und belastbaren Beziehungen zwischen Adenauer und Ben-Gurion entschied sich Ben-Gurion, den Eichmann-Prozess nicht für eigene Bestrebungen, beispielsweise um die Bundesrepublik anzugreifen und auf diesem Wege zu erhöhter Hilfeleistung für Israel zu zwingen, zu instrumentalisieren. Diese Entscheidung sicherte ihm nicht nur die Anerkennung und das Wohlwollen der damaligen Bundesregierung, sondern auch eine langfristige Fortsetzung der westdeutschen Unterstützung Israels. Nachdem allerdings bekannt wurde, dass deutsche Raketenexperten über Jahre hinweg für die ägyptische Regierung an verschiedenen Waffensystemen gearbeitet hatten, geriet die deutsche Nahostpolitik spätestens mit dem Bekanntwerden der bis dato geheimen Waffenlieferungen an Israel erneut in eine Bredouille: Kanzler Erhard, welcher Adenauer inzwischen abgelöst hatte, sah sich daher veranlasst, die Waffenlieferungen zu unterbrechen, die er kurz zuvor auf Wunsch der Amerikaner noch erhöht hatte (Weingart 2002:176f; vgl. Gilbert 2008:349).

Lösen wir uns an dieser Stelle von der Fokussierung auf die politische Ebene, dann lassen sich schon in den Jahren ab 1961 die ersten zivilgesellschaftlichen Kontakte zwischen beiden Ländern entdecken. Seit dem Jahr 1961 schickte beispielsweise die in dieser Arbeit thematisierte Organisation Aktion Sühnezeichen Friedendienste ihre Freiwilligen nach Israel. Also schon bevor sich der unter Druck geratene Kanzler Erhard 1965 für die „Flucht nach vorn [...]“: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und die Beibehaltung dersel-

⁵⁰ Der 1898 geborene und 1973 verstorbene Politiker Hans Josef Maria Globke war im preußischen und im Reichsinnenministerium Verwaltungsjurist. In der Zeit des Nationalsozialismus war Globke u. a. auch ein Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze und in der Nachkriegszeit dann von 1953 bis 1963 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer der Chef des Bundeskanzleramts. Globke mit seiner Vita gilt als ein Paradebeispiel für die personelle Kontinuität der Verwaltungseliten zwischen dem „Dritten Reich“ und der frühen Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere wegen seiner Tätigkeit für die nationalsozialistische Diktatur blieb Globke nicht nur im Ausland, sondern auch in der Bundesrepublik stets umstritten.

ben zur arabischen Welt“ (Weingart 2002:177) entschied. So kam es, dass im Jahr 1965 ein Abkommen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ratifiziert wurde, (Gat 2013:321) in dessen Folge die diplomatischen Beziehungen zwischen Syrien und Westdeutschland, den Drohungen der arabischen Staaten folgend, zeitweise unterbrochen waren (Gilbert 2008:356). Damit war das Fundament für eine Institutionalisierung in Form der deutsch-israelischen Sonderbeziehungen gelegt.

Innerhalb solcher Institutionen, so hatte Konrad Adenauer noch vertreten, würde sich eine Normalisierung des deutsch-israelischen Verhältnisses realisieren lassen, um so „die ‚Schatten der Vergangenheit‘ von der Tagespolitik fernhalten zu können“ (Weingart 2002:178). Moral und Realpolitik sollten sich dieser Auffassung nach nicht vermischen und somit den Handlungsspielraum deutscher Politik nicht eingrenzen. Eben dieses Motiv war es, das sich in durchaus unterschiedlichen Manifestationen durch die folgenden Regierungen und, für den Kontext dieser Arbeit von besonderem Interesse, durch die gesamten zivilgesellschaftlichen Beziehungen mit unterschiedlichen Vorzeichen ziehen würde: Die „Quadratur des Kreises“ (Wolffsohn 1991:37).

3.2.3. Die komplizierten Jahre (1965 – 1974)

Die von Adenauer begründete Strategie der Nicht-Vermischung von Moral und Realpolitik prägte und beeinflusste auch die weitere Politik der nächsten Jahre, obwohl die politischen Entscheidungen der folgenden beiden Koalitionen durch den beliebten Sozialdemokraten Willy Brandt, der zunächst als Außenminister, später als Kanzler die Leitlinien der bundesrepublikanischen Politik mitbestimmte, maßgeblich geprägt wurden. Im Rahmen seiner Kanzlerschaft wurde die deutsche Außenpolitik gegenüber Israel zunehmend selbstbewusster in ihrem Auftreten (Weingart 2002:236f). Zugleich pochte man unter dem Eindruck des Sechstagekrieges auf Verständnis gegenüber der bundesrepublikanisch „gebotenen politischen Neutralität“ (Wolffsohn 1991:37). Brandt gelang dabei der schwierige Spagat zwischen dem moralisch-historisch begründeten Gebot der Ausgewogenheit und einer emotionalen Stärkung des deutsch-israelischen Verhältnisses, was sich durch Worte wie „völkerrechtliche Neutralität ohne Trägheit des *Herzens*‘ oder [den] ‚normalen Beziehungen von besonderem

Charakter“ (Weingart 2002:239, Hervorhebungen im Original) ausdrückte. Allerdings hatte Brandt, mit den Worten des Historikers Wolffsohn, letztlich keinen Erfolg dabei, „die Aktie der Normalität auf der Börse der deutsch-israelischen Beziehungen zu platzieren“ (Wolffsohn 1991:37). Bei diesem äußerst umstrittenen Vorhaben scheiterte Brandt ebenso wie vor ihm Adenauer am Widerstand der jüdisch-israelischen Partner_innen. Dennoch gelang es Brandt, eine ausgewogene und interessenorientierte Realpolitik zu betreiben, ohne dass dabei der Anschein erweckt wurde, die Vergangenheit als moralischem Kompass der politischen Handlungen aus den Augen zu verlieren. Dieser Prozess wurde durch die fortschreitende Entwicklung der europäischen politischen Zusammenarbeit begünstigt. Die Möglichkeiten einer flexibleren und selbstbewussteren Politik gegenüber Israel wurden außerdem dadurch positiv verstärkt, dass es die Entwicklungstendenz gab, Europa mit einer gemeinsamen außenpolitischen Stimme sprechen zu lassen. Diese Tendenz erlaubte es der Bundesrepublik Positionen einzunehmen, die sie auf sich allein gestellt gegenüber Israel aus den bekannten moralisch-historischen Gründen nicht hätte vertreten können (Weingart 2002:238). Insofern bot die zunehmende europäische Zusammenarbeit eine große Chance, neue Handlungsräume für die deutsche Nahostaußenpolitik zu eröffnen. Dieses Nebeneinander des solidarischen und unterstützenden Verhaltens gegenüber Israel und der international vertretenen, bewusst die Interessen der Konfliktparteien ausgleichenden Position sollte sich als ein sehr langlebiges Muster der bundesrepublikanischen Nahostpolitik – und nicht nur dieser - heraus kristallisieren (Weingart 2002:427ff). Diese Zweigleisigkeit manifestierte sich beispielsweise in der praktizierten offiziellen und inoffiziellen Politik den israelisch-deutschen Rüstungsbereich betreffend (Wolffsohn 1991:39). Ziel der Bundesregierung war es, damit einerseits den Anschein einer normalisierten – heißt hier von den Einschränkungen der historischen Verworfenheit in weiten Teilen befreiten – Nahostpolitik zu erwecken und andererseits Israel – wenn auch indirekt – nach wie vor seine wertvolle, benötigte und historisch-moralisch nicht zu verweigernde, Unterstützung zukommen zu lassen (Wolffsohn 1991:39). Hier lässt sich unschwer erkennen, dass die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland auch nach Adenauer weiterhin nach einer Normalisierung der Beziehungen zu Israel strebte bzw. weiterhin aktiv bemüht

war, Moral und Realpolitik nicht zu vermischen und somit den eigenen Handlungsspielraum sukzessive zu erweitern. Zu diesem Zeitpunkt schien es für die Politik unmöglich zu sein, die angestrebte Normalisierung der Beziehungen auf direktem bilateralem Wege zu erreichen. Daher wurde ein alternativer Weg beschritten: Die stetige Europäisierung der Deutschen Außen- und insbesondere der Deutschen Israelpolitik (Asseburg/ Busse 2011: 693ff; vgl. Müller 2011:385ff).

An dieser Stelle muss betont werden, dass dieses Streben nach Normalität für einen großen Teil der israelischen Öffentlichkeit völlig unverständlich und ein Ausdruck des Verschweigens der Verantwortung war. Zu Beginn der Luxemburger Verhandlungen wurde eben dieses bundesrepublikanische Streben nach Normalität massiv kritisiert. Eine Gruppe israelischer Politiker_innen thematisierte – unter der Führung des Politikers Menachem Begin - die Gefahr einer Annäherung zwischen Deutschland und Israel (Gilbert 2008:279ff). Trotz dieser Bedenken war der Prozess der Annäherung angestoßen worden und sollte die Beziehungen beider Länder zueinander maßgeblich mitgestalten, obgleich die außenpolitischen Möglichkeiten und Leitlinien der nächsten deutschen Regierungen trotz aller gegenteiligen Bestrebungen weiterhin von der Vergangenheit geprägt wurden.

3.2.4. Das Scheitern der Normalisierung? (1974-1986)

Einen bewusst nüchtern gehaltenen Ton wählte die folgende Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt und Außenminister Hans-Dietrich Genscher ab dem Jahr 1974. Dabei verfolgte die Bundesregierung nun eine Strategie, die als „Israelpolitik ohne Sühnesymbolik“ bezeichnet werden kann und sich in der Folge für bislang undenkbare Positionierungen öffnete (Wolffsohn 1991:40). Diese neue Linie zeigte sich beispielsweise in der für Israel überraschenden Forderung des bundesdeutschen Botschafters nach einem autonomen lebensfähigen Staat für die Palästinenser_innen, die an die Vereinten Nationen gerichtet wurde (Wolffsohn 1991:40). Diese Initiative fußte unter anderem auf der sich entwickelnden deutschen Überzeugung, dass die „deutsche Solidarität mit Israel auch eine moralische Mitverantwortung für die Palästinenser als den sekundären ‚Opfer(n) der deutschen Judenpolitik‘ einschließen müsse“ (Kloke 2005:12).

Die Diskussionen über die Ausweitung der moralischen (Mit-)Verantwortung werden auch in der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste über Jahre hinweg in Form von Flügelstreitigkeiten besonders kontrovers geführt.⁵¹ Den deutsch-israelischen Beziehungen wurde von den deutschen Politiker_innen zwar nach wie vor ein besonderer und herausgehobener Charakter zugeschrieben, jedoch wurde zugleich versucht, den Plänen Adenauers folgend diesen besonderen Charakter deutlich von der aktuellen Tagespolitik zu trennen. In der Tagespolitik hatte weiterhin ein angestrebter Ausgleich zwischen israelischen und palästinensischen Verhaltenserwartungen an die deutsche Außenpolitik den Primat (Weingart 2002:300). Diese Trennung der verschiedenen Sphären lässt sich als ein Versuch bundesdeutscher Politiker_innen deuten, weiterhin eine Normalisierung in den Beziehungen zu Israel herbeizuführen. Erklärtes Ziel war es, den bisherigen Einschränkungen im eigenen politischen Handeln erfolgreich zu begegnen.⁵² Doch unter dem Eindruck weltpolitischer Ereignisse der Zeit – beispielsweise der Golfkrieg oder der sowjetischer Afghanistaneinmarsch- und der weiter voran getriebenen Vertiefung der europäischen Integration rückten die bilateralen besonderen Beziehungen zu Israel zunehmend in den Hintergrund (Weingart 2002:301f). Die weitere Europäisierung der Außenpolitik, die der europäischen Integration auf dem Fuße folgte, eröffnete der Bundesrepublik zudem völlig neue Handlungsspielräume (Asseburg/ Busse 2011:693ff; vgl. Müller 2011:385ff).

Erst ein politischer Eklat im Jahr 1981 führte Israel und die deutsche Vergangenheit wieder zurück ins Bewusstsein der damals amtierenden Bundesregierung. Im Herbst 1980 erklärte Kanzler Schmidt Israel undiplomatisch zur „größten Gefahr für den Weltfrieden“ (Wolffsohn 1991:40). Im Januar 1981 wollte Bundeskanzler Schmidt Saudi-Arabien Leopard-II-Panzer verkaufen – gegen den deutlichen Protest Israels. Im April 1981 verkündete Kanzler Schmidt, ganz dem angestrebten Ziel der Trennung von Moral und Politik verpflichtet, in Saudi-

⁵¹ Siehe hierzu im Besonderen Kapitel 5, das die Auseinandersetzungen und Folgen der Streitigkeiten analysiert und diskutiert.

⁵² Es wird sichtbar, dass die Bundesrepublik unter einer Normalisierung der Beziehungen eine Erweiterung des eigenen Handlungsspielraumes in ihrer Außenpolitik verstand und darum bemüht war, moralische Einschränkungen zwar symbolisch zu bearbeiten, aber von ihrer praktischen Tagespolitik zu trennen. Diese Tendenz unter umgekehrtem Vorzeichen wird eine Handlungsoption der hier vorgestellten Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sein.

Arabien, dass die deutsche Politik zukünftig nicht mehr von Auschwitz überschattet werden solle. Der israelische Politiker Begin, der sich gerade im Wahlkampf befand, reagierte auf diese Aussagen Schmidts mit einem persönlichen Angriff auf seine Person: Schmidt sei ein loyaler Offizier Hitlers gewesen, und Begin wüsste gerne, was Schmidt mit den Juden an der Ostfront in seiner aktiven Zeit getan habe. Zudem bekräftigte Begin zugleich seine These von der deutschen Kollektivschuld, die er schon in den Debatten um eine Aufnahme von Beziehungen zu Deutschland im Vorfeld des Luxemburger Abkommens vertreten und verteidigt hatte. (Wolffsohn 1991:41; Diner 2015:96ff). Durch die deutschen Bestrebungen, Panzer an Saudi-Arabien zu liefern, wurde eine emotionale und kontroverse Debatte ausgelöst, die zur oben in aller Kürze dargestellten Begin-Schmidt-Kontroverse führte. Im Nachgang dieser Auseinandersetzung war die Bundesregierung eher um die notwendige Schadensbegrenzung als um die weitere Intensivierung des deutsch-israelischen Verhältnisses bemüht. Der zwischenstaatliche Kontakt reduzierte sich auf den formalen und bis dahin bereits institutionalisierten Verkehr. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Willy Brandt gelang es der Regierung unter Helmut Schmidt keineswegs moralische Glaubwürdigkeit bzw. Integrität zu vermitteln. Die „Quadratur des Kreises“ (Wolffsohn 1991:37), die erfolgreiche Trennung von Moral und Tagespolitik, war der Regierung Schmidt demnach nicht gelungen. Ihre Israelpolitik war eher als ein Teil einer übergeordneten Nahostpolitik zu verstehen und verstand es daher eher weniger, die Beziehungen zu Israel zu vertiefen, geschweige denn wie angestrebt zu „normalisieren“ (Weingart 2002:303). Auch die nachfolgende Regierung unter Kanzler Helmut Kohl versuchte mit ihrer Politik an die eher als pragmatische Tradition zu verstehende Strategie anzuschließen: „Normalisierung und Ausgewogenheit“ (Weingart 2002:371).

Dass die deutsch-israelischen Beziehungen wieder stärker in den Vordergrund rückten, war einerseits durch die äußerst persönlich geführte Begin-Schmidt-Kontroverse bedingt, wurde aber auch durch die Nahoststrategie der Vereinigten Staaten beeinflusst, welche in diesen Jahren verstärkt die Freundschaft zu Israel ins Auge nahm (Weingart 2002:371f). In Israel jedoch entstand im Kontext der Ereignisse dieser Jahre der massive und sicher nicht gänzlich falsche Eindruck, dass sich Deutschland mehr und mehr darum bemühte, die mora-

lisch-historisch zu begründende Verantwortung für Israel vom tagespolitischen Handeln zu separieren. Die Bundesregierung vertrat dagegen die in Deutschland sicherlich verbreitete Position: „Israel solle Auschwitz nicht als Argument missbrauchen“ (Wolffsohn 1991:43). Kohl sprach in seiner Rede von der „Gnade der späten Geburt“ (Kloke 2005:13), was von einigen als leichtfertiger Umgang mit der Vergangenheit angesehen wurde (Weingart 2002:372), betonte dieser Ausspruch doch die Verschiebung der Perspektive der Nachgeborenen, welche selbst nicht in die Verbrechen des Dritten Reichs involviert waren. Diese Aussage konnte auch als eine Abwehr von Verantwortung verstanden werden. Dieses Spannungsverhältnis von Normalisierungsbestrebungen und moralischer Verantwortung begleitete die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland. Der Historikerstreit im Jahr 1986/1987 kann dabei als ein Höhepunkt der Debatten in Deutschland verstanden werden und wird im folgenden Kapitel thematisiert.

3.2.5. Der Historikerstreit und die Normalisierung (1986 – 1991)

Der als Historikerstreit in die Geschichte eingegangene Disput muss als Höhepunkt einer ganzen Reihe von Ereignissen begriffen werden, welche das deutsch-israelische Verhältnis massiv belastet und auf eine erneute Probe gestellt haben.⁵³ Ausgelöst wurde der Historikerstreit durch eine öffentliche Rede von Martin Walser, in der er die “endless repetition of depicting the German ‘shame’” (Brenner et al. 2008:19) beklagte und gleichzeitig den Versuch unternahm, den Holocaust in eine historische Kontinuität einzuordnen (Wolffsohn 1991:48). In derselben Rede forderte er, sich des Begriffs vom „Tätervolk“ zu befreien (Leggewie 2008:50). Diesen kontroversen Argumenten wurde, zum Beispiel durch den Philosophen Jürgen Habermas, die Einzigartigkeit des Holocausts mit all seinen Folgen entgegengesetzt (Wolffsohn 1991:48) und zugleich die eindringliche Warnung davor geäußert, die unangenehme Vergangenheit entsorgen zu wollen (Leggewie 2008:50).⁵⁴ Im Kern des Historikerstreits stand

⁵³ Zu diesen Ereignissen lassen sich der teilweise missglückte Besuch Kohls in Israel, Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien und der gemeinsame Besuch mit Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch SS-Soldaten begraben sind, zählen (Weingart 2005:28).

⁵⁴ Michael Brenner beispielsweise weist zu Recht auf den Umstand hin, dass diese Debatte tief in den gesellschaftlichen Diskurs eingedrungen ist. Nicht nur ewig Gestrige formulierten ihre Solidarität mit Walser, sondern auch Persönlichkeiten wie z.B. der langjährige Hamburger Bür-

also die Wahl zwischen Historisierung oder Sakralisierung. Die Historisierung zielte dabei darauf ab, den Holocaust den Historikern zu überlassen und auf diesem Weg die Geschichte der Shoah zu entemotionalisieren bzw. zu entzaubern. Umgekehrt zielte die Position der Vertreter_innen der Sakralisierung auf eine bewusste Verankerung des Holocausts im kollektiven Bewusstsein - mit dem Ziel diese Erinnerung eben nicht von Emotionen, die sie erzeugen zu entkoppeln und in ein Archiv auszulagern - ab (Assmann 2014:48f).

Diese gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und das sich draus ergebende, in Israel weit verbreitete Unbehagen über eine deutsche Wiedervereinigung forderten der Bundesregierung unter Helmut Kohl vermehrte Bemühungen ab, mit deren Hilfe das Vertrauen „in die Stabilität der Demokratie und in die Haltung Deutschlands gegenüber Israel“ (Weisskirchen 2007:22) stabilisiert und gefördert werden sollte. Im Verlauf seiner langen Amtszeit entwickelten Kanzler Kohl und seine Minister_innen eine stetig wachsende Sensibilität und Geschick für die Nahostpolitik unter den gegebenen Bedingungen. In den 1990er Jahren engagierte sich das nun wiedervereinigte Deutschland vermehrt in der von Krisen gezeichneten Region, zeitgleich entwickelte sich in Israel - auch wegen der scheinbar voranschreitenden Friedensverhandlungen mit den Vertreter_innen des palästinensischen Volkes - ein gewisses Maß an Verständnis für die deutsche Maßgabe der Ausgewogenheit zwischen den Positionen der beteiligten Konfliktparteien (Weingart 2002:373). In den Jahren zuvor waren die deutschen Versuche, sich an einer Maßgabe der Ausgewogenheit in ihrer Außenpolitik zu orientieren von israelischer Seite als Versuch der „Normalisierung“ der Beziehungen wahrgenommen und massiv kritisiert worden. Eben diese Veränderungen in der Wahrnehmung deutscher Positionen der Ausgewogenheit zwischen beiden Konfliktparteien werden auch für die Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in ihrer programmatischen Ausrichtung ihrer Israelarbeit Bedeutung erlangen und die Entwicklung und Streitigkeiten der Organisation maßgeblich mitbestimmen.

germeister Klaus von Dohnanyi (“We are vulnerable, too“, zitiert in Brenner et al. 2008:19) und Rudolf Augstein, der damalige Herausgeber des Spiegels (in Bezug auf das Holocaust-Mahnmal in Berlin: “One cannot dictate to us from outside the country how we build our new capital in memory of the past“, zitiert in Brenner et al. 2008:20).

Dass die Bundesrepublik Deutschland die treibende Partei hinter dem angestrebten Assoziierungsabkommen der EU mit Israel aus dem Jahr 1995⁵⁵ war, führte dazu dass diese Phase als Blütezeit der deutsch-israelischen Beziehungen gedeutet werden kann. Kohl war über 16 Jahre lang für die Regierungen Israelis ein berechenbarer und verlässlicher Kanzler und Partner gewesen. Im Verlauf dieser Blütezeit wurde das deutsch-israelische Verhältnis nun zusehends ruhiger, niemand, weder von israelischer noch von deutscher Seite, stellte das Verhältnis der beiden Staaten mehr ernsthaft und grundsätzlich in seinem Bestehen in Frage (Weingart 2002:375). Auch die Regierung unter Kanzler Schröder und Außenminister Fischer nutzte und baute diese deutlich entschärfte Beziehung zwischen beiden Staaten weiter aus. Insbesondere Außenminister Fischer gelang es im Zuge seiner Bemühungen um Ausgleich zwischen den Konfliktparteien, bei Israelis und Palästinenser_innen gleichermaßen Anerkennung für seine schlichtenden Interventionen im Nahostkonflikt zu gewinnen, wobei er - taktisch äußerst klug - eine offizielle und somit einschränkende Vermittlerrolle stets abwehrte (Weingart 2005:29). Schröder und Fischer bauten dabei ein Spiel auf mehreren Ebenen, in dem die Strategie der Trennung von Tagespolitik und Moral weiterhin aber deutlich subtiler wirkte, auf. Während die deutsche Bundesregierung sich also auf internationaler Ebene weiterhin bemühte, „Israel gegenüber formal-nüchterne Neutralität“ (Weingart 2005:30) an den Tag zu legen, förderte sie gleichzeitig auf bilateraler Ebene und innerhalb der EU die Vertiefung der besonderen Beziehungen.

Deutlich wird, dass die deutsch-israelischen Beziehungen von deutscher Seite durch Bemühungen um eine Normalisierung geprägt waren. Mit dieser Normalisierung sind ganz unterschiedliche Ziele, die sich an einer Erweiterung des Handlungsspielraumes orientieren, verknüpft worden. Je nach amtierender Bundesregierung verschoben sich demnach die Prioritäten. Gemein war allen Regierungen das Verlangen, sich aus der als einschränkend verstandenen und empfundenen moralisch-historischen Umklammerung der eigenen Nahostpolitik zu befreien. Im folgenden Kapitel eine kurze vorläufige Bilanz der deutsch-israelischen Beziehungen gezogen.

⁵⁵ Die Ereignisse um den sogenannten zweiten Golfkrieg (1991) und seine Auswirkungen werden gesondert im Verlauf der weiteren Kapitel behandelt.

3.2.6. Eine normale Beziehung?

Weingart betont zwar, dass weite Teile der deutsch-israelischen Beziehungen auf diplomatischer Ebene und im zwischenstaatlichen Regierungsverkehr in der Gegenwart als normalisiert gelten können (Weingart 2002:375). Zugleich besteht aber ein breiter Konsens darüber, dass die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten weiterhin einen besonderen Charakter aufweisen. Damit ist vor allem (aber nicht ausschließlich) die ungewöhnlich breite und tiefe zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit gemeint, die sich zwischen Israel und Deutschland im Laufe der Zeit trotz aller Widrigkeiten (oder deswegen) entwickeln und etablieren konnte (Primor 2000:110f; vgl. Robbe 2007:9; vgl. Gardner Feldman 2008:15f). Die Grundsteine für diese enge Form der Kooperation wurden direkt nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Gründung der deutsch-israelischen Gesellschaft (1965), seinem Äquivalent auf israelischer Seite, der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (1971) sowie einer überparteilichen Freundschaftsgesellschaft im Bundestag (1966) gelegt (Kloke 2005:11). Zugleich fand von Beginn der 1950er Jahre ein reger und zu Beginn von diplomatischen Beziehungen freier Jugendaustausch statt (Kloke 2005:11), der etwa wie im Fall von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unter dem Leitbild der Shoah-Bildung stand (Gardner Feldman 2008:15). Diese zwischenmenschlichen Kontakte waren von größter Bedeutung für das Bild, das sich Israelis und Deutsche voneinander machten und stand deshalb ganz oben auf der Agenda des ersten deutschen Botschafters in Israel (Primor 2000:106). Zielsetzung war es, bestehende Vorurteile und mangelndes Verständnis füreinander durch persönliche Beziehungen abseits der politischen Ebenen abzubauen. Die Wiedergutmachungszahlungen, welche zumeist in Form von Industriegütern geliefert wurden, ermöglichten zugleich einen frühen regen Austausch von Personen. Dabei gingen deutsche Ingenieur_innen nach Israel, um ihre jüdisch-israelischen Kolleg_innen beim Einsatz von importierten Maschinen zu schulen, während zugleich israelische Ingenieur_innen in Deutschland neue Fertigungstechniken in Universitäten und Unternehmen erlernten. Erst durch diese alltäglichen Begegnungen zwischen Individuen war es möglich, eine Wirklichkeit zu schaffen, in der sich die Menschen aus beiden Ländern trotz der historischen Ereignisse zukünftig begegnen konnten. Ganz diesem Konzept

folgend wurden auch Städte- und Kreispartnerschaften zwischen den beiden beteiligten Partnern aufgebaut und gefördert, die mittlerweile 100 an der Zahl betragen (Dressler 2005:6) und über ganz unterschiedliche Programme einen breiten erfolgreichen Jugendaustausch ermöglichen. Auch die Wirtschaftsbeziehungen sind von ungewöhnlicher Intensität: Deutschland ist mit deutlich steigender Tendenz Israels zweitgrößter Handelspartner (Dressler 2005:6) und in der Kooperation in Wissenschaft und Forschung sogar der größte Partner (Primor 2000:111; vgl. Kloke 2005:16). Die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten florieren ebenfalls. (Dressler 2005:6). Doch auch im Bereich der Sicherheit und damit der so genannten High Politics sind die Verflechtungen tiefgehend und intensiv, so etwa im Bereich der Rüstungskooperationen, der Zusammenarbeit bei juristischen Fragen, aber auch in ganz konkreten militärischen Operationen (Primor 2008:8) sowie zwischen den unterschiedlichen Geheimdiensten, besonders intensiv seit den 1970er Jahren und der wachsenden Herausforderung durch den Terrorismus (Shpiro 2002:34). Es bestehen regelmäßige Regierungskonsultationen und es gibt sogar Überlegungen, eine_n Koordinator_in für die deutsch-israelischen Beziehungen einzusetzen (Stein 2008:10). Die Sonderbeziehungen zu Israel können damit als in höchstem Maße institutionalisiert, aber eben nicht normalisiert gelten. Die Vermeidung einer Vermischung von Moral und Politik kann in Gänze aus deutscher Sicht nicht als gelungen gelten. Obwohl die Institutionalisierung die Beziehungen intensiviert und stabilisiert hat, lässt sich der Schatten der Vergangenheit bisher nicht vertreiben und ist immer noch integraler Bestandteil der besonderen Beziehungen beider Länder. In der israelischen Gesellschaft hingegen gibt es bis in die Gegenwart Befürchtungen im Hinblick auf steigende neonazistische Aktivitäten, die zunehmend israelkritischere Haltung in Deutschland, das wachsende deutsche Engagement für den Aufbau staatlicher palästinensischer Strukturen in den besetzten Gebieten sowie die deutsche Kritik an überwiegend militärisch geführten US-amerikanischen Interventionen im Nahen Osten (Belkin 2007:10). Sichtbar wird dieser besondere Status auch daran, dass diese äußerst engen Verflechtungen beider Staaten nicht dem Standard, sozusagen der Normalität deutscher diplomatischer Beziehungen entsprechen. Deutsche Politik hat sich bemüht einen Zustand der „Normalität“ herzustellen, zugleich war jedoch Israel

bemüht, den Status der „Sonderrolle“ aufrecht zu erhalten.⁵⁶ Im Verlauf dieses Prozesses haben sich diese sehr speziellen Beziehungsmuster im Kontext der Erfahrungen der Shoah zwischen beiden Staaten entwickeln und etablieren können. Dieses von moralischen Vorstellungen und Erwartungen geprägte Beziehungsmuster zwischen beiden Staaten lässt sich folgerichtig als „besondere Beziehung“ bezeichnen. Die Geschichte einer deutschen Organisation, der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste⁵⁷, die sich dieser Beziehung, insbesondere aus moralischen und christlichen Motiven heraus, bereits sehr früh widmete, wird im folgenden Kapitel vorgestellt.

3.3. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bis 1968

Dieses Kapitel wird die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und die Position der NGO zwischen ihrem selbstgewähltem Auftrag und deutscher Außenpolitik mit ihrem - wie sich zeigen wird - doch recht ambivalenten Verhältnis zum israelischem Partner thematisieren. Das Kapitel wird sich dabei mit der Geschichte bzw. den für diese Arbeit relevanten Momenten in der Geschichte der NGO⁵⁸ beschäftigen und diese in einen Gesamtbezug setzen. Hier erscheint es bereits angebracht, darauf hinzuweisen, dass sich die Arbeit im Verlauf der Geschichte von Aktion Sühnezeichen auf den westdeutschen Teil der Organisation konzentrieren und der Schwerpunkt der Betrachtungen auf dem Israelengagement liegen wird.

Im Rahmen dieses Kapitels wird die Geschichte der Organisation bis in das Jahr 1968 vorgestellt. Ab dem Jahr 1968 wird eine dezidierte Betrachtung bestimmter relevanter Einzelereignisse in Kombination mit der Analyse der geführten Interviews erfolgen, welche in Kapitel fünf behandelt werden.

⁵⁶ Diese sicherlich kontrovers zu diskutierenden Positionen zwischen dem Erhalt der „Sonderrolle“ und der erstrebten „Normalisierung“ lassen sich ebenfalls innerhalb der NGO Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wie auch in ihrem Umfeld wiederfinden und wirken auf die Arbeit der Organisation ein (Siehe hierzu auch Kapitel 5).

⁵⁷ In der Anfangszeit noch „Aktion Sühnezeichen“, dann später „Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste“ und in der Gegenwart „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“.

⁵⁸ Für einen historischen Überblick über die gesamte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, auch weit über die für Israel relevanten Bereiche hinaus, verweise ich an dieser Stelle auf die beiden Monographien von Gabriele Kammerer und Anton Legerer.

3.3.1. Die Anfänge von Aktion Sühnezeichen (1954 – 1958)

Die Gründung der Aktion Sühnezeichen erfolgte in der Zeit nach Ende des zweiten Weltkrieges und erweist sich in ihrer Zeit als ein Projekt, das gegen den Zeitgeist der Nachkriegszeit handelte. Bereits in den vorherigen Kapiteln wurde deutlich, dass diese zeitliche Phase innerhalb Deutschlands in weiten Teilen von einem „kommunikativem Beschweigen“ also der Abkehr von der Erinnerung unter dem Vorzeichen der angestrebten Normalisierung geprägt war (Assmann 2014:101). Diesem „kommunikativem Beschweigen“ der Gesellschaft setzte das damals geplante Projekt sein Sühnezeichen entgegen und trat somit schon sehr früh für eine aktive Erinnerungsarbeit und gegen das kollektive Schweigen ein. Auch wenn die Aktion selbst erst in den frühen 1960er Jahren in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit trat, beginnt die Geschichte der Aktion Sühnezeichen in einer Phase, in der sich die Teilung Deutschlands zwar bereits abzeichnete, aber noch in der Kategorie eines in naher Zukunft wieder gesamtdeutschen Staates gedacht wurde. So ist es zu erklären, dass Aktion Sühnezeichen als ein Projekt mit gesamtdeutschem Anspruch startet aber dann sehr schnell an die geschaffenen staatlichen Nachkriegsrealitäten angepasst wird (Kammerer 2008a:39ff).

Im Verlauf der weiteren Arbeit wird der Schwerpunkt auf dem westlichen Ableger von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste liegen, da dieser für den Freiwilligendienst in Israel in erster Linie verantwortlich war. Der ostdeutsche Ableger der Organisation konnte aufgrund politischer Gegebenheiten erst nach der Wiedervereinigung an diesem konkreten Projektbereich partizipieren. Maßgeblich treibende Kraft dieses Vorhabens, einen Freiwilligendienst als Versöhnungsdienst einzurichten, war eine Führungspersönlichkeit der Bekennenden Kirche⁵⁹ aus der Zeit des Nationalsozialismus: Dr. Lothar Kreyssig. Lothar

⁵⁹ Die Oppositionsbewegung, Bekennende Kirche, eine Bewegung evangelischer Christen gegen die mannigfaltigen Versuche einer Gleichschaltung von Lehre und Organisation der Deutschen Evangelischen Kirche zur Zeit des Nationalsozialismus. Die Gleichschaltung sollte etwa durch die „Deutschen Christen“, staatlich eingesetzte Kirchengremien und teilweise direkte Staatskommissare erfolgen. Die Bekennende Kirche verstand sich dagegen seit ihrer Gründung 1934 als alleinige rechtmäßige evangelische Kirche in Deutschland. Indem die Bekennende Kirche den Nationalsozialismus und die Lehren der Deutschen Christen als unchristliche Irrlehren in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 verurteilte und sich auf dieser Basis gegen staatliche und innerkirchliche Übergriffe auf das ihrer Ansicht nach gefährdete christliche Glaubensbekenntnis zur Wehr setzte, entstand ein Prozess, der als Kirchenkampf

Kreyssigs Bestrebungen lassen sich bereits bis in das Jahr 1945 zurückverfolgen.

„Schuldbekennnisse der Deutschen hat es nach dem Ende des zweiten Weltkriegs bald gegeben, aber Kreyssig vermisste praktische, mit hin sichtbare Konsequenzen einer Sinnesänderung“ (Kammerer 2008a:14).

Ganz dem Motto folgend „Taten sprechen mehr als Worte“ sollte auch die zu gründende Organisation über ihre Taten und nicht primär über Worte wirken. Kreyssig wurde 1898 in Flöha, Sachsen geboren und gehörte während der Zeit des Nationalsozialismus zu den Führungspersonlichkeiten der Bekennenden Kirche (Gruchmann 1984:463f; vgl. Maser 2000:84; vgl. Kammerer 2008a:15). Er hatte es 1940 als einziger Richter in Deutschland gewagt, wegen der Euthanasiamorde Strafanzeige gegen Heinrich Himmler, den Reichsleiter der SS, zu erstatten, nachdem er als Vormundschaftsrichter vom Tod vieler seiner Schutzbefohlenen erfahren hatte. Daraufhin war er 1941 aus politischen Gründen in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden (Gruchmann 1984:470).

Nach dem Krieg wurde er in mehrere kirchliche Leitungsfunktionen berufen und war unter anderem Mitglied des Rates der EKD (1949 - 1961) und Präses der Synode der Kirchenprovinz Sachsen (1952 - 1970) (vgl. Kammerer 2008a:15ff). Während der Synode der gesamtdeutschen Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 26.-30. April 1958 in Berlin-Spandau verlas Kreyssig im Plenum am 30.4.1958 den Aufruf zur Gründung der Aktion Versöhnungszeichen:

„Wir bitten um Frieden.

Wir Deutschen haben den zweiten Weltkrieg begonnen und schon damit mehr als andere unmeßbares (!) Leiden der Menschheit verschuldet: Deutsche haben in frevlerischem Aufstand gegen Gott Millionen von Juden umgebracht. Wer von uns Überlebenden das nicht gewollt hat, der hat nicht genug getan, es zu verhindern. Wir haben vornehmlich darum noch immer keinen Frieden, weil zu wenig Versöhnung ist. Dreizehn Jahre sind erst in dumpfer Betäubung, dann in neuer angstvoller Selbstbehauptung vergangen. Es droht, zu spät zu werden. Aber noch können wir, unbeschadet der Pflicht zu gewissenhafter politischer

bezeichnet wird. Ihre Strukturen dienten der merkbaren Absetzung von deutschchristlich geführten Landeskirchen und ihrer nationalsozialistischen Gleichschaltung. Die Bekennende Kirche bildete aber selbst keine einheitliche politische Opposition gegen das NS-Regime (vgl. Koch 1981; vgl. Klappert 1988; vgl. Besier 1993:250-256).

Entscheidung, der Selbstrechtfertigung, der Bitterkeit und dem Hass eine Kraft entgegensetzen, wenn wir selbst wirklich vergeben, Vergebung erbitten und diese Gesinnung praktizieren. Des zum Zeichen bitten wir die Völker, die Gewalt von uns erlitten haben, dass sie uns erlauben, mit unseren Händen und unseren Mitteln in ihrem Land etwas Gutes zu tun; ein Dorf, eine Siedlung, eine Kirche, ein Krankenhaus oder was sie sonst Gemeinnütziges wollen, als Versöhnungszeichen zu errichten. Lasst uns mit Polen, Russland und Israel beginnen, denen wir wohl am meisten wehgetan haben. Wir bitten heute, Deutsche die Deutschen, daß (!) sich um Gottes Willen arbeitsfähige Frauen und Männer aller Stände und Konfessionen bereit finden möchten, je auf ein Jahr nach Polen, Rußland (!) oder Israel zu gehen, um dort gemeinsam ein Friedenszeichen zu errichten. Wir bitten die Regierungen Polens, der UdSSR und Israels, den Dienst - wie viele sich immer dazu bereit finden möchten - nicht als eine irgendwie beträchtliche Hilfe oder Wiedergutmachung, aber als Bitte um Vergebung und Frieden anzunehmen und zu helfen, daß (!) der Dienst zustande kommt. Wir bitten die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik, die Aktion zu gestatten und zu fördern.“ (Kammerer 2008:12f)

Mit diesen Worten forderte Kreyszig die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Gründung der damals noch mit dem Namen „Versöhnungszeichen“ geplanten Aktion auf. Der erste Aufruf thematisiert die Schuld, das Vergehen gegen Gott und den Wunsch, die Bitte um Vergebung und Frieden möge angenommen werden. Ein vorheriger Aufruf zu Frieden und Versöhnung auf dem Leipziger Kirchentag 1954 scheiterte an fehlender Unterstützung. Dieser erneute, modifizierte Aufruf wurde 1958 von 79 der insgesamt 120 Synodalen unterschrieben (Kammerer 2008a:13), jedoch entbrannte bereits zu diesem Zeitpunkt eine erste Diskussion um den Namen der Aktion, welche noch nicht gegründet war. Es gibt also eine wahrnehmbar lange Tradition der Namensproblematik, welche im Verlauf der Arbeit immer wieder kritisch diskutiert wird.

3.3.2. Versöhnungszeichen oder Sühnezeichen?

Quasi seit dem Gründungsauf Ruf wird die Organisation also von sich wandelnden Namensstreitigkeiten begleitet, die immer im Zusammenhang mit dem Auftrag bzw. der Zielsetzung der Organisation betrachtet werden müssen. Direkt im Anschluss an diesen ersten Aufruf erhob ein Mitstreiter Kreyszigs, der Direktor

der Ev. Akademie Berlin, Erich Müller-Gangloff, umgehend Einspruch – nicht gegen die Idee an sich, aber gegen den von Kreyssig vorgeschlagenen Namen „Versöhnungszeichen“. Vergebung und Versöhnung seien für die schuldig gewordenen immer ein Geschenk und eine Gnade, die sie nicht geben könnten. Sie gar von denen einzufordern, gegen die zuvor gesündigt wurde, sei geradezu gewissenlos (Kammerer 2008a:14ff vgl. Legerer 2011:55f; vgl. HM 1091-1099). Sühne dagegen gehe vom Schuldigen bzw. vom Täter aus und beansprucht somit nicht die Vergebung der Opfer (Legerer 2011:55f). Sühne ist diesem Verständnis nach „[...] die Absichtserklärung zur Sühneleistung, die [...] wenn sie von einem Adressaten angenommen wird, zur Versöhnung führt“ (Legerer 2011:54). Dieser Argumentation folgend wurde erfolgreich für den Sühnebegriff als Alternative zum deutlich hinterfragbaren Versöhnungsbegriff mit seiner fordernden Komponente plädiert.

Dieser erste Einspruch seines Mitstreiters drückt eine grundsätzliche Haltung gegenüber jüdischen Partner_innen aus, welche die Arbeit der Aktion Sühnezeichen in den Folgejahren bis in die Gegenwart mit bestimmen wird: Rücksichtnahme. Die Haltung ist bestimmt von der

„[...] Einsicht in eine >besondere Schuld< der Deutschen, auch ohne persönliche Schuldverstrickung und über Generationen hinweg [und diese] stellt schließlich den Ausgangspunkt dar, von dem sich alle Handlungen und Aktivitäten ableiten“ (Legerer 2011:56).

Insbesondere in Gesprächen und Verhandlungen mit israelisch-jüdischen Partner_innen wurde somit die Dichotomie zwischen Tätern und Opfern lebendig gehalten und besonders betont, um den Eindruck des Versuchs einer Normalisierung der deutsch-jüdischen Beziehungen, wie in den zwischenstaatlichen Beziehungen beider Staaten, zu vermeiden. Die Organisation schwamm somit zu Beginn ihrer Geschichte und der Geschichte der Bundesrepublik gegen den Strom der Normalisierung der Beziehungen an. Ein Kernelement der Aktion ist daher die Betonung der besonderen Beziehung auf Basis deutscher Schuld. Kreyssig konnte und wollte sich dem Einspruch seines damaligen Mitstreiters gegen seinen Namensvorschlag nicht entziehen:

„Aus der Erkenntnis, dass wir nur für Anerkennung unserer Verantwortlichkeit bei uns selbst eintreten können, haben wir nach Erlass des Aufrufs zu dieser Aktion nicht mehr von Versöhnungszeichen, sondern

von Sühnezeichen gesprochen. Sühne geschieht, wenn der Verletzte die ihm gezeigte Reue gelten lässt und Vergebung gewährt. Das kann man erbitten, aber nicht proklamieren. Erst muss der andere in die Lage gesetzt werden, sich davon zu überzeugen, dass die bessere Einsicht ernsthaft und hinreichend ist“ (Rabe 1983:19)

Damit war der erste Name und auch die erste Ausrichtung für die neu entstehende Organisation bestimmt: Aktion Sühnezeichen.

3.3.3. Die ersten Jahre der Aktion Sühnezeichen (1958 – 1961)

Die frühen Jahre der neu gegründeten Aktion Sühnezeichen waren von Pioniergeist und dem Ziel der möglichst zügigen Konsolidierung der Aktion geprägt. Im Jahr 1959 richtete die NGO daher ein eigenes Büro in Berlin ein und wird zu einem direkten Nachbarn der Evangelischen Akademie. Diese Adresse wird für Jahre die Anschrift des Westzweiges der NGO bleiben (Kammerer 2008a:38). Zum Zeitpunkt der Gründung 1959 konnten Kreyssig und seine Mitstreiter_innen auf ca. 90 Bewerber und 800 Unterstützer-Adressen verweisen und haben einen Grundstock an freiwilligem Personal für erste Aktionen beisammen (Kammerer 2008a:38). Was allerdings zu diesem Zeitpunkt noch fehlte waren konkrete und belastbare Verbindungen in die im Gründungsauf Ruf besonders genannten Länder Polen, Sowjetunion und Israel.

In einem ersten Schritt delegierte Aktion Sühnezeichen die Nahost-Erkundungen an Gruppen der Evangelischen Studentengemeinde und des Schweizer Christlichen Friedensdienstes. Diese besuchten im Auftrag den Staat Israel und auch Palästinenserlager in Syrien und Libanon um, so die Hoffnung der Organisation in Berlin, Kontakte zu lokalen Partner_innen herstellen, Netzwerke aufzubauen und zukünftige Projekte zu sondieren (Kammerer 2008a:38; vgl. Legerer 2011:166ff). Kreyssig selbst dagegen sondierte die Möglichkeiten, mit Aktion Sühnezeichen in Polen und der Sowjetunion aktiv zu werden. Um dieses Ziel zu verwirklichen kontaktierte er die sowjetischen und polnischen Botschafter in Ost-Berlin, die beide dankend ablehnten und darauf verwiesen, dass diese Form der Kontaktaufnahme nicht opportun sei (Kammerer 2008a:39). In der Folge waren der gerade neu gegründeten Organisation die Wege in jene zwei Länder, die in ihrem Gründungsauf Ruf die prominenteste Stellung neben Israel einnahmen, vorerst verschlossen. Dank ökumenischer

Verbindungen der Gründer_innen ließ sich 1959 eine erste Sühnezeichen-Tätigkeit im niederländisch westfriesischem Ameland erschließen (Legerer 2011:170f). Schon kurze Zeit später eröffnete sich dann die Möglichkeit in Norwegen ebenfalls ein Sühnezeichen-Projekt mit Freiwilligen durchzuführen (Legerer 2011:179ff).

Ging Kreyssig zu Beginn seiner Aktivitäten noch davon aus, dass west- und ostdeutsche junge Männer⁶⁰ gemeinsam ihren Dienst in der Aktion Sühnezeichen vollziehen könnten, zeichnete sich schon ab Februar 1959 eine grundlegend ablehnende Haltung der DDR-Behörden in dieser Angelegenheit ab (Kammerer 2008a:37f). Die DDR ermöglichte den vierzehn bereits vorgesehenen Teilnehmern aus Ostdeutschland aus politischen Gründen keine Teilnahme am ersten offiziellen Sühnezeichen Projekt. Auch am zweiten Projekt im Herbst 1959 in Norwegen konnten die Freiwilligen aus der DDR erneut nicht teilnehmen und Kreyssig beschrieb die Haltung der DDR Regierung in dieser Angelegenheit als eine „gläserne Wand“ (Kammerer 2008a:41), an der jegliche Initiative seiner Organisation abzuprallen drohte. Die Behörden Ostdeutschlands waren – insbesondere aus politischen Gründen – in keiner Weise beim Aufbau der Organisation behilflich.

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird aufbauend auf diesen historischen Entwicklungen der westliche Ableger der Organisation betrachtet, da sich auf Seiten der DDR aufgrund staatlicher Vorgaben bis zur Wiedervereinigung keine Begegnungskultur zwischen Deutschland und dem jüdischen Israel entwickeln konnte. Die DDR hatte jahrelang ein sehr gespanntes Nicht-Verhältnis zum israelischen Staat.⁶¹ Stattdessen legte Aktion Sühnezeichen im Osten Deutschlands ab 1959 gezwungenermaßen den Fokus auf ökumenische Aufbaulager in Dresden, Berlin-Weißensee und Herrnhut (Kammerer 2008a:41; Legerer 2010:255ff). Ab 1962 entwickelte sich aus dieser Form der Arbeit mit Jugendlichen in Freizeitlagern eine ganz eigene Form der Sühnezeichen-Arbeit, welche

⁶⁰ Zu Beginn waren ausschließlich männliche Freiwillige eingeplant. Diese Planung änderte sich im Verlauf der gesellschaftlichen Umwälzungen und die Organisation öffnete sich auch für weibliche Freiwillige.

⁶¹ Es findet sich eine große Zahl an Arbeiten die sich mit dem Thema DDR und Israel auseinandersetzen. Hier sollen nur einige Beispiele aufgezählt werden: Lindemann 1973:808-809; Dittmar 1977:736-754; Timm 1992: 154-173; Abdel Hafez 1994; Timm 1997.

sich klar von den westlichen Sühnezeichen Konzepten abgrenzte, die sich verstärkt auf Arbeitsbereiche außerhalb Deutschlands ausrichteten (Kammerer 2008a:42; Legerer 2010:266ff). Möglichkeiten der Entwicklung von Auslandskontakten außerhalb der sowjetischen Einflusszone, wie sie der westdeutsche Ableger der Organisation hatte, waren im ostdeutschen Kontext längst nicht so ausgeprägt.

3.3.4. Erste Projekte in Israel (1960 - 1968)

Mitte der 1960er Jahre ist Aktion Sühnezeichen im Westen Deutschlands weitestgehend konsolidiert und etabliert. Bereits tausend junge Freiwillige haben sich an Einsätzen der Organisation beteiligt. Von der Bundesrepublik aus ist es gelungen, erste begehbbare Brücken nach Israel zu finden und in anderen westlichen Ländern erste symbolische Sühnezeichen Bauten zu errichten (Kammerer 2008a:70).

Ab dem Jahr 1960, zwei Jahre nach dem Gründungsaufwurf, begann Kreyssig, sich aktiv um Zugang zu Israel zu bemühen. Seine erste Projektidee für Israel nannte er „Aktion Sühnezeichen Jerusalem“. Dieses Projekt sollte weit über die bis dato durchgeführten Projekte in den Niederlanden, Griechenland und Norwegen hinausreichen (Kammerer 2008a:75). Erstreckten sich die Dienste in den genannten drei Ländern noch auf Mannschaftsdienste⁶², so plante Kreyssig für Israel ein „Haus der Begegnung“ in dem je 20 Katholiken, Protestanten und Juden zusammenleben, arbeiten und getrennt beten sollten (Kammerer 2008a:75f).

Bemerkenswert ist, dass Kreyssig bereits 1960 ein Haus der Begegnung plante, in dem eine Bevölkerungsgruppe Israels, nämlich die palästinensischen Israelis muslimischen Glaubens, gar nicht inkludiert ist. Bereits hier zeichnet sich ein blinder Fleck der Israelarbeit ab. Christlich orientierte palästinensische Israelis ließen sich noch unter Katholiken und Protestanten subsummieren, auch wenn zu vermuten ist, dass dies so nicht gedacht gewesen sein mag. Die Idee

⁶² Mit Mannschaftsdiensten ist in diesem Fall die ursprüngliche Struktur der Organisation am Einsatzort gemeint. Da es sich in den ersten Jahren um Wiederaufbaudienste handelte oder aber bestimmte Gebäude symbolisch gebaut wurden, arbeitete Aktion Sühnezeichen mit einer handwerklich begabten Mannschaft von Freiwilligen im Baudienst. In Israel zeichnete sich zum ersten Mal ein Wandel in der Form der Arbeit ab.

zielte wohl eher, so die Vermutung, auf einen europäisch-israelisch orientierten jüdisch-christlichen Dialog bei absoluter Abwesenheit palästinensischer Israelis ab. Dieses erste Konzept sollte an verschiedenen Widerständen scheitern. Einerseits Streitigkeiten unter den christlichen Konfessionen, die eine Errichtung einer solchen Stätte kompliziert gestalteten, andererseits Überzeugungen wie die des Abtes Leo von Rudloff vom Jerusalemer Zionskloster, der die Meinung vertrat, ein Dialog zwischen Juden und Christen könne nur im verborgenen erfolgreich gedeihen. Generell kam von jüdischer, der wichtigsten Seite in dieser Angelegenheit, kein positives Zeichen für den Bau eines solchen Zentrums in Jerusalem (Kammerer 2008a:77; vgl. Legerer 2011:189ff). Zeitgleich behinderte die Situation zwischen Israel und Deutschland die Verhandlungen über ein solches Zentrum, denn offiziell etablierte diplomatische Beziehungen gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Die Nahoststrategie der Bundesrepublik scheute zu dieser Zeit den sogenannten „Hallstein-Effekt“⁶³, welchem folgend die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel die arabischen Staaten verleiten könnte, in einer Art Gegenschlag die DDR völkerrechtlich anzuerkennen. Diese Umstände führten dazu, dass Kreyszig sein geplantes Zentrum in Israel nicht umsetzen konnte. Stattdessen konzentrierte man sich bei Aktion Sühnezeichen ab Ende der 1960er Jahre darauf, Kibbuzim⁶⁴ zu suchen, welche die Bereitschaft signalisierten, eine Gruppe Freiwilliger aus Deutschland mehrere Monate bei sich in ihrer Gemeinschaft aufzunehmen (Kammerer 2008a:78f; vgl. Legerer

⁶³ Die Hallstein-Doktrin besagte, dass die Bundesregierung es als einen unfreundlichen Akt betrachte, wenn dritte Staaten die DDR völkerrechtlich anerkennen, mit ihr diplomatische Beziehungen aufnehmen oder aufrechterhalten. Erstmalige Anwendung fand die nie schriftlich fixierte Hallstein-Doktrin 1957 als Jugoslawien und Kuba 1963 diplomatische Beziehungen zur damaligen DDR aufnahmen und in Reaktion darauf die Bundesrepublik Deutschland ihre diplomatischen Beziehungen zu den beiden Staaten abbrach. Aufgegeben wurde die Außenpolitik unter der Prägung der Hallstein-Doktrin, als Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 20. Oktober 1969 von zwei Staaten einer Nation in Deutschland sprach und somit die DDR de facto anerkannte. Im Anschluss hatte die Hallstein-Doktrin keinerlei Bedeutung mehr

(https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01366/index.html.de).

⁶⁴ Der erste Kibbuz (Pl. Kibbuzim) wurde im Jahr 1909 von einer zionistischen Gruppe aus Weißrussland gegründet. Diese spezifisch israelische Siedlungsform entstand aus der Verbindung des jüdischen Geschichtsbewusstseins und der sozialistischen Zukunftsvision von Gleichheit. Die Kibbuzidee war eine jüdische Reaktion auf einen jahrhundertlangen Ausschluss von jeder landwirtschaftlichen und gewerblichen Betätigung in christlichen Gesellschaften. Der Kibbuz ist daher eine ländliche Kommune, in der die Produktionsmittel der Gemeinschaft gehören und auch die Bedürfnisse der Mitglieder von der Gemeinschaft gemeinsam gedeckt werden. Seit dem Jahr 1909 entstanden in Israel ca. 270 Kibbuzim mit knapp 130.000 Einwohnern (siehe zur Geschichte und Bedeutung der Kibbuzim: Feingold-Studnik 2013).

2011:199f). Bei der Akquise werden zu Beginn wohlwollende israelische staatliche Partner gesucht und bewusst in den Prozess der Annäherung eingebunden. Allerdings kam von israelischen Partner_innen 1961 der wohlwollende Hinweis, dass es besser, sei die geplante erste Reise von 15 Freiwilligen zu verschieben, da sich in Jerusalem der Beginn des äußerst kontrovers diskutierten Eichmann-Prozesses abzeichnete (Kammerer 2008a:79; vgl. Legerer 2011:201f). Der bereits thematisierte Eichmann-Prozess war in vielerlei Hinsicht ein Katalysator, durch den sich in Israel sowie in Deutschland der Umgang mit der Thematik und den in ihr verwobenen Menschen grundlegend zu ändern begann (Assmann 2013:181). Soziale und kulturelle Räume, in denen die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen in Israel gesellschaftlich hörbar sowie sichtbar wurden, begannen sich zu öffnen (Assmann 2013:181). Zugleich wurde es der deutschen Gesellschaft erschwert, ihr kollektives Schweigen aufrecht zu erhalten. Begonnene Pfade der Verschwiegenheit wurden verlassen und das Leid der Opfer sowie die Taten der Täter öffentlich benannt und äußerst emotional diskutiert.

Nachdem die Idee eines trikonfessionellen Gemeinschaftshauses am Widerstand aller drei Konfessionen und der erste Versuch, sich in Israel mit einer Freiwilligengruppe zu etablieren, am historischen Eichmann-Prozess gescheitert waren, bot sich nach 1961 der Neubau einer Synagoge einer jüdischen Reformgemeinde als nächstes Projekt an, da über Beziehungsnetzwerke bei Kreyssig angefragt worden war. Doch dieses Projekt lehnte Aktion Sühnezeichen aus politischen sowie strategischen Gründen ab. Die Organisation war zu diesem Zeitpunkt der Überzeugung es solle vermieden werden, eine Minderheitenrichtung des Judentums zu unterstützen und somit Brücken zu anderen religiösen Strömungen durch eine vorzeitige Positionierung abubrechen (Kammerer 2008a:79; vgl. Legerer 2011:204). Eine zweite Anfrage der Reformgemeinde Hugim le-Jahadut Mitkademet im Jahr 1965 wurde derselben Argumentation und Strategie folgend abgelehnt (Legerer 2011:204). Obwohl die Organisation von einer kritischen Haltung gegenüber politischer Betätigung und Positionierung geprägt ist, trifft sie, wie sich bereits zu diesem frühen Zeitpunkt beobachten lässt, politische Entscheidungen im Rahmen ihrer gewählten Strategie. Welche Strategie lässt sich erkennen?

Die Strategie der Aktion Sühnezeichen ist getragen von angestregten Bemühungen, möglichst klug in unsicherem, geradezu politisch unübersichtlichem, Terrain zu agieren. Die Organisation richtet ihre Strategie bewusst darauf aus, sich innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft rundum Anschlussfähig zu geben, aber niemals den Zugang zu den dominierenden Strömungen innerhalb des Rabbinats zu gefährden. Bewusst findet hier bereits eine Orientierung an der vorherrschenden Strömung der jüdisch-israelischen Gesellschaft statt. Dabei werden alternative jüdische Strömungen auf Abstand gehalten und die palästinensisch-israelische Minderheit erst einmal nicht mit einbezogen. Kreyssi spricht daher auch in seinem Ablehnungsschreiben von der Gefahr, der Bedrohung die von dieser Idee des Synagogenneubaus für die Etablierung der Aktion Sühnezeichen in Israel ausgehen würde (Legerer 2011:204). Der Reformgemeinde wird im Laufe dieses Entscheidungsprozesses der Status einer zu vernachlässigen Minderheit zugewiesen, die den erklärten Zielen der Organisation nicht nur nicht dienlich sei, sondern die gar das Ziel der Organisation gefährde. Diese Grundhaltung der Vermeidung von Konflikten und der Anpassung an hegemoniale gesellschaftliche und politische Strömungen in Israel wird die Geschichte der Organisation prägen und vielfach zu Kritik, aber auch zu Debatten und Konflikten innerhalb der Organisation Anlass geben.

Nachdem das Projektangebot der Reformgemeinde abgewehrt war gelang nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen, in deren Verlauf sich erste israelische Politiker_innen und Unterstützer_innen einbrachten, um für die Aktion Sühnezeichen in Israel mit ihren Namen zu bürgen, eine erste Vereinbarung zwischen der Organisation und einem Kibbuz zu erzielen (Legerer 2011:204f). Für die Bewohner_innen des Kibbuz Urim ergaben sich während der Verhandlungen Fragen, die sich oft mit der Historie der deutschen Gäste befassten (Kammerer 2008a:79f). Dies waren mitunter die drängenden Fragen der ersten Kontakte zwischen deutschen Freiwilligen und Kibbuzim. Die erste Gruppe brach 1962 in das Kibbuz Urim auf, um dort am Leben und Arbeiten des Kibbuz teilzuhaben (Legerer 2011:205). Wichtig für die zukünftige Arbeit war, dass die Gruppe den Alltag der Kibbuzim teilte und somit individuelle Kontakte zu einzelnen Bewohner_innen wachsen konnten. Die Logik der Organisation folgte

dabei der Allportschen Kontakthypothese⁶⁵ und der vereinfachten abgeleiteten Grundannahme, dass sich Vorurteile durch Kontakte erfolgreich reduzieren lassen. Vereinfacht deshalb, weil diese Argumentation den Umstand außer Acht lässt, dass Allport bei der Formulierung seiner Hypothese vier Grundbedingungen für ein erfolgreiches abbauen von Vorurteilen formuliert hat. Die nach Allport benötigten Grundbedingungen sind hier: Institutionelle Unterstützung / Norm der Toleranz; Möglichkeit des persönlichen Kennenlernens; Statusgleichheit und Kooperation. Sind diese Voraussetzungen gegeben geht Allport von der Möglichkeit aus, Vorurteile durch Kontakte abzubauen. Sind diese Grundvoraussetzungen jedoch nicht gegeben, ist davon auszugehen, dass der zu erzielende Effekt geringer ausfällt oder aber gar kein Effekt erzielt werden kann. Allerdings trug der gemeinsame Alltag im Kibbuz beständig dazu bei, beide Gruppen in Beziehungen miteinander zu setzen (Kammerer 2008a:81). Selbstredend gab es zwischen deutschen und israelisch-jüdisch Beteiligten bei aller Annäherung gänzlich unterschiedliche Vorstellungen, wie diese Annäherung stattfinden sollte. Lautete der Schluss der Kibbuzim, dass es ihrer Auffassung nach für eine breit angelegte Versöhnung, eine Normalisierung zwischen Deutschen und Juden, noch zu früh sei, wollten die deutschen Freiwilligen eigentlich genau das mit ihrer Arbeit, mit ihrem Engagement in Israel erreichen (Kammerer 2008a:82). Trotz aller Annäherungen endete der Aufenthalt im Kibbuz Urim mit einer Absage an weitere Aufenthalte von Freiwilligen in diesem Kibbuz (Legerer 2011:207). Gleichzeitig bot sich aber die Möglichkeit, sich erfolgreich über den Verband der Kibbuzim nach alternativen Einsatzorten in Israel zu erkundigen (Legerer 2011:207). Wie groß in Teilen der Gesellschaft der Gegendruck in Israel dieser Zeit ist, lässt sich auch am Widerstand der israelischen Behörden nachzeichnen, als Aktion Sühnezeichen einen Flügel der Fürsorgerinnenschule

⁶⁵ Die Kontakthypothese ist eine mehr als 50 Jahre alte, aber immer noch wirkmächtige Theorie, die Gordon Allport in seinem Klassiker „Die Natur des Vorurteils“ (1954) formuliert hat. Sie sagt aus, dass ein erfolgreicher Gruppenkontakt zu positiveren oder wenigstens weniger negativen Einstellungen gegenüber der Fremdgruppe führt. Er kann dazu beitragen, dass die Fremdgruppe als an sich vielfältiger und weniger homogen wahrgenommen wird und er kann das Vertrauen gegenüber der anderen Gruppe steigern. Wenn der Kontakt optimal verläuft, kann er noch mehr als diese spezifischen, messbaren Effekte erreichen. Kontakt kann Mitgliedern sozialer, gerade ethnischer Minderheiten den Zugang zu informellen sozialen Netzwerken eröffnen, und dies führt zu einem Abbau der „beinahe automatischen Angst“, mit der Mitglieder einer Gruppe auf die einer anderen reagieren (vgl. Schofield/ Eurich-Fulcer 2001).

des Kinderheimes „Ahava“ bauen möchte: Der Kontakt Deutscher zu jüdischen Kindern ist zu vermeiden (Kammerer 2008a:82).

Obwohl die Widerstände nicht generell aus der Welt geräumt werden konnten, entwickeln sich aus den zaghaften Anfängen schnell weitere Projekte und Aktivitäten der Aktion Sühnezeichen in Israel. Auf die erste folgten zwei weitere Kibbuz-Freiwilligengruppen, auch bauen zwei weitere Teams an einem Blindenheim in Jerusalem (Kammerer 2008a:82f; vgl. Legerer 2011:207f). Im gleichen Zeitraum entwickelten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel dagegen kaum weiter. Im Jahr 1964 gab es noch immer keine offiziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern (Kammerer 2008a:83). Grund dafür war nicht nur die Angst vor eventuellen Reaktionen arabischer Staaten, sondern auch die Tatsache, dass sich auf beiden Seiten innergesellschaftliche Gruppen gegen derartige Beziehungen aussprachen, sodass eine Entwicklung nur langsam erfolgen konnte.

Hatte Aktion Sühnezeichen zu Beginn also mit Widerständen zu kämpfen, so etablierte sich doch nach und nach eine sehr intensive Arbeit der NGO in verschiedenen Ländern. Für Israel lässt sich festhalten, dass Aktion Sühnezeichen noch vor Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten aktiv in Israel war und seitdem ununterbrochen, bis auf einen kurzen Zeitraum während des zweiten Golfkrieges, in Israel in unterschiedlichen Bereichen tätig war. Zu betonen ist aber auch, dass sich die Organisation im Verlauf der Jahre bis 1968 bereits gewandelt hatte. So hatte sich Aktion Sühnezeichen schon aus dem ursprünglichen kirchlichen Milieu gelöst und spätestens seit 1961 vermehrt ihre Freiwilligen milieuübergreifend rekrutiert (Kammerer 2008a:102f). Die Organisation hatte dabei ab 1962 bis etwa 1965 einen immensen Gegenwind aus dem kirchlichen Umfeld auszuhalten, da die Öffnung der bisher im kirchlichen Milieu verorteten Aktion Sühnezeichen als „Verrat an der Sache“ christlicher Sühne empfunden wurde (Kammerer 2008a:103f). Dieser Vorwurf des Verrates bezog sich nicht nur auf die Loslösung aus dem kirchlichen Milieu, sondern ebenso auf den Umstand, dass Aktion Sühnezeichen im Jahr 1965 damit begonnen hatte, ganz gegen die Überzeugungen ihres Gründers Kreyssig und vieler seiner Unterstützer_innen, sich vermehrt politisch zu positionieren (Kam-

merer 2008a:103f). So forderte die Organisation von der Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, sowie die Verlängerung der Verjährungsfrist für Verbrecher aus der Zeit des Nationalsozialismus. Diese formulierten Forderungen waren für viele, sich selbst nicht als politisch festgelegt begreifende Gemeinden in Deutschland nicht tragbar und führten ebenfalls zu diesem Aufschrei des kirchlichen Milieus (Kammerer 2008a:104). Die Loslösung aus dem kirchlichen Milieu hatte aber keine direkten Folgen bei der Finanzierung, denn bis in die heutige Zeit übernimmt die evangelische Kirche Deutschlands einen Anteil des Finanzbedarfs der Organisation und erhält sich so auch Einflussmöglichkeiten.

Die Organisation konnte damit ab dem Jahr 1968 als etabliert und in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit als bekannt gelten (Legerer 2011:214). Aktion Sühnezeichen hatte es geschafft, erste erfolgversprechende Kontakte und Verbindungen in Israel zu knüpfen und vor Ort zu arbeiten.

In einem nächsten Schritt wird im vierten Kapitel die aktuelle Struktur von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste vorgestellt. Darauf aufbauend werden die sich im Jahr 1968 abzeichnenden Streitigkeiten nach einer Namensänderung zu diskutieren und vorzustellen sein. Auch in diesem Kontext wird es um die großen Themen Identität, Verrat, historischer Verantwortung und Zukunftsfähigkeit der Organisation selbst gehen.

4. Strukturen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Nachdem im vorherigen Kapitel die historisch gewachsenen deutsch-israelischen zwischenstaatlichen Beziehungen und die Geschichte der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit dem Schwerpunkt auf der Israelarbeit bis in das Jahr 1968 vorgestellt wurden, folgt in diesem Kapitel die Struktur der NGO, welche auf Basis der Leitlinien der gesamten Organisation, weiteren Dokumenten sowie den Interviews ausgewertet wird. So wird im späteren Verlauf deutlich, in welcher Form sich die allgemeinen Leitlinien von denen der konkreten Israelarbeit unterscheiden und wie sich diese in der praktischen Arbeit vor Ort niederschlagen. Darüber hinaus wird die Finanzierung der NGO - soweit dies auf Basis vorliegender Dokumente möglich ist - offen gelegt. Es geht insbesondere darum zu zeigen, welche Partner_innen die Organisation mit Geld versorgen und somit ein gewisses Maß an Einfluss besitzen. Abschließend wird vorgestellt, mit welchen Programmen in welchen Ländern Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aktiv ist, um die möglichen Besonderheiten der Israelarbeit einordnen zu können.

4.1. Leitlinien der Arbeit

Die aktuellen und weiterhin gültigen Leitlinien von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wurden im Jahr 2003 veröffentlicht. Dabei betont die Organisation eingangs ihre Verwurzelung im christlichen Glauben und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Menschen, die bereit sind, sich für eine friedlichere und gerechtere Welt einzusetzen (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>). Interessanterweise nimmt die christliche Ausrichtung der Organisation für die alltägliche Praxis sowie Motivation der Freiwillige eine untergeordnete Rolle ein. So gibt der Interviewpartner Anton Mergel konkret an:

„Was ich aber jetzt interessant finde, wenn ich das von hier [Deutschland, Anmerkung des Autors] aus verfolge, ist da dieser starke kirchliche Bezug von Aktion Sühnezeichen. Und den hab ich damals in der Zeit überhaupt nicht wahrgenommen als ich dort war. Und das fand ich aber ganz angenehm, weil obwohl ich selber diese kirchliche Vergangenheit habe war sozusagen klar – [...] also ich war auch in der Kirche, aber ich war da nicht im Gottesdienst, also vielleicht war ich mal im

Gottesdienst, aber das war mehr die (...) die ähm Veranstaltung die die gemacht haben, die interessant waren, aber ähm (...) das finde ich jetzt im Nachhinein ganz spannend, weil/ also ich finde es fast ein bisschen nervig dieser starke kirchliche Bezug.“ (AM 465-474)

Obwohl der Interviewte also aus dem kirchlichen Umfeld stammt, betont er seine Motivation sei primär sozial und von Aktivismus geprägt gewesen (AM 475-476). Religion und das religiöse Milieu ist zwar seiner Wahrnehmung nach für die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste von großer Bedeutung, der Interviewte erwähnt hier die teilweise Finanzierung durch die Evangelische Kirche Deutschlands (AM 486-487) aber für die Teilnehmenden der Freiwilligendienste sei das so nicht zu behaupten. Natürlich gibt es religiös motivierte Freiwillige, aber diese stellen längst nicht mehr die Mehrheit der Freiwilligen. Der Prozess, der 1961 mit der Loslösung aus dem kirchlichen Milieu begonnen hat (Kammerer 2008a:102f), setzt sich weiter fort. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat sich bewusst für nicht religiöse Menschen geöffnet, aber nicht von der Kirche und ihren Unterstützungsnetzwerken getrennt. Die Organisation legt im selben Dokument fest, dass sie ihre Ziele vor allem durch kurz- und langfristige Freiwilligendienste, Aktionen und Kampagnen verfolgt (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>). Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

„[...] beteiligt [sich] praktisch am gleichberechtigten Dialog der Kulturen und versucht, die Wirkung des Vergangenen in den gegenwärtigen zwischenmenschlichen und internationalen Beziehungen aufzunehmen.“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>)

Außerdem wird herausgestellt, dass ein Einsatz für die Schwachen, die Unterdrückten sowie für die Überlebenden der Shoah die Ziele der Arbeit sind (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/ziele.html>). Grundlage dafür ist die Kontakthypothese⁶⁶, denn die Leitlinien führen aus:

„Dies geschieht in der Gewissheit, dass Menschen sich in gemeinsamer Praxis näher kommen, sich selbst und andere besser verstehen lernen, sich verändern und dadurch Neues hervorbringen.“ (vgl. <https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>)

⁶⁶ Zur Kontakthypothese siehe Fußnote 65.

Die Organisation geht also – ganz der bereits erläuterten Kontakthypothese folgend – davon aus, dass gelebte gemeinsame Praxis es den Menschen ermögliche, ein gegenseitiges Verständnis füreinander zu entwickeln. Dieser Ansatz unterstützt insbesondere die Arbeit mit Shoah-Überlebenden, denn „das Zusammentreffen mit Freiwilligen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste [ist] auch heute noch [für viele] die erste Begegnung mit Deutschen seit dem Krieg“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/ziele.html>)

Durch die Tätigkeiten für die Überlebenden dieses Verbrechens sollen Brücken gebaut werden. Dieses Brückenbauen baut auf dem Konzept des „Sühnezeichens“ auf, welches „[...] die konkrete, zeichenhafte Übernahme von Verantwortung für die Folgen des Nationalsozialismus“ in den Vordergrund der Arbeit hebt [...]“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>). Dabei fühlt sich die Organisation den Opfern der NS-Herrschaft verpflichtet, betont aber zugleich ihren Bezug und die Verantwortung für Gegenwart und Zukunft.

In den Leitlinien wird hervorgehoben, dass ein Antisemitismus, Rassismus sowie jede Art von Menschenrechtsverletzung und soziale Ungerechtigkeit einen nachhaltigen Frieden verhindert.⁶⁷ Somit fühlt sich die Organisation verpflichtet, dem Konzept des „Gerechten Friedens“ folgend, aktiv gegen diese Phänomene anzugehen. Daher

„engagiert sich [die Organisation] [...] in Projekten, die sich gegen die Diskriminierung von Menschen aufgrund von Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Geburt, Benachteiligung oder Behinderung, Alter, Geschlecht oder sexueller Identität, Hautfarbe oder Sprache richten.“ (<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>)

Durch diese Leitsätze sind Arbeitsschwerpunkte klar definiert. Die Basis der Arbeit bildet dabei immer der historische Kontext der Shoah, wenngleich sich die Arbeit nicht ausschließlich an Opfer der Shoah richten muss. Vielmehr wird - analog zur bundesrepublikanischen Leitlinie des „Nie wieder“ - eine direkte Verantwortung für eine Welt ohne Diskriminierung, Gewalt und Unterdrückung aus der Geschichte des Nationalsozialismus abgeleitet.

⁶⁷ Diese Argumentation orientiert sich am Konzept des „Gerechten Friedens“, welches in Kapitel 1 eingeführt wurde.

4.2. Finanzierung

Es ist bereits deutlich geworden, dass Aktion Sühnezeichen Friedensdienste sich zu einem gewissen Teil aus dem kirchlichen Milieu heraus finanziert. Bei der Betrachtung des Haushalts im Jahr 2014 lässt sich feststellen, dass öffentlichen Zuwendungen den größten Einnahmeposten darstellen. Unter diesen Posten fallen alle Einnahmen, die der Organisation durch die öffentliche Hand zugewiesen werden. Der zweite Posten besteht aus Spenden, Bußgeldern und Vermächtnissen und liegt fast 5% über dem Anteil, den Kirchen und private Zuwendungen einnehmen.

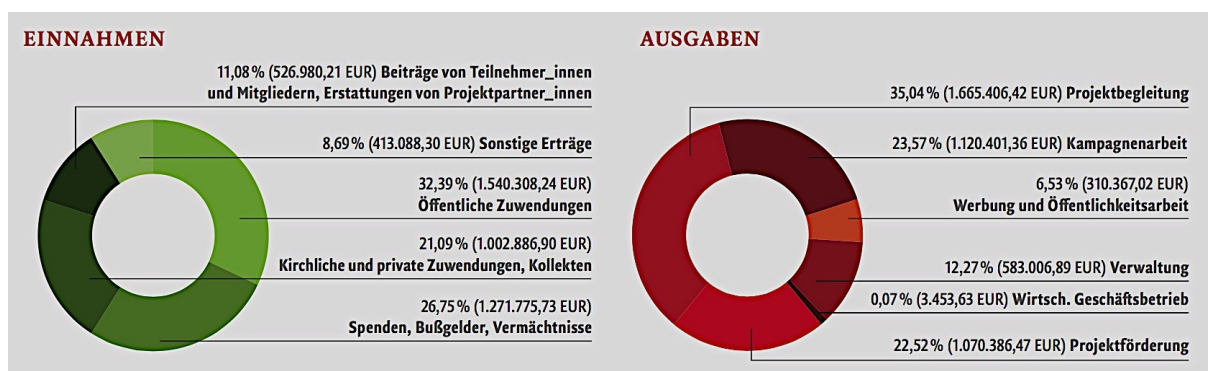


Abbildung 1: ASF Jahresbericht 2014:67

Insgesamt hat die Organisation im Jahr 2014 4.755.039,38 Euro eingenommen und 4.753.021,79 Euro ausgegeben, womit ein Überschuss von 2.017,59 Euro verbucht werden konnte. Da die Interessen der Organisation nicht primär ökonomisch dominiert sind, verwundert der geringe Jahresüberschuss nicht. Mit 35.04% der Ausgaben wurde die Projektbegleitung finanziert, mit 23,57% die Kampagnenarbeit und mit 22,52% die Projektförderung. Die restlichen Ausgabenposten betreffen Verwaltung, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs (ASF-Jahresbericht 2014:66ff).

Insgesamt lässt sich anhand der letzten drei Jahresberichte erkennen, dass die Organisation sich selbst einem Sparkurs verschrieben hat (ASF-Jahresbericht 2014:66f), denn betrachtet man die Jahresbilanz des Jahres 2012, so hatte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in diesem Jahr noch 127.905,53 Euro als Verlust zu verbuchen (ASF-Jahresbericht 2012:51). Bereits im nächsten Jahr war die Organisation wieder in der Lage, ihren Verlust aus dem Vorjahr auszu-

gleichen und die monetären Mittel wieder ihren Rücklagen zuzuführen (ASF-Jahresbericht 2013:63). Die zukünftigen Entwicklungen lassen sich nicht voraussagen, aber es ist davon auszugehen, dass die Organisation weiterhin Zuwendungen aus staatlichen wie kirchlichen Haushalten erhalten und somit ihre Basis sichern wird.

4.3. Länder

In welchen Ländern ist Aktion Sühnezeichen Friedensdienste aktiv? Anhand der Abbildung lässt sich dies aufschlüsseln. Deutlich wird, dass die Arbeitsbereiche in den USA, in Israel und in Deutschland die drei größten darstellen.

Einsatzländer	Freiwillige
Belgien	12
Belarus	4
Tschechien	13
Deutschland	19
Frankreich	17
Großbritannien	14
Israel	22
Niederlande	16
Norwegen	14
Polen	16
Russland	8
Ukraine	6
USA	24

Abbildung 2: ASF-Jahresbericht 2014:22

Im September 2014 begannen 185 Freiwillige in dreizehn Ländern einen Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Unter den 185 Freiwilligen waren 124 Frauen und 61 Männer. Vor dem Hintergrund rückläufiger Bewerberzahlen in den letzten Jahren betreibt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste intensiv Werbung für die Friedensdienste und investierte dafür im Jahr 2014 6,53% der Gesamtausgaben.

Aufschluss darüber, in welcher Höhe die einzelnen Länderreferate ausgestattet sind, wäre für die Studie sicherlich interessant gewesen. Diese Daten werden jedoch nicht offengelegt. Auch bietet der Jahresbericht keine Möglichkeit, die Ausgaben auf die jeweiligen Länder herunter zu rechnen. Darüber hinaus ist das für Israel zuständige Länderreferat gleichzeitig für Belgien, die USA und Großbritannien sowie die Azubi-Programme und die Sommerlager verantwortlich. Hier wird ersichtlich, dass die Länderreferate nicht ausschließlich ein Land betreuen. Das Freiwilligen Referat 4 mit seinen drei Schwerpunktländern USA, GB und Israel ist für 60 der insgesamt 185 Freiwilligen zuständig. Es ist also davon auszugehen, dass ein Referat, das ein Drittel aller Freiwilligen der Organisation erfasst, auch einen gewissen Einfluss auf die Gesamtorganisation und ihre Strategie nehmen kann. Dieser Umstand wird im späteren Verlauf der Streitigkeiten innerhalb von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mehrfach von Bedeutung sein.

Genauer aufschlüsseln lässt sich allerdings die Anzahl der Partnerorganisationen in Israel: Im Jahr 2014 war Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit 32 Partnerorganisationen verbunden. Darunter befinden sich sieben Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und 19 Einrichtungen, die sich mit der Shoah und deren Folgen auseinandersetzen; sowohl in wissenschaftlicher Form als auch durch die Betreuung Überlebender. Darüber hinaus gibt es sechs Projekte, die sich weder der einen noch der anderen Kategorie zuordnen lassen. Es handelt sich dabei um ein Nachbarschaftsprojekt, zwei Frauenhäuser, ein Frauenprojekt, einen arabischen Hort sowie die Internationale Begegnungsstätte Beit Ben Yehuda – Haus Pax, in dem auch viele der Seminare für Freiwillige in Israel stattfinden (ASF-Jahresbericht 2014:27f). Auf den ersten Blick verwundert die Diskrepanz zwischen den 32 Projektpartnern vor Ort und den „nur“ 22 Freiwilligen, die in Israel arbeiten. Begründen lassen sich diese Zahlen durch die Tatsache, dass die meisten Freiwilligen in zwei Projekten arbeiten.

Das nächste Kapitel wird mit Hilfe empirischer Daten herausarbeiten, inwiefern die Organisation aufgrund der beginnenden Debatten zwischen den Vertreter_innen einer mehr „Sühnezeichen“ und einer mehr „Friedensdienste“ orientierten Aktion in einen Konflikt verwickelt wurden, der die Organisation in Israel

nachhaltig verändert hat. Dabei wird zu zeigen sein, welche Prozesse für diese Veränderungen verantwortlich sind und inwiefern besonders der thematisierte Gegensatz zwischen den „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“-Positionen diese Veränderungsprozesse gestärkt haben.

5. Die Aktion zwischen Sühnezeichen & Friedensdienste

Bereits in den Jahren vor 1968 zeichnete sich – nicht zuletzt aufgrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse – innerhalb der NGO die hartnäckige Frage nach der Positionierung und Benennung der Organisation in einer sich wandelnden Gesellschaft ab. Diesen Prozessen wird zu Beginn dieses Kapitels nachgegangen. Obwohl die intern wie extern geführten Streitigkeiten nicht ausschließlich den israelischen Projektbereich betreffen, betreffen sie diesen doch in besonderem Maße, denn sie entfalten hier, in diesem konfliktsensitiven Umfeld, ihre besondere Brisanz. Zielsetzung ist es, den Kontext offen zu legen, der im Verlauf der Arbeit bei der Frage, wie sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel zwischen den Konfliktparteien positionieren möchte, von immer wiederkehrender Bedeutung sein wird. Es wird zu zeigen sein, wie diese Streitigkeiten um die Frage „Friedensdienste“ und/ oder „Sühnezeichen“ sich auf die Israelarbeit und ihre Ausrichtung zwischen innerisraelischer Offenheit und Geschlossenheit auswirkten und wie diese bis in die Gegenwart fortwirken.

Zu Beginn wird - ausgehend von in Kapitel 3 vorgestellten geschichtlichen Hintergründen - vorgestellt, welche Intention mit der Erweiterung des Namens ursprünglich verknüpft war. Im Anschluss wird diskutiert, inwiefern dies der Versuch war, sich an der Zukunft zu orientieren, um dann die aufkommenden Streitigkeiten zu thematisieren, die aufgrund ihrer gleichbleibenden Relevanz in den darauf folgenden Kapiteln maßgeblich die Analyse mitbestimmen werden.

5.1. Friedensdienste vs. Sühnezeichen

Je nach Darstellung 1968 (Kammerer 2008a; Legerer 2011:130) oder 1970 (ASF-Zeitleiste) wurde ein Verein gegründet und aus Aktion Sühnezeichen wurde Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste, ab 1994 dann Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Hintergrund der Vereinsgründung war der Schritt, den 1960 gegründeten Verein namens Versöhnungsdienste, welcher als Dachverein drei Geschäftsfelder, unter denen Aktion Sühnezeichen eines war, vereinte, zu verlassen und einen eigenen Verein zu gründen bei welchem Marke und Vereinsname zukünftig übereinstimmen sollten (Legerer 2011:126ff).

Was an dieser Stelle unspektakulär klingen mag, war für die Organisation selbst mit vielen Debatten und Auseinandersetzungen verbunden. Während des Prozesses der Namensänderung konnte noch niemand ahnen, dass diese Debatten nach Aussage eines Interviewpartners die Organisation in Form jahrelanger Positionierungsstreitigkeiten begleiten und somit das Hauptthema der 1970er und 1980er Jahre sein würden (HM 837). Diese Auseinandersetzungen lassen sich unter anderem auf den Versuch des frommen Gründers Kreyszig zurückführen, der sich gegen zu dominante pazifistische, politische oder humanitäre Begründungen für die Arbeit der Aktion Sühnezeichen ausgesprochen hatte (Kammerer 2008a:52f). Entlang dieser Grenzlinie, die von Kreyszig zu Beginn der 1960er Jahre gezogen wurde, ist in der Organisation über Jahrzehnte gefochten und diskutiert worden (Kammerer 2008a:53). Schon 1966 schreibt der Theologe Helmut Gollwitzer an Kurt Scharf, den damaligen evangelischen Bischof von Berlin und Förderer der Organisation, einen spannungsgeladenen Brief, in dem er darauf hinweist, dass in der Zukunft der Begriff der Sühne durch eine „natürliche Entwicklung“ mehr und mehr durch die Begriffe der „Versöhnung“ und des „Friedens“ ersetzt werden wird (Kammerer 2008a:110). Mit „natürlicher Entwicklung“ meinte Gollwitzer an dieser Stelle den Wandel der Motivationen der neuen Freiwilligen, welche zunehmend an anderen Fragen als nur der Rückbindung an den Nationalsozialismus orientiert seien und Frieden stiften, Ungerechtigkeiten und die vorherrschende Not mit ihrer praktischen Arbeit lindern wollten (Kammerer 2008a:110) und damit dem Zeitgeist entsprachen.

Die Abgrenzung gegenüber anderen Begründungen für die Arbeit und die daraus resultierende Festlegung auf den primären Sühnecharakter der Organisation, welche auch auf Kreyszigs Verständnis von Sühne⁶⁸ und Schuld⁶⁹ zurückgeht, begleitet die Organisation und ist mitverantwortlich für das langlebige Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Polen, die einigen Vertreter_innen und Freund_innen der Organisation nicht vereinbar scheinen – was zu diskutieren ist. Der Anspruch des Sühnezeichen, den historischen Auftrag der Sühnearbeit mit Betroffenen der Verbrechen des Nationalsozialismus ex-

⁶⁸ Zum Begriff der Sühne siehe auch Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde 1994:1935ff.

⁶⁹ Kreyszigs Schuldverständnis ging dabei weit über den Zeitraum des Nationalsozialismus hinaus und schloss auch den christlichen Antijudaismus mit ein (vgl. Legerer 2011:56f).

klusiv wahrzunehmen steht dem Anspruch der Friedensdienste, diesen historischen Auftrag als Motor, als Ansporn für zukünftige breiter angelegte Formen des Dienstes über Kreyssigs Grenzen hinaus zu deuten, entgegen.

5.1.1. Anderer Name, andere Ziele?

Die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der 1960er Jahre gingen nicht spurlos an der Aktion vorbei, die Organisation reagierte auf den Zeitgeist mit einer Namens-, aber auch Zielanpassung. Die Namensanpassung und die damit verbundenen Diskussionen waren Ausdruck der Bemühungen der Verantwortlichen, ihre Arbeit zukunftsfähig zu gestalten und sich als Organisation zu den Konflikten der Zeit zu positionieren (Kammerer 2008a:109). Diese Umorientierung war außerdem der Versuch, zukünftige nachhaltige Arbeitsfelder für die Organisation zu erschließen. Der damalige Vorsitzende Hans-Richard Nevermann und der Geschäftsführer Franz von Hammerstein erklärten, dass die Namensänderung verdeutliche, was die Organisation erreichen will. Ihrer Auffassung nach war das Ziel der Arbeit keine Sühne zum Selbstzweck, sondern Sühne mit dem bescheidenen Ziel, Frieden zu schaffen (Kammerer 2008a:109; vgl. Legerer 2011:220). Dieser Argumentation folgend sollte in diesem Dualismus der Zusammenhang zwischen Sühne und Frieden ausgedrückt und symbolisch repräsentiert werden.

Mit diesem Schritt sollten neue Handlungsspielräume geschaffen werden, ohne die Brücke zur ursprünglichen Arbeit der Aktion Sühnezeichen abubrechen. In dieser Entwicklungstendenz spiegelt die Organisation eine von Deutschland ausgehende politische Tendenz wider: Man wollte sich vermehrt neue, insbesondere nahöstliche Handlungsspielräume eröffnen.⁷⁰ Neben der Bewahrung des Sühnezeichens stand also der Wunsch bzw. die Notwendigkeit im Zentrum des Interesses der bestimmenden Akteure, neue Anreize für die Mitarbeit bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu schaffen. Schließlich war, so die Wahrnehmung der Verantwortlichen, der Begriff der Sühne mit seiner religiösen Abstammung und dem damit verknüpften Schuldbegriff kein ausreichender und alleiniger Grund mehr für das Engagement vieler junger Menschen (Kammerer

⁷⁰ Siehe hierzu Kapitel 3.2.

2008a:110). Vielmehr kam nun, ganz im Sinne des Zeitgeistes, der Not in der Welt eine immer größere Bedeutung für die Rekrutierung neuer Freiwilliger zu (Kammerer 2008a:110). Die wahrnehmbare Not in der Welt begann somit, dem Sühnegedanken des Gründers Kreyszig entgegen zu laufen, es drohte ein Konkurrenzkampf zwischen beiden nicht per se unvereinbaren Konzepten. Die Forderungen lauteten: Sühnezeichen sollte politischer werden, Sühnezeichen sollte sich öffnen und sich den Herausforderungen der Zeit widmen können. Dem wollte der neue Namenszusatz Friedensdienste Ausdruck und Dynamik verleihen. Frieden sollte im Zusammenhang mit Sühne gedacht und gelebt werden, ohne dabei den historischen Auftrag zu vergessen oder gar zu verleugnen. Der neu formulierte Anspruch, die Organisation für neue Themen, neue Motivationen, neue politische Gebiete zu öffnen, führte über kontroverse Debatten zu langlebigen Flügelstreitigkeiten, in denen sich die nun gegenläufig verstandenen Positionen aneinander abarbeiten.

5.1.2. Ringen um die moralisch-historische Verantwortung

Im Verlauf der Debatten um die Namensweiterung und den damit verbundenen inhaltlichen neuen Ausrichtungen entwickelten sich Flügelstreitigkeiten, welche das unterschiedliche Verständnis beider Seiten deutlich aufzeigen: Auf der einen Seite Sühnezeichen, auf der anderen Seite Friedensdienste oder in der Sprache der Zeit: Die Vergangenheit gegen die Zukunft.

Verfechter_innen des Sühnegedankens verfolgen ein strikt historisch orientiertes Programm, in dessen Zentrum die Verbrechen des Nationalsozialismus stehen und gehen davon aus, dass ein Abweichen von diesem Auftrag, eine Öffnung des Programms, das Profil der Organisation verwässern würde. Jede Form der Öffnung gefährdet diesem Verständnis nach

„die Einsicht in eine ‚besondere Schuld‘ der Deutschen, auch ohne persönliche Schuldverwicklung und über Generationen hinweg, [...] denn [schließlich] stellt [...] [sie] den Ausgangspunkt dar, vom dem sich alle Handlungen und Aktivitäten ableiten“ (Legerer 2011:56).

Eben diesen Ausgangspunkt verteidigen Kreyszigs Mitstreiter_innen innerhalb wie außerhalb der Organisation gegen jene Veränderungstendenzen, die von ihnen als Versuche, deutsche Schuld zu negieren oder zu verwässern, wahrge-

nommen werden. Diese Position lässt sich auch außerhalb von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste entdecken, so wirkt dieses Ringen um eine Normalisierung der Beziehungen ebenfalls in der deutschen Innen- wie Außenpolitik. Streitigkeiten um die Frage der Normalisierung deutscher Beziehungen zu Israel begleiten die deutsche sowie israelische Öffentlichkeit sowie Politik spätestens seit der Gründung beider Staaten (vgl. Stein 2011:7ff). Im Fokus deutscher Normalisierungsbestrebungen stand dabei immer auch der Aspekt der zurückzugewinnenden Handlungsfreiheit unter den historischen Bedingungen deutscher Geschichte (Weingart 2002:178f). Dass diese Bestrebungen aus einer anderen Perspektive als Versuch der Vergangenheitsverdrängung und der Abkehr von historischer Schuld verstanden werden können, lässt den immanenten Konfliktcharakter zwischen beiden Positionen erahnen. Die Betonung der „besonderen Schuld“ als Ausgangspunkt der Vereinsarbeit dominiert dem Verständnis einiger Vertreter_innen nach die Organisation und ist der elementare Kern, die zu bewahrende Identität der Organisation. Durch eine vermutete Ablösung von der historischen Aufgabe wird somit der Richtungsstreit zu einem Identitätskonflikt, denn die Abweichung oder die Erweiterung der ursprünglich formulierten Arbeitsgrundlage wird als „Verrat“ (HM 925) thematisiert und somit die ursprüngliche Identität als in Frage gestellt verstanden.

Im Verlauf der Studie wird sich zeigen, wie diese Vorstellungen einer „reinen“ Sühnezeichen-Arbeit die Arbeit der Organisation maßgeblich mitbestimmen und immer wieder auf Entscheidungen einwirken. Inwiefern die Idee einer reinen Sühne-Arbeit die Organisation für Kritik aus dem jüdischen Israel besonders empfänglich macht und wie die Kritik innerhalb der Organisation anschlussfähig gemacht wird, wird ebenfalls zu diskutieren sein. Fest halten lässt sich an dieser Stelle bereits, dass eine Abkehr von dieser „reinen“ Sühnezeichen-Arbeit und Thematik, Reflexe auslöst, die mit den Reflexen israelischer Politik zu vergleichen sind, welche auf deutsche Versuche der Normalisierung der Beziehungen folgen.⁷¹

Die Vertreter_innen der Friedensdienste-Fraktion heben dagegen andere Aspekte und Begründungen in das Zentrum ihres Handelns. Die historisch be-

⁷¹ siehe hierzu auch Kapitel 3.

gründete Arbeit sollte auch diesem Verständnis nach nicht aufgegeben werden, in Zukunft aber nicht mehr alleine im Zentrum der Arbeit stehen. Die zukünftige Ausrichtung sollte vielmehr mit Hilfe der historischen Verantwortung andere Tätigkeitsfelder in ihrer Legitimation, aber auch in ihrer Ausrichtung argumentativ stärken und stützen. Die damalige aktive Sühnezeichen-Freiwillige Elisabeth Krüger schreibt für die Regionalgruppe Berlin (West) zur Frage der zukünftigen Ausrichtung:

„Es hat keinen Zweck, voll enthusiastischem Dilettantismus den Symptomen der Misere ein Pflasterchen aufzukleben“ (Elisabeth Krüger, zit. nach Kammerer 2008a:115).

Mit ihrem emotional berührenden Plädoyer betont sie den bestehenden Wunsch einer Fraktion der damaligen Aktiven, ihre Arbeit zukünftig politisch und theoretisch fundieren und somit der Aktion eine Reflexion zur Seite stellen zu wollen (Kammerer 2008a:115). Es wird deutlich, dass die ursprünglichen Motive und Konzepte der Organisation in die Kritik genommen wurden und sich Wünsche nach Wandlung ihren Weg suchten. Die in den Anfangsjahren von Handwerkerteams dominierten Baueinsätze der Aktion Sühnezeichen wichen mit den Jahren vermehrt Einsätzen von jungen Menschen, die gerade Abitur gemacht haben, in Sozial- oder Bildungsprojekten der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. In der Folge dieser Veränderungen sind für die Vertreter_innen der Friedensdienste-Fraktion deutlich größere Spielräume in der Arbeit nicht nur möglich, sondern auch notwendig geworden. Dieser Umstand wird insbesondere im Kontext der Israelarbeit seine Wirkkraft auf sehr unterschiedliche Art und Weise entfalten.

5.1.3. Langlebigkeit der Auseinandersetzung

Die Streitigkeiten um die Auslegung der moralisch-historischen Verantwortung und die damit einhergehende Ausrichtung der Organisation ziehen sich, wie bereits deutlich wurde, bis in die Gegenwart, jedoch lassen sich verschiedene Momente ausmachen, in denen im speziellen Rahmen der Israelarbeit auf diesen Streit von verschiedener Seite zurückgegriffen wurde. Dabei dient die jeweilige Positionierung immer auch einer Legitimation der eigenen Perspektive auf etwaige Arbeitsbereiche der Organisation sowie mögliche Grenzziehungen.

Die Langlebigkeit der Flügelstreitigkeiten lässt ihre Bedeutung für die Organisation und insbesondere ihre Arbeit in Israel erahnen. Ein Ergebnis der Umbenennung in Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ist somit die stärkere Ausrichtung auf die soziale Arbeit mit Gruppen von Benachteiligten, wie beispielsweise in den USA, wo Aktion Sühnezeichen Friedensdienste seit Beginn ihrer Arbeit in den USA in Obdachlosenasylen für die afroamerikanische Bevölkerung aktiv ist (Kammerer 2008a:121; <http://www.asf-ev.de/de/friedensdienste/freiwilligendienst/partnerlaender/freiwilligendienst-usa.html>). In Frankreich engagiert sich die Organisation zum Beispiel aktiv mit ihren Freiwilligen für die Homo-Ehe (<http://www.asf-ev.de/de/friedensdienste/freiwilligendienst/partnerlaender/freiwilligendienst-in-frankreich.html>).

Ein vergleichbares Verständnis der Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für Israel führte unter anderem zu der Entscheidung, sich ab Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre auch für soziale Projekte in rein palästinensisch-israelischen Kontexten innerhalb der Grünen Linie⁷² zu engagieren. Dabei begleitete ein Anschlag in Nablus diesen Wandel der Arbeit in Israel, welcher die Organisation durch den erlebten Schrecken stärker für palästinensische Interessen und Nöte sensibilisierte. Die Entscheidung, sich in diesen Projekten zu engagieren, fußte auch auf der immer stärker wahrgenommenen Lebenssituation der palästinensischen Israelis, welche zwar Staatsbürger_innen des Landes, aber nicht gleichberechtigt waren und bis heute sind.⁷³ Gerade dieses Engagement sollte vielfache Debatten aufwerfen und erlaubt einen kritischen Blick auf die Organisation und ihr Wirken in Israel und ihren Umgang mit ihren jüdischen und palästinensischen Partner_innen vor Ort. Die Öffnung der Arbeitsbereiche fand im Kontext der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen der 1960er Jahre statt, wirkte aber weit darüber hinaus auf die Debatten, Vorstellungen und Programmgestaltung, die mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, insbesondere in Israel, verbunden sind. Diesen Vorstellungen,

⁷² Die „Grüne Linie“ bezeichnet hier jenes Gebiet, das völkerrechtlich einwandfrei dem Staatsgebiet Israels zugeschrieben wird. Gebiete wie die palästinensischen Autonomiegebiete liegen jenseits der Grünen Linie.

⁷³ siehe hierzu: Kapitel 5.2.1.

Debatten und Auswirkungen wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels nachgegangen.

5.2. Die Organisation verändert ihr Gesicht

Im Rahmen der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Veränderungsprozesse, die in den 1960er und 1970er Jahren weite Teile der westdeutschen Gesellschaft aufrüttelten, gab sich die Organisation ein neues Gesicht. Der Versuch, an die Gegenwart anzuknüpfen und das „Sühnezeichen“ mit einem „Friedensdienste“ in die Zukunft zu retten, löste nicht nur innerhalb wie außerhalb der Organisation schwere Debatten aus, sondern veränderte ihren Handlungsspielraum und auch ihre Zielsetzungen. Dabei ist nicht davon auszugehen, dass all diese Veränderungen Teil eines organisatorischen Gesamtplans gewesen wären. Vielmehr ist organisationssoziologischen Ansätzen, die Organisationen wie soziale Systeme begreifen, zu folgen: Diese bezweifeln, „dass Organisationen handlungsleitende Ziele haben und sich ein sinnvoller Organisationszielbegriff bilden lässt“ (Preisendörfer 2011:114). Die Verschiebung von Zielen und damit verbundenen Prozessen folgt demnach keinem groß angelegten Plan, sondern ist das Ergebnis von mannigfaltig wirkenden Akteuren in und außerhalb der Organisation. Dabei folgt die dem „natural system view“ verpflichtete Organisationssoziologie dem folgenden Paradigma:

„In Organisationen seien nämlich nicht in erster Linie Stelleninhaber und Funktionsträger am Werk, die brav exekutieren, was von ihnen erwartet wird, sondern lebendige und reale Menschen mit eigenen Ideen, eigenen Interessen und individuellen Stimmungen und Launen.“
(Preisendörfer 2011:115)

Diese Grundannahme ist für die weitere Arbeit von Bedeutung, da diesem Aspekt in wissenschaftlichen Arbeiten zu NGOs oftmals zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Die Organisation mit ihren Strukturen entfaltet sicherlich eine große Kraft, aber sowohl in der Durchsetzung vor Ort als auch in den Gremien der Organisation wirken die Menschen mit ihren Ideen, ihrer Geschichte, ihren Erfahrungen und den eigenen Vorstellungen auch mit Hilfe ihrer individuellen Praxis auf die Entwicklung und Entscheidungsprozesse der Organisation ein. Ebenso beeinflussen weitere Faktoren die Organisation. Auch diesem Umstand soll in dieser Arbeit Aufmerksamkeit gewidmet werden, denn

„Organisationen sind keine klar nach außen abgegrenzten bzw. abgrenzbaren Robinson-Inseln, sondern stehen in einem vielfältigen Austausch- und Abhängigkeitsverhältnis zu ihrer Umwelt.“ (Preissendörfer 2011:114)

Entscheidungen individueller Akteur_innen sind diesem Modell folgend also nicht generell zweckrational, weshalb auch nicht davon auszugehen ist, dass Organisationen rein rational handeln würden. Dieser Grundannahme folgen die weiteren Ausführungen: Es wird nicht davon ausgegangen, dass die Veränderungen einem irgendwie gearteten Plan folgen würden. Vielmehr steht die Betrachtung jener Faktoren im Vordergrund, die Wandlungsprozesse begleitet, gefördert, aber auch kritisiert haben.

Befanden sich die 1960er und 1970er Jahre noch unter dem großen, innerorganisational nicht unumstrittenen zeitgeistlichen Paradigma „Friedensdienste“, fand in der folgenden Zeit eine stetige Veränderung der Arbeitsstrukturen der Organisation statt. Bereits seit Mitte der 1960er Jahre gab es bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste - analog zur Debatte, wie man sich zum israelisch-palästinensischen Konflikt positionieren sollte - eine Diskussion darüber, ob Freiwillige auch in exklusiven Projekten mit der palästinensisch-israelischen Bevölkerung arbeiten sollten (Legerer 2011:220f).⁷⁴

Mitte der 1970er Jahre begannen die ersten Freiwilligen ihre Arbeit in Projekten, die sich auch an die palästinensische Bevölkerung Israels richteten und somit zum bis dato entwickelten Spektrum der rein jüdisch-israelischen und in geringerem Umfang auch gemischten Projekte einen neuen Bereich hinzufügten (Legerer 2011:220ff). Natürlich bedeutete dies auch eine Entscheidung hinsichtlich des zukünftigen Lebensumfeldes der Freiwilligen, denn durch diese neuen Projekte wurde für die Freiwilligen eine bestimmte Form des Alltags innerhalb überlieferter kultureller und geschichtlicher Hintergründe installiert. Hier gilt es hervorzuheben, dass dies ebenso für Projekte mit jüdisch-israelischen Partner_innen gilt, denn der Alltag der Freiwilligen wird auch in rein jüdischen Gemeinschaften durch deren überlieferten kulturellen und geschichtlichen Hin-

⁷⁴ Die Diskussion bezog sich immer ausschließlich auf die Arbeit innerhalb der Grünen Linie, also innerhalb der israelischen Staatsgrenzen und nicht auf das von Israel besetzte Gebiet des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

tergründe in Teilen mitbestimmt.⁷⁵ Im Kontext des bestehenden innergesellschaftlichen Konflikts und des fortwährenden Kampfes der in den besetzten Gebieten lebenden Palästinenser_innen gegen die Besatzung ist also davon auszugehen, dass jede beteiligte Konfliktpartei sich um mehr Ressourcen, Solidarität und Einfluss für die eigene Partei bemüht. Dabei bestimmt die Perspektive auch darüber, wie dieses Werben für die eigene Partei wahrgenommen wird, werden doch die Gemeinsamkeiten zwischen jüdischen und palästinensischen Anliegen von der Organisation nicht gesehen oder zumindest nicht deutlich angesprochen. Innerorganisatorisch kritisch beleuchtet, so wird sich im Verlauf der Arbeit zeigen, werden als gefährlich besetzt geltende Thematiken vor allem dann, wenn diese im Zusammenhang mit palästinensischen Israelis thematisiert werden.

Die Ereignisse des zweiten Golfkriegs⁷⁶ hatten immense Auswirkungen auf das Verhältnis der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu ihren palästinensisch-israelischen Partner_innen (Legerer 2011:226f). Es lassen sich zwei große Ereignisse ausmachen, die das Verhältnis bzw. die Position der Organisation zu den israelischen Palästinenser_innen maßgeblich verändert oder beeinflusst haben. Beide Ereignisse sollen in diesem Kapitel aus verschiedenen Perspektiven auf ihren Einfluss hin untersucht werden. Zu nennen ist einerseits das Attentat in Nablus, bei dem zwei deutsche Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ihr Leben verloren und andererseits die Debatte, die durch den zweiten Golfkrieg eröffnet wurde und das Potential hatte, das Profil der Organisation nachhaltig zu verändern. Beide Ereignisse stehen nicht in einem direkten Zusammenhang, führen aber in der Konsequenz ihrer Wirkungen auf Hauptverantwortliche und die Organisation in dieselbe Richtung. Hier wird zu zeigen sein, wie die beiden Ereignisse ihre Wirkung in der Organisation auf unterschiedlichen Wegen entfalten konnten. Darüber hinaus wird Dissens zwischen der Organisation und den Vorstellungen einiger Freiwilligen deutlich.

⁷⁵ Siehe zu diesem Aspekt insbesondere Kapitel 5.3.

⁷⁶ In der hier verwendeten Terminologie wird als der Erste Golfkrieg der Iran-Irak-Krieg von 1980 bis 1988 verstanden. Insbesondere im anglophonen Raum wird der Iran-Irak-Krieg meist nicht in die direkte Zählung der Golfkriege mit einbezogen und daher wird der Golfkrieg von 1991 als First Gulf War bezeichnet und folglich wird die Invasion des Irak von 2003 als Second Gulf War bezeichnet.

Die Veränderungen gilt es nachzuzeichnen und kritisch zu hinterfragen. Zunächst wird jene größte Minderheit vorgestellt, welche in Israel in großen Teilen der Gesellschaft immer noch durch einen u.a. jüdischen zionistisch gestalteten Exklusivitätsanspruch diskriminiert wird: Die palästinensischen Israelis. In einem nächsten Schritt wird der Anschlag von Nablus und seine Auswirkungen auf Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, sowie die Reaktionen der direkt oder indirekt Beteiligten thematisiert. In diesem Rahmen wird auch der Einfluss einzelner Mitarbeitenden der NGO und ihrer Geschichte auf Prozesse der Organisation diskutiert. Im Anschluss wird der Golfkrieg 1991 mit seinen Folgen und Auswirkungen auf die NGO und ihre Freiwilligen vorgestellt. Dieses Ereignis hatte einen spezifischen Anteil an der erneuten Veränderung des Gesichts von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und der daraus resultierenden Veränderung der Haltung zu alleinigen palästinensisch-israelischen Projekten. Diese Anpassung der Haltung, im späteren Verlauf von einem Interviewpartner als „Frontbegradigung“ (HM 967) bezeichnet, wird im Folgenden kritisch hinterfragt, in bestehende innerorganisatorische Linien eingeordnet und diskutiert. Den Anfang macht ein kurzer Exkurs, der die Situation der palästinensisch-israelischen Minderheit thematisiert und die Problematik dieser Bevölkerungsgruppe verdeutlicht.

5.2.1. Die palästinensisch-israelische Minderheit

Die Geschichte der palästinensischen Minderheit in Israel beginnt mit dem Ausbruch des Krieges 1948 bei der Staatsgründung Israels. Zunächst stellt sich die Frage nach den Begrifflichkeiten und nach der Benennung. Wieso wird hier der Begriff palästinensisch-israelisch und nicht arabisch-israelisch gewählt? Mit dem Begriff arabisch-israelisch sind zwei Annahmen verbunden, welche im Kern direkt auf die Frage der Diskriminierung und Benachteiligung dieser Bevölkerungsgruppe zu führen. Zum einen der Umstand, dass in ultraorthodoxen und nationalistischen Kreisen Israels die Existenz eines palästinensischen Volkes geleugnet wird, in dem argumentiert wird, dass Palästinenser_innen von je her arabisch seien und Israel somit nicht ihr historischer Lebensraum sein könne. Äußerungen, die darauf abzielen, palästinensischen Israelis ihre Rechte zu entziehen, oder ebenso den Anspruch der Palästinenser_innen, die in den be-

setzten Gebieten leben, zu negieren. Zum anderen führt die Bezeichnung arabisches Israelis eine weitere Trennlinie ein, die zwischen jenen Palästinenser_innen, die in Israel Staatsbürger_innen sind und jenen, die in den besetzten Gebieten leben zusätzliche Unterschiede suggeriert, die über eine räumliche sowie staatsrechtliche Trennung hinausreichen, um die existierenden Verbindungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen jenseits der Staatsgrenzen zu negieren.⁷⁷ Daher die bewusste Entscheidung von palästinensischen Israelis zu sprechen, wenn sich eine Unterscheidung zwischen unterschiedlichen israelischen Bevölkerungsgruppen auch aus analytischen Gründen nicht vermeiden lässt⁷⁸.

Ca. 20% der Bevölkerung Israels sind israelische Palästinenser_innen, die israelische Staatsbürger_innen sind, obwohl sie keiner jüdischen Religionsgemeinschaft angehören. Diese für Israel mit seinem religiös geprägten Staatsbürgerschaftsrecht ungewöhnlichen Staatsbürger_innen sind das Ergebnis der Staatengründung 1948 und der daraus resultierenden Konflikte bzw. Kriege (Schreiber/Wolffsohn 1996:152ff). 1948 flohen etwa 600.000 bis 800.000 Palästinenser_innen aus dem neu zu gründenden Staatsgebiet Israels, es blieben ca. 160.000 Palästinenser_innen zurück, welche im Laufe der Zeit und unter zum Teil großen beiderseitigen Problemen die israelische Staatsbürgerschaft erhalten haben (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1996:152ff; vgl. Tessler/Grant 1998:98; vgl. Yiftachel 2000:736; vgl. Smoocha 2004:6).

Das große Bevölkerungswachstum ließ die Zahl der palästinensischen Israelis mit den Jahren von ca. 160.000 auf ca. 1,3 Millionen, also auf 20% der gesamten Bevölkerung Israels, deutlich ansteigen. Die palästinensische Minderheit unterscheidet sich durch Kultur, Religion, Sprache und Lebensweise deutlich von der jüdischen Mehrheitsbevölkerung. Der größte Anteil der palästinensischen Israelis sind Muslime (82%), Christen und Drusen stellen mit (9,3%) bzw. (8,7%) eine Minderheit in der Minderheit dar (vgl. Smoocha 2004:7). Jede dieser Gruppen mit unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten kann dabei unter-

⁷⁷ Zur Problematik der Begrifflichkeit vgl. Sa'di 2003:35-59. Weiterhin: The Arab Association for Human Rights 2004.

⁷⁸ Der Autor der Arbeit ist sich bewusst, dass bis heute die verschiedenen Varianten der Namensbezeichnung parallel benutzt werden. Trotzdem soll damit das Unbehagen an einigen Varianten ausgedrückt werden.

schiedliche Interessen vertreten. Für den weiteren Verlauf der Arbeit wird diese Minderheit trotz ihrer bestehenden Heterogenität nicht weiter ausdifferenziert, da es um den Umgang der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit der Rolle dieser Minderheit geht und die unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten und damit einhergehenden möglicherweise unterschiedlichen Interessen auf den hier dargestellten Prozess keine Auswirkungen haben.⁷⁹

Abfällig werden die palästinensischen Israelis auch in israelischen Debatten als „drittes Israel“ bezeichnet, da sie aufgrund von Benachteiligungen und Ausschlussprozessen die „unterste“ Schicht der israelischen Gesellschaft darstellen. Diese Benachteiligung lässt sich an einigen Indikatoren wie Erwerbsstruktur, Einkommen und Bildung im Vergleich zur askenasischen und teilweise sicherlich auch zur sephardischen⁸⁰ Bevölkerungsschicht verdeutlichen. Aufgrund der strukturellen Benachteiligung der palästinensischen Minderheit in Israel gilt diese Gruppe im Vergleich zu jüdischen – ausgenommen den ultra-orthodoxen - Israelis als politisch und ökonomisch massiv unterentwickelt (Tessler/Grant 1998:100). Die Bank of Israel veröffentlichte im Jahr 2012 eine Studie, die folgendes zeigt:

„Among Arabs and ultra-Orthodox Jews — the population groups among which poverty is particularly high — the incidence of poverty increased“ (Bank of Israel 2012:269).

⁷⁹ Über den Status und die Probleme der palästinensischen Minderheit in Israel gibt es eine große Bandbreite an unterschiedlichen Studien. Hier sind nur einige aufgezählt: Landau 1969; Zuriek 1979; Lustnick 1980; Smooha/ Peretz 1982; Klein 1987; Smooha 1990; Landau 1993; Rouhana 1997; Jamal 2007

⁸⁰ Die Begriffe "Aschkenasim" und "Sephardim" beziehen sich auf die Herkunft bzw. auf die Familientradition. "Aschkenasim" (auch ein Begriff für in Deutschland lebende Juden) sind jene Juden, die in Mittel- und Osteuropa lebten. "Sephardim" (u.a. auch ein Begriff für Juden aus Spanien) sind die Juden, die in West- und Südeuropa bzw. in den Mittelmeerländern lebten.

Table 8.1**Indicators of Inequality and Poverty, 2003 to 2011**

	2003	2004	2006	2008	2009	2010	2011
A. Inequality indices^a							
Gini Index	0.366	0.377	0.390	0.382	0.386	0.381	0.376
Ratio of income of the 90th percentile to income of the 10th percentile	5.759	6.541	6.541	6.538	6.738	6.808	6.639
Ratio of median income to average income	0.828	0.825	0.812	0.822	0.822	0.835	0.836
B. Poverty indices							
B.1 Relative poverty index^b							
Equivalentized poverty line ^b (NIS)	1,389	1,421	1,592	1,742	1,815	1,932	2,000
Equivalentized poverty line ^b in 2011 prices (NIS)	1,596	1,640	1,828	1,912	1,928	1,999	2,000
Number of poor households (thousands)	366	393	403	419	434	433	441
Incidence of poverty in households (percent)	19.3	20.3	20.0	19.9	20.5	19.9	19.9
Income gap ^c (percent)	30.5	33.3	33.8	34.2	35.5	35.8	34.7
B.2 Contribution of policy (taxes and transfer payments) to the reduction of the incidence of poverty among individuals							
	31.7	26.8	23.3	24.9	23.2	22.9	23.5
B.3 Incidence of poverty according to a fixed index^b - individuals (percent)							
	17.7	18.1	17.1	14.7	16.2	14.7	14.7
C. Selected groups							
C.1 Incidence of poverty according to the relative index among: (percent)							
Individuals	22.4	23.6	24.5	23.7	25.0	24.4	24.8
Children	30.8	33.2	35.8	34.0	36.3	35.4	35.6
Individuals belonging to households whose heads are aged 65/67 and above ^d	24.3	25.7	22.7	23.2	22.5	23.3	21.5
Individuals belonging to households whose heads are aged 55-65/67 ^d	15.1	13.1	12.4	13.2	13.0	12.5	13.4
Arabs	50.9	51.6	57.6	53.1	57.4	56.7	58.0
Ultra-Orthodox Jews ^e	48.1	57.4	57.2	60.4	58.5	56.7	58.1
Households with a single wage earner	18.6	20.8	23.4	23.1	24.9	25.7	25.9
Households with two wage earners	2.6	2.8	2.9	3.0	3.7	3.5	4.6
Households with no wage earners	42.0	43.6	41.3	43.4	41.8	40.5	40.0
C.2 Selected characteristics of households with and without workers							
Share of households with one wage earner among poor families	36.9	41.1	44.1	47.2	48.4	51.4	48.6
Share of households with two wage earners among poor families	3.9	4.1	5.9	6.3	7.6	7.4	10.2
Poverty gap among families with wage earners (percent) ^f	3.4	4.1	4.7	4.5	5.2	5.4	5.5
Poverty gap among families with no wage earners (percent) ^f	20.4	23.5	24.5	26.0	26.9	26.6	25.7

^a The inequality indices were calculated on disposable income per individual (equivalized).

^b The relative poverty line is calculated as half of the median income per individual (equivalized). The absolute poverty line is calculated in relation to the real poverty line in 1997.

^c The average gap between poverty line income and the income of poor individuals. This variable measures the intensity of poverty among poor people.

^d In light of the changes in the retirement age between 2004 and 2009, the data until 2008 refer to women aged 60 and men aged 65. From 2009 onward, the data relate to women aged 62 and men aged 67.

^e The ultra-Orthodox are identified by the question of whether the last scholastic institution of one of the family members was a post-secondary religious institution (yeshiva). This definition may provide extra weight to people who have learned only Jewish studies and tend less to participate in the labor force.

^f The average distance between the income of the entire population and the poverty line, where those who are not poor receive a value of 0. This variable measures the intensity of poverty among the entire population.

Source: Based on Income and Expenditure Surveys by the Central Bureau of Statistics.

Abbildung 3: Bank of Israel 2012:271

Deutlich wird hier, dass die ökonomische Benachteiligung der palästinensischen Israelis im Verlauf der Zeit nicht abgenommen hat. Ganz im Gegenteil lässt sich eine Steigerung der Armutsquote für palästinensische Israelis zwischen den Jahren 2003 bis 2011 von 50,9% auf 58% feststellen. Ebenso prob-

lematisch wie die ökonomische Situation ist es für diese Bevölkerungsgruppe, sich effektiv politisch zu organisieren, denn

„sehr gering ist die Durchlässigkeit für die palästinensische Minderheit [...]. Trotz formaler staatsbürgerlicher Gleichheit besteht bei zionistischen Organisationen und Parteien weitreichender Konsens, dass Israel ein jüdischer Staat ist, womit etwa die arabischen Parteien per se marginalisiert und bei Koalitionsbildungen ausgeschlossen werden.“
(Beck 2008:3)

Diese politische Segregation und strukturelle Diskriminierung, die der Sozialwissenschaftler Mathias Beck thematisiert, stellt für palästinensische Israelis ein immenses individuelles, aber auch kollektives Problem dar, da sie zwar formell, trotz ihrer nicht jüdischen Identität, Staatsbürger_innen des Landes Israel sind, ihnen aber gleichzeitig elementare Möglichkeiten zur Mitgestaltung entzogen bzw. vorenthalten werden (vgl. Smooha 1990; vgl. Yiftachel 2000; vgl. Sand 2014:445). Diese Debatte schließt an die in Israel kontrovers diskutierte Frage an, ob ein jüdischer Staat und demokratische Rechte⁸¹ vereinbar sind oder nicht. Der Rechtswissenschaftler Karayanni beschreibt die aus dieser Frage erwachsenden Probleme folgendermaßen:

„A state that defines itself as a Jewish state will necessarily undermine the rights of non-Jews and even Jews themselves if the Jewish nature of the state embodies principles that stand against their own personal ideals.“ (Karayanni 2007:346)

Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofes Aharon Barak charakterisiert den israelisch jüdischen Staat ebenso als einen Staat, dessen oberste Sorge die jüdische Besiedlung seiner Felder, Städte, und Dörfer ist (Sand 2014:436f). In diesem Kontext werden jene 20% der Bevölkerung nicht eingeschlossen, ganz im Gegenteil: Es wird, so thematisiert Sand, beispielsweise die steigende jüdische Ansiedlung in Wehrdörfern in der Region Galiläa gegen den Widerstand palästinensischer Israelis als elementarer Bestandteil der Sorge des jüdischen Staates verstanden. Der israelische Historiker und Sozialwissenschaftler Sand zieht daher einen vernichtenden Schluss bezüglich des jüdi-

⁸¹ Beispielhaft sind hier einige Monographien und Artikel zu diesem Themenkomplex aufgeführt: Smooha 1984; Smooha 1990: 389-413; Smooha 1997: 198-241; Yiftachel 1997:505-519; Ganim et al. 1998:253-267; Yiftachel 1999:364-390; Smooha 2001; Smooha 2002:475-503; Yiftachel 2006; Waxman/Peleg 2008:55-73; Ghanem 2011:21-27

schen Nationalismus, der seiner Auffassung nach die israelische Politik dominiert, betrifft. Sand kommt zu dem Urteil, dass durch „eine [verwehrte] aktive und harmonische Teilhabe der Minderheit an der Souveränität und an den demokratischen Prozessen, [...] jegliche Identifikation dieser Minderheit mit der Politik des Staates unmöglich“ (Sand 2014:445) gemacht wird. Sand benennt den Hegemon⁸² der israelischen Gesellschaft, den jüdischen Nationalismus, dessen Vertreter_innen bemüht sind jüdischen Interessen in den Vordergrund zu stellen und diese gegen andere Interessen durchzusetzen.

Zu vergleichbaren Schlüssen kommt die Or-Kommission, die die Aufstände palästinensischer Israelis aus dem Jahr 2000 untersuchte.⁸³ Der Vorsitzende Theodor Or, ein ehemaliger Richter des Obersten Gerichtshofs, schrieb:

„Die arabischen Bürger Israels leben in einer Realität, in der sie Diskriminierung als Araber erleben. Diese Ungleichbehandlung wurde in zahlreichen professionellen Umfragen und Studien dokumentiert und in Gerichtsbeschlüssen und Regierungsresolutionen bestätigt. Sie spiegelt sich auch in vielen offiziellen Berichten und Dokumenten wider. Die jüdische Bevölkerungsmehrheit ist sich dieser Diskriminierung oft kaum bewusst, doch für die Einstellungen und Gefühle der arabischen Bürger spielt sie eine zentrale Rolle. Sowohl im arabischen Sektor als auch außerhalb ist diese Diskriminierung weitgehend verbreitet und ist nach offiziellen Einschätzungen eine wesentliche Quelle der Verärgerung.“ (Or 2006:33)

In seinem Bericht weist Or mehrfach darauf hin, dass die Ungleichbehandlung eine der Hauptursachen für aufbrechende Gewalt sei und der israelische Staat an den Zuständen zumindest in seinem Nicht-Handeln mitverantwortlich gemacht werden könne. Dies führt zu einem weiteren wichtigen Merkmal palästi-

⁸² Mit dem Begriff der Hegemonie wird in Anschluss an Antonio Gramsci ein Typus von Herrschaft benannt, der im Wesentlichen auf der Fähigkeit sozialer Kräfte basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen. Dies geschieht in der Regel nicht mit offenem Zwang, sondern über Kompromisse und gesellschaftliche Konsense im Sinne allseits geteilter Auffassungen über die grundlegende Entwicklungsrichtung der Gesellschaft (siehe hierzu: Gramsci 1991:101f.; Gramsci 1991:490; Gramsci 1991:1560; Haug 2004; Scherrer 2007; Buckel/Fischer-Lescano 2007; Merkens/ Díaz 2007; Becker et al. 2014:19-35).

⁸³ Auslöser für die Ausschreitungen, die in der Nacht zum Jom-Kippur-Fest am 8. Oktober 2000 begannen, waren Aktionen von Kommandoeinheiten der Polizei und Scharfschützen in Nazareth, die innerhalb weniger Tage dreizehn Araber (zwölf von ihnen israelische Bürger, einer aus den besetzten Gebieten) töteten. Der damalige Chef der Regierung Ehud Barak, Polizeiminister Schlomo Ben-Ami und Innenminister Haim Ramon gaben als Grund für den Einsatz damals unisono an, man hätte gegen die Blockade einer Hauptstraße einschreiten müssen.

nensischer Israelis: Der doppelten Identität. Einerseits haben sie die israelische Staatsbürgerschaft inne, andererseits der Zustand, palästinensische Minderheit im israelischen Staat zu sein. Sie werden demnach weder als vollwertige bzw. gleichberechtigte Bürger_innen Israels, noch als Palästinenser_innen betrachtet. Dies spiegelt sich auch in ihrer Selbstdefinition bzw. darin, wie sie sich selbst in der israelischen Gesellschaft sehen, wider. Politisch und rechtlich sind sie trotz aller Einschränkungen Bürger_innen Israels.

Table 3. Arabs' Self-Identity (percent)

	2003	2004	2006	2007	2008	2009
Most important personal identity						
Israeli citizenship	29.6	24.1	19.7	20.5	19.4	19.8
Religion	48.2	47.6	55.0	46.3	50.4	46.6
Palestinian people	18.8	25.9	23.9	32.1	29.2	32.0
Self-identity						
Arab, Israeli Arab, Arab in Israel, Israeli	53.0	45.1	0.9	41.6	39.6	39.6
Israeli Palestinian, Palestinian in Israel, Palestinian Arab in Israel	45.5	45.0	54.0	41.6	43.3	42.1
Palestinian, Palestinian Arab	5.5	8.6	8.5	15.5	16.4	17.5

Abbildung 4: Arabs' Self-Identity (Smootha 2010:18)

Wie man mit Hilfe der von Smootha erstellten Tabelle nachvollziehen kann, haben sich die Identitätsbezüge der palästinensischen Bevölkerung Israels in relativ kurzer Zeit gewandelt. Die Befragten definierten ihre vorrangige Identität als palästinensisch, arabisch-palästinensisch, Palästinenser_in in Israel oder palästinensisch-israelisch. Dagegen nahmen im Zeitverlauf die Bezüge auf arabisch-israelische und israelische Identitätskonstruktionen ab. Diese Darstellung unterstreicht die zu Beginn des Kapitels angeführte Entscheidung, sich für die verbreitete eigene Bezeichnung zu entscheiden: Palästinensische Israelis. Eben diese diskriminierte Minderheit wird aktiv wie auch passiv ihren Anteil an der Veränderung des Gesichts der Organisation nehmen und im Prozessverlauf zur Projektionsfläche von möglichen Konfliktvermeidungsstrategien werden. Bevor allerdings die Haltung der Organisation und ihrer Aktiven zur Zusammenarbeit mit den palästinensischen Israelis herausgearbeitet werden kann, müssen zwei

Ereignisse mit ihren Auswirkungen vorgestellt und diskutiert werden. Beginnen wird der Anschlag von Nablus aus dem Jahr 1978.

5.2.2. Der Anschlag von Nablus 1978

Das Ereignis von Nablus⁸⁴ 1978 muss in Form eines Exkurses thematisiert und voran gestellt werden, da dieses Attentat mit all seiner Dramatik für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und besonders die beteiligten Freiwilligen ein einschneidendes Erlebnis war, dessen Folgen weit über das Jahr 1978 hinaus wirkten. Die Diskussionen, die im Anschluss an den zweiten Golfkrieg folgten, docken auf eine spezifische Weise auch an den Anschlag von Nablus an. Was war 1978 in Nablus geschehen, dass dieses Ereignis Einfluss auf Entscheidungsprozesse im Nachklang der Golfkriegskrise 1991 nehmen konnte?

Am 27. April 1978 strahlten die internationalen Medien die schockierende Nachricht aus, dass am Tag zuvor in Nablus ein Terroranschlag auf einen Bus mit Friedensdienstler_innen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste verübt worden sei. Ein junger offensichtlich aufgebrachter Mann in olivgrüner Jacke warf durch das geöffnete Busfenster einen Sprengsatz in den Bus (vgl. Kammerer 2008a:159; vgl. Legerer 2011:223f). Der Freiwillige Daniel Gaede kann den metallischen Gegenstand genau erkennen. Eine junge Frau hat vermutlich versucht, die mit Nägeln gefüllte Bombe noch aus dem Bus zu werfen, sie reißt ihr die Hand ab. Dunkelheit verschlingt Daniel Gaede, denn in der Bombe befindliche Metallstücke bohren sich in seinen Kopf und zerstören seine Augen. Ein weiterer Freiwilliger, Heiner Bludau, ist zum Zeitpunkt der Explosion bereits auf dem Weg nach draußen. Herumfliegende Nägel und Splitter durchbohren seine rechte Körperseite und perforieren dabei seine Lunge. Hanna Lehming flieht aus dem zerstörten Bus, über den sterbenden Bruder von Daniel Gaede hin-

⁸⁴ Einschränkung muss an dieser Stelle betont werden, dass Nablus nicht in Israel, sondern in den Gebieten des Westjordanlandes und somit im Bereich der heutigen Palästinensischen Autonomiebehörde liegt und auch nicht zum eigentlichen Aktionsgebiet der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gezählt wird. Kritisch ist in Nablus der Umstand, dass sich im gesamten Distrikt bis heute vierzehn jüdisch-israelische Siedlungen entwickelt haben und Nablus somit aus Sicht der Konfliktparteien damals wie heute stark umkämpft ist. In diesem von Israel besetzten Gebiet ist die Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste traditionell nicht aktiv (https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsätze_Israelarbeit_September_1991.pdf). Die Organisation konzentriert sich auf die Arbeit im heutigen völkerrechtlich anerkannten Israel.

weg, der kurz darauf den Folgen der Detonation erliegt. Bernhard Krane, späterer Israel-Referent der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, läuft, kaum hat er den rauchenden Bus verlassen, wieder zurück, sein Ziel ist es, nach Überlebenden zu suchen. Die verstorbene junge Frau identifiziert er nur an ihrem blauen Kibbuz-Hemd, welches sie an diesem Tag getragen hat. Gemeinsam mit zwei anderen Freiwilligen trägt er die Leiche nach draußen (<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablus-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/>; <http://www.zeit.de/1978/19/israel-bombenanschlag-auf-deutsche-reisegruppe>).

Daniel Gaede, Heiner Bludau, Hanna Lehming und Bernhard Krane gehörten einer Gruppe von 34 jungen Deutschen an, die wenige Stunden zuvor in Nablus, einer palästinensischen Stadt im israelisch besetzten Westjordanland, Halt gemacht hatten. Der Halt in Nablus sollte der Abschluss eines Ausflugs in den Norden Israels, in den Bereich der besetzten Gebiete werden (Kammerer 2008a:159f; Legerer 2011:223f). Stattdessen wird er zum Altraum mit zwei Toten und fünf teils schwer Verletzten, zum Altraum einer Gruppe und für einige zur treibenden Kraft ihres Lebens. Insbesondere Bernhard Krane sollte auf die Israelarbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste als langjähriger Israel-Referent einen großen Einfluss nehmen und zu einer der Persönlichkeiten werden, die sich deutlich im Konflikt zwischen „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ positioniert haben. Daher wird im folgenden ersten Schritt seine Positionierung unter Berücksichtigung der Geschehnisse dargestellt, um in einem nächsten Schritt die Position eines Freiwilligen der Golfkriegszeit herauszuarbeiten. Dabei wird deutlich, inwiefern beide Ereignisse korrespondieren und gekoppelt zu betrachten sind.

5.2.2.1. Auswirkungen von Nablus

Wie reagiert Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf den Anschlag von Nablus? Zuvorderst reagiert die Organisation natürlich mit Schrecken auf den Tod ihrer Freiwilligen und die zum Teil Schwerverletzten. Noch am Abend des 26. April versammeln sich Mitarbeiter_innen und Vorstandsmitglieder in Berlin und versuchen, in ersten Gebeten und mit Hilfe des einsetzenden Krisenmanagements den Schrecken zu erfassen (Kammerer 2008a:160). Der damalige Israel-

Referent Heiner Holland erinnert sich und stellt die Hilflosigkeit dar, vor der Angehörige, aber auch Mitarbeiter_innen standen. Zugleich betonte er die Verbundenheit mit den Familien der Freiwilligen und das wachsende Bewusstsein, dass auch die Familien zum Kreis derer dazu gehörten, die sich der Gewalt entgegengestellten und nun von ihr, in Form des Anschlages auf die Angehörigen, brutal eingeholt wurden (Kammerer 2008a:160). In der Traueranzeige für die beiden Toten des Anschlages formuliert Aktion Sühnezeichen Friedensdienste dann auch den Wunsch, dem Tod einen Sinn abzurufen und das Sterben der beiden Freiwilligen als ein Zeichen fortwirkender Versöhnung anzunehmen (Kammerer 2008a:161). Erkennbar wird der tiefe Wunsch, dem Anschlag einen Sinn, eine Lehre abzurufen und diese sinnvoll in die Arbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel zu integrieren. Letztlich wird im Jahr 2003 in einer Sonderausgabe der Vereinszeitung das bittere Fazit gezogen: Es gibt keine Lehre aus dem Attentat von 1978 (Kammerer 2008a:161).

Doch wird der Anschlag von Nablus auf seine eigene Art und Weise der Subtext der zukünftigen Arbeit sein. Eine ständige Mahnung, ja Warnung, die Interessen beider Parteien zu beachten. Der Anschlag spielte besonders dann eine Rolle, wenn über die Arbeit in palästinensischen Projekten gesprochen und debattiert wurde. Zusätzlich nahm der Verein in seiner Nahosterklärung von 2002 den Anschlag explizit in seine Begründung für die aktive Arbeit mit der palästinensisch-israelischen Bevölkerung auf:

„Spätestens seit dem Anschlag auf einen Bus mit ASF Freiwilligen in Nablus 1978, bei dem zwei unserer Freiwilligen ermordet wurden, ist nachvollziehendes Gespräch und die Begegnung mit der israelisch-palästinensischen Bevölkerung integraler Teil unserer Arbeit geworden.“
(https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASFNahosterklaerung_Februar_2002.pdf)

Unklar bleibt an dieser Stelle, was unter einem nachvollziehenden Gespräch konkret zu verstehen ist. Vermutlich wird darunter das Wahrnehmen und Würdigen der Erfahrungen der palästinensisch-israelischen Bevölkerung in Gesprächen und Begegnungen verstanden. Grundsätzlich fühlt sich die Organisation diesem Papier zufolge seit 1978 verpflichtet, den Dialog und die Begegnung mit der israelisch-palästinensischen Bevölkerung aufzunehmen und zu stärken und

diese Aspekte aktiv in ihre Arbeit zu integrieren. Auf die erwähnte Nahosterklärung aus dem Jahr 2002 wird zu einem späteren Zeitpunkt der Arbeit im Kontext der Ereignisse des zweiten Golfkrieges noch einmal zurückzukommen sein. Kritisch ist hier der Umstand, dass die Organisation sich ganz offensichtlich erst zu öffnen beginnt, nachdem sich „palästinensische Terroristen“ zu gewalttätigen Aktionen entschlossen haben. Überspitzt formuliert haben sich die „palästinensischen Terroristen“ in das Bewusstsein der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gebombt. Analog hierzu lässt sich ein Vergleich mit der deutschen (Außen-)Politik und ihrem Verhältnis zur palästinensischen Bevölkerung ziehen.

Wurden die Palästinenser_innen bis zum Sechs-Tage-Krieg⁸⁵ im Juni 1967 lediglich als „arabische Flüchtlinge“ bezeichnet,⁸⁶ führte ihre aus dem Krieg resultierende Vertreibung durch die israelische Besatzung und die späteren Vorgänge des „Schwarzen September“⁸⁷ in Jordanien im Jahr 1970 zu einer verstärkten Wahrnehmung einer bereits aktiven palästinensischen nationalen Bewegung. Der Anerkennungsprozess dieser „neuen“ nationalen Bewegung verlief auf Ebene der Staaten der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)

⁸⁵ Der Sechstagekrieg war im Kern die Fortsetzung des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948/49 und des Suezkrieges 1956. Das Ziel der arabischen Nachbarn war gleich geblieben: die Vernichtung des jüdischen Staates. Die Jahre seit dem Suezkrieg waren von Grenzzwischenfällen geprägt. Der Konflikt wurde im Zeitraum zwischen dem 5. bis zum 10. Juni 1967 ausgetragen. Er war ein Teilaspekt des Nahostkonfliktes (vgl. Steininger 2007:33ff). Die unmittelbaren Auslöser des Krieges waren die ägyptische Sperrung der Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt, welche für die israelische Ökonomie von nicht unerheblicher Bedeutung war. Ebenso spielte der von Nasser erzwungene Abzug der UNEF-Truppen vom Sinai und ein ägyptischer Aufmarsch von 1000 Panzern und fast 100.000 Soldaten an den Grenzen Israels eine bedeutende Rolle bei der Entstehung der Konfliktdynamik. Der eigentliche Krieg begann am 5. Juni mit einem Präventivschlag der israelischen Luftstreitkräfte gegen ägyptische Luftwaffenbasen, womit einem befürchteten Angriff der arabischen Staaten zuvorgekommen werden sollte. Der Nachbarstaat Jordanien, der am 30. Mai 1967 einen Verteidigungsvertrag mit Ägypten geschlossen hatte, griff daraufhin unmittelbar Westjerusalem und Netanja an. Am Ende des Krieges kontrollierte Israel den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, das Westjordanland und Ostjerusalem. Der Ausgang des Krieges beeinflusst die Geopolitik der Region bis zum heutigen Tag; unter anderem durch die seit Jahrzehnten aufrechterhaltene Besatzungspolitik und den von palästinensischer Seite bis in die Gegenwart geführten Kampf geben eben diese Politik (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1989a:193ff; vgl. Steininger 2007:33ff).

⁸⁶ Vgl. hierzu auch den Wortlaut der UNO-Resolution 242.

⁸⁷ Als „Schwarzer September“ wird der jordanische Bürgerkrieg bezeichnet; der in den Jahren 1970–1971 zwischen den jordanischen Sicherheits- und Streitkräften des damaligen Königs auf der einen und palästinensischen Guerillas mit Unterstützung syrischer Truppen auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Der Bürgerkrieg war u.a. ein Ergebnis der Streitigkeiten zwischen der Führung der PLO und des Herrscherhauses von Jordanien. Die Gefechte endeten mit der Vertreibung der palästinensischen Organisationen aus Jordanien und der Neugründung einer Terrororganisation, die sich „Schwarzer September“ nannte und u.a. maßgeblich für das Attentat in München verantwortlich gemacht wird.

ebenso schleppend wie auf staatlicher Ebene der Bundesrepublik Deutschland.⁸⁸ In den Dokumenten der Zeit wurde von einem konkret noch auszuhandelndem Rückkehr- und Entschädigungsrecht der „arabischen“, nicht aber „palästinensischen“ Flüchtlinge gesprochen. Die Palästinenser_innen bleiben ganz dem damaligen Zeitgeist als eigenständige Bevölkerungsgruppe entsprechend unerwähnt. Diese Vernachlässigung bzw. Nichtwahrnehmung der palästinensischen Komponente in Israel und in den besetzten Gebieten änderte sich für Deutschland abrupt mit dem Anschlag von München⁸⁹ im September 1972. An dieser Stelle ebenfalls überspitzt formuliert hatte sich die bis dato in der Öffentlichkeit nahezu unbekannte Untergrundorganisation, stellvertretend für die palästinensische Nationalbewegung (PLO)⁹⁰, in das Bewusstsein der deutschen, der Weltöffentlichkeit gebombt. Diese Schreckenstat kann ebenso wie der Anschlag von Nablus als Versuch gesehen werden, der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, dass die Palästinenser_innen nicht mehr nur eine anonyme zu vernachlässigende Flüchtlingsgruppe darstellten, sondern im Laufe der Zeit eine eigene Identität entwickelt hatten und gewisse politische Zielvorstellungen besaßen, welche nicht dauerhaft national wie international ignoriert werden konnten.

Doch welche Wirkungen abseits der offiziellen Darstellung und der Einbettung in das Programm in Form einer Legitimationsgrundlage für die Arbeit abseits jüdisch-israelisch dominierter Projekte hat der Anschlag von Nablus entfaltet?

⁸⁸ Zur Konstruktion und Bildung der palästinensischen Nation (vgl. Ronen 1979)

⁸⁹ Das „Attentat von München“ bezeichnet den Anschlag vom 5. September 1972 auf das Wohnquartier der israelischen Mannschaft während der Olympischen Sommerspiele in München. Dabei stürmten acht bewaffnete Mitglieder der Terrororganisation „Schwarzer September“ die Unterkunft und nahmen elf der israelischen Mannschaftsmitglieder als Geiseln, um die Freilassung von 232 Palästinensern aus israelischen Gefängnissen sowie die Freilassung der deutschen RAF-Terroristen Andreas Baader und Ulrike Meinhof sowie des japanischen Terroristen Kōzō Okamoto zu erpressen. Die Geiselnahme von München endete mit einer gescheiterten Geiselbefreiung durch die Polizei und insgesamt 17 Toten.

⁹⁰ Die am 2. Juni 1964 auf der ersten Gipfelkonferenz der Arabischen Liga gegründete Palästinensische Befreiungsorganisation (arabisch *منظمة التحرير الفلسطينية* al-Munazzamat at-Taḥrīr al-Filasṭīniya), kurz PLO (engl. Palestine Liberation Organization) ist eine Dachorganisation verschiedener nationalistischer Fraktionen, die die Vertretung aller Palästinenser_innen, auch der im arabischen und im nichtmuslimischen Exil, anstrebt. Die PLO wurde nicht aus dem palästinensischen Widerstand heraus gebildet, sondern wurde durch die Arabische Liga unter der Schirmherrschaft des ägyptischen Präsidenten Nasser gegründet. Die PLO war eine Reaktion auf die wachsende Unruhe in den Flüchtlingslagern und sollte eine politische Geste der Unterstützung darstellen. Unter den Fraktionen der PLO ist die Fatah die bis heute wichtigste und mächtigste Gruppe, welche bereits 1964 bewaffnete Aktionen in Israel durchführte (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1996:190ff).

Die Tatsache, dass ein Opfer des Anschlags später zum Israel-Referenten von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wurde, legt die Vermutung nahe, dass der Anschlag auf Friedensdienstler_innen über eine Generation Freiwilliger hinaus eine dauerhafte Wirkkraft innerhalb der Organisation entwickelte. Die Erinnerung und das Gedenken an den Anschlag von Nablus werden von der Organisation gepflegt und vor dem Vergessen bewahrt. So begleitet dieses Ereignis die Organisation ab 1978 bis in die Gegenwart. Mit Blick auf die eben skizzierten Entwicklungen werden anschließend die Reaktionen der jüdischen Partner_innen auf den Anschlag von 1978 dargestellt und kritisch diskutiert. Das darauf folgende Kapitel thematisiert die Wahrnehmung der Freiwilligen.

5.2.2.2. Reaktionen der jüdischen Partner_innen

Wie reagierten die jüdischen Partner_innen auf den Anschlag von Nablus 1978? Die Gruppe war auf Einladung eines jüdisch-israelischen Friedensaktivisten im Norden Israels und den angrenzenden Gebieten unterwegs (Legerer 2011:223f). Zu allererst war die Reaktion der jüdisch-israelischen Verantwortlichen von verständlichem Mitgefühl und Trauer getragen, sie drückten ihre Bestürzung über den Tod zweier junger Menschen aus. Die Äußerung des damaligen Jerusalemer Bürgermeisters und Sühnezeichen Unterstützers Teddy Kollek auf dieses Attentat drücken allerdings auch gleichzeitig sein Unverständnis für das von christlicher Seite geäußerte Verständnis um die Täter aus:

"Leider neigen europäische Länder, unter ihnen auch die Bundesrepublik, dazu, für diese Verbrecher Verständnis zu zeigen. Diesmal haben die Terroristen unschuldige deutsche Kinder ermordet, die nach Israel kamen, um humanitäre Hilfe zu leisten."
(<http://www.abendblatt.de/archiv/1978/article202135823/Versoehnung-bleibt-unser-Ziel.html>)

Auf der einen Seite äußert Kollek hier das Entsetzen über die begangene Tat, aber zugleich auch die politische Hoffnung, dass nun auch die europäischen Länder und ihre Vertreter_innen klare Stellung gegen die palästinensischen Interessen zu Gunsten israelischer Interessen beziehen würden. Der Hinweis auf das Verständnis für etwaige Täter enthält auch die Aufforderung, sich entschlossener an die Seite Israels zu stellen. Dabei wird die Frage nach der Dramatik der Lebensumstände der palästinensischen Bevölkerung und der daraus

resultierenden Gewalt vollständig ausgeblendet. Die Frage nach der Ursache der Gewalt wird nicht gestellt, vielmehr wird hier die Gewalt der Gegenseite für eigene politische Zwecke instrumentalisiert und zur Mobilisierung der eigenen Bündnispartner herangezogen.

Wahrgenommen wird dagegen, den Darstellungen des Journalisten Matthias Bertsch folgend, der sich auf die Beschreibung der damaligen Situation von Bernhard Krane bezieht, ein Unbehagen an der Anteilnahme für den Täter.

"Es gibt auch eine Fürbitte, die nimmt auf den Täter Bezug, auf den Terroristen und bittet auch für ihn, für seine Familie und für ihn, der jetzt verzweifelt ist und sicher auch Angst hat. Das war aus tiefstem Herzen gesprochen, aber es war kaum zu ertragen für die meisten jüdischen Projektpartner, und das stand dann am anderen Tag dann auch gleich in Deutschland in der Zeitung."
(http://www.deutschlandradiokultur.de/suehne-statt-versoehnung.1278.de.html?dram:article_id=192120)

Die Darstellung offenbart die Diskrepanz zwischen jüdischen Partner_innen und christlicher Glaubensauffassung, welche Vergebung erwartet und in der Folge auch den Täter mit einzubeziehen versucht. Diese Haltung können Teile der jüdisch-israelischen Seite, dieser Darstellung folgend, nicht mittragen und ertragen, obwohl in diesem Fall die Opfer deutscher Nationalität und christlichen Glaubens waren. Der Hinweis auf die mediale Darstellung der Differenzen verdeutlicht den Druck, der durch die Öffentlichkeit entsteht. Die Vorstellungen über den richtigen Umgang mit der Erfahrung aus solchen Ereignissen differieren ganz offensichtlich und führen zu Auseinandersetzungen zwischen Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und jüdischen Partner_innen. Insofern lässt sich die Konstellation der Gegensätze auch als Subtext der nachfolgenden Israelarbeit verstehen bzw. deuten, begleitet die Organisation doch spätestens seit Ende der 60er der bereits vorgestellte Flügelstreit in die Gegenwart.⁹¹

Im Zuge der Trauerfeierlichkeiten zeigen sich grundlegend unterschiedliche Haltungen innerhalb der Organisation selbst, aber auch zwischen den Partner_innen. Die Haltung der jüdisch-israelischen Partner_innen spiegelt die Erwartungshaltung einiger Aktiver der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wieder, die sie an ihre jüdischen Partner_innen setzen. Es wird darauf verwiesen,

⁹¹ Sie hierzu Kapitel 5.1. über die Anfänge der Flügelstreitigkeiten.

dass Teile der jüdischen Unterstützerkreise der Organisation die Arbeit in rein palästinensisch-israelischen Projekten nicht nachvollziehen könnten. Und die

„Freunde der Organisation protestieren mit Nachdruck. Der Auftrag von Aktion Sühnezeichen bestehe ja wohl nicht darin, nach der palästinensischen Bombe plötzlich die Israelis zu belehren und sich in den Nahostkonflikt einzumischen, lautet der Vorwurf.“
(<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablus-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/>)

Diese Aussage offenbart eine der Problematiken von Nablus. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit ihrem damaligen Anspruch, die Erfahrung, inklusive der Erfahrungen der Täter, in einen Gewinn für die Zukunft zu transformieren und somit den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen steht einem exklusivem Anspruch der jüdisch-israelischen Partner_innen der Organisation gegenüber, welche deutlich den historischen Auftrag der Versöhnungsarbeit zwischen deutschen Nichtjuden und der jüdischen Bevölkerung, in diesem Fall in Israel, thematisieren und zugleich verdeutlichen, welche Grenzen der deutschen Kritik an Israel historisch begründet einzuhalten seien. Im konkreten Fall werden die Erinnerung an die Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten und das Sühnezeichen-Motiv instrumentalisiert, um einer Einmischung von deutscher Seite zuvorzukommen.

Bevor mit der Darstellung der Ereignisse um den Golfkrieg 1991 herum fortgegangen wird, folgt erst die Analyse dessen, wie die Freiwilligen den Anschlag von Nablus wahrnahmen.

5.2.2.3. Wahrnehmung der Freiwilligen

Während Aktion Sühnezeichen Friedensdienste bemüht war, den Schrecken der Ereignisse in Nablus produktiv zu deuten, konnten Teile der jüdischen Partner_innen der Predigt bei der Trauerfeier bzw. ihrer Aussage nicht folgen und empfanden diese als Angriff auf ihre Perspektive. Der Schock im Anschluss an das Attentat war groß - aber zugleich begann bei einigen Aktiven der Organisation ein Nachdenken über das „Warum“ des Anschlags. Die Predigt in Jerusalem wenige Tage nach dem Anschlag hielt der damalige Leiter von Aktion Sühnezeichen in Israel, der evangelische Pfarrer Jürgen Stache (Kammerer

2008a:160). Ein Interviewpartner beschreibt, welche Schlüsse er aus dem Anschlag gezogen hat:

„Aber die Lehre aus dem Terroranschlag wäre ja dass alle gewaltfrei sind. (...) Ich kann da gar keine Lehre draus ziehen. Ich würde eher sagen das ist tragisch und keine Lehre da drin.“ (HM 351-353)

Erkennbar wird hier, dass der Interviewpartner selbst Jahrzehnte später in der Retrospektive keinen Sinn im Anschlag von Nablus erschließen kann. Die Lehre der Gewaltfreiheit leuchtet im Kontext der Erzählung zwar auf, wird aber gleich wieder als Träumerei verworfen. Trotzdem zieht er wenige Minuten später im Interview doch eine Lehre aus der Geschichte und beschreibt wie ihn dieses Ereignis beeinflusst hat:

„[...] ich registriere nur dass Armee in der Nähe ist, fühle ich mich persönlich sicherer. (kurze Pause) Aber weiß dass ich damit ein Stück (kurze Pause) israel/, israelisiert bin, was nicht unbedingt hoffnungsvoll ist. So aber das sind so wirkliche Widersprüche. Das ist eigentlich die ganze Quintessenz der ganzen Erfahrung mit Israel, das ist alles widersprüchlich.“ (HM 353-358)

Was hat der Anschlag von Nablus und die Zeit danach im Kontext der jahrelangen Arbeit mit/ in Israel ausgelöst? Auf den ersten Blick deutlich wird die Veränderung der Wahrnehmung von militärischem Personal im Alltag, die man ihm folgend als eine Form der „Israelisierung“ bezeichnen könnte: Die schnelle Gewöhnung an militärische Alltagsbegegnungen. Jener Aspekt, den der Interviewpartner also „Israelisierung“ nennt, beschreibt einen Anpassungsprozess an wahrgenommene „israelische Realitäten“ in denen das Militärische zum Alltag gehört. Diesen Prozess beschreibt auch eine andere Freiwillige, Laura Schmitz, die 2002/2003 ihren Freiwilligendienst in Israel absolviert hat und der bis heute herrenloses Gepäck sofort auffällt. Auch sie hat sich rasant an die Omnipräsenz von Waffen im Alltag gewöhnt (vgl. LS 522-526). Dieser Prozess lässt sich als Habituation⁹² bezeichnen, da der wahrgenommene Reiz des omnipräsent erscheinenden militärischen Personals sowie Materials verarbeitet

⁹² Habituation im eigentlichen Wortsinne meint lediglich eine Gewöhnung an vormals unangenehme oder ungewöhnliche Begebenheiten. Eine frühe Studie zum Nachweis von Habituation bei Menschen publizierte 1925 der Kinderarzt Albrecht Peiper. Er stellte fest, dass Neugeborene bereits wenige Minuten nach der Geburt auf akustische Signale mit Körperbewegungen reagieren. Seine Beobachtungen zeigten dass Reaktionen auf eine Hupe umso schwächer ausfielen, je öfter das Neugeborene den Lauten ausgesetzt worden war (vgl. Peiper 1925).

wird, aber mit wiederholtem Auftreten immer schwächere Reaktionen bei der Person auslöst (vgl. Lumer 1999).⁹³ Habituation basiert nicht auf Prozessen der bewussten Erziehung, sondern erfolgt durch eine Vielzahl von unbewussten Prozessen, die im Alltag ablaufen. Das zentrale Moment der Habituation im Kontext dieser Arbeit ist das Vertraut werden mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der einsetzende Gewöhnungsvorgang, welcher zu einer Anpassung der Reaktion auf jene Wirklichkeit führt (vgl. Poth et al. 2008:143). Das Ergebnis dieser Prozesse umfasst jene „Israelisierung“, die der Interviewpartner bei sich selbst feststellt.

Zugleich verweist seine Aussage auf ein Israelbild, welches eng mit militärischem Personal und einer großen Widersprüchlichkeit der Positionen und Vorstellungen verknüpft wird. Die große Widersprüchlichkeit wird offensichtlicher, wenn man bedenkt, dass ein ehemaliger Wehrdienstverweigerer sich über die Anwesenheit militärischer Kräfte freut. Diese Verschiebung in der Wahrnehmung nimmt der Interviewpartner in der Retrospektive selbst als erschreckend wahr und erkennt, dass er über die Jahre seiner Arbeit in/ für Israel und die Ereignisse in Nablus einen massiven Wandel seiner Persönlichkeit durchlaufen hat:

„Ich nehme die Armee heute ganz anders wahr. Also wenn ich durch Jerusalem laufe und sehe Soldaten in der Ecke stehen. Dann empfinde ich das nicht mehr als Provokation, ich empfinde das als beruhigend. Das ist erschreckend selber fest zu stellen. Aber das ist ne Prägung dieses Landes.“ (HM 338-342)

Die individuelle Wahrnehmung des militärischen Personals und Materials hat sich über die Zeit massiv gewandelt. Aus Ablehnung wird Zuneigung, die Erfahrungen des Anschlags verändern das Bild des Militärs und seiner Aufgabe dauerhaft. Er weist dem Anschlag keinen in die Organisation passenden Sinn zu und versucht auch nicht, ihn für die Arbeit in Israel fruchtbar zu machen. Mit seiner Positionierung in Bezug auf den Anschlag unterscheidet er sich von anderen Überlebenden des Anschlags von 1978.

⁹³ Vergleichbare Erfahrungen hat der Autor selbst während seines Aufenthaltes in Israel sammeln können. Mehrfach finden sich im Feldtagebuch Einträge, die dieses Phänomen thematisieren. Was zu Beginn noch in seinem militärischen Auftreten erschreckend und verstörend wirkte, wurde mit der Zeit alltäglich und erfuhr kaum noch Beachtung.

Vom Krankenbett aus gab der vorerst erblindete Daniel Gaede, der seinen Bruder verloren hatte, ein Interview, in dem er klar hervorhebt, dass eine Bestrafung des Täters nichts ändern würde und er nicht hassen wolle und er

„[...] findet, Aktion Sühnezeichen müsse zu der Besetzung Position beziehen – obwohl die Organisation in Israel für eine Aussöhnung mit den Juden arbeitet. Auch als Opfer des palästinensischen Terrors weigert er sich, sich ohne weiteres mit der israelischen Seite zu identifizieren.“ (<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablus-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/>)

Die angesprochene Identifizierung mit der israelisch-jüdischen Seite auf Basis des Schreckens von Nablus kommt für Daniel Gaede nicht in Betracht. Der Anschlag übernimmt in der Wahrnehmung des Freiwilligen die Funktion des Weckrufs und wird damit als Zeichen gedeutet, das zum Frieden mahnt, aber auch daran erinnert, dass Ungerechtigkeiten nicht für eine Aussöhnung „mit den Juden“ einfach unwidersprochen hingenommen werden dürfen. Die Vorstellung, dass ein Opfer eines palästinensischen Anschlags sich quasi automatisch an die Seite der jüdisch-israelischen Vertreter_innen gezogen fühle, ist allerdings auch auf den ersten Blick nicht unwahrscheinlich. Die Äußerung des damaligen Jerusalemer Bürgermeisters Kollek zum Anschlag in Nablus enthält genau solch eine kaum verdeckte Aufforderung zu verstärkter Solidarität mit Israel auf Basis des Schreckens. Allerdings: Trotz aller Wahrscheinlichkeit nach einem solchen Ereignis zu einer Solidarisierung über bestehende Verhältnisse hinaus zu neigen, zeigt die unterschiedliche Einordnung der Ereignisse und die daraus resultierenden Einschätzungen dieser zwei Freiwilligen, dass eine solche Vereinnahmung längst keinem Automatismus unterliegt. Der einzelne Mensch besitzt auch in einer solchen Situation die Agency⁹⁴ und ist nicht alleiniges Opfer bestehender Strukturen.

Im Mittelpunkt steht nun eine weitere Freiwillige der Zeit: Hanna Lehmig, heutige Pastorin, arbeitet als Beauftragte für den christlich-jüdischen Dialog und Nahostreferentin der Nordelbischen Kirche in Hamburg. Ihren Aussagen in einem Interview mit der Zeitschrift „Christ & Welt“ zufolge hat sie den Anschlag

⁹⁴ Agency ist die Fähigkeit von Individuen frei zu agieren und ihre eigenen freien Entscheidungen zu treffen. Im Kontrast dazu sind die Strukturen jene Faktoren (wie z.B. soziale Klassen, Religion, Geschlecht, Ethnizität, Gebräuche, Normen, Werte usw.), die Wahlmöglichkeiten der Akteur_innen eingrenzen oder limitieren (vgl. Barker 2005:448).

für sich selbst akzeptieren können. Allerdings hat sie als Reaktion auf Nablus nach eigenem Bekunden die palästinensische Sicht auf den Konflikt jahrzehntelang ausgeblendet. Ihr Interesse war es nicht, zu verstehen wieso ein Palästinenser eine Bombe in einen Bus wirft (<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablus-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/>). Sie hat sich stattdessen an das jüdisch-israelische Narrativ gehalten, bis 1998 ein palästinensischer Aktivist aus Hamburg an sie herantrat und vorschlug, gemeinsame Veranstaltungen über den Nahen Osten zu organisieren. Bei all dem sei ihr bewusst gewesen, dass sie dort mit Kritik an Israel konfrontiert werden würde und sie sei nicht sicher gewesen, ob sie diese Kritik an sich heranlassen wollte. Schließlich begann sie gemeinsam mit dem palästinensischen Aktivistin Veranstaltungen zu organisieren und in der Rückschau sagt sie, dass sie im Rahmen der Tätigkeiten viel gelernt habe (<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablus-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/>).

Die Erzählung der früheren Freiwilligen verweist auf eine Strategie die, auch aus Gründen der Vereinfachung, bemüht ist, die palästinensisch-israelische sowie palästinensische Perspektive so weit wie möglich auszublenden. Die Geschehnisse in Israel werden bei einseitiger Perspektive vereinfacht wahrgenommen. Hanna Lehmgig hat Jahrzehnte benötigt, um sich der Position der Gegenseite zu öffnen.⁹⁵

⁹⁵ Fragwürdig ist in diesem Kontext ihre Tätigkeit in einem Umfeld, in dem man sich zwangsläufig mit diesen Thematiken auseinandersetzen muss und ihre zuvor jahrelang unhinterfragt gelebte pro-israelische Haltung.

5.2.2.4. Zwischenfazit

Im Verlauf der Zusammenstellung der verschiedenen Perspektiven auf den Anschlag von Nablus sind Gemeinsamkeiten, aber auch Differenzen sichtbar geworden. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste hat nach deutlichem Schock zügig begonnen, dem Anschlag einen Sinn in ihrem eigenen Deutungsschema zu zuweisen. Die Organisation versteht den Anschlag daher als ein Zeichen, das den Willen zur Versöhnung und zum Frieden verdeutlichen soll. Inklusive des Umstandes, dass die Organisation herausstellt, durch den Anschlag selbst offener für die Positionen sowie Interessen nicht jüdischer Israelis geworden zu sein. An dieser Stelle soll kritisch angemerkt werden, dass es geradezu tragisch ist, dass ein Anschlag ereignen musste, um einen solchen Öffnungsprozess zu initiieren.

Für Daniel Gaede dagegen ist der Anschlag ein Zeichen, seinen Pazifismus nun noch stärker zu vertreten Er deutet ihn als elementaren Aufruf, begangene Ungerechtigkeiten, zu benennen und auch dann Stellung zu beziehen, wenn damit israelische Interessen berührt werden. Hanna Lehmig zieht sich im Gegensatz zum Ansatz Gaedes auf die jüdisch-israelische Deutung zurück und beschäftigt sich jahrzehntelang nicht mehr wirklich mit dem Leid und den Problemen palästinensischer Israelis wie auch der Palästinenser_innen in den besetzten Gebieten. Sie blendet diesen Aspekt aus und bezieht primär nur die Interessen jüdischer Israelis in ihre Überlegungen ein. Bernhard Krane, späterer Israelreferent bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, erkennt gar keine Lehre aus dem Anschlag und formuliert im Verlauf eines Interviews in der Zeitschrift „Christ & Welt“ aus dem Jahr 2011 den Wunsch nach Rache:

„Meine Phantasie ist, dass man den Täter vierteilt“, sagt er noch heute, mehr als drei Jahrzehnte nach dem Anschlag. „Mir sind die drastischen Bibelstellen sehr sympathisch, wie der Psalm 137. Der letzte Vers lautet sinngemäß: ‚O Babel, du sollst verflucht sein, mögen deine Kinder an den Felsen zerschmettert werden.‘ [...]“
(<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablus-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/>).

Es wird deutlich, wie sehr hier der Rachegeanke die Retrospektive bestimmt. Der Schrecken bleibt hier Schrecken und lässt sich nicht transformieren. Hinzu treten die Positionen der jüdischen Partner_innen, die zum einen ihr Mitgefühl,

ihre Trauer aber auch ihr Unverständnis über das Verständnis für den Täter äußern und dieses mit einem Aufruf für mehr Solidarität mit Israel verknüpfen. Dabei setzen die jüdischen Partner_innen mit ihrer Kritik an Stellen an, die sozusagen in der Struktur der Organisation eingelagert sind. Zu nennen ist hier der große Paradigmenstreit, welcher sich um die Frage „Sühnezeichen“ vs. „Friedensdienste“ bewegt, der an dieser Stelle beginnt offen zu Tage zu treten. Im Verlauf der Öffnung tritt diese Frage immer mehr in den Vordergrund und ist eng verknüpft mit einem Exklusivitätsanspruch jüdischer Partner_innen der sich u.a. auch an der Namensergänzung „Friedensdienste“ abarbeitet. Im Rahmen dieser Debatten stellt sich von jüdisch-israelischer Seite die Frage nach der Loyalität bzw. der Exklusivität der Beziehungen zwischen jüdischen Israelis und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Für wen darf eine Organisation, die sich im Gedanken daran ein Zeichen der Sühne gegenüber den Opfern der Shoah zu setzen, gegründet hat, sich engagieren? Wie weit darf sich dieses Engagement ausweiten? Welche Position nimmt die Organisation ein? All diese Fragen wurden bereits durch die Ereignisse um den Anschlag von Nablus aufgeworfen, bleiben jedoch unbeantwortet. Eine abschließende Klärung der Positionierung der Organisation blieb zu diesem Zeitpunkt aus. Trotz der Vorwürfe von jüdisch-israelischen Partner_innen lässt sich in der Betrachtung von Veröffentlichungen nach Nablus nachvollziehen, dass die Organisation nicht von dem Gedanken abgerückt ist, ebenso in rein palästinensisch-israelischen wie in jüdisch-israelischen Projekten zu arbeiten. Bis 1991 waren diese Fragen nie aus den Debatten verschwunden, aber erst im Zuge des Golfkrieges traten sie erneut und verstärkt auf die aktuelle Tagesordnung. Um diesen Schritt und die Verknüpfungen deutlich herauszuarbeiten, wird im nächsten Schritt der Golfkrieg mit seinen Auswirkungen dargestellt.

5.2.3. Golfkrieg 1991

Das Jahr 1991, die Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik war in vollem Gange und Deutschland begann, sich neu in der Welt zu orientieren, suchte nach der eigenen neuen Position in der internationalen Politik. Jahre der Eiszeit zwischen Deutschland und Israel, begründet in den teils unterschiedlichen Positionen, aber auch den führenden Persönlichkeiten beider Länder, neigten sich dem Ende zu und es begann - trotz anfänglicher israelischer Zweifel an der Wiedervereinigung⁹⁶ - ein für beide Seiten fruchtbarer Prozess. Deutschland hatte begonnen, eine Erinnerungskultur zu etablieren, welche den Nationalsozialismus und die Shoah tief im nationalen Bewusstsein und in der nationalen Identität Deutschlands als Symbol für das universalistisch gedachte „Nie wieder“ verankerte (Assmann 2014:77; vgl. Cornelißen et al. 2004:18f; vgl. Assmann 2014:103). Die Bedeutung der offiziellen Kommemorations und ihrer Symbole nehmen ab dieser Zeit deutlich zu. Dan Diner schreibt 1987 über die besondere Bedeutung des Nationalsozialismus für die deutsche Verfassungsidentität:

„Die Verfassung wurde und wird als Abgrenzung zum Nationalsozialismus verstanden – bzw. den wirklichen oder vermeintlichen Phänomenen gegenübergestellt, die zu ihm geführt haben oder ihm vorausgegangen waren.“ (Diner 1987:154)

Israel bezieht sich in seiner Identitätsfindung ebenfalls auf die Shoah als eine treibende Kraft und betont sein „Nie wieder uns“, welches anders als das „Nie wieder“ bewusst die eigene Gruppe in den Vordergrund stellt und somit die Abwehr zukünftiger Gefahren für Menschen jüdischer Religionszugehörigkeit begründet, ebenso wie die Shoah im israelischen Kontext als eine „Legitimationsideologie die Existenz einer jüdisch-israelischen Gesellschaft fixiert“ (Zuckermann 2004:22; vgl. Zuckermann 2004:19ff). Deutschland und Israel sind durch diese historischen Ereignisse eng verwoben und einander doch gleichzeitig oftmals sehr fern. Doch was löste der Golfkrieg 1991 in den zwischenstaatli-

⁹⁶ Noch 1997 wies Avi Primor, der damalige Botschafter Israels in Deutschland, darauf hin, dass die ehemalige DDR der feindlichste der Ostblockstaaten gewesen sei. Daher befürchtete nicht nur die israelische Politik, sondern auch die Öffentlichkeit längere Zeit nach der Wiedervereinigung noch, dass sich die Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel zum negativen verändern könnte (Primor 1997:153ff.).

chen Beziehungen aus und - für die Arbeit von noch größerer Bedeutung - wie konnte das Ereignis von 1991 erneut an die Debatten anknüpfen, die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste seit ihrer Namensänderung führte? Welche Auswirkungen hat dabei Geschichte auf den ausgelösten Prozess?

In einem ersten Schritt wird nun vorgestellt, in welchem geschichtlichen Kontext sich der Golfkrieg entwickelte und auswirkte. Zunächst eine Chronologie der Ereignisse: In der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 1991 eröffnete eine alliierte Koalition aus 33 Staaten unter Führung der Vereinigten Staaten mit einer Luftoffensive die Kampfhandlungen gegen den Irak. Die Koalition folgte damit einer ohne Gegenstimme gefassten Resolution des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen, in welcher der Irak ultimativ zur Räumung des am 2. August 1990 gewaltsam besetzten und sechs Tage darauf annektierten Kuwaits aufgefordert worden war (Gilbert 2008:546; vgl. Kammerer 2008a:234; vgl. Hawel 2007:189f). Der Ausbruch des Golfkriegs erschütterte Menschen in vielen Teilen der Welt.

Der zweite Golfkrieg war für die israelisch-deutschen Beziehungen eine Belastungsprobe, ebenso wurde dieses Ereignis von der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste als ein ihre Arbeit bedrohendes Ereignis eingestuft. Die in Deutschland immer wieder aufkommende Frage dieser Zeit lautete: „Wie stehst Du zu all dem? Ist der Krieg ein legitimer Krieg oder nicht?“ Die deutsche Gesellschaft war in ein Pro und ein Contra-Lager gespalten und führte hitzige Diskussionen rund um diese Thematik (vgl. Kindt 1992:195ff). Die bundesrepublikanische Grundüberzeugung „Nie wieder“ übernahm eine bedeutende Rolle, wird doch der Auftrag aus dem „Nie wieder“ auch als ein Aufruf zum Pazifismus, zur Idee eines generellen Gewaltverzichts verstanden, der in direktem Widerspruch zur Variante des „Nie wieder uns“ tritt oder doch zumindest als Widerspruch verstanden werden kann. Diese in Konkurrenz stehenden Grundüberzeugungen übernehmen u.a. in der Konstruktion derjenigen Konstellation, die das Gesicht der Organisation verändert, eine wirksame Rolle ein und dockt an den Streit zwischen „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ an. Die beiden Flügel werden in der Golfkriegs- aber auch Nachgolfkriegszeit ihre Streitigkeiten wieder aktiver aufnehmen und auf eine Entscheidung hinwirken.

Die Verhältnisse nach Helmut Schmidts Kanzlerschaft und der während dieser Periode häufig Belastungen ausgesetzten zwischenstaatlichen Beziehungen, begannen sich zu beruhigen und verbesserten sich merklich (Weingart 2002:303). Allerdings wurden die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel im Verlauf des Golfkriegs von zwei Vorfällen maßgeblich belastet:

„die Enthüllung der Beteiligung deutscher Unternehmen an der irakischen Rüstungsindustrie und die Demonstrationen in der Bundesrepublik gegen den Krieg am Golf“ (Weingart 2002: 345; vgl. Stein 2011:57f).

Die Verwicklung deutscher Firmen in die Entstehung der irakischen Giftgasindustrie, sowie die mit deutscher Hilfe erzielte Reichweitensteigerung der irakischen Scud-Raketen (Neuberger 2005:16; vgl. Hawel 2007:189f; vgl. Stein 2011:57) führten zu großen Verstimmungen auf der israelischen Seite (Weingart 2002:345; vgl. Stein 2011:58f). Die Vorstellung bzw. das Wissen, dass deutsche Firmen sich aktiv an der Herstellung von Giftgasproduktionskapazitäten im Irak beteiligt hatten, war für große Teile der israelischen Öffentlichkeit kaum auszuhalten. Die Vorwürfe an die deutsche Bundesregierung lauteten, dass diese sich durch Duldung oder mangelhafte Exportkontrolle zumindest der Mitwisserschaft, möglicherweise gar der Mittäterschaft schuldig gemacht hätte.

Auch wenn andere Staaten ebenfalls Waffen und Anlagen an den Irak verkauft hatten, so stellte doch der deutsche Beitrag aufgrund der deutsch-jüdischen Geschichte für Israel eine besonders schwerwiegende Verletzung dar. Der israelische Historiker Dan Diner spricht in diesem Kontext von einem „Zweiten Weltkrieg der Erinnerungen“, der in Israel zu dieser Zeit ausgefochten wurde (Diner 1992:31). Diner fasst hier die Bestürzung der israelischen Bevölkerung auf die unmittelbare Gefahr eines Gasangriffes zusammen und betont dabei, wie sehr diese akute Gefahr in der jüdisch-israelischen Gesellschaft mit der deutsch-jüdischen Vergangenheit verknüpft und verwoben wird (vgl. Stein 2011:58). Insbesondere deutsche Handlungen nehmen in der Wahrnehmung der jüdisch-israelischen Bevölkerung eine besondere Rolle ein und werden an sehr hohen moralischen Maßstäben gemessen.

Im Rahmen des danach anlaufenden und in Deutschland kontrovers diskutierten Hilfsprogrammes für den israelischen Staat kam es u.a. zu der absurden

Situation, „dass Israel deutsche Gasmasken zum Schutz gegen deutsches Gas geliefert wurden“ (Meroz 1993:261). Der bekannte israelische Autor und Shoah-Überlebende Noah Klieger schrieb am 22. Januar 1991 in der israelischen Zeitung Jedioth Achronoth: „Das deutsche Gas hat keinen Geruch“ (Klieger 1991). In seinem Artikel hob er hervor, dass deutsche Geschäftsleute Gelegenheiten, in denen sich große Geldsummen erwirtschaften ließen, nicht auslassen würden und es ihnen egal sei, ob mit ihren Gütern große Teile Israels ausradiert werden könnten, wie Saddam Hussein öffentlich proklamiert hatte. Er betonte, es gebe für deutsche Unternehmer sogar eine „besondere Verbindung zwischen Gas und Juden. Und Gas, genau wie Geld, stinkt nicht“ (Klieger 1991). Interessanterweise bezieht sich Klieger in seinem Artikel ebenfalls auf eine „besondere Verbindung“ und führt auf diesem Wege die von deutscher Seite regelmäßig postulierte besondere Beziehung vor, stellt er diese doch mit seiner Argumentation massiv in Frage.

Sicherlich war dies eine der extremen Sichtweisen auf die Vorgänge, doch lässt sich an dieser Stelle der Schaden für die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland klar erkennen. Die Versuche der bundesrepublikanischen Politik, zumindest ein gewisses Maß an Normalisierung der Beziehungen über die Zeit zu erreichen und zu stabilisieren, waren zu diesem Zeitpunkt aus deutscher Perspektive erneut vom Scheitern bedroht. Diplomatische Bemühungen setzten ein, um den entstandenen Schaden in den politischen Beziehungen zu bewältigen. Eine Delegation des deutschen Bundestages reiste nach Israel. Die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth erklärte im direkten Gespräch mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Yitzchak Shamir die Mehrheit der Deutschen stünde

"fest an der Seite Israels. Dies könne nicht ungeschehen machen, was geschehen sei, bezüglich des Vorwurfes, Deutsche hätten an der Ausrüstung des Irak mit Giftgas mitgewirkt. In der BRD habe man sich im vergangenen Jahr zu sehr mit der Herstellung der deutschen Einheit beschäftigt und zu spät auf die Warnungen Israels reagiert, dass Saddam Hussein nicht weniger gefährlich sei als der Ajatollah Khomeini (...)" (Parlamentsarchiv, Deutscher Bundestag, Akte 35/95,13).

Ebenso wie Rita Süßmuth und die Bundestagsdelegation reiste Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach Israel und bemühte sich um ein akti-

ves Krisenmanagement (Zimmermann 2015:463). Im Dezember desselben Jahres reiste außerdem der Bundespräsident Richard von Weizsäcker nach Israel. Diese häufigen Konsultationen in den Jahren 1990 und 1991 sollten von deutscher Seite aus bewusst die angespannte Lage in Israel entspannen und zugleich das angeschlagene bilaterale Verhältnis wieder restaurieren.

Im Verlauf des Golfkriegs schienen die Sorgen von israelischer Seite bestätigt zu werden, als eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Lieferung von Verteidigungswaffen nach Israel ablehnte (Wolffsohn 2003:272). Die Mehrheit der deutschen Friedensbewegungen stellte sich, aus israelischer Perspektive, auf die Seite Saddam Husseins und somit gegen einen amerikanisch geführten Angriff. Wie wenig Aufmerksamkeit die Belange der israelischen Seite in Deutschland erfuhren, verdeutlicht auch der Aufruf zur zentralen Kundgebung gegen den Krieg im Irak in Bonn, in dem kein Wort hinsichtlich einer Bedrohung Israels durch Giftgas und die irakische Armee verloren wurde (Stein 2011:58). Zeitgleich gab es in Deutschland zur großen Enttäuschung Israels nur wenige öffentliche Solidaritätsbekundungen mit Israel, die außerdem jeweils nur eine verschwindend geringe Teilnehmerzahl erreichten (Pallade 2005:355).

Aus den genannten Gründen und aufgrund der Tatsache, dass in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1991 die ersten mit deutscher Hilfe hergestellten Raketen auf israelischem Staatsgebiet einschlugen (Hartmann 2009:160; vgl. Stein 2011:43), entschied die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl, der israelischen Regierung die benötigten und angefragten Waffensysteme zu ihrer Verteidigung zu liefern. Der Golfkrieg mit seinen Auswirkungen kann daher als eine wahrnehmbare, wenn auch nicht anhaltende, Krise in den deutsch-israelischen Beziehungen gesehen werden. Der Politikwissenschaftler Yves Pallade, der die Beziehungen zwischen den Staaten Deutschland und Israel in den 1990er und 2000er Jahren untersuchte, kommt daher zu dem Ergebnis, dass die Freundschaft zwischen beiden Staaten trotz der Ereignisse erhalten und in Teilen sogar durch die deutsche Hilfe in der Zeit verstärkt wurde (vgl. Pallade 2005). Obgleich die Beziehungen zwischen Israel und Deutschland zu einem späteren Zeitpunkt erstarkten, war der Golfkrieg mit seinen Auswirkungen für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die Innenpolitik in beiden Län-

dem und mit seinen Auswirkungen auf die Zivilgesellschaften nicht zu unterschätzen. Insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass zum Zeitpunkt seines Einsetzens noch niemand ahnen konnte, was in naher oder ferner Zukunft passieren könnte. Ein Beispiel für die Auswirkung des Golfkriegs auf die Zivilgesellschaft lässt sich im konkreten Fall der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste kritisch darstellen, verändert dieses Ereignis die Organisation doch nachhaltig.

5.2.3.1. Reaktion der Organisation

Wie reagierte die Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auf diese Entwicklungen und welche Auswirkungen hatten die Ereignisse des Golfkrieges auf die Arbeit in Israel? Hatte man im Herbst 1990 noch den Freiwilligen die Ausreise nach Israel bewusst im Sinne der Eigenverantwortlichkeit offen gehalten, entschied der Vorstand zum 10. Januar 1991 alle Israel-Freiwilligen zurückzurufen (Kammerer 2008a:235; vgl. Legerer 2011:226f). Trotz der seit Jahren geäußerten öffentlichen Solidaritätsbekundungen der Organisation musste sie also ihre Freiwilligen aus Sicherheitsgründen aus Israel abziehen (Krane 2011:17; vgl. Legerer 2011:226). Innerhalb der Organisation und insbesondere im Vorstand gab es dabei die Befürchtung, dass es lange Zeit benötigen würde, das in dieser Situation bei den jüdisch-israelischen Partner_innen verlorene Vertrauen wieder erfolgreich aufzubauen (Kammerer 2008a:234; HM:851ff). Gestützt wurden diese Befürchtungen u.a. durch Briefe von Unterstützer_innen aus der israelischen Gesellschaft, wie der exemplarisch zitierte offene Brief von Joel Dorkam an den Vorstand:

„As a friend and supporter of the ARSP in Israel for many years, I wish to relate to the organization's decision to send the volunteers back to Germany. It puzzles me that a German organization such as yours, of all people, would decide to abandon the Holocaust survivors in your care and the disabled children at a difficult time such as this. Apart from the moral and principled aspects of this woeful decision, I am deeply concerned that the damage that this will cause the organization in local public opinion will be difficult to repair. It ties in the the news about Germany's stance on the current conflict. Has so little really changed?“ (Dorkham 1991:15)

Im Kontext der Ereignisse wurde der Vorstand mit der moralisch aufgeladenen Frage konfrontiert, ob die Fürsorgepflicht für ihre Freiwilligen schwerer wiege

als die Solidarität mit Israel in Notzeiten. Die Entscheidung fiel, auch im Zusammenhang mit dem diskutierten Einsatz von Massenvernichtungswaffen und einer Empfehlung des Auswärtigen Amtes, für die Fürsorgepflicht und gegen die jüdisch-israelischen Solidaritätsapelle aus (Kammerer 2008a:234f; vgl. Le-gerer 2011:226f).

Wie die Situation sich in der Wahrnehmung einzelner Verantwortlicher Mitarbeiter_innen in Berlin darstellte, lässt sich am folgenden Zitat eines Interviewpartners erahnen:

„Da haben wir die Freiwilligen abgezogen aus Sicherheitsgründen. Trotzdem psychologisch eine Bankrotterklärung. In der Stunde der größten Not, gehen die Freunde und sagen wir kommen wieder wenn es hier vorbei ist. Das ist ja ne fatale Botschaft. Dann soll man nicht von Solidarität sprechen. Dann soll man sagen wir sind hier um glücklich zu werden und sind wir nicht glücklich dann gehen wir. Und das haben auch, obwohl es die meisten nicht zugeben, das haben, das weiß ich aus erster Hand, hat schwer schockiert. Was ist das für eine Freundschaft, die nicht krisenfest ist sozusagen. Also es ist im Grunde der Verrat an der Idee. So kann man es sehen. So haben wir das in Berlin nicht gesehen. Wir haben nur gesehen es besteht Gefahr für Leib und Leben und die Hälfte von den Tel Avivern ist weg gefahren zu der Zeit.“ (HM 917-928)

Es wird erkennbar, welches Dilemma hinter dieser Frage stand: Auf der einen Seite die seit Jahren gepflegte, immer wieder thematisierte und hochgehaltene absolute Solidarität und auf der anderen Seite die Problematik der Verantwortung für die entsendeten Freiwilligen. Die Selbstwahrnehmung dieses Verantwortlichen ist geprägt von Selbstzweifeln an der eigenen Position, dem Selbstbild und der Besorgnis, wie diese Entscheidung die eigene Arbeit in Israel unterminieren könnte. Primär thematisiert der Interviewpartner hier die in seinen Augen negative Außenwirkung die durch den in der Krise notwendig gewordenen Schritt erzeugt wird. So betont er, dass man unter diesen Bedingungen nicht von Solidarität sprechen könne, was erneut deutlich auf die große Frage verweist auf wessen Seite die Organisation sich im Konflikt positioniert. Der Dienst in Israel wird auch abgekoppelt von der Frage nach persönliches Wohlbefinden und Sicherheit, denn dies könne kein, so die Lesart, Kriterium sein, wenn es um ehrliche Solidarität geht. Der Verweis deutet auch an, dass eine gewisse Leidensfähigkeit bei der Einlösung der Solidarität zu erwarten ist.

Ebenso nutzt der Gesprächspartner die Formulierung „Verrat an der Idee“ sowie „Bankrotterklärung“ und betont dass dies in der ASF-Hauptzentrale Berlin nicht so gesehen wurde. Er entkräftet die Aussage vom Verrat damit allerdings nicht, denn er verweist auf die jüdisch-israelische Perspektive und erklärt so inwiefern die getroffenen Entscheidungen als Verrat an der zugesagte Solidarität betrachtet werden könnten, da sie als Akt des Verlassens gedeutet werden (vgl. HM 924ff).

Der Gedanke des Verrats entstammt auch dem von Kreyssig inspirierten Leitbild der Israelarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. In diesem Leitbild wird der Versuch unternommen die Arbeit der Organisation, so gut es möglich ist, von politischen Faktoren zu befreien. Während die deutsche Politik danach strebt mit Hilfe der Normalisierung die Moral aus der Politik fernzuhalten (Weingart 2002:178), strebt die Organisation dieser Logik folgend danach, die Politik von der Moral fernzuhalten. Sie dreht die Logik um und deutet die Politik als Mittel zu Verunreinigung der moralischen Integrität der Organisation. So formuliert das Leitbild der Israelarbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste:

„1. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) stellt sich in ihrer Arbeit in Israel den Folgen der nazistischen Judenverfolgung und Judenvernichtung. Von daher ist die Solidarität mit dem jüdischen Volk unabdingbare Verpflichtung, Grundlage und bleibender Auftrag der Arbeit von ASF.

[...]

2. Diese Verpflichtung schließt das Eintreten für das Lebensrecht und die Sicherheit des Staates Israel als jüdischer Staat ein, unabhängig von der Politik der jeweiligen Regierungen“ (https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf).

Deutlich wird herausgestellt, dass Politik in der Arbeit der Organisation keine bedeutende bzw. steuernde Rolle einnehmen soll und dass die Solidarität der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit dem jüdischen Volk nicht an Vorbedingungen wie die jeweilige Regierung gebunden ist. Die Formulierung jüdischer Staat verweist auf eine Positionierung, die die Situation der palästinensischen Israelis sprachlich negiert, werden die Probleme der Konstellation eines

jüdischen Staates und seiner nicht jüdischen Mitbürger_innen doch zumindest billigend in Kauf genommen. Liest man die Grundsätze, dann wird Israel, ganz im Sinne zionistischer Politik mit einem homogenen jüdischen Staat gleichgesetzt und gezeichnet.⁹⁷⁹⁸ Wie das nächste Zitat aus dem Leitbild der Israelarbeit verdeutlicht, werden kritische Momente israelischer Politik zwar wahrgenommen, aber zugleich durch die Bezugnahme auf die historischen Ereignisse der Shoah entschärft:

„Noch heute stehen bestimmte politische Ängste in Israel und die daraus erwachsenen politischen Entwicklungen in direktem Zusammenhang mit dem Versuch der Vernichtung des europäischen Judentums. Dazu gehören das starke und in seinen Konsequenzen oft kompromisslose und zum Teil Menschenwürde und Menschenrechte missachtende Sicherheitsdenken [...]“ (https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf)

Menschenrechte missachtende Politik wird in einen direkten Zusammenhang mit den Ereignissen der Shoah gestellt. Auf diesem Weg wird es möglich im selben Dokument zu formulieren:

⁹⁷ So urteilte der israelische Oberste Gerichtshof mehrfach, dass eine israelische Nationalität neben der jüdischen nicht existiert (vgl. Goralí 2003). Die Unterscheidung zwischen Staatsbürgerschaft und Nationalität hat schwerwiegende Konsequenzen für die Betroffenen (siehe auch Kapitel 5.2.1.). Arabisch ist zwar offiziell die zweite Landessprache; palästinensische Israelis haben einen israelischen Personalausweis; sie haben das aktive und passive Wahlrecht erhalten. In Sicherheitsfragen gelten sie aber weithin als „fünfte Kolonne“; ihre Politiker_innen waren bisher noch nie an einer Regierungsbildung beteiligt. Sie leisten (mit Ausnahme von Drusen und Beduinen) in aller Regel keinen Dienst an der Waffe, eine Beschäftigung in sicherheitsrelevanten Wirtschaftssektoren (z.B. in der Rüstungsindustrie oder bei privaten Wachdiensten) wird ihnen verwehrt. Die palästinensische Bevölkerung Israels ist also nach einer Vielzahl von Kriterien unterprivilegiert – zu nennen sind hier vor allem das massiv eingeschränkte Recht, Land zu erwerben oder zu pachten; das Verbot, neue Wohnorte in Israel zu errichten; die daraus resultierende Knappheit verfügbaren Wohnraums; die unzureichende Versorgung ihrer Ortschaften mit öffentlichen Dienstleistungen; das niedrige Niveau der dortigen kommerziellen und industriellen Entwicklung; ihre überwiegende Anstellung in gering qualifizierten Berufen und das daraus resultierende deutlich niedrigere Einkommen; die überproportional hohe Arbeitslosigkeit und eine sehr niedrige Zugangsquote zu weiterführender Bildung (vgl. Rabinowitz et al. 2003; vgl. Kamm 2003:12-22). Dass das Bildungsniveau der palästinensischen Israelis, insbesondere das der weiblichen, das der Bevölkerung in den arabischen Staaten deutlich übersteigt und überdies in den letzten 20 Jahren gestiegen ist, sollte nicht unerwähnt bleiben, tut den Feststellungen zur Diskriminierung der palästinensischen Staatsbürger Israels indes keinen Abbruch.

⁹⁸ Moshe Zuckermann weist mehrfach darauf hin, dass gerade diese angenommene Deckung von Judentum, Zionismus und Israel sich so nicht aufrechterhalten lässt. Er verweist darauf, dass nichtisraelische Juden eben in Israel nicht automatisiert und generell das Land der Sehnsucht sehen und somit der formulierte Anspruch des Zionismus, alleiniger Vertreter des Judentums zu sein, nicht eingelöst wird und umgekehrt nicht alle jüdischen Bewohner_innen Israels automatisiert zu Zionist_innen werden (vgl. Zuckermann 2014:119f).

„Dies im Zusammenhang mit der Verfolgungs- und Vernichtungsstrategie des deutschen Faschismus zu sehen, lehrt Bescheidenheit über unsere Möglichkeiten als Deutsche, auf diesen Konflikt Einfluss zu nehmen.“

(https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf)

Somit werden die diskriminierenden Handlungen des israelischen Staates mit Hilfe der Verbrechen der deutschen Nationalsozialisten erklärt, womit sozusagen eine indirekte Täterschaft konstruiert wird, die auf historisches deutsches Handeln zurückweist.⁹⁹ Die Folge ist eine passive Grundhaltung zu Ungunsten jener, die durch die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen einer dauerhaften Diskriminierung ausgesetzt sind. Was an dieser Stelle den Ereignissen der Vergangenheit geschuldet sein mag, erscheint im Sinne des eigenen Handlungsspielraumes nicht gänzlich überdacht zu sein: Die bedingungslose Solidarität, so moralisch berechtigt sie insbesondere in Anbetracht der jüdisch-deutschen Geschichte sein mag, beraubt die Organisation zugleich einer Möglichkeit, berechtigte freundschaftliche Kritik an innerisraelischen Zuständen zu üben. Die politische Ebene, über die Druck ausgeübt werden könnte, wird durch die erklärte absolute Solidarität abgekoppelt. Dem Gegenüber wird keinerlei Anstrengung mehr abverlangt, da bereits Sicherheit über das angestrebte Ziel absoluter Solidarität vorherrscht. Ein Interviewpartner formuliert die Haltung zur Politik in einem Rückgriff auf den Gründer mit den folgenden Worten:

„Der Gründer da, der Lothar Kreyssig, der hat einen schönen Satz gesagt. Was machen wir politisch oder nicht. Der hat gesagt das ganze Anliegen von Sühnezeichen das ist entweder oberhalb oder unterhalb von Politik. Wir sind gar nicht in diesem Bereich tätig. Natürlich irgendwie ist die Frage was ist Politik aber jetzt in einem herkömmlichen Sinne: Tagespolitik, Parteipolitik. Das alles ist wichtig aber das Sühnezeichen Anliegen steht vollkommen getrennt davon.“ (HM 1416-1422)

Inwiefern diese Trennung von Politik und „Sühnezeichen“ Anliegen erfolgreich sein kann wird zu diskutieren sein, ebenso wie die Frage, welche Auswirkungen

⁹⁹ Welche Auswirkungen diese Verknüpfung in der Praxis hat beschreibt eine ehemalige Freiwillige in ihrem Interview. Sie betont, dass es in ihrer Freiwilligengruppe Freiwillige gab, die versucht haben, Palästinenser_innen, die sie im Rahmen ihres Vorbereitungskurses zufällig kennengelernt hatten, davon zu überzeugen, dass die israelisch-jüdische Gesellschaft aufgrund der Geschichte der Shoah in ihrer Beziehung zur palästinensischen Minderheit nicht anders handeln könne (vgl. AV 311-317). Diese Erfahrung hat die Freiwillige 25 Jahre nach ihrem Freiwilligendienst als eine vollkommen absurde Situation in ihrer Erinnerung rekonstruiert.

dieses Politikverständnis auf die Arbeit mit den zum Teil recht politischen Freiwilligen nimmt. So sind die Auseinandersetzungen um die Erweiterung des Namens um Friedensdienste auch als eine versuchte Absage an dieses sehr eingeschränkte Verständnis der Arbeit zu verstehen. Der Wunsch der Freiwilligen und von Teilen der Hauptamtlichen, die eigene Arbeit auf eine breitere Basis zu stellen, enthält daher auch immer den Aspekt des stärkeren Einbezugs der Politik. Das Bekenntnis zur uneingeschränkten Solidarität mit Israel ist eine politische Positionierung, wird diese Solidarität jedoch sicherlich von palästinensischer Seite im Kontext ihrer Konfliktgeschichte mit dem jüdischen Israel anders bewertet. Hier drängt sich die Frage auf, wie Solidarität ausgelegt wird, denn sicherlich werden einzelne jüdische Gruppierungen in Israel auch den Begriff und das Verständnis von Solidarität unterschiedlich sehen. So gibt es verschiedene Aufrufe, z.B. von Ex-Knesset-Präsident Burg oder aber dem israelischen Historiker Tom Segev, zu vermehrter Kritik aus Deutschland, gerade weil Deutschland aus seiner Geschichte heraus eine Verpflichtung habe, Israel mit seinen Problemen nicht alleine zu lassen (http://www.deutschlandfunk.de/ex-knesset-praesident-burg-offene-kritik-an-israel-gefordert.868.de.html?dram:article_id=319403; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/Israel-Merkel-Netanjau>).

Diese Rolle des befreundeten Mahners nimmt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nicht ein, sondern entwickelt aus der historisch begründeten Verpflichtung zur Solidarität, welche losgelöst von den politischen Handlungen jeweiliger Regierungen Bestand hat, die langlebige Vorstellung vom Verrat an der ursprünglichen unpolitischen Idee des Gründers Lothar Kreyssig. Obwohl die Metapher vom Verrat die Wahrnehmung einiger Hauptverantwortlicher zum damaligen Zeitpunkt widerspiegelt, wurde diese Wahrnehmung während des eigentlichen Golfkrieges von der Sorge um die Freiwilligen verdrängt. Die Idee der umfassenden, möglicherweise von einigen Mitgliedern gar als bedingungslos definierten Solidarität mit Israel wird in der Wahrnehmung einiger Offizieller beschädigt oder gar verraten. Andere hauptamtliche Mitarbeiter_innen sahen dies anders und betonten die Verantwortung für die Freiwilligen und dass Solidarität, so berechtigt sie auch sein möge, nicht das Leben Freiwilliger kosten dürfe (Kammerer 2008a:240ff). Der Golfkrieg ist also nicht nur menschlich drama-

tisch, weil er Menschenleben in vielen Ländern bedroht, sondern er gefährdet, so die Wahrnehmung der Verantwortlichen, auch die Organisation durch den Druck, schwierige Entscheidungen zu treffen.

Zeitgleich öffneten sich durch den Golfkrieg neue Handlungsspielräume, die einzelnen Vertreter_innen und ihren Positionen die Möglichkeit boten sich, im Zusammenspiel mit jüdischen Partner_innen, im innerorganisatorischen Diskurs zu Gunsten einer deutlich stärker pro-israelischen Haltung durchzusetzen. Diese Handlungsspielräume können als „window of opportunity“ verstanden werden. Darunter wird eine Möglichkeit verstanden, die sich auf Basis des Zusammenwirkens ganz unterschiedlicher Einflüsse ergibt und den Handelnden nur kurze Zeit offen steht. Da eine NGO als Austragungsort von unterschiedlichen Zielvorstellungen verstanden wird, die um ihre Position und ihre Inhalte innerhalb der Organisation ringen, kommt der Vorstellung, dass die Ereignisse des Golfkrieges ein „window of opportunity“ waren, eine besondere Bedeutung zu. Zu diesem Zeitpunkt bot sich einer Gruppe im Flügelstreit um Namen und Ausrichtung, der Sühnezeichen-Fraktion, eine neue Möglichkeit, sich im Diskurs erfolgreich durchzusetzen. Nach den Erlebnissen in Nablus wurden die Geschehnisse des Golfkrieges 1991 zur neuen Diskussionsgrundlage weiterer innerorganisatorischer Auseinandersetzungen, die auch die Freiwilligen und die israelischen Partner_innen mit einbezogen. Setzte Nablus den Punkt zur Öffnung, dann war der Golfkrieg 1991 der Anfang vom Ende dieser bewussten Politik der Öffnung von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Ebenso wie sich der deutsche Staat mitsamt seinen politischen Organen aus verschiedenen Gründen schwer tat, Waffensysteme und vergleichbares im Sinne der zuvor mehrfach erklärten Solidarität an Israel zu liefern (Wolffsohn 2003:272), dominierte auch bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste der Streit um die Frage der möglichen Unterstützung die zu Beginn geführten Diskussionen. Obwohl Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nicht wie in den 1980er Jahren die Friedensbewegung mit anführte (Kammerer 2008a:180ff; vgl. Lepp 2010:379ff), war sie namentlich, wenn auch ohne das Wissen des Vorstands, in Erscheinung getreten und als Unterstützerin des Aufrufs der Friedensbewegung „Wir lassen die Zerstörung der Zukunft nicht zu. Stoppt den Krieg am Golf!“ er-

kennbar geworden (Kammerer 2008a:240). Problematisch für die Organisation war, dass dieser Aufruf nicht mit dem Vorstand abgestimmt wurde (Kammerer 2008a:240) und somit auch keine Legitimation der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste besaß. Über die Frage der Legitimation hinaus wird Israel im gesamten Text nur einmal explizit thematisiert und ansonsten in eine Reihe mit Staaten/ Regionen wie Kuwait, Libanon, Palästina, Kurdistan gestellt (vgl. Stein 2011:58). Betont werden muss hier, dass der gesamte Aufruf im Kern die Problemlage Israels und damit die Bedrohung durch Saddam Hussein für Israel nicht thematisierte und daher für den Vorstand nicht vertretbar war. Vielmehr standen im Aufruf pazifistische Ideale im Vordergrund, ein klarer Verzicht von Krieg und Gewalt. Dieser Pazifismus war aber aus staatlicher, israelischer Sicht ein Affront, war Israel doch zur selben Zeit erklärtes Ziel von realen Vernichtungsphantasien und stand somit unter großem politischem und militärischem Druck. Aus israelischer Sicht schien die Vorstellung, Pazifismus unter diesen Grundvoraussetzungen zu implementieren, nicht erfolgsversprechend zu sein. Denn auch hier besteht der große Widerspruch zwischen den beiden Schlüssen aus der Shoah, nämlich „Nie wieder Krieg“ gegen ein „Nie wieder uns“. Dabei ist die Idee des „Nie wieder Krieg“ an ein universalistisches Prinzip gekoppelt, während das „Nie wieder uns“ partikularistisch an eine – hier religiöse - einzelne Gruppe gebunden ist und zugleich auf staatlicher Ebene die Verpflichtung zum Schutz aller jüdischen Interessen einbezieht (Zuckermann 1999:53).

Der Konflikt, in die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste durch den zweiten Golfkrieg hingezogen wurde, wird verschiedentlich als Konflikt beschrieben, der

„[...] als Auseinandertreten von »Sühnezeichen« und »Friedensdienste«, als Zerreißprobe zwischen der Solidarität mit dem jüdischen Volk und dem Protest gegen die amerikanische Militärpolitik [...]“ (Kammerer 2008b:8)

begriffen werden kann. Mit Gabriele Kammerer muss gesagt werden, dass

„bei genauerem Hinsehen [...] sich beide Pole allerdings merkwürdig schwach [zeigen]: Weder war ASF in Israel mit Freiwilligen vertreten, noch war sie in der Friedensbewegung eine treibende Kraft.“ (Kammerer 2008b:8)

Die Streitigkeiten um die Begrifflichkeit „Friedensdienste“ reichen dabei bis in die 1960er Jahre zurück, wie ein Interviewpartner im Gespräch erläuterte:

„[...] im Westen hat man irgendwann Ende der 60er entschieden, wir brauchen noch so einen Zusatz dazu, das war der entscheidende Fehler würde ich sagen, in der Vereinsgeschichte, weil da hat man die Vorlage genommen das alle so interpretieren müssen, ihr hattet früher den Namen, ihr habt eure Agenda verändert oder verschoben.“ (HM 777-782)

„Der entscheidende Fehler“ ist demnach der Namenszusatz „Friedensdienste“, da dieser der Meinung des Interviewpartners nach falsch interpretiert werden musste. Diesem Verständnis nach drückt „Friedensdienste“ ein Abrücken von ursprünglichen Zielen aus und wird somit zur Bedrohung des ursprünglichen Projektes mit seiner bisher deutlichen Ausrichtung auf Überlebende der Shoah. Die Ergänzung des Namens wird dieser Lesart folgend zu einer Ankündigung, bisherige Ziele zu revidieren, von alten Positionen abzurücken. Seit der Einführung des neuen Zusatznamens befindet sich die Organisation in einem Flügelstreit, doch im Zusammenspiel mit den Ereignissen um den zweiten Golfkrieg gewinnt dieser Streit erneut an Kraft. Die Diskussionen um die Solidarität mit Israel zu Zeiten des Golfkriegs docken an zuvor geführte Debatten um die vermeintlichen Gegenpaare „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ an. Ein Interviewpartner stellte hierzu im Gespräch die Reaktionen jüdischer Partner_innen auf die Namensweiterung wie folgt dar:

„Und jetzt seid ihr Friedensdienste, vom Friedensdienste ist heute und Aktion Sühnezeichen ist zurück. Und das waren die Juden und jetzt sind es die Palästinenser“ (HM 782-784).

Was hier thematisiert wird, ist die offenbar vorhandene Angst einzelner jüdischer Partnerorganisationen, dass nun jene Verschiebung weg vom Anspruch des Sühnedienstes hin zu einer neuen Thematik, den Friedensdiensten, einsetzen müsste und dass in deren Verlauf die jüdisch-israelische Seite, ganz einem Nullsummenspiel¹⁰⁰ entsprechend, bei der Erweiterung verlieren müsse. Mit dieser Vorstellung oder vielmehr Sorge ist die Vorstellung verknüpft, die Organisation könne nur einer der beiden Gruppen gegenüber loyal oder solidarisch sein. Meist verdeckt, mitunter offen werden damit bestimmte Ansprüche an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gerichtet, die den Exklusivitätsanspruch

¹⁰⁰ Ein Spiel, bei dem die Summe der Gewinne aller Spieler_innen bei jedem möglichen Spielausgang gleich Null ist. Ein_e Spieler_in kann demnach nur dann gewinnen, wenn einer oder mehrere Mitspielende im Gegenzug verlieren.

durch die Betonung gemeinsamer Geschichte wiederherstellen bzw. erneut festigen soll. Dieser Anspruch der Partner_innen macht deutlich, dass die Linie der Organisation, sich von Politik fern zu halten, in einem solch hochgradig politisch aufgeladenen Kontext nur begrenzt praktikabel sein kann. Zusätzlich schränken ihre Leitlinien den Handlungsspielraum massiv ein. Jede Handlung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste wird als politische Positionierung für die eine oder andere Seite begriffen und hat somit Konsequenzen. Die Vorstellung, die Aktivitäten der Organisation würden im Kontext der innerisraelischen Auseinandersetzungen von Außenstehenden anders gedeutet erscheint wenig glaubhaft. Vereinfacht ausgedrückt: Öffnet sich die eine Türe, fällt eine andere Türe zu.

Die Aussagen lassen Anzeichen einer aufkommenden Veränderung der Organisation seit den 1960er Jahren deutlich werden. Darüber hinaus wird sichtbar, inwiefern die geäußerten Vorwürfe der jüdischen Partner_innen in der Organisation auf fruchtbaren Boden fallen. Sie docken nicht nur an bereits zuvor thematisierte Problematiken an, sondern stellen außerdem die üblicherweise nach außen getragene Israelsolidarität in Frage, liefern so den ausschließlich proisraelischen Positionen im Vorstand bzw. unter den Hauptamtlichen die notwendigen Argumente zum späteren neuen Agendasetting.

5.2.3.2. Reaktion der jüdischen Partner_innen

Die Reaktion der jüdischen Partner_innen lässt sich auf verschiedene Weise rekapitulieren und ist für die weitere Argumentation von Belang, da die Reaktionen von israelischer als Begründung für die unterschiedlichen Positionen in der Organisation dienen. Insbesondere der Abzug der Freiwilligen aus Israel wird in der Wahrnehmung einiger jüdischer Partner_innen als ein dramatischer Moment gesehen. Hier soll an den offenen Brief an den Vorstand erinnert werden (Dorkham 1991:15), in dem der Schaden, der durch das zurückweichen vor der Gefahr entstehen könnte, benannt wird. Im Gegensatz dazu lässt sich auf Basis der Interviews mit Freiwilligen ein anderes, geradezu komplementäres Bild zur NGO-internen Wahrnehmung der jüdischen Partner_innen und ihrer Reaktionen zeichnen. Ein Freiwilliger dieser Zeit beschreibt die Interaktion mit den jüdischen Partner_innen vor Ort in Israel als unproblematisch:

„[...] aber es war zum Beispiel ganz klar als der Golfkrieg dann kam haben die gesagt [...] wir wollen auf keinen Fall dass du hier bleibst denn wir sind ja/ müssen für uns selber sorgen und ähm (...) wir haben überhaupt kein Interesse dass du jetzt hier irgendwie uns beistehst. Ist ja nett, wenn es Solidarität gibt, aber/ also da waren die völlig ähm (...) abgeklärt.“ (AM 178-183)

Hier stellen sich die Partnerprojekte in ihrer Haltung deutlich pragmatischer dar, denn der Wahrnehmung des Freiwilligen zufolge war die Stimmung bei den Projektpartner_innen nicht geprägt von Enttäuschung darüber, dass die Freiwilligen abgezogen werden. Ganz im Gegenteil: Er betont die Abgeklärtheit der Partner_innen und das Desinteresse daran, dass er bleibt (vgl. AM 165-168). Die Begründung, sich um sich selber kümmern zu müssen, offenbart die Haltung und den Wunsch, nicht auch noch Verantwortung für die Freiwilligen übernehmen zu müssen. Es wird bereits hier erkennbar, wie sehr sich die Wahrnehmungen der Beteiligten offensichtlich unterscheiden. Zwar wird von Seiten der Organisation mit stark ablehnenden Reaktionen gerechnet, die Wahrnehmung des Freiwilligen aber offenbart einen pragmatischen Umgang auf der praktischen Umsetzungsebene. Es ist daher davon auszugehen, dass es ganz unterschiedliche Reaktionen der jüdischen Partner_innen auf den Abzug der Freiwilligen gab. Zwischen den beiden Polen des totalen Unverständnisses bis hin zum Verständnis für die Situation der Freiwilligen gab es viele Zwischentöne. Somit ist nicht davon auszugehen, dass es eine geschlossene Haltung bei den jüdischen Projektpartner_innen gab. Die Annahme „wer abzieht, begeht Verrat an der Idee der Organisation“ war kein Konsens. Allerdings kam diese Idee des Verrats, im Sinne eines „window of opportunity“, sicherlich einigen Vertreter_innen der pro-jüdischen Linie innerhalb der Organisation entgegen, konnte so doch immenser Druck auf die Entscheidungsträger_innen aufgebaut werden. Generell lässt sich aber keine klare Linie der Reaktion der jüdischen Partner_innen erkennen. Ein Interviewpartner sagt dazu:

„Ein Projekt hat sich auch geweigert. Ein Altersheim in Tel Aviv, der Moshe (Anonymisiert) hat gesagt ihr braucht sowieso niemals wieder kommen. Hat er aber nicht durchgehalten, weil wir natürlich viel zu gut arbeiten und das wissen die ja auch.“ (HM 953-957)

Die jüdische Reaktion lässt sich rückblickend besser einschätzen, da heute bekannt ist, dass im Anschluss an die geäußerten Drohungen dann doch der

Schritt zur geregelten Aufnahme der Arbeit erfolgte. Drohungen, die Kooperation einzustellen, hatten die Funktion, Druck aufzubauen. Heribert Krane, der damalige Länderbeauftragte vor Ort in Israel, schrieb noch im März 1993 in einem offiziellen Brief an die Leitung in Berlin, dass viele alte Freunde der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel gerade auch die Zusammenarbeit in rein palästinensisch-israelischen Projekten als permanente Provokation empfinden würden (Kammerer 2008a:242). Diese Provokation führe zu einer stetig wachsenden Isolation der Organisation in Israel und würde somit die Arbeit massiv gefährden (Kammerer 2008a:242). Damit positioniert sich Heribert Krane, auf bereits bekannte Argumentationsmuster des Verlustes von Rückhalt in Israel zurückgreifend, klar auf Seiten der stärker pro-jüdisch ausgerichteten Vertreter_innen bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und greift 1993, zwei Jahre nach dem Golfkrieg, die Flügelstreitigkeiten der Organisation. Auch erneute Debatten um ein Engagement im palästinensisch-israelischen Bereich und die drohende Gefahr des Verlustes von Unterstützer_innen in Israel wurden dadurch befeuert (Kammerer 2008a:242).

5.2.3.3. Wahrnehmung der Freiwilligen

In den Darstellungen von Gabrielle Kammerer und Anton Legerer, die beide für sich beanspruchen können, die ersten großen wissenschaftlichen Arbeiten über die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste geschrieben zu haben, werden die individuellen Freiwilligen im Geschehen nur am Rande sichtbar. Kammerer führt in ihrem historischen Überblick über Briefe von Freiwilligengruppen an, die sich ebenfalls in diesen Streit einreihen und jeweils Position im Sinne einer der beiden großen Konfliktgruppen beziehen. Die Freiwilligen werden hier nur als Gruppe im Ganzen thematisiert. Insbesondere die Norwegengruppe dieser Zeit bezieht klar Stellung gegen einen Einsatz in Israel unter der Bedingung des zweiten Golfkrieges und betont dabei die Verantwortung der Organisation für das Leben der einzelnen Freiwilligen (Kammerer 2008a:235). Auf diesen Brief folgte eine klare Absage der Israelfreiwilligen, die in ihrer Antwort darauf verweisen, sie könnten sehr wohl selbst am besten die Gefahrenlage einschätzen und entscheiden, wie weit ihre Israelsolidarität zu gehen habe (Kammerer 2008a:235f). Der Verweis auf die Israelsolidarität offenbart hier den schwelen-

den Streit um die Solidarität mit Israel, an deren Umsetzung auch die Loyalität der Freiwilligen gemessen wird. Die Streitigkeiten innerhalb der Organisation während der Golfkriegsphase erfassen auch die Freiwilligen selbst. Anton Mergel, Freiwilliger der Golfkriegszeit, berichtet in einem für diese Arbeit geführten Interview von zwei Freiwilligen, die sich klar im Sinne des Erhalts der Idee einer totalen bedingungslosen Solidarität geäußert haben, denn:

„[...] es gab zwei (.) Mitsühnerinnen, die sich geweigert haben, nach Deutschland zurück zu gehen, weil dann diese Diskussion war/ Deutsches Gas auf Israel und jetzt müssen wir gerade erst recht unsere Solidarität zeigen und ich fand das völlig äh absurd sozusagen, dass das unsere Arbeit jetzt eine Sühnearbeit ist in dem wir unser Leben riskieren müssen für (...) für einen Krieg.“ (AM 125-130)

Durch die Betonung der Absurdität dieses Vorgehens macht Anton Mergel deutlich, dass dieses Verständnis der Sühnearbeit innerhalb der Freiwilligengruppe kein bestehender Konsens war. Den Sinn von Solidarität erkennt der Gesprächspartner durchaus an, er empfindet sich selbst als solidarisch. Aber die Bereitschaft, sein eigenes Leben für diesen Dienst zu opfern, kann er nicht nachvollziehen und hält dies für unangemessen. Ganz im Gegenteil hat diese Haltung für ihn nichts mit Sühne zu tun. Es kann daher nicht von einer einheitlichen Positionierung zu dieser Frage innerhalb der Freiwilligengruppe in Israel ausgegangen werden. Deutlich wird, dass sich die damaligen Positionen des Vorstandes in Berlin ebenso in der Gruppe der Freiwilligen in Israel wiederfinden lassen und auch dort ihre Wirkung entfalten. Die Gruppe der Freiwilligen ist gespalten wie die Gruppe der Hauptverantwortlichen.

Anton Mergel bringt eine gegenteilige Sicht zur Wahrnehmung der Problematiken, die es aus Sicht von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit den jüdischen Partner_innen gab, zu Protokoll und betont dabei die pragmatische Haltung der jüdischen Partner_innen während des Golfkrieges, die überhaupt nicht von ihm erwartet hätten zu bleiben (AM 178-183). Der Freiwillige legt dar, dass er eine andere Wahrnehmung der Vorgänge vor Ort hatte als die von der Organisation in offiziellen Dokumenten und auch im Interview mit einem Hauptverantwortlichen dargelegte. Die gesamte Lage, die sich aus der Situation des Golfkrieges für die Organisation, aber auch für die Freiwilligen ergab, war aber der Auslöser beständiger Debatten, die sich am alten Paradigmenstreit zweier

gegeneinander in Position gebrachter Normen orientierten und daher die Frage nach der Beteiligung an rein palästinensisch-israelischen Projekten thematisierten. Anders formuliert war das auf den zweiten Golfkrieg folgende Thema im Kern eine Revitalisierung der Flügelstreitigkeiten zwischen „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“.

Doch wie stellte sich die Situation für die Freiwilligen dieser Generation dar? Bereits angedeutet wurde, dass die Freiwilligen dieser Zeit keine gemeinsame Linie bezüglich ihres Engagements während des Golfkrieges finden konnten. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass sich für einige Verfechter_innen einer deutlicheren Ausrichtung auf die jüdischen Partner_innen ein „window of opportunity“ geöffnet hat, welches in der Folge der Ereignisse eine neue Ausrichtung ermöglicht hat.

Zwei Freiwillige blieben auf eigenes Risiko vor Ort, der Rest verließ Israel freiwillig oder wegen des Rückrufs der Organisation (AM 125-130; vgl. Kammerer 2008a:235; vgl. Legerer 2011:227). Dennoch setzte ein Teil der Freiwilligen den Dienst in Israel fort, nachdem die Krise im Nahen Osten zumindest in Ansätzen beruhigt war (Kammerer 2008a:235f; Legerer 2011:227). Somit kann die Behauptung, dass im direkten Anschluss gar keine Arbeit mehr stattgefunden habe (HM 948ff), durchaus hinterfragt werden, wie das nachfolgende Zitat Anton Mergels deutlich macht:

„Ja, vielleicht muss ich noch kurz ergänzen. Ich hab dann, als ich zurück kam nach dem Golfkrieg hab ich dann (..) dann waren wir nur noch zu viert im Land und die/ um diese offenen Altenprojekte aufrecht zu halten mit den Alten, die seit Jahren, seit Jahrzehnten teilweise von so einem besucht wurden/ bin ich dann nach Jerusalem hab das gemacht mit der Altenarbeit und hab auch noch in Yad Vashem¹⁰¹ gearbeitet.“ (AM 161-166)

Eindringlich schildert der ehemalige Freiwillige die Situation für die Freiwilligen, die nach dem Konflikt zurückgekehrt waren. In eingeschränkter Form und mit dem deutlich angepasstem Schwerpunkt, etablierte Projekte aufrechtzuerhalten, arbeiten die zurückgekehrten Freiwilligen nun mitunter gezwungenermaßen

¹⁰¹ Die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, ist die größte und sicherlich auch bedeutendste Gedenkstätte, die an die nationalsozialistische Judenvernichtung erinnert und sie wissenschaftlich für die Nachwelt dokumentiert.

in anderen Projekten als vor dem Golfkrieg. Die Befürchtungen der Hauptverantwortlichen, die Arbeit könnte leiden bestätigte sich auf anderem Wege, wenn man bedenkt, dass in der Zeit der Golfkriegskrise selbstverständlich keine neuen Freiwilligen für Israel angeworben werden konnten und somit zwar der Betrieb erst einmal in eingeschränkter Form aufrechterhalten werden konnte, aber die nächste Generation für den kommenden Einsatz nicht gesichert schien (HM 948ff).

Im Fall des Interviewpartners hatte dieser zuvor auf seinen eigenen Wunsch hin vorwiegend in rein palästinensischen oder Kombinationsprojekten gearbeitet und erlebte nun den Wechsel in vorwiegend rein jüdische Projekte. Die Zielsetzung der Arbeit in Israel, die Anton Mergel 1990/1991 ursprünglich angestrebt hat beschreibt er in der Retrospektive folgendermaßen:

„Und ich glaube, es war für mich relativ schnell klar, dass ich in ein entweder arabisches Projekt oder zumindest in ein Verständigungsprojekt gehen wollte und zu dem Zeitpunkt damals gab es auch noch Projekte rein arabische oder palästinensische Projekte bei Aktion Sühnezeichen [...]“ (AM 66-69)

Aus sozialem Interesse hat sich der Gesprächspartner bewusst um eine Beteiligung in palästinensischen Projekten bemüht. Der Verweis „zumindest“ bei der Erwähnung der Verständigungsprojekte weist darauf hin, dass diese Projekte als eine weniger bevorzugte Projektform hierarchisiert werden. Bis zum Ausbruch des Golfkrieges hat er dann auch in diesem damals noch bestehenden Bereich gearbeitet. Eine weitere Freiwillige aus der Zeit nach dem Golfkrieg, Annette Hermanns, die 1992 in Israel war, gibt im Interview ebenfalls ihre Begründung für den Wunsch, im damals noch bestehenden palästinensischen Bereich zu arbeiten, wider. Dabei legt sie die von ihr Wahrgenommene Ungerechtigkeit innerhalb der israelischen Gesellschaft offen:

„Zehn Leute waren wir damals und äh (..) ich hatte aber dann schon gemerkt irgendwie [...] dass es innerhalb Israels, obwohl ich vorher ja auch nicht sehr viel wusste, auch so ein Gefälle zwischen sage ich mal Täter und Opfer ist jetzt das Falsche, aber so zwischen Mächtigen und den Ohnmächtigeren äh gibt und (kurze Pause) hatte irgendwie mit/ auch mit meiner Motivation natürlich jemand/ denen helfen zu wollen, ja, so oder was Gutes zu tun ähm (..) den Eindruck, dass ich lieber in so einen palästinensischen Bereich wollte.“ (AH 93-100)

Wählt die Gesprächspartnerin zu Beginn die Begrifflichkeiten „Täter“ und „Opfer“ aus, ersetzt sie diese schnell, weil diese Begrifflichkeiten im deutschen Diskurs über die Verhältnisse zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen in Israel schnell in eine Form der Schuldverdrängung der deutschen Täterseite umschlagen bzw. so interpretiert werden können. Sie weicht daher auf die Begriffe „mächtig“ und „ohnmächtig“ aus. Die gewählten Bezeichnungen erlauben es ihr, die bestehenden innergesellschaftlichen Ungerechtigkeiten zu thematisieren, ohne zugleich den ihr unangenehmen Täter/Opfer-Umkehr Diskurs zu berühren. Der Freiwilligen fällt es offensichtlich schwer, für die massive gesellschaftliche Benachteiligung der palästinensischen Israelis passende Worte zu finden. Ihr Bestreben war es, sich durch ihren Freiwilligendienst dieser Ungerechtigkeit entgegen zu stellen. Diese Haltung von Annette Hermanns entspricht der von Helmut Gollwitzer schon 1966 formulierten Verschiebung der Interessenlage der Freiwilligen, welche sich vom reinen Sühne hin zu einem Versöhnungs- und Friedensgedanken in ihrer Arbeit und ihrem Anspruch entwickelt haben. Anton Mergel beschreibt, wieso für ihn speziell diese Projekte im Fokus des Interesses standen:

„[...] ich war auch schon in der Friedensbewegung aktiv vorher, also bis/ soweit man da tatsächlich aktiv ist, aber war schon der aktivste Zeit/ hatte ja auch diesen Friedensansatz und diese Auseinandersetzung zwischen Sühnezeichen und Friedensdienste spielte da auch schon eine große Rolle und ich war glaube ich schon ein großer Verfechter von wie wichtig dass es Friedensdienste ist und nicht das ähm (..) das reine Sühnezeichen [...]“ (AM 58-63)

Deutlich tritt hier hervor, dass sein vorheriges Engagement in der Friedensbewegung und sein Einsatz gegen Ungerechtigkeiten einer der Gründe für seine bewusste Entscheidung für israelisch-palästinensische Projekte war. Er nimmt als Freiwilliger eine Haltung ein, die ihn zugleich in die Auseinandersetzung zwischen „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ einbindet. Seine klare Bevorzugung des Friedensdienste-Gedankens macht ihn zu einem deutlichen Vertreter dieses Flügels.

Er äußert deutliche Kritik an den durch den Golfkrieg einsetzenden Veränderungen, die sich durch die Umstände erfolgreich manifestieren konnten. Konkret bedeutet dies, dass die Organisation im Laufe der Zeit eine „Frontbegradi-

gung“¹⁰² (HM 967; 1032; 1090; 1136) durchgeführt hat. Ziel war es, sich gegen Kritik des Unterstützerkreises in Israel zu wappnen und keinerlei Irritationen über die Frage der Loyalität und Solidarität mehr aufkommen zu lassen. Somit sollte der Druck von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste genommen werden:

„Und dann haben wir beschlossen, das kam (.) sozusagen das war wahrscheinlich eine hilfreiche Situation, damit der Vorstand, was ihm schwer fiel, beschlossen hat, wir geben diese Freiwilligen in rein arabischen Dörfern, die Plätze geben wir auf. Sozusagen sind wir eingeknickt vor der ewigen Kritik ihr müsst euch schon entscheiden was ihr seid.“ (HM 957-961)

Dieses Zitat wird hier vorgestellt, da sehr genau nachvollziehbar wird, dass die Entscheidung, sich aus rein palästinensischen Projekten in Israel zurückzuziehen, ein Angebot an die jüdischen Partner_innen war: Nach so langer Zeit der Kritik am Zusatz Friedensdienste und der damit verbundenen Vorstellung von bzw. Angst vor der Hinwendung zu den palästinensischen Israelis wurde dieser Bereich nun symbolisch aufgegeben. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste passte sich der wahrgenommenen israelischen Realität an. Versuche, dies in positive Worte zu kleiden, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dieser Frontbegradigung auch, zumindest tendenziell, dem Begehren der jüdischen Partner_innen in Israel, ASF möge sich entscheiden, nachgegeben wurde. Somit traf die Organisation eine Entscheidung im Sinne des israelischen Unterstützerkreises, wenngleich dieser Vorgang im Nachhinein als eine salomonische Entscheidung bezeichnet wurde und auf das weitere Engagement im palästinensisch-israelischen Bereich (unter Beteiligung jüdischer Partner_innen) hingewiesen wird:

„Und wir wollten das kombinieren als salomonische Entscheidung und haben auch so definiert schriftlich/ das heißt nicht dass wir nicht mit der arabischen Bevölkerung arbeiten, aber nur noch in gemischten Projekten oder in gemischten Städten sowie Haifa oder in Jerusalem, eine jüdisch-arabische Schule. Also es kann keine Rede davon sein, dass wir nicht in diesem Bereich arbeiten wollen. Aber wenn wir be-

¹⁰² „Frontbegradigung“ wird als militärischer Begriff genutzt, um die Beseitigung von Ausbuchtungen und Zickzackverläufen der Kriegsfront zwischen zwei im Kriegszustand befindlichen Staaten zu beschreiben. Die Nutzung dieses Begriffes an dieser Stelle zeigt auch wie der Gesprächspartner die eigene Situation empfunden haben muss: als eine Auseinandersetzung in deren Verlauf man sich besser gegen weitere Angriffe wappnen muss, um zu bestehen.

gradigen, wenn man Militarist wäre, wir begradigen die Front, so sind wir nicht so angreifbar.“ (HM 961-967)

Auch hier weist der Interviewpartner daraufhin, dass die Begradigung der Front dazu diene, sich nicht mehr angreifbar zu machen und somit die Lücke die der Streit zwischen „Friedensdienste“ und „Sühnezeichen“ lässt zu schließen. Problematisch an der Entscheidung die „Front zu begradigen“ ist die Zielrichtung, denn zu Gunsten jüdisch-israelischer Interessen werden palästinensisch-israelische Interessen zurückgestellt, womit eine Hierarchie gebildet wird, welche letztlich die palästinensisch-israelischen Interessen an jenen marginalisierten Platz weist, welcher ihnen innerhalb der israelischen Gesellschaft zuvor bereits zugewiesen wurde. Somit setzt die Organisation jene Prozesse in ihrer eigenen Arbeit fort, die u.a. zur gesellschaftlichen Benachteiligung der palästinensischen Israelis führen.

Das Interview mit einem Hauptamtlichen bestätigt die Wahrnehmung, dass es sich um ein „window of opportunity“ für die Durchführung einer solchen Anpassung handelte. Es wurde bereits daraufhin gewiesen, dass die Namensänderung von einem der beiden Flügel als Einladung zur Kritik verstanden wurde und daher die Möglichkeit zur Umkehr in die Diskussionen eingeführt werden konnte. Die Öffnung der Organisation ließ sich rückgängig machen, der Primat der Vergangenheit in der Arbeit konnte erhalten bleiben, weitere Konflikte mit den jüdischen Partner_innen konnten vermieden werden. Die Aussage, dass dies eine für den Vorstand hilfreiche Situation war, offenbart die Wahrnehmung der Ereignisse als eine Chance der Veränderung bzw. der Positionierung und somit der vorläufigen Beendigung der jahrzehntelangen Flügelstreitigkeiten.

5.2.3.4. Zwischenfazit

Die Debatte und die Ereignisse um den zweiten Golfkrieg führten auf der staatlichen Ebene zu Verwicklungen in der besonderen Beziehung zwischen Israel und Deutschland. In der Folge löste sich die deutsche Politik von ihren bis dato geltenden Grundsätzen, dass keine Waffen in akute Krisengebiete geliefert werden sollten. Ebenso wurden die deutsche Öffentlichkeit und ihre sozialen Bewegungen, allen voran die Friedensbewegung, aktiviert und beteiligten sich offen an den Auseinandersetzungen um die geplanten Lieferungen von soge-

nannten Verteidigungswaffen an Israel, der militärischen Einsatz der Koalition unter der Führung der USA gegen den Irak wurde massiv kritisiert. Insbesondere die jahrelangen politischen Bemühungen Deutschlands um eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel wurden durch die Skandale gefährdet und lösten einen massiven diplomatischen Austausch aus. Doch wenn sich die Perspektive aus den zwischenstaatlichen Beziehungen löst und auf die Beziehungen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste fokussiert, zeigt sich, dass vergleichbare Problemlagen unter umgekehrtem Vorzeichen auch für die Organisation auftraten. Der Blick auf diesen Zeitraum verdeutlicht, dass auch Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ähnliche Dilemmata zu bearbeiten hatte. Strebte der deutsche Staat lange nach einer „normalen“ Beziehung zu ihrem „besonderen“ Partner Israel, so betont Aktion Sühnezeichen Friedensdienste seit ihrer Gründung die „besondere“ Beziehung auf Basis der historischen Ereignisse als „normal“. Im weitesten Sinne können die Bemühungen des „Friedensdienste“-Flügels auch als ein Streben nach Normalisierung begriffen werden, mit dem Ziel z.B. die jüdischen Partner_innen mit den palästinensischen Partner_innen gleichzustellen, während der „Sühnezeichen“-Flügel bestrebt ist, aus historischen Gründen und Verbundenheit den exklusiven Status der „Besonderheit“ aufrecht zu erhalten. Innerhalb der Organisation standen daher zum Zeitpunkt des zweiten Golfkrieges auch mindestens zwei konträre Positionen im Widerstreit und

„tatsächlich verschlägt die Golfkrise von 1990/91 der Organisation die Sprache. Die von vielen im In- und Ausland erwartete Stellungnahme zur Bedrohung Israels durch den Irak und zu friedenspolitischen Konsequenzen bleibt aus.“ (Kammerer 2008b:8).

Kammerer stellt fest, dass die Organisation während des Golfkrieges weitestgehend schwieg und vollauf damit beschäftigt war eine gemeinsame interne Linie für das weitere Vorgehen zu finden. Dies gestaltete sich besonders schwierig, weil der interne Konflikt als Grundlagenkonflikt verstanden wurde: Solidarität mit Israel versus Verantwortung für die Freiwilligen. Im Verständnis einiger der Hauptverantwortlichen, aber auch Freiwilligen ging es in dieser Situation auch um die Zukunft der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Für die eine Seite stand die Zukunftsfähigkeit auf dem Spiel, weil man sich nicht klar für

die jüdischen Partner_innen ausgesprochen hatte, die andere Seite befürchtete, dass der Blick zu sehr verengt würde, bestehende Ungerechtigkeiten zementiert würden und so die Zukunft der NGO gefährdet würde. Dass diese Debatte weit über den Golfkrieg hinausreichende Folgen haben würde, war zu diesem Zeitpunkt für die Involvierten sicherlich noch nicht absehbar, wird sich aber in der Folge, wie das folgende Kapitel zeigen wird, offenbaren.

5.3. „Die“ oder „wir“?

Was genau veränderte sich durch Nablus, welches als Ereignis sicherlich ebenso prägend wie erschreckend für die Akteure ist, und was veränderte sich in Folge der Golfkriegskrise? Im Zuge der Ereignisse des Golfkrieges wurde die Diskussion innerhalb der Organisation immer drängender, stellt doch für bestimmte Gruppen in- wie außerhalb der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste das Zurückweichen der Aktion vor den angekündigten Giftgasangriffen der irakischen Armee die Loyalität in Frage und verstärkte das große Fragezeichen, was über dem Namenszusatz „Friedensdienste“ schwebt. Jede Seite der Konfliktparteien „klammert sich an einen von diesen Begriffen“ (HM 788f.) und für die jüdischen Partner_innen lautete dieser Lesart folgend die elementare Frage die sich aus dem Zusatz „Friedensdienste“ ableitet: Die oder wir?

Das durchgehende Moment der Arbeit der Organisation in Israel ist nicht nur von ihrer ausgeprägten Einsatzbereitschaft für die Überlebenden der Shoah gezeichnet, sondern wird ebenso von immer wiederkehrenden Infragestellungen ihrer Loyalität gegenüber Israel begleitet. Dieser historisch legitimierte Anspruch auf Loyalität lässt sich auch als Exklusivitätsanspruch an die deutsche Partnerorganisation deuten, der auf diese Art und Weise transformiert, historisch legitimiert und in den Debatten fruchtbar gemacht wird. Für einen langjährigen Aktiven ist diese grundsätzliche Haltung keine Unbekannte, hat er diese Position bereits 1977 in seinem eigenen Freiwilligendienst kennen gelernt. Schon damals hatte sich abgezeichnet, dass eine klare pro israelische Positionierung notwendig ist, um sich Zugang zu jüdischen Gesellschaftsschichten zu erschließen oder zu erhalten. Kritik kann in solchen Situationen zum Abbruch der fragilen Beziehungen führen. Seine Zeit im Kibbuz, in dem die Freiwilligen des Jahrganges 1977 untergebracht waren, um Ivrit zu lernen, beschreibt er als

eine äußerst spannende, aber auch sozial anstrengende Zeit: Es war sehr kompliziert, Kontakte zu Gleichaltrigen herzustellen und zugleich schwierig, einige Themen offen anzusprechen. So berichtet er:

„Dann haben wir die Kibbuzim gefragt, was ist das denn Flüchtlingslager bombardieren, ich mein das ist doch, das fördert Hass. Und das war das Ende der Beziehung.“ (HM 285-287)

„Also es ist ganz schnell in den 70ern noch ein bisschen anders als heute, gab es nur diese Möglichkeiten. Du musst dich entscheiden wo stehst du, für die oder für uns. Stehst du für die, dann bist du für uns nicht mehr relevant.“ (HM 297-300)

Diese Haltung einiger jüdischer Israelis, die mit Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Kontakt stehen, scheint sich über die Jahre wenig verändert zu haben, denn Felix Michels, ein Interviewpartner, der seinen Dienst im Jahr 2011/2012 absolvierte, berichtet ähnliches, wenn er anführt:

„[...] aber sobald ein kritischer Ton kam gegenüber der Politik, hat man oft das Gefühl gehabt, man hat einen kleinen Luftballon zerstochen. Also das war, es gab eine Explosion quasi. Die Leute waren auf einmal ganz anders. Also da hat man nicht viel Spaß verstanden.“ (FM 394-397)

Kritik an israelischer Politik hat, so die Aussagen, die Tendenz in den Begegnungen schnell Konfliktpotential aufzubauen und weitere Begegnungen zu verhindern. Der Frage nach dem wir oder die begegnet man nicht nur im Gewand der Frage nach „Sühnezeichen“ vs. „Friedensdienste“ immer wieder. Der soziale Druck, sich klar für eine Seite zu entscheiden ist enorm. In diesen Fragen nach „wir oder die?“ ist die Sorge um die Exklusivität der Arbeit in Israel bzw. der Beziehung zwischen Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und den jüdisch-israelischen Partner_innen inkludiert. Die Vorstellung, den eigenen Exklusivitätsanspruch zu verlieren, ist für die jüdisch-israelischen Partner_innen ein zu verhinderndes Szenario. Im Verlauf werden Argumente für die Stärkung der exklusiven Zusammenarbeit mit dem Drohszenario einer ansonsten aus jüdischer Sicht kaum mehr möglichen Zusammenarbeit in Israel kombiniert. So legt Heribert Krane, in den Jahren der Golfkriegskrise und auch noch Jahre danach Leiter der Israelarbeit vor Ort in Jerusalem, dar, dass die Arbeit mit den jüdisch-israelischen Unterstützer_innen im Lauf der Zeit immer schwieriger werde (Kammerer 2008a:242), weil u.a. immer dieselbe Frage im Raum stehe:

Die oder wir? Ganz offensichtlich ist die Frage nach dem „die oder wir“ eine ubiquitäre Frage für die Arbeit in Israel, zumindest aber für Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die sich an dieser Frage orientieren und dies mit der Haltung ihrer jüdischen Partner in Israel erklären.

Beispielhaft kann das palästinensisch-israelische Projekt in der Stadt Umm al-Fahm¹⁰³ herangezogen werden, welches in ein Engagement transformiert wird, das in der Folge als gefährlich für die Organisation und auch für die Freiwilligen gilt:

„Also Umm al-Fahm, zweitgrößte arabische Stadt oder *Bak el Gabir*, ein Behindertenheim. Das war der sogenannte arabische Bereich, da haben wir diese Grenzen überschritten. Die man normalerweise nicht überschreiten darf ohne Schaden anzurichten. Wir haben dafür einen ganz hohen Preis bezahlt. Nämlich Vertrauensverlust auf der jüdischen Seite. Weitgehender Vertrauensverlust, wenn man Briefe liest aus der Zeit, auch Zeitungsartikel, die kann man in öffentlichen Zeitungsartikeln nachlesen. Die haben das auch hier in Deutschland publiziert und gesagt Sühnezeichen ist untreu geworden, seinem ursprünglichen Anliegen. Und haben uns als Bedrohung empfunden und nicht als Hilfe. Und haben immer gesagt, dann ändert Euren Namen und alles ist gut. Aber was ihr macht ist Etikettenschwindel.“ (HM 847-857)

Der Interviewpartner beschreibt hier jenen palästinensischen Arbeitsbereich, der zum Zeitpunkt des Interviews bereits ca. zwei Jahrzehnte still liegt, als einen Sektor der hinter der von jüdischen Israelis gezogenen innerisraelischen Grenzlinie liegt und der Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Schaden zugefügt habe. Die Grenze, die hier überschritten wird, ist eine religiös und ethnisch begründete Grenze, welche zwischen den jüdisch-israelischen und palästinensisch-israelischen Staatsbürger_innen Israels verläuft. Sie erstreckt sich weit in den Alltag der Bevölkerung in Israel hinein, so leben Menschen in ihren jeweiligen Dörfern zwar in Nachbarschaft, haben sich aber doch noch nie

¹⁰³ Umm al-Fahm (arabisch *أم الفحم*; hebräisch *פחם-אל אום*) ist eine hauptsächlich von palästinensischen Israelis bewohnte Stadt in Israel mit ca. 38.600 Einwohner_innen. In regelmäßigen Abständen versuchen Teile der israelischen Regierung, die Stadt an der Grenze zum Westjordanland als Verhandlungsmasse einzubringen und israelische Siedlungen im Westjordanland gegen die Stadt zu tauschen. Zuletzt versuchte der israelische Außenminister Avigdor Lieberman im Jahr 2014, dies in die Gespräche einzuführen. Allerdings scheiterte dieser Vorschlag auch am Widerstand der Bevölkerung von Umm al-Fahm, welche kein Interesse bekundet hatte, zukünftig keine Bürger_innen Israels mehr zu sein und im Gegenteil diese Vorschläge als ethnische Säuberung bezeichneten (<http://www.aljazeera.com/indepth/features/2014/01/israeli-arabs-reject-proposed-land-swap-2014112142628945331.html>).

getroffen. Eine ausgeprägte Segregation¹⁰⁴ zwischen beiden Bevölkerungsgruppen verhindert oftmals ein direktes unbelastetes Aufeinandertreffen. Zugleich besteht auf Grundlage der erlebten Ungleichheiten, aber auch aufgrund von Terroranschlägen ganz unterschiedlicher Akteur_innen, ein sehr lebendiges Misstrauen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. Ein Gesprächspartner erklärte, dass er den Eindruck habe, beide Gruppen würden einander eigentlich auch nicht begegnen wollen (HM 474-475).

Diese Grenze ist selbstverständlich keine undurchlässige oder gar fixe unveränderliche Grenze, sondern durch die Veränderungen innerhalb der israelischen Gesellschaft ständig in Bewegung. Überschreitet man diese Grenze, dann muss man, der Aussage des Interviewpartners folgend, mit Konsequenzen der jüdisch-israelischen Seite rechnen, welche diese Grenzen als undurchlässig konstruiert (HM 848-855).

Diese Androhung von Sanktionen lässt sich funktionell, also taktisch verstehen, um den Druck auf die Organisation zu erhöhen und somit dem Flügel der die eigene Position vertritt zu mehr Durchsetzungskraft zu verhelfen. Darüber hinaus mögen die Androhungen von Konsequenzen aber auch der Empörung entspringen, dass eine ursprünglich im Namen der deutschen Sühne, um mit den Opfern des Nationalsozialismus zu arbeiten, gegründete Organisation ihren Aktionsradius ausgerechnet auf den Konfliktpartner der ursprünglich adressierten Opfer erweitert und somit wiederum die gezogenen Grenzen überschreitet.

Der Widerstand der jüdisch-israelischen Partner_innen lässt sich dieser Lesart folgend als Ringen um exklusive Zugangsrechte zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste begreifen. Die jüdischen Partner_innen machen diesem Zitat folgend ihren deutschen Partner_innen bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste deutlich, dass sie auf Basis der Bezeichnung „Sühnezeichen“ auf einem exklusiven historisch begründeten Status bestehen und ein Abweichen von der ursprünglich festgelegten Linie als ein Zeichen der Untreue verstehen. Dies wird in der Interpretation der Organisation zum Anreiz sich den Gegebenheiten an-

¹⁰⁴ „Segregation ist die Projektion sozialer Struktur auf den Raum. Sie bezeichnet die empirische Tatsache, dass die sozialen Gruppen sich nicht gleichmäßig etwa über das Gebiet einer Stadt verteilen, sondern sich in bestimmten Räumen und zu bestimmten Zeiten konzentrieren. Jede soziale Gruppe hat ihre typischen Wohn-, Arbeits- und Freizeitorte. So definiert ist Segregation ein universelles Phänomen.“ (Häußermann/ Siebel 2001:70)

zupassen. Weitet man den Blick ein wenig, lassen sich diese Prozesse als ein beständiges Beharren auf dem Status der besonderen Beziehung deuten. Mit dieser Strategie der Beharrung docken in diesem Fall die jüdischen Partner_innen an die Flügelstreitigkeiten zwischen „Sühnezeichen“ und „Friedensdienste“ innerhalb der Organisation an.¹⁰⁵

Das Projekt in Umm al-Fahm bedroht der Argumentation folgend die Zusammenarbeit mit den jüdisch-israelischen Partner_innen auf verschiedenen Ebenen. Besonders die Gefahr, von den jüdischen Partner_innen nicht mehr als Hilfe, sondern als Bedrohung wahrgenommen zu werden bildet in der Folge der Ereignisse einen bedrohlichen Horizont für die Organisation in Israel (HM 848-855). Die folgende und weitere vergleichbare Aussagen zeugen von einem Klima, in dem die Entscheidung zur Abkehr von palästinensisch-israelischen Projekten noch dringlicher zu werden scheint als zuvor:

„Wir sind nicht mehr isoliert wie Umm al-Fahm, mit einem einsamen Freiwilligen in einer rein arabischen, heute würde man sagen palästinensischen Umwelt, wo du auch Teil wirst von dem Denken. Wo man auch von dir erwartet bedingungslose Solidarität und es ist ganz, ganz schwierig für so eine Gruppe. Also wenn da, wir haben die gleichen Konflikte wie die Israelis plötzlich. Wirft man sich die schlimmsten Dinge vor. Entzweit ja das Programm, insofern haben wir uns vor, wenn man so will, vor den Realitäten kapituliert.“ (HM 968-974)

Die Kapitulation vor den Realitäten in Israel verdeutlicht die Triebkräfte, die hinter der kontroversen Entscheidung standen. Die Furcht die eigenen Freiwilligen könnten die Sicht der palästinensischen Israelis auf den Staat Israel übernehmen entspricht dabei der geäußerten Angst jüdischer Partner_innen vor genau dieser Solidarisierung mit den gesellschaftlich schwächeren palästinensischen Israelis. Die Organisation selbst hatte vergleichbare Erfahrungen des Positionswechsels bei Freiwilligen bereits sammeln können, denn

„Mitte der 1970er Jahre drohten die Einstellungen der meisten Israel-Freiwilligen von schlichter Solidarität mit Israel, der Zufluchtsstätte der Menschen, die der Vernichtung entronnen waren, zur angewandten Kapitalismus- und Imperialismuskritik zu kippen, als Israel angesichts der Lebenssituation der arabischen Bevölkerung (Palästinenser) als

¹⁰⁵ An dieser Stelle muss noch einmal betont werden, dass die beschriebenen Prozesse nicht monokausal von der Position der jüdischen Partner_innen bestimmt werden, sondern erst durch das Zusammenspiel der verschiedenen Einflussfaktoren ermöglicht wurde.

prototypisches Feindbild ihrer Kritik angesehen wurde.“ (Legerer 2011:222)

Mitte der 1970er Jahre gingen diese Streitigkeiten soweit, dass eine Freiwilligengruppe auf Betreiben des Länderbeauftragten wegen ihres Engagements für palästinensische Interessen aus ihrem Einsatzland Israel abberufen wurde. Einem Bericht aus der Zeit lässt sich entnehmen, dass unter den eingesetzten Freiwilligen in einem christlich-arabischen Studentenheim in Jerusalem ein Konflikt ausbrach, in dem es u.a. um die Frage ging inwieweit Kritik an der israelischen Politik gegenüber der palästinensisch stämmigen Bevölkerung für Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste opportun wäre. Der Konflikt führte dazu, dass sechs Freiwillige Israel verlassen mussten und sich umgekehrt zehn Freiwillige mit Israel solidarisch erklärten (Strothmann 1975:48). Die Befürchtung, es bestände die Gefahr, dass sich die gleichen Konflikte wie in Israel auch innerhalb der Organisation ausbreiten würden, ist demnach nicht gänzlich unbegründet und führt überspitzt ausgedrückt zu einer Entscheidung innerhalb der Organisation, die israelische Lebensrealitäten widerspiegelt: Segregation.

Hervorzuheben ist hier der Verweis auf die von den palästinensisch-israelischen Partner_innen erwartete bzw. eingeforderte Solidarität, welche palästinensische Israelis an die Freiwilligen herantragen könnten. Verbunden ist diese Form der „Solidarität“ offensichtlich mit der Angst beladenen Vorstellung, Freiwillige könnten das „Denken“ der palästinensischen Israelis übernehmen. Wieso wird das als bedrohlich empfunden? Was für ein Bild des „Anderen“ wird gezeichnet, wenn ich seiner Perspektive auf die Gesellschaft eine Gefährlichkeit zuspreche? Es wird nicht deutlich, was genau dieses „Denken“ beinhalten könnte,¹⁰⁶ aber es wird geäußert, dass dieses „Denken“ die Konflikte innerhalb der Organisation fördern und ebenso Irritationen bei jüdischen Partner_innen auslösen würde, welche es zu vermeiden gelte. Somit ist mit „Denken“ die Übernahme von Perspektiven gemeint, welche in der israelischen Gesellschaft

¹⁰⁶ Mit „Denken“ ist an dieser Stelle die Perspektive, die Position und die Wahrnehmung des israelischen Alltags aus Sicht der palästinensisch-israelischen Minderheit gemeint, welche als potentiell gefährlich bewertet wird.

als illoyal bis staatsgefährdend gelten.¹⁰⁷ Das Problem wird zu Gunsten der jüdisch-israelischen Partner_innen nicht offen thematisiert. Die Thematik wird in den Themenbereich „Nahostkonflikt“ ausgelagert, für dessen Überwindung die Organisation aus historischen Gründen nicht primär arbeitet und somit argumentieren kann, dass dies nicht ihre eigentliche Aufgabe sei (https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf). Die Thematik aber verschwindet auf diesem Weg nicht aus dem Alltag der Israel-Freiwilligen und der Organisation, ganz im Gegenteil ist dieser Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen wie überall sonst in Israel auch hier omnipräsent. Auch wenn den Freiwilligengruppen vereinzelte geführte Reisen in palästinensisch dominierte Gebiete Israels oder aber kritische jüdische Gesprächspartner_innen angeboten werden, lässt sich feststellen, dass sich die Kontakte, insbesondere Alltagskontakte, in der Folge des Rückzugs aus den Projekten stark reduziert haben (vgl. IB 476-485; vgl. FM 325-327; vgl. FM 650-655).

Umgekehrt wird diese Gefahr der „Solidarisierung“ bei Projekten mit rein jüdischer Beteiligung nicht gesehen bzw. nicht öffentlich problematisiert. Ganz im Gegenteil wird die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung zu einem, wenn nicht dem primären, Merkmal der Organisation erklärt (https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf). In gewisser Weise ist die Solidarität somit Aushängeschild und Einschränkung des Handlungsspielraumes für die Organisation zugleich. Aushängeschild in dem Sinne, als dass an der Solidarität mit Israel der Erfolg oder Misserfolg der Organisation festgemacht wird und diese für die Identität der Organisation von

¹⁰⁷ Diese Problematik verschärft sich insofern, als dass die Knesset 2016 ein Gesetz verabschieden will, nachdem „[...] NGOs ihre Geldgeber offenlegen müssen, wenn sie sich überwiegend mit ausländischen Regierungsmitteln finanzieren. Private Zuwendungen - etwa für jüdische Siedlungen - bleiben ausgenommen. Die betroffenen Organisationen müssen zum Beispiel auch die Adressen der Geldgeber an die israelischen Behörden übermitteln“ (http://www.deutschlandfunk.de/ngos-in-israel-ein-gesetz-a-la-putin.1818.de.html?dram%3Aarticle_id=340899). Mit Hilfe dieses Gesetzes werden NGOs in Israel unter eine vermehrte Beobachtung gestellt und in der Folge, so die Lesart der Kritiker_innen, in ihrer freien Arbeit behindert. Zu beachten ist, dass im Gesetz bewusst private Zuwendungen für den Siedlungsbau ausgenommen sind und somit diese Gelder, welche im Sinne konservativer israelischer Kreise sind, nicht bedroht werden. Eine Gleichbehandlung der Interessen ist somit nicht gewährleistet.

herausragender Bedeutung ist. Der Rückzug der Freiwilligen im Verlauf des Golfkrieges wird daher auch als Infragestellung der Solidarität mit Israel verstanden und in der Folge als Gefahr für die Arbeit der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gedeutet. Zugleich schränkt ein solch enges Verständnis von Solidarität den Handlungsspielraum und in der Folge auch die Fähigkeiten der Organisation, auf den Nahostkonflikt und die israelischen innergesellschaftlichen Konflikte zu reagieren, ein. Insbesondere unter der Prämisse des Konflikts vor Ort entfaltet die Einschränkung des Handlungsspielraumes ihre Wirkmacht.

Die Vorstellung, dass die Übernahme einer anderen Perspektive problematisch sei, wird durch die Argumentation so dargestellt, als wäre dies eine alleinige Problematik, welche im Bereich der palästinensisch-israelischen Projekte auftreten würde, ja gar könnte. Ob das Argument der Isolation von vereinzelt Freiwilligen in palästinensischen Projekten wirklich greift, lässt sich mit den Aussagen von Felix Michels kritisch hinterfragen, denn er sieht die vergleichbare Gefahr der Vereinnahmung auch in den rein jüdischen Arbeitsbereichen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste:

„Dass manche den Blick für Realität auch verlieren, unserer Freiwilligen. Es waren auch Leute, die waren dann teilweise alleine in irgendeinem Projekt mit behinderten Menschen und Kibbuz artig irgendwo in der Provinz, die waren also abgekapselt. Die hatten mit Palästinensern überhaupt null Kontakt gehabt. Also die wurden halt dann sehr stark geprägt und die haben sich dann halt irgendwie so entschieden.“ (FM 650-655)

Der Interviewpartner bezieht sich hier auf eine Erfahrung, die er in seiner eigenen Freiwilligengruppe machte, als sich Mitfreiwillige für einen Anschlussdienst bei der Israelischen Armee¹⁰⁸ interessierten und er in der Folge den Eindruck gewann, dass diese völlig den Blick für die Realitäten verloren zu haben schienen (vgl. FM 631-641). Für ihn war mit seinem eigenen Erfahrungshorizont nicht nachvollziehbar, wie man als deutscher Wehrdienstverweigerer in Israel zu einer solchen Entscheidung gelangen könne. Die für ihn greifbare Erklärung

¹⁰⁸ Das Freiwilligenprogramm der israelischen Streitkräfte heißt Sar-El (hebräisch: אל-שר). Sar-El ist ein hebräisches Akronym für „Dienst für Israel“. Der Dienst ist abgesehen von Kost und Logis unbezahlt und besteht überwiegend aus Hilfstätigkeiten in den Bereichen Sanitätswesen, Logistik, Materialverwaltung, Verpflegung und Instandsetzung. Trotzdem dient dieser Dienst dazu die israelischen Streitkräfte zu entlasten und somit Personal für andere Aufgaben freizusetzen. Der Dienst ist sehr umstritten. (<http://www.sar-el.org/>)

für dieses Interesse für den Hilfsdienst in der israelischen Armee steht für ihn unter anderem mit der Isolation in bestimmten rein jüdischen Projekten in Israel in Zusammenhang. Damit stellt er einen Prozess dar, den die qualitative Forschung als „Going Native“¹⁰⁹ bezeichnet:

„Aber wenn man im kleinen Kaff im Norden lebt, dann ist das kein offensives Vortragen, aber dann ist die Person nach einem halben Jahr in Israel noch nie mit einem arabischen Auto gefahren, weil da auch einfach keins hinfährt und hat dann aber ein halbes Jahr dann was Gefährliches. Und ich bin schon nach dem ersten Mal, als ich gehört habe, dass die arabischen Dinger gefährlich sind, bin ich trotzdem in eins eingestiegen, weil ich gedacht habe, na ja gut. Und der hat ein halbes Jahr nur gehört, gefährlich, gefährlich, gefährlich und steigt nach einem halben Jahr zwar auch da ein, aber mit einem anderen Gefühl.“ (FM 909-917)

Felix Michels beschreibt hier detailliert die Auswirkungen eines dauerhaften Aufenthalts in einer ethnisch-religiös geschlossenen Gemeinschaft ohne bzw. mit nur sehr wenigen Kontakten zur umgebenden Nachbarschaft. Auf diesen mangelnden Kontakt führt der Freiwillige, analog zur Kontakthypothese von Gordon Allport, die Angst und die Wahrnehmungen jener Freiwilligen aus reinen jüdisch-israelischen Projekten zurück. Vorurteile können dieser These folgend in einer isolierten Umgebung u.a. aufgrund mangelnder Kontaktdichte nicht durch positive Erfahrungen widerlegt werden. Eine andere Freiwillige, Ines Burg, beschreibt die Kontaktdichte zu palästinensischen Israelis wie folgt:

„Also zu dem Physiotherapeuten während der Arbeit. Dann habe ich mich, die eine junge Rezeptionistin, so eine studentische Aushilfe war arabisch. Mit der habe ich mich beim Essen so öfter unterhalten. Ich muss mal grade überlegen. (...) Außer im arabischen Restaurant, also nicht wenig. Also (...) ich überlege grade so, nee, also ganz, ganz wenig, weil es ja auch, außer ich gehe in einen arabischen Laden natürlich. Aber so persönliche Gespräche oder so eigentlich nur mit dem, mit dieser jungen Frau, die war so ein paar 20, 23 oder so. Und mit dem Physiotherapeuten ne, der auch so ein bisschen hat durchblicken

¹⁰⁹ In der qualitativen Forschung wird darauf hingewiesen, dass in der teilnehmenden Beobachtung die Gefahr eines Verlustes der kritischen Außenperspektive und einer nicht hinterfragten Übernahme „der im beobachteten Feld geteilten Sichtweisen“ besteht; ein Effekt, der mit dem Begriff „going native“ bezeichnet wird (Flick 1996:161). Andere Forscher präzisieren, dass der teilnehmende Beobachter/ die Beobachterin die Urteilsmaßstäbe und Verhaltensmuster der Akteure im Feld übernimmt und damit beginnt, sich mit ihnen zu identifizieren. In diesem Fall also ein vergleichbarer Prozess, der hier zur Erklärung herangezogen werden kann. Als negativ wird dabei bemängelt, dass der Forscher die Fähigkeit verlieren würde, sich auf seine Beobachtungsaufgaben zu konzentrieren (Grümer 1974:115)

lassen, wie es ihm da geht ne, wie er sich fühlt so. Wo ich na ja, das ist ja sowieso so ein Kapitel für sich ne?“ (IB 476-485)

Die Kontaktdichte ist offenbar auch hier stark eingeschränkt und es bietet sich wenig Raum zu gemeinsamem Austausch. Die wenigen Begegnungen mit palästinensischen Israelis, die sie beschreibt, deuten dennoch bereits die Problematik dieser Begegnungen für die organisational anvisierte Israelsolidarität an. Die prekäre Lebenssituation der israelischen Palästinenser_innen zeichnet sich für Ines Burg schon in diesen kurzen Begegnungen ab und könnte je nach Lesart diese „gefährliche“ Solidarität erwecken.

Felix Michels äußert zu dieser Thematik:

„Also ich glaube wir wurden natürlich beeinflusst. Wir waren auch nur in Kontakt mit Juden und nicht mit Palästinensern. Also natürlich wurden wir da in der einen Richtung beeinflusst.“ (FM 325-327)

Dieser Freiwillige betont die hohe Dichte der Kontakte und Beziehungen mit jüdischen Israelis bei gleichzeitiger Nicht-Begegnung mit der palästinensischen Bevölkerung. Ebenso betont er, dass „natürlich“ Perspektiven übernommen werden bzw. die eigene Perspektive beeinflusst wird. Das bedeutet, dass die Freiwilligen in rein jüdisch-israelischen Projekten selbstverständlich im Verlauf ihres Aufenthalts Teile der Perspektive ihrer jüdischen Gastgeber_innen auf Israel und seine Bewohner_innen übernehmen.

Dieses Argument der Vereinnahmung nun ausschließlich gegen die palästinensisch-israelischen Projekte anzubringen, reproduziert unbewusst oder bewusst das Bild des unsicheren, des gefährlichen Anderen, der in diesem Fall durch die palästinensisch-israelische Umgebung bzw. deren Bewohner_innen repräsentiert wird. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in der Forschung der Begriff des „Othering“¹¹⁰ für diese Prozesse des Fremdmachens etabliert. Der Begriff wurde im Rahmen postkolonialer Forschung von Gayatri Chakravorty Spivak (1985) eingeführt. Spivak benennt drei Dimensionen des „Othering“: 1. Bewusstmachung, wer die Macht hat. 2. Wissen und Technologie sind das Eigentum der Mächtigen, nicht des anderen. 3. Konstruktion des anderen als pathologisch und/ oder moralisch minderwertig. Alle drei Dimensionen sind da-

¹¹⁰ Im deutschen Sprachgebrauch wird auch in manchen Fällen von „Veränderung“ gesprochen. Zum Begriff des „Othering“ siehe: Spivak 1985; Castro Varela 2005; Richter 2015:313-321.

ran beteiligt, das Andere als unterlegen bzw. minderwertig zu konstruieren. Ebenso stabilisiert der Prozess des „Othering“ den Status der als minderwertig markierten Bevölkerungsgruppe, indem ihnen für eine Verbesserung der Situation benötigtes Wissen sowie Technologie vorenthalten bzw. die Zugänge verwehrt werden.¹¹¹ Im Rahmen der Auseinandersetzung mit Spivaks Ansatz definiert Sune Qvotrup Jensen „Othering“ wie folgt:

„discursive processes by which powerful groups, who may or may not make up a numerical majority, define subordinate groups into existence in a reductionist way which ascribe problematic and/or inferior characteristics to these subordinate groups. Such discursive processes affirm the legitimacy and superiority of the powerful and condition identity formation among the subordinate“ (Jensen 2011:65).

Daraus folgt, dass es sich um diskursive Prozesse handelt, die von den Mächtigen („powerful“) geführt werden, um untergeordnete Gruppen („subordinate“) zu definieren. Dies geschieht unter anderem durch die Zuschreibung von Charakteristika, die als problematisch und/ oder minderwertig besetzt sind. Dieser Prozess des „Othering“ schafft also eine merkliche Distanz zum konstruierten Gegenüber, welche Versuche der Verständigung erschwert und einen Nährboden für weitergehende diskriminierende Haltungen gegenüber bereits Marginalisierten darstellt. In diesem Fall wird die Perspektive der israelischen Palästinenser_innen als gefährlich bzw. problematisch eingestuft. Zum einen für die Organisation selbst, indem darauf verwiesen wird, dass die Zusammenarbeit in alleinigen palästinensisch-israelischen Projekten die generelle Zusammenarbeit mit den jüdisch-israelischen Partner_innen gefährdet, welche die dominierende Gesellschaftsgruppe in Israel darstellen. Zum anderen aber auch für die Freiwilligen selbst, welche durch zu große Nähe zu palästinensisch-israelischen Positionen als nicht mehr vertrauenswürdig oder gar selbst als gefährlich gelten. Somit rücken auch die Vertreter_innen dieser Perspektive in eben dieselbe Kategorie: Gefährlich/ Problematisch. Zugleich wird durch diesen Schritt, ohne dies deutlich zu formulieren, die Perspektive des jüdischen Israels, welche die dominierende bzw. hegemoniale Perspektive in Israel darstellt, als unproblema-

¹¹¹ An dieser Stelle soll daran erinnert werden, dass die ökonomischen, sozialen, politischen Gestaltungsmöglichkeiten sowie der Zugang zu Bildung für palästinensische Israelis im direkten Vergleich zu jüdischen Israelis in Israel massiv erschwert und teilweise verhindert wird (siehe hierzu auch Kapitel 5.2.1.).

tisch, ja als „normal“ klassifiziert. Dieser Prozess der negativen Zuschreibung verhindert einen offenen Umgang der verschiedenen Parteien und verwehrt zugleich auch einen gleichberechtigten Zugang.

Zu dieser jüdischen Sichtweise gehört auch der Komplex des Bewusstseins deutscher Schuld. Freiwillige beschreiben Bestrebungen einzelner jüdisch-israelischer Partner_innen, diesen für viele Deutsche schwer zu verbalisierenden Schuldkomplex und die daraus resultierende positive Einstellung gegenüber Israel bewusst oder unbewusst zu instrumentalisieren. Felix Michels schildert im Interview diese Prozesse und woran diese andocken:

„Also da wurden, sicherlich wurden unsere Freiwilligen vereinnahmt und man wusste natürlich auch, dass wir als Freiwillige von Aktion Sühnezeichen sämtlich, eine sehr positive, wenn nicht gar pflichtschuldige Einstellung gegenüber dem Staat Israel hatten und gegenüber dem jüdischen Volk, weil wir mit der Motivation hingegangen sind, wieder gutzumachen, was unsere Großeltern getan haben. Aufzuarbeiten, neue Beziehungen zu schaffen. Ja. Also wir waren sozusagen, wir wären ein, wir wären ein gutes, ja, die hätten uns easy catchen können und manche haben sie auch bekommen.“ (FM 917-924)

In diesem kurzen Zitat lässt sich die Linie der „Sühnezeichen“-Vertreter_innen ausmachen. Die Beschreibung der Freiwilligen in ihrer pflichtschuldigen Einstellung entspricht dabei dem grundsätzlichen Ansatz der „Sühnezeichen“-Vertreter_innen und tritt auch hier in einen nicht ganz offenen Widerstreit mit dem „Friedensdienste“-Flügel, denn die Beschreibung der Motivation ist ganz auf den Gedanken der deutschen Schuld gerichtet. Die Gefahr dieser alleinigen Ausrichtung ist der Auffassung einiger Gesprächspartner_innen nach, dass dies bei einigen Freiwilligen zu einer sehr einseitigen Einschätzung der jüdisch-palästinensischen Verhältnisse vor Ort in Israel führen könne. Diese umfassenden Darstellungen der Interviewpartner_innen führen zu dem Schluss, dass eine Einordnung der palästinensischen Projekte als kritisch für einzelne Freiwillige und die Organisation ebenso problemlos auf rein jüdische Projekte übertragbar wäre und somit kein Argument für die Beendigung der Projekte sein kann.

Im Zuge der Diskussionen im Nachklang des Golfkrieges wurde 1994 vom Vorstand nach vielen Auseinandersetzungen die umstrittene Entscheidung getrof-

fen, sich bis auf weiteres aus rein palästinensisch-israelischen Projekten zurückzuziehen (Kammerer 2008a:242).¹¹² Versuche, die Streitigkeiten und Missverständnisse aufzuklären oder argumentativ zu entschärfen gab es bis zum Ende der Projekte 1994. Die Organisation, welche sich der Sühne verschrieben hat, findet keinen anderen Weg die Partner_innen vom ehrlichen Anliegen einer Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu überzeugen, als den Schritt sich in der Solidaritätsbekundung den exklusiven Wünschen der Partner_innen anzupassen und somit die bestehende innerisraelische Hierarchie zwischen den Bevölkerungsgruppen zu bestätigen. Nach 1994 war durch diese Entscheidung eine Verteidigungshaltung der Organisation nicht mehr notwendig. Eine typische Argumentation der Zeit vor 1994, die sich gegen die Forderung eines Rückzugs aus spezifisch palästinensischen Projekten in Israel richtet, liefert ein Gesprächspartner im Interview:

„[...] Israel besteht nicht nur aus Juden und es gibt ne gemischte Bevölkerung. Also müssen wir auch überall arbeiten. Außerdem sind sie diskriminiert und außerdem heißen wir Friedensdienste. Also gibt es da gar nichts dran rumzukritisieren und wenn was richtig ist, dann dürfen wir uns auch nicht so leicht einschüchtern lassen. (HM 840-844)

Deutlich wird, dass diesen Exklusivitätsansprüchen vor 1994 eine Absage erteilt wurde, es wurde auf die gemischte Bevölkerung Israels und diskriminierten Minderheiten und ihre Probleme verwiesen. Im Sinne der Friedensdienste-Fraktion sind sie logische Adressaten der Arbeit, Sühnezeichen dagegen adressiert primär die Opfer der Shoah. Zielsetzung der Abkehr von alleinigen palästinensisch-israelischen Projekten war es, den Vorwürfen mangelnder Loyalität oder aber mangelnder Solidarität erfolgreich und auf Dauer die Basis zu entziehen. Die Arbeit mit den jüdischen Partner_innen sollte auf diesem Wege nicht nur gesichert, sondern auch stabilisiert werden, Obwohl dies konkret bedeutete, die grundsätzlich antirassistische und inkludierende Haltung der Arbeit in Israel, vermehrt den jüdisch-israelischen Interessen unterzuordnen. Mit den Worten eines Interviewpartner ausgedrückt: „Sozusagen sind wir eingeknickt vor der ewigen Kritik ihr müsst euch schon entscheiden was ihr seid“ (HM 960-961). Rekapitulierend wird deutlich, dass der Prozess im Nachklang des Golf-

¹¹² „Bis auf weiteres“ gilt bis in die aktuelle Gegenwart und hat bis heute nichts an seiner Brisanz verloren.

krieges mindestens als ein Zugehen auf jene jüdischen Interessenvertreter_innen verstanden werden muss, die jahrelang die Arbeit in solchen Projekten abgelehnt bzw. kritisiert hatten und nun zumindest teilweise erfolgreich ihre Position gemeinsam mit einem Teil Zahl der Mitarbeiter_innen von ASF durchsetzen konnten.¹¹³ Die Frage „Was seid ihr?“ oder aber „wir oder die?“ ist im Kern zu Gunsten der jüdisch-israelischen Partner_innen beantwortet. Ein Interviewpartner hat diese Entscheidung als „salomonisches Urteil“¹¹⁴ bezeichnet. Doch inwiefern ist dies ein „salomonisches Urteil“? Salomon versuchte in der Legende der Bibel nicht, beide Seiten zufrieden zu stellen. Salomon war darum bemüht unter zwei Frauen, die beide jeweils behaupteten, die Mutter ein und desselben Kindes zu sein, jene zu finden, die die wahre Mutter war. Sein Urteil, das Kind zu teilen, war eben nicht der Versuch beider Seiten entgegenzukommen, sondern im Gegenteil, die Wahrheit durch einen Test, indem die echte Mutter sich durch ihre uneigennützigste Liebe zum Kind verraten würde, ans Licht zu bringen (vgl. 1. Buch der Könige 3:16-28). Im vorliegenden Fall hingegen handelt es sich um den Versuch, möglichst geschickt zu agieren und keine Seite durch das eigene Handeln offensiv zu verletzen. Diese Intention liegt Salomon in der vom Interviewpartner zum Vergleich herangezogenen Legende völlig fern. Gleichwohl, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste entschied sich bewusst, eine der beiden Parteien in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu heben und dabei die Besonderheit der Beziehungen zu betonen, obwohl eine simple „Wahrheit“ wie im Falle der beiden Mütter, die Salomon aufsuchen, keinesfalls im vorliegenden Fall vorzufinden ist. Hier soll mit Hilfe der Metapher des salomonischen Urteils ein „Manövrieren auf engstem Raum“ beschrieben werden, welches jenen Vorgang des Taktierens erfasst, der durch diese Entscheidungen des Vorstands notwendig wurde. Es sollten Handlungsspielräume wieder gewonnen und bestehende Kooperationen gestärkt werden.

Ganz so eindeutig wie mitunter dargestellt sind die Gründe für die Einstellung dieser Programmausrichtung also nicht, so ist zunächst auf die Metapher der „Frontbegradigung“ hinzuweisen, welche auf die Angriffe jüdischer Part-

¹¹³ Teilweise weil die Organisation, um nicht alle Brücken abubrechen, nicht jegliche Zusammenarbeit mit palästinensischen Israelis seit 1994 eingestellt hat, sondern nur die direkte Arbeit in ausschließlich palästinensisch-israelischen sozialen Projekten.

¹¹⁴ Das Urteil findet sich im 1. Buch der Könige 3:16-28 nach der Einheitsübersetzung der Bibel.

ner_innen verweist. Sicherlich lag diese neue Ausrichtung auch im Interesse bestimmter Gruppierungen innerhalb der Organisation und richtete sich keineswegs ausschließlich an den äußeren Einflussfaktoren der Partner_innen aus. Anton Mergel gibt zu diesen Vorgängen der Golfkriegszeit im Interview wider:

„[...] und dann war eben genau in der Zeit auch die Diskussion über ähm soll Aktion Sühnezeichen überhaupt in palästinensischen Projekten arbeiten oder nicht, es war, damals war Heribert Krane, der Bruder von Bernhard äh war Landesreferent und die Kranes die ähm hatten so eine sehr (...) von (...) einem Teil der Gruppe auch ähm (...) wie sagt/ soll man sagen (..) pro-israelische Haltung und waren sehr gegen diese Projekte und haben da wirklich gekämpft wie die zu kippen [...]“ (AM 86-92)

Dass interne Faktoren für die Veränderung der Organisation mitverantwortlich sind, ist bereits in den Kapiteln zuvor deutlich geworden. Der Interviewpartner nennt zwei Persönlichkeiten der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, denen er eine erkennbar pro-israelische Haltung in den Auseinandersetzungen zuweist. Beide Personen werden von ihm auch als treibende Kräfte der Trennung von den rein palästinensischen Projekten wahrgenommen. Er betont zugleich, dass diese pro-israelische Gruppe keinen Alleinvertretungsanspruch stellen konnte, war sie doch Teil von Flügelstreitigkeiten. Im selben Interview ergänzt der Gesprächspartner dann später:

„Und jetzt auch wieder was diese palästinensischen Projekte anging, natürlich gab es einzelne Leute, die da irgendwie aktiv auch dagegen waren oder so, aber das hatte ich immer das Gefühl das waren so der sehr enge Kreis von Aktion Sühnezeichen, aber das war nicht die breite Masse.“ (AM 229-233)

Der Interviewpartner differenziert hier deutlich zwischen „der breiten Masse“ und dem „sehr engen Kreis“. Es wird deutlich, dass sich innerhalb der Organisation verschiedene Lager gebildet hatten. Allerdings ist hier der Umstand von besonderem Interesse, dass die als „breite Masse“ bezeichneten Unterstützer_innen, Freiwilligen und ehemalige Freiwilligen dieser Idee des engen Kreises, so die Wahrnehmung, nicht einfach gefolgt sind. Dass sie sich am Schluss nicht durchsetzen konnten wird erkennbar, da die Abkehr von rein palästinensisch-israelischen Projekten 1994 von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

umgesetzt wurde. Anton Mergel beschreibt im Interview seine Erfahrungen mit diesem Entscheidungsprozess:

„Oder palästinensische Projekte oder nicht und dann gab es auch irgendwann noch mal eine richtige Konferenz hier von Aktion Sühnezeichen. Da bin ich dann aus Israel extra nach Deutschland auch geflogen, um diese Position zu vertreten weil es (...) wir Angst hatten, dass es da nicht vertreten wird. Ich weiß ehrlich gesagt nicht mehr, wie das dann genau ausgegangen ist, aber ich glaube das war dann relativ schnell gab es keine palästinensischen Projekte mehr (..) was ich für einen großen/ großen Fehler halte“ (AM 134-141)

Primär drückt er sein Bedauern über eine seiner Meinung nach grundsätzlich falsche Entscheidung aus. Darüber hinaus aber hebt er hervor, dass die damaligen Freiwilligen die Befürchtung hatten, ihre Einwände würden von den Offiziellen einfach nicht gehört werden. Diese Befürchtung fußte auf der Wahrnehmung von Hierarchieunterschieden zwischen Freiwilligen und Hauptverantwortlichen, rührte aber auch daher, dass zwei Vertreter des Israelreferats, Bernhard und Heribert Krane, klare Gegner der alleinigen palästinensisch-israelischen Projekte und gleichzeitig für die damaligen Israelfreiwilligen verantwortliche Ansprechpartner für alles Relevante waren. Die Aussicht, die eigene Idee von einer offeneren Aktion Sühnezeichen Friedensdienste von zwei erklärten Vertretern der klar pro-israelischen, pro-jüdischen Position vertreten lassen zu müssen, führte auch zum verstärktem Wunsch, die eigene Meinung selbst vorzutragen. Erkennbar wird, dass es unter den Freiwilligen Vertreter_innen gab, welche die Bereitschaft an den Tag legten, die palästinensisch-israelischen Projekte zu verteidigen und zu vertreten. Ihrer Wahrnehmung nach waren diese Projekte kein Widerspruch zum erklärten Sühnezeichen-Auftrag der Organisation und auch keine Abkehr von der grundsätzlichen Solidarität mit Israel. Vielmehr gehörten diese Projekte dem Verständnis der Befürworter_innen nach zu Israel wie auch die palästinensischen Israelis zu Israel gehören.

Ging mit dem Anschlag von Nablus noch die Erkenntnis einher, dass Aktion Sühnezeichen Friedensdienste auch auf die palästinensischen Bewohner_innen Israels offen zugehen und mit ihnen arbeiten müsse, sollte sich diese Tendenz umkehren und 1994 in der Absage alleiniger Projekte mit palästinensischen Israelis gipfeln. Im folgenden Zitat eines Interviewpartners wird die kriti-

sche Position jüdischer Partner_innen und Unterstützer_innen gegenüber Aktion Sühnezeichen Friedensdienste nochmals thematisiert:

„Jetzt ist euch das Friedensdienste wichtiger als das Sühnezeichen. Und das heißt immer übersetzt auf den Konflikt, jetzt geht ihr zu der arabischen Seite, also zu den Unterdrückten und Diskriminierten.“ (HM 801-804)

An der Aussage „also zu den Unterdrückten und Diskriminierten“ lässt sich ein Bewusstsein für die gesellschaftliche Situation der palästinensischen Israelis erkennen, welches offensichtlich insbesondere die Angst nährt, dass sich die Organisation dieser Hilfebedürftigen Gruppe zuwenden könnte. Eben diese Furcht beschreibt Kira Berg im Interview, als sie über ihre Gespräche mit Israelis, in ihrem Projekt, einem Altenheim spricht und dabei klar zwischen progressiven und konservativen Heimbewohner_innen unterscheidet:

„Und es gab aber auch andere, die relativ religiös sind und gesagt haben sozusagen, man darf nicht in die arabischen Staaten fahren, wenn man Freiwilliger ist. Man ist dann nicht mehr zuverlässig, man soll hier gefälligst den Dienst an den Juden tun und dann soll man nicht dahin fahren und sich komische Ideen holen und wahrscheinlich arbeitet man dann auch noch für den Geheimdienst und schmuggelt dann irgendwas hin und her.“ (KB 298-303)

Was wird durch Kontakte mit palästinensischen Israelis oder arabischen Nachbarn gefährdet? Ihrer Aussage folgend die „Zuverlässigkeit“ die offensichtlich auch daran gemessen wird, wie deutlich sich die Freiwilligen von nicht-jüdisch israelischen Einflüssen distanzieren und erkennbar abgrenzen. Erneut steht die Frage des „wir oder die?“ im Zentrum der Befürchtungen. Die Differenz zwischen den palästinensischen und jüdischen Israelis wird besonders betont und schreibt dem „Anderen“ negative Eigenschaften zu.¹¹⁵ Bei der Betrachtung der Aussage, man solle sich keine „komischen Ideen“ holen, treten die dem Anderen zugeschriebenen negativen Eigenschaften deutlich hervor.. Mit „komisch“ sind hier abweichende, der jüdisch-israelischen Mehrheitsmeinung widersprechende

¹¹⁵ Die Darstellung der palästinensischen Israelis folgt auch hier der Strategie des Othering, da diesen negative Eigenschaften zu gewiesen werden, um Kontakte zwischen Freiwilligen und palästinensischen Israelis zu verhindern. Gleichzeitig wird auf diesem Wege versucht, Solidarität zu mobilisieren, da diese Warnung suggeriert, dass auch Freiwillige automatisch Opfer palästinensischer Bestrebungen werden können und sich somit in einer vergleichbaren Situation befinden würden wie die Konfliktgegner_innen im innerisraelischen Konflikt.

Vorstellungen und Konzepte gemeint.¹¹⁶ „Holen“ dagegen suggeriert eine gewisse Form der Infektion mit diesen „komischen“ Ideen und geht von einer sehr einseitigen Übertragung von Ideen aus. Verbunden mit den „komischen Ideen“ ist auch der Hinweis auf Schmuggel und Geheimdienst. Beides sind Bereiche der Gesellschaft, die als zwiespältig oder aber unsicher klassifiziert werden. Der oder die Einzelne macht sich dieser Lesart also verdächtig, wenn nicht ganz klar und deutlich für das „Wir“ plädiert und das „Die“ im gleichen Atemzug negiert wird. Es geht also auch hier darum, sich deutlich zu positionieren und die Differenz zu betonen. Die Grenzen zu überschreiten führt dazu, dass der/die Einzelne die Rolle des Zwielfichtigen, einer Person mit schlechtem Ruf und gesellschaftlichen Nachteilen, zugewiesen bekommt. Möchte man diese durchaus gesellschaftlich unangenehme und ausschließende Rollenzuweisung vermeiden, heißt es, bewusst Stellung für das jüdische Israel zu beziehen. Diese Haltung, die sich immer wieder auf die entscheidende Frage „entweder/oder“ bzw. „wir oder die?“ zuspitzt, verdeutlicht die Problematik der gesamten Debatte und auch die Herausforderungen für eine Organisation, die zwischen zwei Normen, dem „Sühnezeichen“ und den „Friedensdiensten“, einen Ausgleich herbeizuführen sucht. Auch hier steht die Frage im Raum, in welchem Rahmen Kritik an der israelischen Gesellschaft geäußert werden kann und darf. Gerade der Nahostkonflikt berührt die Kernängste, die Streitigkeiten und ist somit ein Thema, dem der/die Einzelne aber im Rahmen seines Aufenthaltes kaum entgehen kann.

In der Folge wird eine Haltung, die auch Fragen bezüglich des Lebens der palästinensischen Israelis betrifft, von Seiten der jüdischen Partner_innen als eine Bedrohung ihrer exklusiven Zugangsrechte zu Ressourcen und Unterstützung betrachtet. Die Argumentation folgt dabei der Logik eines Nullsummenspiels, in dem immer nur eine Seite auf Kosten der Gegenseite einen Gewinn verbuchen kann. Die Dramatik zeichnet sich ab, denn dieser Logik folgend ist es von besonderer Bedeutung, einen exklusiven Zugang zu den Ressourcen offen und für die „Anderen“ geschlossen zu halten, selbst wenn er nur symbolischer Art wäre. Da soziale Konflikte als Positionsdifferenzen zwischen Gruppen in Bezug auf die Verteilung materieller und immaterieller Güter oder die Anerkennung

¹¹⁶ Vorstellungen und Konzepte, die den jüdischen Hegemon der israelischen Gesellschaft bedrohen, gefährden, dieser Lesart folgend, auch den aktuellen Status Israels als jüdischer Staat.

von Werten in einer Gesellschaft verstanden werden können (vgl. Coser 1965; vgl. Kriesberg 1982:87–90; vgl. Weede 1986:47; vgl. Ahlbrecht et al. 2009:24–30),¹¹⁷ können auch die versuchten Einflussnahmen auf die Organisation in diesem Kontext gedeutet werden. Genauer definiert Nicholson den Terminus sozialer Konflikt:

„A conflict exists when two people wish to carry out acts which are mutually inconsistent. They may both want to do the same thing, such as eat the same apple, or they may want to do different things where the different things are mutually incompatible, such as when they both want to stay together but one wants to go to the cinema and the other stay at home. A conflict is resolved when some mutually compatible set of actions is worked out. The definition of conflict can be extended from individuals to groups (such as states or nations), and more than two parties can be involved in the conflict. The principles remain the same“ (Nicholson 1992: 11).

Folgen wir dem Gedanken weiter, wären diese beständigen Interventionen auf die Bestätigung exklusiver Beziehungen zwischen den jüdisch-israelischen Partnern und der deutschen NGO gerichtet und ließen sich als Versuch einer „historisch“ basierten Mobilisierung von Unterstützer_innen und Ressourcen deuten. Analog dem Verständnis, dass sich in der Forschung zu ethnopolitischen Konflikten¹¹⁸ am Konzept der ethnischen Mobilisierung entwickelt hat, ließe sich die gemeinsame Geschichte und das daraus resultierende asymmetrische Verhältnis von Tätern und Opfern, die besondere Beziehung zueinander, als Grundlage der Mobilisierung von Ressourcen deuten. Dass innerhalb eines Konfliktfeldes die jeweiligen beteiligten Gruppen bemüht sind, Ressourcen für die eigene Gruppe zu sichern oder neu zu erschließen ist in keiner Weise fraglich oder überraschend. Fragwürdig ist allerdings, inwiefern eine NGO mit ihren Praktiken nicht bestrebt sein müsste, diesem exklusivem Verständnis, unter

¹¹⁷ Vgl. die ähnlich angelegten Definitionen wie “Conflict means perceived divergence of interest, or a belief that the parties’ current aspirations cannot be achieved simultaneously” (Rubin et al. 1994:5) und „Sozialer Konflikt ist eine Interaktion zwischen Aktoren (...), wobei wenigstens ein Aktor Unvereinbarkeiten im Denken/Vorstellen/Wahrnehmen und/oder Fühlen und/oder Wollen mit dem anderen Aktor (anderen Aktoren) in der Art erlebt, daß im Realisieren eine Beeinträchtigung durch einen anderen Aktor (die anderen Aktoren) erfolge“ (Glasl 1994:14f).

¹¹⁸ Der Begriff des ethnopolitischen Konflikts versucht der (macht)politischen Mobilisierung ethnischer Zugehörigkeit Ausdruck zu verleihen, da der Begriff das Moment der Politisierung ethnischer Identität einzubeziehen versucht (siehe hierzu: Waldmann 1989:216–269; Eder/Schmidtke 1998:418–437; Wimmer/Schetter 2002:313–329; Groenemeyer 2003:11–46)

Berücksichtigung der eigenen Lehren aus der Geschichte sowie den eigenen formulierten Grundsätzen, aktiv entgegenzuarbeiten.

An dieser Stelle muss die exemplarische Geschichte von Jochen und seiner Grenzüberschreitung während seines Sühnezeichendienstes, erzählt und analysiert werden, denn sie veranschaulicht auf besondere Weise die Problematiken, denen sich die Organisation und die Freiwilligen in ihrem Alltag stellen müssen. Jochen war im Jahr 1987 ein Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel. Motiviert, interessiert und auch sensibilisiert für den Konflikt in Israel und in den besetzten Gebieten. Jochen arbeitete in einem jüdischen Altenheim und kümmerte sich dort insbesondere um alte deutschstämmige Israelis. Zum Zeitpunkt der Geschehnisse war der Freiwillige bereits drei Monate im Einsatz (HM 865). Im Jahr 1987, während der Intifada,¹¹⁹ gab es massive Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die hochgerüstete israelische Armee zu drastischen Mitteln, wie das Brechen der Knochen der jugendlichen palästinensischen Kämpfer, griff (HM 868; vgl. Schreiber 1990; vgl. Schreiber/Wolffsohn 1989b:316-326; vgl. Nachmani 2001:49-103). Im Verlauf der drei Monate baute sich bei Jochen ein immenser Druck auf und er stand vor der entscheidenden Frage, sich zu äußern und somit das Risiko der Auseinandersetzung einzugehen oder aber im Sinne der guten weiteren Zusammenarbeit zu schweigen und geduldig zu sein (HM 871). Jochen entschied sich für die Auseinandersetzung und

„[...] hat gesagt, irgendwas muss ich tun. Ich bin es mir selber schuldig. Und er hat auch gesagt, das lernt man bei ASF. Wir fahren ja in die Gedenkstätten vorher, nach Auschwitz nach Buchenwald. Was ist die Message von der Geschichte? Das ist nicht schweigen, nie zu spät sein [...].“ (HM 872-875)

Der Freiwillige argumentiert hier ganz im Sinne der Schlüsse, die die deutsche Gesellschaft aus der Shoah gezogen hat: Er leitet aus den historischen Ereignissen seine moralische Verantwortung ab, nicht zu Ungerechtigkeiten zu schweigen. Er verdeutlicht dieses auch, in dem er auf die Seminare der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste verweist und hervorhebt, genau dieses Eintre-

¹¹⁹ Der Begriff kommt aus dem arabischen *intafada* / انتفاضة / *intafaḍa* / und bedeutet „sich erheben, loswerden, abschütteln“. Im vorliegenden Fall wird mit Intifada der Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten Israels bezeichnet.

ten für die Rechte Schwacher dort gelernt zu haben. In dieser klar asymmetrisch ausgerichteten Konfliktsituation zwischen palästinensischen Jugendlichen und der israelischen Armee sieht er seine Verantwortung darin, sich gegen diese in seinen Augen unangemessene israelische Aggression und Besatzung zu äußern oder zumindest ein maßvolles Zeichen gegen diese Entwicklungen zu setzen:

„Dann hat er an seine Tür im Altersheim ne kleine Postkarte geklebt da stand, so ne israelische, da stand drauf, Stoppt die Besatzung.“ (HM 878-880)

Sein Zeichen, die kleine Postkarte, löste einen Prozess aus der so nicht intendiert gewesen ist, denn nach zehn Minuten

„Kam der erste Alte vorbei [...] war außer sich, das war so gleichbedeutend mit Antizionisten, Antiisraelisch, Palästinenserterroristen. Ist zur Heimleitung gegangen und die Heimleitung ist sofort zu Jochen gegangen und hat gesagt: Jochen mach das ab! Und Jochen hat sich gedacht, jetzt ist die Stunde der Bewährung. Drei Monate lang habe ich mich schon angepasst, ein einziges Mal will ich Rückgrat zeigen und es ist wirklich harmlos. Und er hat gesagt: Nein ich mach es nicht ab, weil es ist mein Zimmer. Das ist meine Tür und darauf/ ich mache nichts ab.“ (HM 882-889)

Es wird sichtbar, wie sehr die Konflikte in das alltägliche Leben der Freiwilligen und der Organisation hineinwirken und sie zu einer Positionierung drängen. In dieser Erzählung sticht der Moment des „Rückgratzeigens“ hervor, welcher suggeriert, dass dies zuvor nicht praktiziert und vermisst wurde. Eine Positionierung, zwar sichtbar geäußert, aber doch im Kern eine harmlose Kritik des Freiwilligen gegen eine gewaltsame Besatzungspolitik und deren Auswirkungen für die betroffenen Menschen führt zu einer mittelgroßen Krise. In der Folge auch hier zu Vorwürfen, die erneut auch die Frage nach dem „wir oder die?“ stellen und die Bedeutung dieser beiden Kategorien besonders herausstellt.

„Dann gab es eine Krisenkrise und dann wurde der Landesbeauftragte in Jerusalem angerufen. Jochen, hier gibt es ein großes Problem, dann ist er hingefahren. [...] Ne Krisensitzung gehabt mit dem Direktor und den Sekretärinnen und er und Jochen [...]“ (HM 889-893)

Wie dramatisch die Lage empfunden wurde, lässt sich daran ablesen, wie viele Akteur_innen in den Prozess eingebunden wurden. Die Entscheidungsträger des Vereins und der Einrichtung bemühen sich eine Lösung zu finden. Für Akti-

on Sühnezeichen Friedensdienste ist dieser Konflikt zwischen Projektpartner_innen und Freiwilligen nicht der erste und wahrscheinlich auch nicht der letzte. Hierzu erklärt ein Interviewpartner:

„Naja wir arbeiten bei Sühnezeichen dann öfter so, wir haben mehrere solche Fälle gehabt, dann sagen wir ihr müsst das verstehen der arbeitet doch hier, ihr kennt den doch. Der hat doch die ganze Zeit schon hier gearbeitet und es ist ein junger Deutscher, 18 Jahre alt, Kriegsdienstverweigerer. Vielleicht ein bisschen naiv. Ja. Meine Güte das kann man doch jetzt mal so hinnehmen, was ist das denn jetzt hier, das entscheidende Problem.“ (HM 893-899)

Der Interviewpartner erklärt die Strategie der Organisation, welche auf die Entspannung der Situation abzielt, indem auf die bisherige gute Arbeit des Freiwilligen verwiesen und seine Fähigkeit zur Einschätzung dieses Konfliktes durch den Verweis auf die Naivität des Freiwilligen heruntergespielt wird. Der Freiwillige wird als harmlos und naiv dargestellt, mit dem Ziel seine Kritik zu unterlaufen, ihn bzw. seine Haltung in den Augen der jüdischen Partner_innen unglaubwürdig zu machen. In diesem Konfliktlösungsansatz wird nicht auf die Berechtigung der Forderung nach Menschlichkeit und Gewaltverzicht eingegangen. Diese Form der Auseinandersetzung ist geprägt von einer mitunter passiven Grundhaltung der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste gegenüber den israelisch jüdischen Partner_innen. Die Organisation folgt der Sichtweise der jüdischen Partner_innen, welche die Kritik aus ihrer Perspektive per se für bedrohlich halten. Trotz aller Versuche haben die Verantwortlichen im Altenheim, wie der Interviewpartner berichtete, diese Argumentation der Besänftigung nicht akzeptiert (HM 899). Die jüdischen Partner_innen stellten die Anwesenheit des Freiwilligen in ihrem Projekt massiv in Frage und verwiesen dabei auf den historischen Auftrag der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Sie betonen den von ihnen wahrgenommenen Verrat am eigentlichen Auftrag, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Jochen war erloschen (HM 904ff). Somit endete auch der Auftrag für Jochen in diesem Altenheim, den Rest seiner Zeit in Israel verbrachte er dann in der Zentrale von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (HM 906f).

Was wird am Fall Jochen deutlich? Er beschreibt auf sehr eindringliche Art und Weise die Probleme des Alltags von Freiwilligen. In den Israelgrundsätzen der Organisation heißt es:

„Der Versuch, die Solidarität mit dem jüdischen Volk mit dem Eintreten für eine »gerechte und friedliche Lösung« des Konflikts zu verbinden, ist wegen der deutschen Geschichte und der Stärke der Spannungen zwischen Juden und Palästinensern immer wieder Missverständnissen ausgesetzt. Als deutsche Organisation und als Gast in Israel hält sich ASF nicht für von vornherein beauftragt, eine Vermittlungstätigkeit auszuüben.“ https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf

Auffällig ist, dass die Organisation selbst eine sehr zurückhaltende, eher passive Haltung einnimmt und aufgrund der deutschen Geschichte für sich selbst in Anspruch nimmt, in Israel nicht als Vermittler oder Kritiker auftreten zu können. Felix Michels vermutet auf Basis seiner Erfahrungen, dass die Organisation bestrebt sei kritische Stimmen nicht in das Programm aufzunehmen, um solche Situationen zu verhindern (FM 655-657). Im Fall Jochen bedeutet diese zurückhaltende Haltung der Organisation, dass eine durchaus nachvollziehbare Handlung, in seinem Fall die Kritik an der israelischen Besatzungspolitik, eine Kette von Reaktionen auslöst, die schlussendlich zu seinem Ausschluss von seiner Arbeitsstätte führt. Der Umgang mit den Erfahrungen des alltäglichen Konflikts, den Jochen hier gewählt hat, dürfte man als einen eigentlich unproblematischen, da gewaltfreien Umgang werten. Im Kontext der innergesellschaftlichen Spannungen in der israelischen Gesellschaft, sowie der Organisation mit ihrer zurückhaltenden Politik gegenüber ihren jüdisch-israelischen Partner_innen wird aus einer Meinungsäußerung eine Frage der Loyalität, gar der Identität. Im Kern lautet die Aussage, dass Jochen mit seiner öffentlichen Positionierung gegen die Besatzung unmöglich Gutes für die Überlebenden der Shoah bewirken könne. Ganz im Gegenteil streue er Salz in die Wunden der Überlebenden (HM 903ff) und wird somit selbst zu einem „Problemfall“, der in der Folge aus der Gemeinschaft im Altenheim entfernt werden muss.

Welche Linien werden hier gezogen? An erster Stelle die wirkmächtigste im Dialog mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: Der Hinweis darauf, dass der Freiwillige den Überlebenden der Shoah schaden würde. Dieser Aspekt ist für eine Organisation, deren primäre Gründungsaufgabe die Arbeit mit eben diesen Überlebenden ist, nur schwer zu verarbeiten und zu kontern, berührt sie doch den Wesenskern der Organisation. Weiterhin wird im Fall Jochen von den Ver-

antwortlichen in der Einrichtung eine Linie gezogen, nach welcher Kritik an der gegenwärtigen Politik des Staates Israel mit einem Angriff auf die jüdische Identität, ja auf die Existenz des Staates gleichzusetzen wäre. Dieser Lesart folgend hat der Freiwillige nicht nur Kritik am staatlichen Handeln des Staates Israel geübt, er hat den Staat Israel mit seiner Kritik in Frage gestellt. Eine offene Diskussion ist daher nicht mehr möglich und ein wirklicher Austausch oder ein Dialog findet nicht statt. Es werden keine Sichtweisen ausgetauscht, es geht darum, dass Jochen seine Kritik zurücknimmt und somit seine Perspektive auf das Geschehen korrigiert oder zumindest nicht weiterhin öffentlich zur Schau stellt. Beides käme einer Zensur der Haltung Jochens äußerst nahe. Eine einvernehmliche Lösung ist nur bei Verzicht auf seine eigene Position möglich. Das Problem wird gelöst, in dem der Auslöser der Irritationen, in diesem Fall Jochen, entfernt wird.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste erteilt - soweit feststellbar - keinerlei Sprech- oder Themenverbote im Vorfeld oder während des Aufenthaltes. Trotzdem empfinden einige Freiwillige, nachdem sie vergleichbare Erfahrungen gemacht oder von ihnen gehört haben, einen gewissen Druck bestimmte Themen wie den Nahostkonflikt und innergesellschaftliche Probleme nicht anzusprechen (HM 1080-1085). Selbstverständlich kann mit Blick auf Israel ebenso argumentiert werden, wie es bereits in anderen Ländern praktiziert wird. In anderen Ländern wird die Arbeit mit sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen nicht direkt oder indirekt von der Zugehörigkeit zur Gruppe der von der Shoah Betroffenen abhängig gemacht. Dort ließ sich ein Nebeneinander der Arbeitsbereiche etablieren, welches in Israel aufgrund persönlicher und struktureller Barrieren augenscheinlich nicht möglich war und scheint. Dieser Umstand verweist, obwohl die Organisation besonders den Einfluss dieser Aspekte auf die Arbeit minimieren möchte, auf die Bedeutung des Nahostkonfliktes und des innerisraelischen Konfliktpotentials für die Arbeit in Israel. Trotzdem hat sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Verlauf der Ereignisse dafür entschlossen, sich mit den Veränderungen in ihrer Ausrichtung noch enger an einen der Partner zu binden und wie im Fall Jochen den jüdisch-israelischen Interventionen nachzugeben.

Im folgenden Fazit wird eine abschließende Bewertung der empirischen Ergebnisse vorgenommen und thematisiert, inwiefern der Umgang mit und der Erhalt der Erinnerung an die Shoah, das Kernelement der Sühnezeichen-Thematik, mit dem Ansatz der Friedensdienste, in deren Mittelpunkt auch die Fragen nach einer diskriminationsfreien Gesellschaft und einem für alle Seiten befriedigendem „Gerechten Frieden“ stehen, vereinbar sind. In diesem letzten Kapitel wird außerdem noch einmal kritisch beleuchtet, inwiefern es NGOs in Israel gelingen kann, mit den innerisraelischen Herausforderungen umzugehen, da Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ein Beispiel dafür ist, wie es zwar gelingt, Konflikte mit den jüdisch-israelischen Partner_innen zu vermeiden, aber doch um den Preis eben genau jenen Interessen zu Ungunsten anderer Gruppen in Israel nachzugeben.

6. Fazit: Universalismus oder Partikularismus?

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 12. Mai 1965 haben sich – so wurde gezeigt – die deutsch-israelischen Beziehungen sowohl auf zwischenstaatlicher Ebene als auch im zivilgesellschaftlichen Bereich – trotz einiger Rückschläge – kontinuierlich intensiviert und vertieft. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der besonderen Beziehung zwischen Deutschland und Israel ist aber ebenso deutlich geworden, dass die moralisch-historische Verantwortung Deutschlands nach Ende des Zweiten Weltkrieges das Kernthema der israelisch-deutschen Beziehungen geblieben und die Beziehung bis heute regelmäßigen Versuchen der Normalisierung ausgesetzt ist.

Die Ereignisse und der Umgang mit den Erinnerungen an die Shoah prägen bis in die Gegenwart in beiden Ländern die politischen Konzepte und Handlungen. Diese besondere Beziehung wurde von deutscher Seite oft als hinderlich bzw. als ihr Handlungsspektrum einschränkend empfunden, woraus ein dauerhaftes Streben nach mehr Handlungsspielraum resultierte. Nach vielen vergeblichen Versuchen, die Moral aus der Tagespolitik fernzuhalten, ist es den deutschen Regierungen der letzten Jahrzehnte immer besser gelungen, jene politisch strittigen Bereiche, die in Konflikt mit der eigenen moralisch-historischen Verantwortung Israel gegenüber geraten und die Beziehungen gefährden könnten, in die europäische Verantwortung zu transferieren.¹²⁰ So fördert Deutschland als aktiver Partner in der EU die Friedensbemühungen im Nahen Osten. In den Vereinten Nationen setzt sich die deutsche Politik für einen fairen Umgang mit den Konfliktparteien im Nahen Osten ein. In der EU unterstützt Deutschland die verstärkte Einbindung Israels im Rahmen der Assoziationspolitik. In internationalen Gremien engagiert sich Deutschland, im Einklang mit der aus der Shoah gezogenen Lehre des „Nie wieder“, gegen alle Formen des Antisemitismus, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit. All das geschieht unter der gleichzeitig immer noch gültigen Prämisse und symbolisch verankerten besonderen Beziehung zu Israel. Die Erinnerung bzw. der Umgang mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus ist demnach der Hauptankerpunkt der deutschen kollektiven Erinnerung und Identität geblieben (Diez Medrano 2003:179). Für die

¹²⁰ Siehe hierzu auch Asseburg/Busse 2011:693-716.

Nachfolgegesellschaften (also die DDR und die BRD) stellt der Nationalsozialismus somit den Kontrastbezug für die Legitimierung der neuen politischen Ordnung und ihrer Vertreter_innen dar (Lepsius 1988:248). Erst

„die Abgrenzung zum Nationalsozialismus verleiht politischen Handlungen oder Ereignissen Legitimität; wirkliche oder vermeintliche Nähe hingegen stellt die bestehende Herrschaftsordnung entweder als Ganze oder in Teilaspekten in Frage“ (Schwab-Trapp 1996:7).

Ein Ergebnis dessen ist die Langlebigkeit der immer wiederkehrenden Diskussionen um die moralisch-historische Verantwortung und die Orientierung politischer Handlungen an deren Maxime.

Trotz der symbolischen Betonung der Sonderbeziehung und der damit verbundenen Verpflichtungen sowie Erwartungen hat sich die Bundesrepublik eine gewisse Freiheit in ihren Handlungen geschaffen und nimmt im Rahmen internationaler und europäischer Initiativen eine kritische Stimme gegenüber konkreten Vorhaben der jeweiligen israelischen Regierungen ein. Die Anbindung an die europäischen Institutionen hat die Agency der Regierenden in Berlin gestärkt und Möglichkeiten geschaffen, moderate Kritik an der Besatzungspolitik, aber auch am Umgang mit Minderheiten in Israel zu üben und zugleich die moralisch-historisch gebotene Solidarität gegenüber Israel nicht in Frage zu stellen. Die schrittweise Institutionalisierung der Beziehungen hat diese gefestigt und gestärkt. In der Gegenwart gelten die Beziehungen zu Israel zwar nicht als „normal“, aber doch als freundschaftlich und hoch entwickelt.

Anders gestaltet sich die besondere Beziehung zu Israel, wenn man den Blick auf die hier thematisierte NGO Aktion Sühnezeichen Friedensdienste richtet, welche in Israel seit der Namensänderung 1968/1970 zwischen Sühne und Frieden in einer spannungsgeladenen Gesellschaft zu manövrieren sucht. Auch die NGO betont die Besonderheit der Beziehungen zu Israel und erklärt diese zum Kernelement ihres Selbstverständnisses. Öffnet sich die Organisation ab 1978 für spezifische, klar benannt rein palästinensisch-israelische Projekte, so beginnt ab dem Jahr 1991 die schrittweise Schließung des Programms. Diese Prozesse des Ausschlusses sind dabei das Ergebnis der lange währenden Streitigkeiten innerhalb der Organisation und mit den jüdischen Projektpartner_innen um den Namen und die damit einhergehende Ausrichtung der

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel. Besonders von jüdischer Seite sah sich die NGO beständig mit Argumenten, welche auf die Frage des „Wir“ oder „Die“ abzielen, konfrontiert.

Im Verlauf der Forschung ist sichtbar geworden, dass die Arbeit der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel über einen langen Zeitraum hinweg von Flügelstreitigkeiten dominiert wurde und nach Lösungen für diese Auseinandersetzungen gesucht hat. Sühnezeichen und Friedensdienste stellen zwei Schlagworte, zwei Normen dar, die in der Israelarbeit zu Gegensätzen geworden sind. Grundsätzlich sind beide Ansätze nicht unvereinbar und werden auch nicht so verstanden. Im Verlauf der Studie ist aber deutlich geworden, dass die Streitigkeiten zwischen den beiden Flügeln der Aktion sich an grundlegenden Fragen der Auslegung des Programms der Organisation und am Selbstverständnis der jeweiligen Positionierungen abarbeiten. Dabei versucht die Friedensdienste-Fraktion seit ihrem Entstehen im Jahr 1968 eine offenere Haltung einzunehmen, eine Abkehr vom unpolitischen Verständnis in der Organisation zu implementieren und einen deutlich breiter angelegten Arbeitsbereich für Israel zu erschließen. Dies lässt sich als ein Vorgehen begreifen, was auf dem in Deutschland verbreiteten und staatlich verankerten Prinzip des „Nie wieder“ beruht. Die Beziehung zu Israel soll diesem Verständnis nach keine exklusive Beziehung zum jüdischen Israel darstellen, sondern bewusst alle Gruppen gleichberechtigt einbeziehen. Diese Haltung korrespondiert mit der Vorstellung vom „Gerechten Frieden“, welche im Kern postuliert, dass Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus jedweden Frieden gefährden und daher immer bekämpft werden müssen. Umgekehrt pocht die Fraktion der Sühnezeichen-Vertreter_innen auf eine deutlich unpolitischere, pro-jüdische und auf Bewahrung der bestehenden Arbeitsbereiche zielende Ausrichtung. So wurde bereits in den ersten Tagen der Gründung der NGO auf die deutsche Schuld und Verstrickung mit den Ereignissen der Shoah verwiesen, womit die Organisation zu den Vorreitern des Umgangs mit der Erinnerung der Shoah in Deutschland gelten kann. Ihr Bestreben war – anders als das der deutschen (Mehrheits-)Gesellschaft – zu keinem Zeitpunkt auf Verdrängung der Schuld gerichtet. Diese Grundhaltung wird für die Sühnezeichen-Vertreter_innen durch Versuche der Öffnung der Gefahr der Verwässerung ausgesetzt.

Beide Flügel greifen in ihrer Argumentation auf die Shoah zurück und interpretieren diese auf der Grundlage der eigenen Vorstellungen. Dieser Rückgriff ist dabei zugleich Auftrag der Organisation, welche gegründet wurde, um ein Zeichen der Sühne zu setzen, und ultimatives Argument, mit dessen Hilfe versucht wird, sich erfolgreich im Diskurs der Flügel durchzusetzen. Dabei dominiert je nach Lesart der partikularistische oder aber der universalistische Ansatz, also entweder wird der Primat der jüdischen Adressaten in Israel in den Vordergrund gestellt oder aber universalistisch argumentiert, dass insgesamt ein Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung erfolgen müsse. Beide Positionen lassen sich bis in das Jahr 1994 parallel in der Arbeit in Israel beobachten: Die Organisation ist fortwährend bemüht, Einwänden jüdischer Israelis und pro-jüdischen Stimmen innerhalb der Organisation, welche die Exklusivität betonen gegen die Arbeit in palästinensisch-israelischen Städten/ Dörfern mit dem Verweis auf ihre antirassistische, antidiskriminatorische Ausrichtung, die auf der universalistischen Lehre aus dem „Nie wieder“ fußt, zu begegnen.

Insbesondere die Ereignisse von Nablus 1978 haben den Prozess der Öffnung für die Interessen und Nöte der palästinensischen Israelis befeuert und markieren zugleich einen Anfangspunkt, an dem innerhalb der Organisation die innerisraelische gesellschaftliche Wirklichkeit mit ihren sozialen und ethnischen Grenzen vermehrt sichtbar wird. Zeitgleich mit Entwicklung des Bewusstseins für die Lebenssituation der benachteiligten Bevölkerungsgruppe steigt der soziale Druck auf die Organisation, diese ebenso in ihrem Programm zu berücksichtigen. Allerdings reizt diese Öffnung den Widerstand jener Akteur_innen, die den eigentlichen Auftrag in der Sühnearbeit mit jüdischen Israelis und im Prozess der Öffnung die Gefahr sehen, ihre jüdischen Partner_innen zu verlieren. Vertreter_innen der Sühnezeichen-Fraktion beginnen gemeinsam mit jüdischen Partner_innen ein Drohszenario aufzubauen, in dem die Gefährdung der etablierten Arbeit in Israel durch alleinige palästinensisch-israelische Projekte betont wird. Dabei orientiert sich der Sühnezeichenflügel in seiner Darstellung an Modellen, die ihnen durch die innerisraelische Gesellschaft vorgegeben werden. Durch Prozesse der Veränderung werden die palästinensisch-israelischen Projekte nach und nach in den Bereich des Gefährlichen gerückt und als problematisch für die Freiwilligen und die Organisation dargestellt. Ver-

suche palästinensischer Israelis, Freiwillige der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Rahmen damaliger Projekte für ihre prekäre Lebenssituation zu sensibilisieren oder vielleicht auch in Einzelfällen zu mobilisieren, werden in der Darstellung zu Versuchen der gefährlichen Vereinnahmung unschuldiger Freiwilliger umgedeutet. Umgekehrt wird dies bei rein jüdischen Projekten nicht thematisiert und Versuche der jüdischen Israelis, ihrerseits die Freiwilligen für ihre Sache zu gewinnen, werden nicht negativ gedeutet. Die Freundschaft mit jüdischen Israelis und Verständnis für ihre Situation ist ganz im Gegenteil integraler Bestandteil des Programms. In der Folge wird bei der Bewertung der unterschiedlichen Projekte mit zweierlei Maß gemessen.

An dieser Stelle muss die Besonderheit der Beziehungen zwischen Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und ihren jüdischen Partner_innen thematisiert werden. Es mag banal erscheinen, gewinnt diese Besonderheit doch in jenen Momenten an Bedeutung, in denen die unterschiedlichen Vorstellungen aufeinandertreffen. Hierbei geht es um die vorgestellte Verwobenheit zwischen den Gesellschaften beider Länder, welche ein enges moralisch-historisch gesättigtes Band darstellt, das auch immer wieder die Täter/Opfer Dimension in den Beziehungen zu einander aktualisiert. Diese moralisch-historische Dimension gewinnt in Situationen an Kraft, in denen mit Hilfe der historischen Beziehungen jene Kräfte zu mobilisieren sind, die zu einem exklusiven Verständnis der Arbeit der NGO neigen und somit die pro jüdisch-israelische Position in der Auseinandersetzung um die Ausrichtung der Organisation stärken. Die deutsche Solidarität ist dieser Logik folgend ein exklusives Gut, welches nur einer der Parteien zufallen kann. Die Vorstellung, exklusive Zugangsrechte zu Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zu verlieren, orientiert sich an dem Gedanken des Nullsummenspiels. Gewinnen die palästinensischen Israelis Zugang zu eigenen Projekten, dann bedroht dies, der Lesart folgend, den Einfluss der jüdischen Partner_innen innerhalb der Organisation. Dass sich die jüdischen Partner_innen bemühen, ihren exklusiven Status als Empfänger der Dienste zu erhalten, ohne dabei ein Verständnis für die Situation ihrer palästinensischen Mitbürger_innen zu entwickeln, entspricht der von Aleida Assmann in ihrem 2014 erschienenen Buch „Der lange Schatten der Vergangenheit“ benannten Gefahr,

„dass eine Gruppe, die ihr Selbstbild auf einer mythisch überhöhten Opferrolle errichtet [...] sich [...] gegen die Erfahrungen anderer Opfer immunisiert“ (Assmann 2014:81).

In der Wahrnehmung der jüdischen Partner_innen in Israel erscheint die Öffnung für die Interessen der palästinensischen Israelis wie ein Umschwenken der Ausrichtung der Organisation. Beide innerisraelischen Konfliktparteien streben nach der Sicherung so vieler Ressourcen wie möglich, womit deutlich wird, warum gerade die jüdischen Partner_innen so sehr auf den exklusiven Auftrag der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste pochen. Eine Öffnung wird als Gefahr, ja gar als Verrat an der zu leistenden Sühne gesehen. Die Streitigkeiten um die Projekte in rein palästinensisch-israelischen Umgebungen führen zu einer immer stärker dominierenden Problematik, welche nach Lesart der jüdisch-israelischen Partner_innen auf das „Wir“ oder „Die“ zuführt und somit die Frage nach der Öffnung der Organisation für andere Interessen mit der Frage nach der Loyalität der deutschen Partner_innen koppelt.

Schon dies macht deutlich, wie sehr die Entscheidung für oder gegen alleinige palästinensische Projekte in Israel, von Vertreter_innen der Sühnezeichen-Fraktion als grundlegend verstanden wird – bedeutet doch eine Entscheidung gegen den Willen der Sühnezeichen-Fraktion und ihrer Unterstützer_innen dieser Lesart folgend zugleich eine Abkehr von der Solidarität mit Israel und ein Hinwenden zu jenen Kräften, die als für Israel schädlich konstruiert und begriffen werden. Möglich wird diese Interpretation durch die wahrgenommene besondere Beziehung zwischen Deutschland und Israel.

Grundsätzlich besteht diese Problematik der besonderen Beziehung, die von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste betont wird, darin, dass die besondere Beziehung sich an das jüdische Israel richtet und die ca. 20% palästinensischen Israelis im besten Fall nur mitbehandelt, diesen aber keinen abgesicherten eigenen Stellenwert zuspricht. Da das Konzept der besonderen Beziehung auf der moralisch-historischen Verantwortung für die Shoah aufbaut, wird diesem folgend die Beziehung primär als eine zum jüdischen Israel verstanden. Sobald sich aber die besondere Beziehung auf eine staatliche Ebene, nämlich auf den Staat Israel bezieht, müssten alle Bürger_innen dieses Staates einbezogen werden, wenn nicht zugleich Israel als jüdischer Staat gedacht wird. Ein

als rein jüdisch gedachter Staat aber stellt den gesellschaftlichen Platz und die Stellung seiner nicht-jüdischen Bürger_innen in Frage und gewährt trotz zugesicherter Gleichbehandlung diese eben nicht, da in einem jüdischen Staat prinzipiell jüdische Interessen Vorrang haben. Dies widerspricht dem Konzept des „Gerechten Friedens“ dem sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste grundsätzlich verpflichtet fühlt.

Da die kritische Auseinandersetzung mit israelischer Politik von jüdischen Partner_innen als Angriff auf die Überlebenden der Shoah gewertet wird und die Sühnezeichen-Vertreter_innen zugleich betonen, dass ihre Arbeit eine unpolitische sei, wird eine solche offene Auseinandersetzung verhindert. Erklärungen, die das Verhalten israelischer Institutionen, der jüdisch-israelischen Gesellschaft gegenüber der marginalisierten Minderheit mit den Ereignissen der Shoah koppeln, führen dazu, dass sich die Organisation nicht in der Lage sieht, an diesen Missständen Kritik zu üben. Ganz im Gegenteil zieht man sich auf die Position zurück, für diese Vorgänge aufgrund von Befangenheit nicht zuständig zu sein und als unpolitische Organisation in anderen Feldern zu arbeiten. Der vorgestellte Fall Jochen zeigt deutlich, wie die Organisation mit dieser Herausforderung, ganz im Sinne der Sühnezeichen-Fraktion, umgeht und versucht, Kritik des Freiwilligen an israelischer Politik mit Hilfe der Abwertung der eigenen Freiwilligen und ihrer Fähigkeit zur Kritik zu entkräften. In der Folge wird eine wirkliche offene Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Israel stark erschwert. Deutsche Freiwillige sind dieser Argumentation folgend nach Israel gekommen, um für jüdische Interessen aus Gründen der geschichtlichen Verantwortung zu arbeiten und sich nicht abseits dieser Aufgabe zu engagieren.

Jüdische Stimmen wie der israelische Regisseur Etgar Keret argumentieren hingegen, dass die Shoah seinem Land keine Immunität gegen Kritik verleihe. Er betont, dass es geradezu eine Pflicht für die Deutschen sei, die Welt zu einem sichereren Platz für alle Menschen zu machen, und nicht nur für Israelis. Dabei geht er soweit zu postulieren, dass es sogar eine Art Missachtung der Shoah-Toten wäre, wenn die Toten der Shoah die Deutschen gegenüber Israel verstummen ließen. Moral bedeute für ihn nicht, höflich zu sein, sondern zu sa-

gen, wenn etwas falsch sei (vgl. FR, 17.3.2008:16). Kritik ist Keret zufolge eben nicht als Angriff auf die jüdische Identität des Staates Israel zu werten, sondern dient dazu, Israel sowie die Welt in einen besseren Ort zu verwandeln. Hier wird der Konflikt zwischen der universalistischen und der partikularistischen Sichtweise auf die Lehren der Shoah deutlich, welchen die Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel ebenfalls auszuhalten hat.

Die Ausschlussprozesse, die 1991 im Nachklang des zweiten Golfkrieges zu wirken beginnen und sich 1994 in der Entscheidung, sich aus rein palästinensisch-israelischen Projekten zurückziehen, kumulieren, tragen deutliche Anzeichen einer Anpassung an den Hegemon der israelischen Gesellschaft. Die israelische Gesellschaft wird von jüdisch-israelischen Parteien, Verbänden, Vereinen und auch Unternehmen klar dominiert, welche ihren gesellschaftlichen Einfluss nutzen, um auf die deutschen Partner_innen einzuwirken. Obwohl die Organisation ihre unpolitische Haltung betont, ist die Entscheidung, sich dem jüdischen Hegemon der israelischen Gesellschaft anzuschließen, eine politische. Mit dem Entschluss, sich den Interventionen ihrer jüdischen Partner_innen zu beugen und sich aus den alleinigen palästinensisch-israelischen Projekten zurückzuziehen, wird die eigene Position im innerisraelischen Diskurs festgelegt und zugleich die von jüdischer Seite aufgeworfene Frage nach dem „Wir“ oder „Die“ zu Gunsten einer Seite, der jüdischen, beantwortet. Die „Front“, so ein Interviewpartner, wird somit zu Ungunsten der palästinensischen Israelis begründet.

Grundsätzlich entwickelt sich durch die ausgeprägte Orientierung und Betonung der Täter/Opfer Konstellation durch die Organisation also eine Konstellation, welche dieser Interpretation nach dazu führt, dass die NGO sich der Kritik der innergesellschaftlichen Zustände in Israel enthält, obwohl sie zugleich in ihrem Programm und auch in ihrer Gesamtausrichtung die Arbeit gegen Ausgrenzung, Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus betont. Diesen Widerspruch aufzulösen ohne Konflikte mit ihren bisherigen Partner_innen in Israel zu suchen und aktiv zu bearbeiten, erscheint in den Augen der Organisation kaum möglich zu sein und wurde daher aufgegeben.

Im Rahmen der Arbeit wurde gezeigt, dass die beiden Normen (Sühnezeichen und Friedensdienste) insbesondere in der Israelarbeit unter den Bedingungen der innerisraelischen gesellschaftlichen Konflikte zwischen der dominanten jüdisch-israelischen Gesellschaft und der marginalisierten Minderheit der palästinensischen Israelis in einen Konflikt geraten. Die handelnden Akteur_innen in diesen Auseinandersetzungen sind nach Auswertung der Dokumente und Interviews damalige Freiwillige, Hauptverantwortliche und jüdische Partner_innen in Israel. Auffällig ist die offenkundige Abwesenheit palästinensisch-israelischer Stimmen in der Auseinandersetzung auf. Die Interessen der palästinensisch-israelischen Bürger_innen und ihrer Projekte wurden mehrheitlich von damaligen Freiwilligen und vereinzelt Unterstützer_innen aus dem Kreis der Hauptamtlichen Mitarbeiter_innen vertreten. Dagegen konnten die Sühnezeichen-Vertreter_innen nicht nur auf die Ideale des Gründers rekurrieren, sondern ebenso auf die Interventionen der jüdisch-israelischen Partner_innen sowie der einflussreichen Israelverantwortlichen der NGO verweisen, welche über den gesamten Zeitverlauf hinweg Versuche unternahmen, ihre eigene Position zu Ungunsten der palästinensisch-israelischen Position auszubauen. Dass sich die Organisation unter dem ausgeübten Druck entschlossen hat, sich an der partikularistischen Sichtweise der Shoah-Interpretation und der Deutung der besonderen Beziehung als einer zum jüdischen Israel anzuschließen; sich somit auf die Argumentation des „Wir“ oder „Die“ einzulassen, transformiert die Flügelstreitigkeiten in eine Frage der Loyalität und Solidarität mit – dem dann jüdisch verstandenen – Israel. Eine Folge davon sind die beschriebenen Ausschlussprozesse jener Gruppen, die von dieser besonderen Beziehung nicht abgedeckt werden, welche dem eigentlichen Auftrag der Organisation Aktion Sühnezeichen Friedensdienste entgegenlaufen und das angestrebte Ziel eines „Gerechten Friedens“ verhindern. Somit stärkt die besondere Beziehung auf der einen Seite eine enge Bindung an das jüdische Israel und prozessiert auf der anderen Seite eine Reihe von Ausschlussprozessen, welche die innerisraelische gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln. Ein möglicher Weg, diesen Widerspruch und seine Folgen aufzulösen wäre die konkrete Ausrichtung am Grundsatz des „Nie wieder“ und somit die Betonung der Universalität der Lehre aus der Shoah, welche für alle Menschen gleich ihrer Herkunft oder Religion Geltung besitzen

muss. Generell wäre es daher angebracht, diese universalistische Perspektive vermehrt in die Arbeit von NGOs in Israel einzubringen, da davon auszugehen ist, dass auch andere deutsche Organisationen in Israel vor vergleichbaren Problematiken stehen und sich gezwungen sehen, für eine der Parteien in diesem innerisraelischen Konflikt Stellung zu beziehen. Dies lässt sich nur durch ein konsequentes Betonen und Praktizieren der Mehrparteilichkeit erreichen, was aber gleichzeitig bedeuten muss, dass sich Angebote in Israel an israelische Bürger_innen richten und nicht mehr ausschließlich an z.B. jüdische oder aber palästinensische Israelis. Die Betonung der Differenzen in einem sozialen Raum, der diese Differenzierungen zur Ziehung und Erhaltung von sozialen Grenzen nutzt, ist für NGOs bzw. ihre Ziele kontraproduktiv und fördert bereits vorhandene Konfliktkonstellationen.

Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung und erfolgreichen Tätigkeit in Israel könnten Aktion Sühnezeichen Friedensdienste daher eine deutlich aktivere Rolle einnehmen und freundschaftliche Kritik äußern. Dazu wäre es notwendig, ebenso Kritik wie Konflikte auszuhalten wie diese produktiv zu bearbeiten. Der Lösungsweg, sich den dominierenden gesellschaftlichen Kräften in Israel unterzuordnen und dabei eigene Positionen wie jene des „Gerechten Friedens“ mit seinen weitgehenden gesellschaftlichen Konsequenzen zu unterlaufen, verfestigt bestehende Ungleichheiten und wird dem eigenen Auftrag nicht gerecht. Es hat sich bereits nach dem Golfkrieg gezeigt, dass jene jüdischen Partner_innen die sich für den Abbruch der Beziehungen ausgesprochen hatten, diesen nicht wirklich durchführen wollten. Vielmehr ist diese Drohung taktisch und erfolgreich eingesetzt worden. Die NGO muss sich, vergleichbar zur deutschen Politik, gewisse Handlungsräume erarbeiten und diese gegen Versuche der Einengung von Innen wie von Außen verteidigen. Bezugnehmend auf Etgar Keret muss daher gesagt werden, dass die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste als mahnende freundschaftliche Stimme nicht verstummen darf und innerisraelische Ungerechtigkeiten, gerade als Lehre aus der Shoah, thematisieren und kritisieren muss.

7. Literaturverzeichnis

ABDEL HAFEZ, Kai (1994): Zwischen Dogma und Anpassung. Die Erforschung des Nahen Ostens durch die DDR. Ein Beitrag zur Geschichte der gegenwartsbezogenen Orientwissenschaft 1969-1989, Hamburg.

ABELS, Heinz (1998). Herbert Blumer—Symbolischer Interaktionismus. In: *Interaktion, Identität, Präsentation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 43-58.

AHLBRECHT, Kathrin/ BENDIEK, Annegret/ MEYERS, Reinhard/ WAGNER, Sabine (2009). Definitionen, Erscheinungsformen und Ursachen—Versuch einer Typologie. In: *Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 23-51.

ALROI-ARLOSER, Grisha (2005): Deutschland und Israel aus israelischer Sicht. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15/2005, 9-13.

ARENDT, Hannah (2013). *Eichmann in Jerusalem: ein Bericht von der Banalität des Bösen*. München: Piper Verlag, aktualisierte Neuauflage.

ASF-Jahresbericht 2012, https://www.asf-ev.de/fileadmin/scripts/download.php?path=fileadmin/Redaktion/Dateien/Publikationen/Jahresberichte/ASF_JB2012_web.pdf (17.11.2015)

ASF-Jahresbericht 2013, https://www.asf-ev.de/fileadmin/scripts/download.php?path=fileadmin/Redaktion/Dateien/Publikationen/Jahresberichte/Jahresbericht_2013.pdf (16.11.2015)

ASF-Jahresbericht 2014, https://www.asf-ev.de/fileadmin/scripts/download.php?path=fileadmin/Redaktion/Dateien/Publikationen/Jahresberichte/ASF_Jahresbericht_2014_final_01.pdf (20.11.2015)

ASSEBURG, Muriel/ BUSSE, Jan (2011). Deutschlands Politik gegenüber Israel. In: Jäger, Thomas/Höse, Alexander/Oppermann, Kai (Hrsg.): *Deutsche Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 693-716, 2. Auflage.

ASSMANN, Aleida (2003). Gedächtnis als Leitbegriff der Kulturwissenschaften. In: Musner, Lutz/ Wundberg, Gotthart (Hrsg.): Kulturwissenschaften. Forschung, Praxis, Positionen. Wien. S. 27-48.

ASSMANN, Aleida (2007). *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

ASSMANN, Aleida (2013). *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur: eine Intervention*. München: CH Beck.

ASSMANN, Aleida (2014). *Der lange Schatten der Vergangenheit: Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. München: CH Beck, 2 Auflage.

ASSMANN, Jan (2000). *Das kulturelle Gedächtnis: Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München: C.H.Beck, 5. Auflage.

ASSMANN, Jan (2002). Zum Geleit. In: Echterhoff, Gerald/ Saar, Martin (Hrsg.): *Kontexte und Kulturen des Erinnerns: Maurice Halbwachs und das Paradigma des kollektiven Gedächtnisses*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 7-11.

AXELROD, Robert (1986): „An Evolutionary Approach to Norms“. In: *American Political Science Review* 80(4), 1095-1111.

BAHR, Egon (2003). *Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal*. München.

BANK OF ISRAEL Annual Report - 2012,

<http://www.boi.org.il/en/NewsAndPublications/RegularPublications/Pages/doch2012/main-h.aspx> (23.05.2015)

BARKER, Chris (2005). *Cultural studies: Theory and practice*. London: Sage.

BARNOUW, Dagmar (2007). Israels Sicherheit. In: *Leviathan* 35: 2, 212-229.

BAR-ON, Amir (2008). *Israel und Deutschland, Deutschland und Israel 1982-1998. Interessen, Einstellungen und Politik*. Frankfurt am Main: Verlag Peter Lang.

BAR-ON, Dan (2005). Die Erinnerung an den Holocaust in Israel und Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55: 15, 37-45.

- BECK, Martin (2008). *Sechzig Jahre Israel: Eine Erfolgsgeschichte mit sicherheitspolitischen Problemen*. Hamburg: GIGA.
- BECKER, Florian/ CANDEIAS, Mario/ NIGGEMANN, Janek/ STECKNER, Anne (2014). *Gramsci lesen. Einstieg in die Gefängnishefte*. Hamburg: Argument-Verlag.
- BELKIN, Paul (2007). *Germany's Relations with Israel: Background and Implications for German Middle East Policy*. In: *CRS report for congress. Congressional research service*. <http://www.fas.org/sgp/crs/row/RL33808.pdf>.
- BERGER, Peter L (2009). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt am Main: Fischer, 22. Auflage.
- BERGER, Peter L./ LUCKMANN, Thomas (2005). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt am Main: Fischer, 19. Auflage.
- BESIER, Gerhard (1993). *Der SED- Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*. München; C. Bertelsmann.
- BLUMER, Herbert (1969). *Symbolic interactionism: perspective and method*. Berkely (USA): University of California.
- BOHNSACK, Ralf (2003): *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden*. Opladen: Leske + Budrich, 5. Auflage.
- BÖRZEL, Tanja A./ RISSE, Thomas (2001). *Die Wirkung internationaler Institutionen: Von der Normanerkennung zur Normeinhaltung*. In: Preprints aus der Max-Planck-Projektgruppe Recht der Gemeinschaftsgüter, No. 2001/15
- BOURDIEU, Pierre (2003). Die Ermordung von Maurice Halbwachs. In: Egger, Stephan (Hrsg.): *Maurice Halbwachs — Aspekte des Werks*. (Maurice Halbwachs in der édition discours, Band 7). Übersetzt von Jörg Ohnacker. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 229-234.
- BRENNER, Michael/ FELDMAN, Lily Gardner/ KINDERMANN, Harald/ STEIN, Shimon/ STERN, Frank (Hrsg.): *Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"?* American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, Washington.

(<http://isites.harvard.edu/fs/docs/icb.topic1063342.files/germanamerican8.pdf>)

- BREUER, Lars (2015). Öffentliche Erinnerungen in Deutschland und Polen. In: *Kommunikative Erinnerung in Deutschland und Polen. Täter- und Opferbilder in Gesprächen über den Zweiten Weltkrieg*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 33-100.
- BROENING, Michael (2005). Terrorfokus und "Normalisierung". Deutschland und Israel im Spiegel ihrer Medien. In: *Tribüne* 44: 173, 96-106.
- BRÜHL, Tanja/ GEREKE, Marika (2015). Der Beitrag von Non-State Actors zum Schutz der Umwelt: Eine kritische Analyse der Rolle von NGOs in der Klimapolitik. In: *Zeitschrift für Außen-und Sicherheitspolitik*, , 8. Jg., Nr. 2, 677-694.
- BRÜSEMEIER, Thomas (2008). *Bildungssoziologie. Einführung in Perspektiven und Probleme*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- BUCKEL, Sonja/ FISCHER-LESCANO, Andreas (2007). Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos.
- CASTRO-VARELA, María do Mar/ DHAWAN, Nikita. (2005). Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: Transcript.
- CESARANI, David (2007). *Becoming Eichmann: Rethinking the Life, Crimes, and Trial of a "Desk Murderer."* Da Capo Press: Cambridge, MA.
- CHECKEL, Jeffrey T. (1998): The Constructivist Turn in International Relations. In: *World Politics*, Jg. 50, H. 2.
- COLSCHEN, Lars (2010). Deutsche Außenpolitik, Paderborn: UTB.
- CORNELIßEN, Christoph (2003). Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54, 548-563.
- CORNELIßEN, Christoph/ KLINKHAMMER, Lutz/ SCHWENTKER, Wolfgang (2004). *Erinnerungskulturen: Deutschland, Italien und Japan seit 1945*. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

- COSER, Lewis A. (1965): *Theorie sozialer Konflikte*. Neuwied: Luchterhand.
- COVARRUBIAS, Jack/ WHITE, Chris. (2007). Germany and the Middle East: The Construction of Moral Interests. In: Covarrubias, J./ & Lansford, T.: *Strategic Interests in the Middle East: Opposition and Support for US Foreign Policy*. Burlington (USA): Ashgate, 47-61.
- DIEZ MEDRANO, Juan (2003). Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain and the United Kingdom. Princeton University Press.
- DINER, Dan (1983). Israel and the Trauma of the Mass Extermination. In: *Telos* 57, 41-52.
- DINER, Dan (1986). Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz. In: *Babylon* 1, 9-20.
- DINER, Dan (1987). Zwischen Aporie und Apologie. Ist der Nationalsozialismus Geschichte? In: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 3, 153-159.
- DINER, Dan (1992). Deutschland am Golf – Kollektive Erinnerung und ein aktueller Konflikt. In: Bohleber, Werner/ Kafka, John S. (Hrsg.): *Antisemitismus*, Bielefeld: Aisthesis Verlag.
- DINER, Dan (1993). Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz. In: *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zur Historisierung und Historikerstreit*. Frankfurt am Main: Fischer.
- DINER, Dan (1997). Gedächtnis und Methode. Über den Holocaust in der Geschichtsschreibung. In: Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.): *Auschwitz: Geschichte, Rezeption und Wirkung*, Frankfurt am Main: campus, 2. Auflage.
- DINER, Dan (1998). Der Holocaust im Geschichtsnarrativ—Über Variationen historischen Gedächtnisses. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- DINER, Dan (2003). Restitution and memory: the Holocaust in European political cultures. In: *New German Critique*, 36-44.
- DINER, Dan (2007). Gegenläufige Gedächtnisse: über Geltung und Wirkung des Holocaust. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- DINER, Dan (2008). Ambiguous Semantics: Reflections on Jewish Political Concepts. In: *Jewish Quarterly Review* 98, 89-102.

- DINER, Dan (2015). *Rituelle Distanz: Israels deutsche Frage*. München: DVA.
- DINER, Dan/ TEMPLER, William (1995). Cumulative contingency: Historicizing legitimacy in Israeli discourse. In: *History and Memory*, 147-170.
- DITTMAR, Peter (1977). DDR und Israel (I). Ambivalenz einer Nichtbeziehung. In: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und Deutschlandpolitik*, Nr. 7, 736 – 754.
- DORKHAM, Joel (1991). An den Vorstand der A.S.F, 8 Januar 1991. In: Forum: A.S.F. und der Golfkrieg – Extra Ausgabe, 15.
- DRESSLER, Rudolf (2005). Gesicherte Existenz Israels - Teil der deutschen Staatsräson. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15, 3-8.
- DUFFIELD, John (2007). „What Are International Institutions?“. In: *International Studies Review* 9(1), 1-22.
- DURKHEIM, Emile (1961). *Die Regeln der soziologischen Methode*. Darmstadt.
- EDER, Klaus/ SCHMITDKE, Oliver (1998). Ethnische Mobilisierung Und Die Logik Von Identitätskämpfen: Eine Situationstheoretische Perspektive Jenseits Von „rational Choice“. *Zeitschrift Für Soziologie* 27 (6), 418–437.
- ERIKSEN, Thomas Hylland (2001). *Small Places. Large Issues: An introduction to Social and Cultural Anthropology*. London: Pluto Press, 2. Auflage.
- EVANGELISCHES LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND GEMEINDE (1994). Band 3. Wuppertal: Brockhaus, 1935ff.
- FEINGOLD-STUDNIK, Shoshana (2013). *Der Kibbuz im Wandel: wirtschaftliche und politische Grundlagen*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- FIERKE, Karin M. (2007). Constructivism. In: Dunne, Tim/ Kurki, Milja/ Smith, Steve: *International Relations Theories: Discipline and Diversity*. New York: Oxford University Press, 166-184.
- FINNEMORE, Martha (1996). *National Interests in International Society*. Ithaca: Cornell University Press.
- FISCHER, Joschka (1999). Vorwort. In: Dachs, Gisela/ Baltissen, Georg/ Fischer, Joschka (Hrsg.): *Deutsche, Israelis und Palästinenser. Ein schwieriges Verhältnis*. Heidelberg: Palmyra, 9-11.

- FISCHER, Martina (2011). Friedensdienste. In: *Handbuch Frieden*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 125-137.
- FLICK, Uwe (1995). *Qualitative Forschung*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- FLICK, Uwe (1996). *Qualitative Forschung - Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. Hamburg: Rowohlt Verlag.
- FLICK, Uwe (2007). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. Hamburg: Rowohlt Verlag, aktualisierte Auflage.
- FLORINI, Ann (1996). The Evolution of International Norms. In: *International Studies Quarterly* 40(3), 363-389.
- FREI, Norbert (2009). *1945 und wir: das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen*. München: CH Beck.
- FREI, Norbert/ BRUNNER, José/ GOSCHLER, Constantin (2009). *Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel*. Göttingen: Wallstein.
- FRIEDRICH, Christin/ KÖLTZOW, Sarah/ TILLY, Jan (2011). Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen. In: *Casebook internationale Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33-40.
- FROSCHAUER, Ulrike/ LUEGER, Manfred (2003). *Das qualitative Interview*. Wien: WUV- Universitätsverlag.
- GALTUNG, Johan (1998). Schluß: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur. In: *Frieden mit friedlichen Mitteln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 457-473.
- GALTUNG, Johan (2013). *Frieden mit friedlichen Mitteln: Friede und Konflikt, Entwicklung und Kultur*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- GANIM, As'ad/ ROUHANA, Nadim N./ YIFTACHEL, Oren (1998). "Questioning" ethnic democracy": A response to Sammy Smooha. *Israel Studies* 3 253-267.
- GARDNER FELDMAN, Lily (1984). *The special relationship between West Germany and Israel*. Boston: Allen & Unwin.

- GARDNER FELDMAN, Lily (1999). The principle and practice of 'reconciliation' in German foreign policy: Relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic. In: *International Affairs* 75, 333-356.
- GARDNER FELDMAN, Lily (2008). The German-Israeli Partnership: Is it still "Special"? In: Brenner, Michael/ Feldman, Lily Gardner/ Kindermann, Harald/Stein, Shimon/Stern, Frank (Hrsg.): *Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"?* Washington: American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, 13-17.
- GAT, Tal (2013). Israel–Deutschland: Bald 50 Jahre diplomatische Beziehungen. In: *Zeitschrift für Außen-und Sicherheitspolitik*, 6 (3), 319-330.
- GATZKE, Hans Wilhelm (1980). *Germany and the United States, a "special Relationship?"* Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.
- GHANEM, As'ad (2011). The Expanding Ethnocracy: Judaization of the Public Sphere. In: *Israel Studies Review*, 26 (1), 21-27.
- GILBERT, Martin (2008). *Israel: a history*. New York: Random House.
- GIRTTLER, Roland (1992). *Methoden der qualitativen Sozialforschung*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 3. Auflage
- GIRTTLER, Roland (2001). *Methoden der Feldforschung*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau.
- GLASL, Friedrich (1994). *Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte und Berater*. Bern / Stuttgart: Freies Geistesleben, 4. Auflage.
- GLASER, Barney G./ STRAUSS, Anselm L. (1998). *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Göttingen: H. Huber.
- GLÄSER, Jochen/ LAUDEL, Grit (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- GLASNECK, Johannes/ TIMM, Angelika (1992). *Israel: die Geschichte des Staates seit seiner Gründung*. Bonn: Bouvier.
- GOLDMANN, Nahum (1970). *Staatsmann ohne Staat. Autobiographie*. Köln: Kiepenheuer & Witsch

- GOLDMANN, Nahum (1983a). *Mein Leben als deutscher Jude*. Frankfurt.: Ullstein Taschenbuch.
- GOLDMANN, Nahum (1983b). *Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler*. Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- GORALI, Moshe (2003). So this Jew, Arab, Georgian, Samaritan go to court... In: Ha'aretz 28.12.2003, unter: <http://www.haaretz.com/hasen/objects/pages/PrintArticleEn.jhtml?itemNo=376724> (23.12.2015).
- GRAMSCI, Antonio (1991). *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument Verlag.
- GRIECO, Joseph M. (1997). Realist International Theory and the Study of World Politics. In: Doyle, M. W./ Ikenberry, G. J.: *New Thinking in International Relations Theory*. Boulder: Westview Press, 163- 201.
- GROENEMEYER, Axel (2003). Kulturelle Differenz, ethnische Identität und die Ethnisierung von Alltagskonflikten. In: *Die Ethnisierung von Alltagskonflikten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-46.
- GRÖHE, Hermann/ MOOSBAUER, Christoph/ PERTHES, Volker/ STERZING, Christian (2002). Evenhanded, not neutral. Points of reference for a German Middle East policy. In: Perthes, Volker (Hrsg.): *Germany and the Middle East. Interests and Options*, Berlin: Heinrich Böll Stiftung, 11-28.
- GRUCHMANN, Lothar (1984). Ein unbequemer Amtsrichter im Dritten Reich. Aus den Personalakten des Dr. Lothar Kreyßig. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 463-488.
- GRÜMER, Karl-Wilhelm (1974). Probleme einer wissenschaftlichen Beobachtung. In: *Techniken der Datensammlung 2 Beobachtung*. Stuttgart: Vieweg+ Teubner Verlag, 54-139.
- HAGEMANN, Steffen/ NATHANSON, Roby (2015). Deutschland und Israel heute -Verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart.
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Deutschland_und_Israel_heute_2015.pdf (13.05.2015)

- HARNISCH, Sebastian (2010). Sozialer Konstruktivismus. In: *Handbuch der Internationalen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 102-116.
- HARTMANN, Jürgen (2009). Konfliktregion Naher Osten. In: *Internationale Beziehungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 149-161.
- HARDTWIG, Wolfgang (1990) Vorwort. In: ders. (Hrsg.), *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München: DTV, 7-11.
- HAUG, Wolfgang Fritz (2004). Hegemonie. In: *HKWM* 6, 1-25.
- HÄUßERMANN, Hartmut/ SIEBEL Walter (2001). Integration und Segregation–Überlegungen zu einer alten Debatte. *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften* 40, 68-79.
- HAWEL, Marcus (2007). Die normalisierte Nation. Vergangenheitspolitik und Außenpolitik in Deutschland. Hannover: Offizin.
- HELFFERICH, Cornelia (2005). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HENKEL, Michael (2009). Shalom–Der Friedensbegriff im antiken Israel. In: *Gerechter Krieg–gerechter Frieden*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- HERRMANN, Steffen Kitty (2003). Performing the Gap Queere Gestalten und geschlechtliche Aneignung. In: A.G.Gender-Killer (Hrsg.): *Das gute Leben*. a.a.O., 195-204.
- HESTERMANN, Jenny (2014). *Atonement or Self-Experience? On the Motivations of the First Generation of Volunteers of Action Reconciliation for Peace*, Konrad Adenauer Stiftung Working Paper 129.
- HITZLER, Ronald (1991). *Dummheit als Methode*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,.
- HITZLER, Ronald (1997). Perspektivenwechsel. Über künstliche Dummheit, Lebensweltanalyse und Allgemeine Soziologie. In: *Soziologie* 4, 5-18.

- HITZLER, Ronald (1999). Welten erkunden: Soziologie als (eine Art) Ethnologie der eigenen Gesellschaft. In: *Soziale Welt*, 473-482.
- HOCKERTS, Hans Günter (2002), Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Jarausch, Konrad H./ Sabrow, Martin (Hrsg.): *Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt*, Frankfurt am Main: Campus Verlag, 39-73.
- HOFFMANN, Thomas Sören (2004). *Georg Friedrich Wilhelm Hegel. Eine Propädeutik*. Wiesbaden: Marixverlag.
- HONER, Anne (2003): Interview. In: Bohnsack, Ralf/ Marotzki, Winfried/ Meuser, Michael (Hrsg.): *Hauptbegriffe qualitativer Sozialforschung*. Opladen: Leske u. Budrich.
- HOPF, Ted (1998). The Promise of Constructivism in International Relations Theory. In: *International Security*, 23 (1), 171-200.
- HOUGHTON, David Patrick (2007). Reinvigorating the Study of Foreign Policy Decision Making: Toward a Constructivist Approach. In: *Foreign Policy Analysis* 3, 24-45.
- HUDSON, Valerie M. (2005). Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations. In: *Foreign Policy Analysis* 1, 1-30.
- INITIATIVE ANTISEMITISMUSKRITIK HANNOVER (Hrsg.) (2005). Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts. Dokumentation einer Veranstaltungsreihe in Hannover 2003, Hannover: Ibidem Verlag.
- JAMAL, Amal (2007). Strategies of minority struggle for equality in ethnic states: Arab politics in Israel. In: *Citizenship studies* 11. (3), 263-282.
- JELINEK, Yeshayahu A. (2004). *Deutschland und Israel 1945-1965 : ein neurotisches Verhältnis*. München: Oldenbourg.
- JENSEN, Sune Qvotrup (2011). Othering, identity formation and agency. In: *Qualitative Studies* 2 (2), 63–78.

- JEPPELSON, Ronald L./ WENDT, Alexander/ KATZENSTEIN, Peter J. (1996). Norms, Identity, and Culture in National Society. In: Katzenstein, Peter J.: *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, 33-75.
- JETSCHKE, Anja/ LIESE, Andrea (1998). Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (H. 1) 149-179.
- JOGGERST, Karin (2002). *Getrennte Welten – getrennte Geschichte(n)? Zur politischen Bedeutung von Erinnerungskultur im israelisch-palästinensischen Konflikt*, Münster: Lit. Verlag.
- KAMM, Shira (2003). *The Arab Citizens of Israel. Status & Implications for the Middle East Conflict*, Mossawa Center, <http://www.mossawacenter.org/en/reports/2003/11/031116.pdf> [17.12.2015].
- KAMMERER, Gabriele (2008a). Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: aber man kann es einfach tun. Göttingen: Lamuv.
- KAMMERER, Gabriele (2008b). Von wegen »einfach tun« – 50 Jahre Aktion Sühnezeichen“. In: *Zeichen, Jubiläumsausgabe April von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*.
- KARAYANNI, Michael (2007). The “Other” Religion and State Conflict in Israel: On the Nature of Religious Accommodations for the Palestinian-Arab Minority. In: *Religion in the Public Sphere: A Comparative Analysis of German, Israeli, American and International Law*. Berlin: Springer, 333-377.
- KÄSLER, Dirk/ VOGT, Ludgera (2000) (Hrsg.). *Hauptwerke der Soziologie*. Stuttgart: Kröner.
- KATZENSTEIN, Peter J. (1996). Introduction: Alternative Perspectives on National Security. In: Katzenstein, Peter J.: *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, 1-32.
- KELLE, Udo/ KLUGE, Susann (1999). *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallrekonstruktion in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Budrich.

- KELLE, Udo/ KLUGE, Susann (2010). *Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- KINDT, Walther (1992). Argumentation und Konfliktaustragung in Äußerungen über den Golfkrieg. In: *Zeitschrift für Sprachwissenschaft* 11, 189-215.
- KIRSTE, Knut/ MAULL, Hanns W. (1996): Zivilmacht und Rollentheorie. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 283-312.
- KLAPPERT, Bertold (1988). *Bekennende Kirche in ökumenischer Verantwortung. Die gesellschaftliche und ökumenische Bedeutung des Darmstädter Wortes*. München: Kaiser.
- KLEIN, Claude (1987): Israel as a Nation-State and the Problem of the Arab Minority: In Search of a Status, Unbekannt: International Center for Peace in the Middle East.
- KLIEGER, Noah (1991). „Das Gas in Deutschland hat keinen Geruch“. In: *Jedioth Achronoth*, 22.1.1991.
- KLOKE, Martin (2005): 40 Jahre deutsch-israelische Beziehungen. In: Informationen zur politischen Bildung aktuell, Bundeszentrale für politische Bildung 1-24.
- KOCH, Werner (1981). *Der Kampf der Bekennenden Kirche im Dritten Reich*. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- KOPPE, Karlheinz (1985). Ist die Friedensbewegung tot? Eine Auseinandersetzung mit der Rolle und Funktion ihrer Organisation: der Koordinierungsausschuß. In: *Sicherheit und Frieden (S+ F)/Security and Peace*, 157-161.
- KÖRTNER, Ulrich H.J. (2003). Ungereimtheiten im Konzept vom gerechten Frieden. In: *Zeitzeichen*, 14-16.
- KRANE, Bernhard (2011). ASF Predigthilfe & Materialien für die Gemeinde, Israelsonntag 2011
http://www.ekir.de/www/downloads/ASF_Israelsonntag_2011.pdf

- KRASNER, Stephen (1983): Structural Causes and Regime Consequences: Regimes as Intervening Variables. In: Krasner, Stephen (Hrsg.): *International Regimes*. Ithaca/ London: Cornell University Press, 1-21.
- KRELL, Gert (2011). Frieden für Israel und Palästina. Deutsche Nahost-Politik im Schatten der "Vergangenheit", *HSFK-Standpunkte* 6.
- KRIESBERG, Louis (1982). *Social Conflicts*. , New York: Printice-Hall.
- KUBALKOVA, Vendulka. (2001). *Foreign Policy in a Constructed World*. Armonk, New York: M.E. Sharpe.
- KUDLIEN, Fridolf (1984). Normal, Normalität. In: Ritter, Joachim/ Gründer, Karlfried (Hrsg.) 1984: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Basel, Stuttgart: Schwabe, Band 6, Spalte 920-928.
- KUCKARTZ, Udo/ DRESING, Thorsten/ RÄDIKER, Stefan/ Stefer, Claus (2007). Warum eine qualitative Evaluation? In: *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- KULOW, Karin (1994). Israel, SED und DDR. Zur Geschichte eines tragischen Beziehungskonflikts. In: *Die deutsche "Linke" und der Staat Israel*, 183-196.
- KÜSTERS, Ivonne (2014). Narratives Interview. In: Baur, Nina/ Blasius, Jörg (Hrsg): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 575-580.
- LAMNEK, Siegfried (2003): Qualitative Interviews. In: König, Eckard; Zedler, Peter (Hrsg): *Qualitative Forschung, Grundlagen und Methoden*. Weinheim & Basel: Beltz, 157-193.
- LAMNEK, Siegfried (2005). *Qualitative Sozialforschung*. Weinheim: Beltz, 4. Auflage.
- LAMNEK, Siegfried (2010). *Qualitative Sozialforschung. Ein Lehrbuch*. Weinheim: Beltz, 5. Auflage.
- LANDAU, Jacob M. (1969). *The Arabs in Israel, A Political Study*. London: Oxford University Press
- LANDAU, Jacob M. (1993). *The Arab Minority in Israel, 1967-1991: Political Aspects*, Oxford: Clarendon Press

- LEGERER, Anton (2011). Tatort: Versöhnung. Aktion Sühnezeichen in der BRD und in der DDR und Gedenkdienste in Österreich. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- LEGGWIE, Claus (2008). Historikerstreit—transnational. In: *Die Gegenwart der Vergangenheit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 50-71.
- LEIF, Thomas (1989). Entscheidungsstrukturen in der westdeutschen Friedensbewegung. In: *Leviathan*, 540-560.
- LEPP, Claudia (2010). Zwischen Konfrontation und Kooperation: Kirchen und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik (1950–1983). Zeithistorische Forschungen/Studies. In: *Contemporary History*, 7. Jg., 364-385.
- LEPSIUS, M. Rainer (1988). Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiches«. In: Haller, Max/ Hoffmann-Nowotny, Hans-Jürgen/ Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Kultur und Gesellschaft*, Frankfurt: Campus Verlag, 247-264.
- LEVY, Daniel (1999). The future of the past: Historiographical disputes and competing memories in Germany and Israel. In: *History and Theory*, 38 (1), 51-66.
- LINDEMANN, Hans (1973). Ost-Berlin und die Wiedergutmachung an Israel. In: *Deutschland Archiv*, 6. Jg., 808 – 809.
- LINK, Jürgen (1997): Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- LUMER, Christoph (1999). Handlung / Handlungstheorie. In: Sandkühler, Hans Jörg (Hrsg.): *Enzyklopädie Philosophie*. Hamburg: Meiner, 534-547.
- LUSTNICK, Ian (1980). Arabs in the Jewish State: Israel's Control of a National Minority, Austin: University of Texas Press
- MAULL, Hanns W. (2004). Normalisierung oder Auszehrung? Deutsche Außenpolitik im Wandel. In Link, Werner (ed.): *Aus Politik und Zeitgeschichte: Deutsche Außenpolitik* 11, 17-23.
- MAULL, Hanns W. (2006). Die prekäre Kontinuität. Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck. In: Schmidt, M.G / Zohlnhö-

- fer, R. (Hrsg.): *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 421-445.
- MAROM, Lilach (2007). On Guilt and Atonement. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste and Its Activity in Israel. In: *Yad Vashem Studies* 35, 187-220.
- MASER, Peter (2000). *Die Kirchen in der DDR*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 84- 86.
- MAYRING, Philipp (1988). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- MAYRING, Phillip (1993). *Einführung in die qualitative Sozialforschung; eine Anleitung zu qualitativem Denken*. Weinheim: Beltz, 2. Auflage.
- MEARSHEIMER, John J. (1990). Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War. In: *International Security*, 15 (1), 5-56.
- MERKEL, Angela (2008): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, 18.3.2008,
http://www.bundestkanzlerin.de/nn_700276/Content/DE/Archiv16/Rede/2008/03/2008-03-18-rede-merkel-vor-der-knesset.html (24.05.2015)
- MERKENS, Andreas/ DIAZ, Victor Rego (2007). *Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*. Hamburg: Argument.
- MEROZ, Yohanan (1993). Israel und Deutschland - ein Jahr nach der Vereinigung. In: Giordano, Ralph (Hrsg.): *Deutschland und Israel: Solidarität in der Bewährung*. Gießen: Psychosozial Verlag, 256-269.
- MERTENS, Lothar (2006). *Deutschland und Israel. Ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses*. Berlin: Duncker & Humblot.
- MESSERSCHMIDT, Astrid (2003). *Bildung als Kritik der Erinnerung. Lernprozesse in Geschlechterdiskursen zum Holocaust-Gedächtnis*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- MEYER, Hans-Georg (2005). Mehr als besondere Beziehungen. Lang war der Weg, dornig der Umgang, hoffnungsvoll für die Zukunft. In: *Tribüne* 44 (173), 144-149.

- MRUCK, Katja/ MEY, Günter (2005). Qualitative Forschung: Zur Einführung in einen prosperierenden Wissenschaftszweig. In: *Historical Social Research/Historische Sozialforschung*, 5-27.
- MISSELWITZ, Charlotte/ SIEBECK, Cornelia (2009). *Dissonant Memories, Fragmented Present: Exchanging Young Discourses Between Israel and Germany*. Bielefeld: transcript.
- MÖLLER, Horst (2001). Erinnerung(en), Geschichte, Identität. In: *Aus Politik und Zeitschichte* 28, 8-14.
- MORGENTHAU, Hans J. (1967). *Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace*. New York: McGraw-Hill.
- MÜLLER, Patrick. (2007). *Germany's contribution to Europe's Common Foreign Policy (EFP) in the Middle East - from brakeman to key supporter of a strong European role in Middle East peace making*.
http://archive.sgir.eu/uploads/Mueller-Patrick_Mueller_Conference_Paper.pdf
(19.10.2015)
- MÜLLER, Patrick (2011). The Europeanization of Germany's Foreign Policy toward the Israeli–Palestinian Conflict: Between Adaptation to the EU and National Projection. In: *Mediterranean politics, 2011, 16. Jg., Nr. 3*, 385-403.
- MÜTTER, Bernd/ SCHÖNEMANN, Bernd / UFFELMANN, Uwe (2000) (Hrsg.). *Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- NACHMANI, Amikam (2001). The Palestinian Intifada 1987–1993: The dynamics of symbols and symbolic realities, the role of symbols, rituals and myths in national struggles. In: *Civil Wars, 4. Jg., Nr. 1*, 49-103.
- NEUBERGER, Benjamin (2005). Israel und Deutschland: Emotionen, Realpolitik und Moral. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15.
- NICHOLSON, Michael (1992). *Rationality and the Analysis of Conflict*. Cambridge: Cambridge University Press.
- NOHL, Arnd-Michael (2006). *Interview und dokumentarische Methode. Anleitungen für die Forschungspraxis*. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- O'DOHERTY, Paul (2000). Die ‚Judenfrage‘ in der DDR: Über die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis. In: *Monatshefte*, 68-77.
- OEHMER, Franziska (2010). Aggressor or Victim? How the antagonists of the Lebanon War 2006 are constructed in German newspapers. In: *Conflict & communication online* 9 (1), 1-19.
- OR, Theodor (2006). The Report by the State Commission of Inquiry into the Events of October 2000.“ In: *Israel Studies* 11, No. 2, 25-53.
- OSTERER, Oren (2013). *Das Israelbild in Tageszeitungen der DDR*. Doktorarbeit. LMU München: Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften.
- OVERHAUS, Marco/ MAULL, Hanns. W./ HARNISCH, Sebastian (2007). Foreign Policy as a Dialogue. The New Neighbourhood Policy of the European Union’. In: *Deutsche Ausßenpolitik* 6 (19).
- PALLADE, Yves (2005). Germany and Israel in the 1990s and beyond - ‚Still a special relationship‘?, Frankfurt am Main: Peter Lang
- PARLAMENTSARCHIV, Deutscher Bundestag, Akte 35/95,13
- PEIPER, Albrecht (1925). Sinnesempfindungen des Kindes vor seiner Geburt. In: *Monatsschrift für Kinderheilkunde* 29, 237-241.
- POTH, Gundrun S./ ROTH, Ludwig G./ PRADEL, Marcus (2008). „H“. In: *Gabler Kompakt-Lexikon Marketing*, Wiesbaden: Gabler Verlag Springer Fachmedien.
- POPITZ, Heinrich (2001). Soziale Normen. In: *European Journal of Sociology* 42, 7-20.
- PREISENDÖRFER, Peter (2011). *Organisationssoziologie. Grundlagen, Theorien und Problemstellungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 3. Auflage.
- PRIMOR, Avi (1997). *„... mit Ausnahme Deutschlands“: als Botschafter Israels in Bonn*. Frankfurt: Ullstein.
- PRIMOR, Avi (2000). *Europa, Israel und der Nahe Osten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- PRIMOR, Avi (2008). Vorwort. In: Uhlmann, Milena (Hrsg.): *Die deutsch-israelischen Sicherheitsbeziehungen. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 7-8.
- PRZYBORSKI, Aglaja/ WOHLRAB-SAHR, Monika (2014). Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- RABE, Karl-Klaus (1983). Umkehr in die Zukunft. Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste e.V. Bornheim/Merten.
- RABINOWITZ, Dan/ GHANEM, As'ad/ YIFTACHEL, Oren (2003). Ratschläge für die Regierungspolitik gegenüber der arabischen Bevölkerung in Israel. In: Uta Klein (Hrsg.), *Die Anderen im Innern: Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 60- 108.
- RAHR, Alexander (2007). Germany and Russia: a special relationship. In: *Washington Quarterly*, 30. Jg., Nr. 2, 137-145.
- RAT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND (2007). *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*, Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh.
- REICHERTZ, Jo (2014). Die Konjunktur der qualitativen Sozialforschung und Konjunkturen innerhalb der qualitativen Sozialforschung. In: *Qualitative Forschung: Analysen und Diskussionen–10 Jahre Berliner Methodentreffen*, 87-102.
- REINDERS, Heinz. (2005). *Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen*. München, Wien: Oldenbourg Verlag.
- RICHTER, Carola (2015). Orientalismus und das Andere. In: Hepp, A., Krotz/ F., Lingenberg/ S./ Wimmer, J. (Hrsg.): *Handbuch Cultural Studies und Medienanalyse*. Wiesbaden: Springer-Verlag.
- RISSE, Thomas (2007). Deutsche Identität und Außenpolitik. In: Schmidt, Siegmund/ Hellmann, Gunther/ Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 49-61.

- ROBBE, Reinhold (2007). Deutsch-israelische Beziehungen: Bestandsaufnahme 2007. In: Office, American Jewish Committee Berlin (Hrsg.): *Aber Israel! Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven 2007*, 8-9.
- RONEN, Dov (1979). *The Quest for Self-Determination*, New Haven-London: Yale University Press.
- ROSCHER, Klaus (2004). Ideen, Weltbilder, Normen und Handlungsrepertoires: Die kulturelle Wende in den Internationalen Beziehungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,.
- ROSENTHAL, Gabriele (2008). Interpretative Sozialforschung. *Eine Einführung*. München, Weinheim: Juventa.
- ROTTERS, Jürgen/ WOLF, Frieder (2013). Städtekooperation und Städtediplomatie im Nahen Osten am Beispiel der Stadt Köln. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 6 (3) 331-343.
- ROUHANA, Nadim N. (1997). *Palestinian Citizens in an Ethnic Jewish State: Identities in Conflict*. New Haven, Connecticut: Yale University Press.
- RUBIN, Jeffrey Z. / PRUITT, Dean G. / KIM, Sung Hee (1994). *Social Conflict. Escalation, Stalemate, and Settlement*. New York: Random House.
- RUGGIE, John Gerard (1998). What Makes the World Hang Together? Neo-Utilitarianism and the Social Constructivist Challenge. In: *International Organization* 52 (4), 855-885.
- RÜSEN, Jörn (1994). Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken. In: Fußmann, Klaus/ Grüttner, Heinrich Theodor / Rüsen, Jörn (Hrsg.). *Historische Faszination. Geschichtskultur heute*. Köln, Weimar und Wien: Böhlau, 3-26.
- SA'DI, Amad H. (2003). Die nationale Identität der palästinensischen Bevölkerung in Israel. Eine kritische Analyse. In: Klein, Uta (Hrsg.), *Die Anderen im Innern: Die arabisch-palästinensische Bevölkerung in Israel*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 35-59.
- SAFRIAN, Hans von (2000). Adolf Eichmann: Organisator der Judendeportationen. In: Ronald Smelser/ Enrico Syring (Hrsg.), *Die SS. Elite unter dem Totenkopf, 30 Lebensläufe*. Paderborn [u.a.]: Schöningh 2000, 134-146.

- SAND, Shlomo (2014). Die Erfindung des jüdischen Volkes: Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand. Berlin: Propyläen Verlag.
- SCHERRER, Christoph (2007). Hegemonie: empirisch fassbar. In: Merkens, Andreas/ Victor Rego Diaz (Hrsg.). *Mit Gramsci arbeiten*. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, 71 (84).
- SCHMITT, Rüdiger (1990). Makromobilisierung. In: *Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 79-184.
- SCHOFIEL, J.W./ EURICH-FULCER, R. (2001). When and how school desegregation improves intergroup relations. In: Brown, R./ Gaertner, S.L. (Hrsg.), *Intergroup processes: Blackwell Handbook of Social Psychology*. Malden, MA & Oxford, U.K: Blackwell, 475-495.
- SCHREIBER, Friedrich (1990). Aufstand der Palästinenser: die Intifada. Opladen: Leske+ Budrich.
- SCHREIBER, Friedrich/ WOLFFSOHN, Michael (1989a). Der Sechstagekrieg 1967. In: *Nahost*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 193-203.
- SCHREIBER, Friedrich; WOLFFSOHN, Michael (1989b). Der palästinensische Aufstand („Intifada“). In: *Nahost*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 316-326.
- SCHREIBER, Friedrich/ WOLFFSOHN, Michael (1996). *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- SCHUBERT, Hans-Joachim (2009). Pragmatismus und symbolischer Interaktionismus. In: *Handbuch Soziologische Theorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 345-367.
- SCHWAB-TRAPP, Michael (1996). *Konflikt, Kultur und Interpretation. Eine Diskursanalyse des öffentlichen Umgangs mit dem Nationalsozialismus*. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- SCHWELLING, Birgit (2007). Die Außenpolitik der Bundesrepublik und die deutsche Vergangenheit. In: Schmidt, Siegmund/Hellmann, Gunther/Wolf, Reinhard (Hrsg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 101-111.

- SCHWERDTFEGGER, Johannes (2001). Probleme der Definition des Friedensbegriffs. In: *Begriffsbildung und Theoriestatus in der Friedensforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 30-43.
- SERR, Marcel (2015). Bilateral Arms Cooperation: The Roots of German–Israeli Relations. In: *Israel Journal of Foreign Affairs* 9. (2), 213-225.
- SHPIRO, Shlomo (2002). Intelligence services and foreign policy. German-Israeli intelligence and military co-operation. In: *German Politics* 11 (1), 39-42.
- SHPIRO, Shlomo (2003). Communicating Interests across History: German-Israeli Security Cooperation. In: Goren, Haim (Hrsg.): *Germany and the Middle East: Past, Present and Future*. Jerusalem: Hebrew University Press, 305-331.
- SMOOHA, Sammy (1984). *The orientation and politicization of the Arab minority in Israel*. University of Haifa, Jewish-Arab Center, Institute of Middle Eastern Studies.
- SMOOHA, Sammy (1990). Minority status in an ethnic democracy: The status of the Arab minority in Israel. In: *Ethnic and racial studies* 13. (3), 389-413.
- SMOOHA, Sammy (1997). Ethnic democracy: Israel as an archetype. In: *Israel Studies* 2 (2), 198-241.
- SMOOHA, Sammy (2001). *The model of ethnic democracy*. ECMI Working Paper No 13 European Centre for Minority Issues (ECMI).
http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1893/pdf/working_paper_13.pdf
(12.09.2015).
- SMOOHA, Sammy (2002). The model of ethnic democracy: Israel as a Jewish and democratic state. In: *Nations and Nationalism* 8 (4), 475-503.
- SMOOHA, Sammy (2010). Index of Arab-Jewish Relations in Israel 2003-2009. Haifa: The Jewish-Arab Center at the University of Haifa.
http://soc.haifa.ac.il/~s.smooaha/uploads/editor_uploads/files/IndexOfArabJewishRelations2003_2009.pdf
- SMOOHA, Sammy/ PERETZ, Peretz (1982). The Arabs in Israel In: *J. Conflict Resol* 26, 451.

- SOEFFNER, Hans-Georg (2014). Interpretative Sozialwissenschaft. In: *Qualitative Forschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 35-53.
- STEEGER-STROBEL, Christine (2008). *Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen seit 1990. Literaturlauswahl*. Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen e.V..
- STEHR, Johannes (2013). Normalität und Abweichung. In: Scherr, Albert (Hrsg.), *Soziologische Basics*, Wiesbaden: Springer VS, 191-197.
- STEIN, Shimon (2008). German-Israeli Relations Sixty Years Later: Are they Still Unique? In: Brenner, Michael/ Feldman, Lily Gardner/ Kindermann, Harald/ Stein, Shimon/ Stern, Frank (Hrsg.): *Sixty Years after the Founding of the Jewish State: Are German-Israeli Relations still "Special"?* American Institute for Contemporary German Studies, AICGS German Issues, Washington, 9-11.
- STEIN, Timo (2011). Entstehung und Entwicklung des Antizionismus in der BRD nach 1945. In: *Zwischen Antisemitismus und Israelkritik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 43-60.
- STEININGER, Rolf (2007). Der Sechstagekrieg. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 19, 33-38.
- STRAUSS, Anselm (1991). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. München: Fink Verlag.
- STRAUSS, Anselm/ CORBIN, Juliet (1996). *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- STROHMANN, Dietrich (1975). Kärner auf dem Feld des Friedens. Aber in Israel kam es zum Streit unter den Freiwilligen. In: *Die Zeit*, Nr. 16, 11. April 1975, 48.
- SPIVAK, Gayatri Chakravorty (1985). The Rani of Sirmur. An Essay in Reading the Archives. In: *HTH* 24 (3), 247-272.
- TESSLER, Mark/ GRANT, Audra K. (1998). Israel's Arab citizens: The continuing struggle. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 555 (1), 97-113.

- THE ARAB ASSOCIATION FOR HUMAN RIGHTS (2004). Annual Report 2004. (<http://www.arabhra.org/publications/annualreports/2004annualreport.Pdf>) (14.10.2015).
- TIMM, Angelika (1992). Israel in den Medien der DDR. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.). *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, Bd. 2, Frankfurt am Main / New York: Campus Verlag, 154 – 173.
- TIMM, Angelika (1997). *Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn: VERLAG.
- TURNER, Barry (2012). *Suez 1956: the inside story of the first oil war*. Hachette: UK.
- THOMSON, Janice E. (1993). Norms in International Relations: A Conceptual Analysis. In: *International Journal of Group Tensions* 23 (1), 67-83.
- UHL, Heidemarie (2006). Kultur, Politik, Palimpsest. Thesen zu Gedächtnis und Gesellschaft. In: Feichtinger, Johannes u.a. (Hrsg.): *Schauplatz Kultur – Zentraleuropa. Transdisziplinäre Annäherungen*. Innsbruck 2006: Studien-Verlag, 25 – 36.
- UNO-Resolution http://www.un.org/depts/german/sr/sr_67/sr242-67.pdf (19.11.2015)
- VOGEL, Rolf (1988a). *Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik*, Teil I: Politik (1), München/New York/London/Paris: De Gruyter.
- VOGEL, Rolf (1988b). *Der deutsch-israelische Dialog. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik*, Teil I: Politik, Band 2, München/New York/London/Paris: De Gruyter.
- VOGEL, Rolf (1988c). Teil I: Politik, Band 3, München/New York/London/Paris: De Gruyter.
- VÖLTER, Bettina/ DASBERG, Michael (1997). Gemeinsamkeiten und Unterschiede im öffentlichen Diskurs über die Shoah in Israel, in der Bundesrepublik und in der DDR. In: Rosenthal, Gabriele(Hrsg.), *Der Holocaust im Le-*

ben von drei Generationen. Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern. Gießen: Edition Psychosozial, 26-32.

VOPEL, Stephan (2007). *Deutsche und Juden: verbindende Vergangenheit, trennende Gegenwart? Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Deutschland-Bild unter Juden in Israel und den USA und zum Israel-Bild in Deutschland.* <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutsche-und-juden-verbindende-vergangenheit-trennende-gegenwart/> (14.07.2015).

VOß, Reinhard J. (2000). Geschichte der Friedensdienste in Deutschland. In: *Ziviler Friedensdienst—Fachleute für den Frieden.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 127-144.

WALDMANN, Peter (1989). Soziale Ungleichheit und ethnische Mobilisierung. In: *Ethnischer Radikalismus.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 216-269.

WALTZ, Kenneth. (1979). *Theory of International Politics.* Reading, MA: McGraw-Hill.

WALTZ, Kenneth. (1993). The Emerging Structure of International Politics. In: *International Security*, 18 (2), 44-79.

WAXMAN, Dov/ PELEG, Ilan (2008). Neither ethnocracy nor bi-nationalism: in search of the middle ground. In: *Israel Studies Forum.* Berghahn Journals, 55-73.

WEEDE, E. (1986): *Konfliktforschung. Einführung und Überblick.* Opladen: Westdeutscher Verlag.

WEINGART, Markus A. (2002). *Deutsche Israel- und Nahostpolitik – Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949,* Frankfurt/ New York Campus Verlag.

WEINGART, Markus A. (2005). Deutsche Israelpolitik: Etappen und Kontinuitäten. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15, 22-31.

WEISSKIRCHEN, Gert (2007). Ein festes Band. In: Office, American Jewish Committee Berlin (Hrsg.): *Aber Israel! Deutsche-Israelische Zukunftsperspektiven*, 81-84.

- WEITZ, Yechiam; LESSING, Almuth (2000). Ben-Gurions Weg zum "Anderen Deutschland" 1952-1963. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 255-279.
- WENDT, Alexander (1987). The Agent-Structure Problem in International Relations Theory. In: *International Organization* 41 (3), 335-370.
- WENDT, Alexander (1992). Anarchy is What States Make of it: The Social Construction of Power Politics. In: *International Organization* 46 (2), 391-425.
- WENDT, Alexander (1996). Identity and Structural Change in International Politics. In : Lapid, Y./ Kratochwil, F.: *The Return of Culture and Identity in IR Theory*. Boulder: Lynne Rienner Publishers, 47-64.
- WENNING, Norbert (2001): Differenz durch Normalisierung. In: Lutz, Helma/ Wenning, Norbert (Hrsg.): *Unterschiedlich verschieden. Differenz in der Erziehungswissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich, 275-295.
- WIMMER, Andreas/ SCHETTER, Conrad (2002). *Ethnische Gewalt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- WOLFFSOHN, Michael (1991): *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München: Piper
- WOLFFSOHN, Michael (2003). *Israel. Geschichte, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft*. Wiesbaden: Springer-VS, 6. Auflage.
- WOLFFSOHN, Michael (2008). Vertiefte Beziehungen. Deutschland und Israel - ein politisch-historisches Wunder. In: *Die politische Meinung* 53, 35-38.
- YIFTACHEL, Oren (1997). Israeli society and Jewish-Palestinian reconciliation: 'Ethnocracy' and its territorial contradictions. In: *The Middle East Journal*, 505-519.
- YIFTACHEL, Oren (1999). "Ethnocracy": The Politics of Judaizing Israel/Palestine. In: *Constellations* 6. (3), 364-390.
- YIFTACHEL, Oren (2000). "Ethnocracy" and Its Discontents: Minorities, Protests, and the Israeli Polity. In: *Critical Inquiry*, 725-756.
- YIFTACHEL, Oren (2006). *Ethnocracy: Land and identity politics in Israel/Palestine*. University of Pennsylvania Press.
- YOUNG, James E (1997). *Beschreiben des Holocaust*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- ZIEGLER, Ernst-Andreas (1992). *Freunde reden Tacheles. Der Beitrag der Städtepartnerschaft zur Außenpolitik am Beispiel Deutschland-Israel*. Wuppertal: Peter Hammer Verlag.
- ZIMMERMANN, Moshe (1989). Deutsche Geschichte in Israel. In: *Geschichte und Gesellschaft*, 423-440.
- ZIMMERMANN, Moshe (2014). What is the Holocaust? In: *Holocaust Studies* 20 (1-2), 45-56.
- ZIMMERMANN, Moshe (2015). Hebel statt Alibi. Israel und (die) neue deutsche Außenpolitik. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 2, 8 (1), 461-471.
- ZUCKERMANN, Moshe (1999). Die Parzellierung der Shoah-Erinnerung im heutigen Israel. In: *Gebrochene Identitäten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 47-60.
- ZUCKERMANN, Moshe (2001). Israel in Sicherheit—Politik im Schatten der Vergangenheit?. In: *Israel in Nahost—Deutschland in Europa: Nahtstellen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 81-95.
- ZUCKERMANN, Moshe (2002). *Towards a critical analysis of Israeli political culture*. US: Springer.
- ZUCKERMANN, Moshe (2004). *Zweierlei Holocaust: der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands*. Göttingen: Wallstein.
- ZUCKERMANN, Moshe (2014). *„Antisemit!“: ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument*. Wien: Promedia.
- ZURIEK, Eliat T. (1979). *The Palestinians in Israel: A Study in Internal Colonialism*. London: Routledge & Kegan Paul.

Internetquellen (alphabetisch)

<http://staff-www.uni-marburg.de/~naeser/kos-fisc.htm> (16.12.2015)

<http://www.abendblatt.de/archiv/1978/article202135823/Versoehnung-bleibt-unser-Ziel.html> (12.11.2015)

<http://www.aljazeera.com/indepth/features/2014/01/israeli-arabs-reject-proposed-land-swap-2014112142628945331.html> (19.10.2015)

<http://www.asf-ev.de/de/friedensdienste/freiwilligendienst/partnerlaender/freiwilligendienst-usa.html> (19.09.2015)

<http://www.asf-ev.de/de/friedensdienste/freiwilligendienst/partnerlaender/freiwilligendienst-in-frankreich.html> (19.09.2015)

<http://www.christundwelt.de/detail/artikel/nablu-26april-1978-unsere-vergessene-bombe/> (05.08.2014)

http://www.deutschlandfunk.de/ex-knesset-praesident-burg-offene-kritik-an-israel-gefordert.868.de.html?dram:article_id=319403;

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/Israel-Merkel-Netanjahu> (09.06.2015)

http://www.deutschlandfunk.de/ngos-in-israel-ein-gesetz-a-la-putin.1818.de.html?dram%3Aarticle_id=340899 (03.01.2016)

http://www.deutschlandradiokultur.de/suehne-statt-versoehnung.1278.de.html?dram:article_id=192120 (04.01.2016)

<http://www.duden.de/rechtschreibung/besonders> (14.12.2014)

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/die-sicherheit-israels-ist-niemals-verhandelbar-dokumentation-merkels-knesset-rede-in-auszuegen/2935866.html> (29.12.2015)

<http://www.sar-el.org/> (25.10.2015)

<http://www.zeit.de/1978/19/israel-bombenanschlag-auf-deutsche-reisegruppe> (09.06.2015)

<https://www.asf-ev.de/de/friedensdienste/freiwilligendienst/voraussetzungen.html> (19.06.2015)

<https://www.asf-ev.de/de/ueber-uns/ziele-und-leitsaetze/leitstze.html>
(02.09.2015)

https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASF_Grundsaeetze_Israelarbeit_September_1991.pdf
(19.08.2015)

https://www.asf-ev.de/fileadmin/Redaktion/LAENDERSEITEN/Israel/Aktuelles/ASF-Stellungnahmen/ASFNahosterklaerung_Februar_2002.pdf (05.07.2015)

https://www.bundesarchiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/bilder_dokumente/01366/index.html.de (18.04.2014)

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: ASF Jahresbericht 2014:67	107
Abbildung 2: ASF-Jahresbericht 2014:22	108
Abbildung 3: Bank of Israel 2012:271	124
Abbildung 4: Arabs´ Self-Identity (Smooha 2010:18)	127

9. Anhang (Transkripte)

Die Transkripte befinden sich auf der mit eingereichten CD-ROM.

Anmerkung zur Veröffentlichung: Aus Gründen der Wahrung der Anonymität der interviewten Personen ist es nicht möglich die vollständigen Interviewtranskripte an dieser Stelle zu veröffentlichen.

10. Lebenslauf

Beruflicher Werdegang

seit dem 01.04.2014	Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur Interkulturelle Kommunikation, TU Chemnitz
01.06.2012 – 31.03.2014	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Mittelmeerstudien, Ruhr Universität Bochum
01.10.2013 – 31.03.2014	Lehraufträge am Lehrstuhl für Sozialanthropologie, Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr Universität Bochum (Seminare: Minderheiten in Israel / Einführung in die Arbeitsfelder der Sozialanthropologie)
01.04.2013 – 30.09.2013	Lehrauftrag am Lehrstuhl für Sozialanthropologie, Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr Universität Bochum (Seminar: Fundamentalismen im Euromediterranen Raum)
01.10.2012 – 01.01.2014	Gutachter für die RUB Research School Plus
15.05.2010 – 31.05.2012	Wissenschaftliche Hilfskraft am Zentrum für Mittelmeerstudien, Ruhr Universität Bochum
01.10.2011 – 31.03.2012	Lehrauftrag am Lehrstuhl für Sozialanthropologie, Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr Universität Bochum (Seminar: Pilgerreisen und Pilgerorte)

Ausbildung

01.10.1999 – 21.10.2009	Diplomstudiengang Sozialwissenschaft, Ruhr Universität Bochum; Abschluss: Dipl. Soz.-Wiss.
01.04.1998 – 01.10.1999	Magisterstudiums im Reformmodell in den Fächern Geschichte, Philosophie und Germa-

01.08.1994 – 31.06.1997

istik, Ruhr - Universität Bochum

Mies-van-der-Rohe Schule, Aachen;

Abschluss: Allgemeine Hochschulreife

11. Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre gegenüber der Technischen Universität Chemnitz, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Die vorliegende Arbeit ist frei von Plagiaten. Alle Ausführungen, die wörtlich oder inhaltlich aus anderen Schriften entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht.

Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch bei keinem anderen Prüfer als Prüfungsleistung eingereicht und ist auch noch nicht veröffentlicht.

Chemnitz, den 04.04.2016

_____ (Marcus Nolden)